

vorliegt, hat diese Ansätze verändert. Die Ausgaben belaufen sich auf 9·7 Millionen Schilling, die Einnahmen auf 2·3 Millionen Schilling, so daß der Zuschußbedarf, den das Land Steiermark und die Stadtgemeinde Graz zu leisten haben 7·4 Millionen Schilling beträgt.

Es wird Sie nun interessieren, ob und inwieweit diese Vereinigten Bühnen vom Publikum besucht worden sind. Hier kann ich Ihnen folgende Ziffern angeben. In der Spielzeit 1950/51 wurden die Veranstaltungen der Vereinigten Bühnen von insgesamt 520.397 Personen besucht. Auswärtige Gastspiele fanden gegen 123 statt und diese auswärtigen Provinzvorstellungen wurden besucht von 29.357 Personen. Ich erwähne die Ziffern deshalb, weil letzten Endes das Land begreiflicherweise daran interessiert ist, daß auch die Provinzorte von den Vereinigten Bühnen bespielt werden und auch diese Provinzorte an den Veranstaltungen teilnehmen. Wenn Sie diese Ziffern vergleichen, so ergibt sich ein durchschnittlicher Aufwand von S 19·11 pro Besucher. Wenn Sie diesem Aufwand die gesamten Einnahmen gegenüberstellen, so ergibt sich ein Durchschnittsentgelt, das tatsächlich erzielt wird, von S 4·95 pro Besucher, das heißt anders ausgedrückt, daß das Land Steiermark und die Gemeinde Graz für jeden Besucher je Karte S 14·16 draufzahlt. Es ist dies eine Ziffer, die vielleicht beunruhigend klingt, aber ich möchte Ihnen nur folgendes zum Vergleich anführen: Aus Deutschland liegen mir folgende Ziffern vor. Im Theaterjahr 1949, dem ersten kompletten Jahr nach der Währungsreform, wurden von 29 Großstädten im Durchschnitt je Einwohner DM 4·74 jährlich für das Theater ausgegeben. Als Subvention wurde ausgeschüttet in diesen 29 Großstädten 54 Millionen DMark. Vergleicht man die Zuschüsse, die die öffentliche Hand für den Theaterbesuch pro Karte ausgibt, so ergibt sich für Essen ein Betrag von DM 5·98 und für Dortmund ein Betrag von DM 8·74. Auch hier hat die öffentliche Hand gewaltig in die Tasche greifen müssen, um den Theateraufwand mitbestreiten zu helfen.

Ich will mich hier nicht in eine Debatte und in eine Diskussion über den Spielplan einlassen. Darüber ist im Theaterausschuß eingehend und ausführlich gesprochen worden. Ich glaube, man kann zusammenfassend das eine sagen, daß die Vereinigten Bühnen bestimmt ein künstlerisches Niveau gehalten haben und wenn die eine oder andere Entgleisung, ich denke da nicht an die, die Abg. Pölzl erwähnt hat, vorgekommen sein mag, die sich in jedem Betrieb ab und zu ereignet, darf das nicht zu sehr auf die Waagschale geworfen werden. Die Künstler, die in Graz den Vereinigten Bühnen zur Verfügung stehen, tun ihr Bestes und die Aufführungen, die herausgebracht worden sind, können meiner Überzeugung nach jeder Großstadtbühne nur zur Ehre gereichen.

Ich habe weiter hier zu dieser Sache eigentlich nur mehr folgendes zu bemerken: Wenn man in der Welt von Österreich mit

einiger Anerkennung spricht, so geschieht dies vor allem wegen der Kultur unserer Musik und der Baudenkmäler und der Kunstdenkmäler. Aber, Hohes Haus, wir selbst haben diese Baudenkmäler nicht errichtet, diese Kunstschatze zum größten Teil nicht selbst gesammelt und auf dem Gebiete der Musik sind Haydn, Mozart, Schubert und Strauß schon lange tot. Uns obliegt, diese Kulturwelt zu erhalten und aus diesem Grunde, glaube ich, können wir es vor der ganzen Öffentlichkeit verantworten, daß auch das Land Steiermark zu den Vereinigten Bühnen und der Aufrechterhaltung ihres Bestandes den im Voranschlag eingesetzten Betrag leistet. (Beifall und Bravorufe.)

(Präsident Thoma übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich will nur zum zweiten Teil sprechen, der hier in dieser kulturellen Angelegenheit erfreulicherweise eingehend behandelt wurde, das ist das Stadtmuseum. Landesrat Illig hat darauf verwiesen, daß mit 1. Jänner 1952 das „Stadtmuseum“ aus dem Besitz der Stadtgemeinde Graz übergehen wird in den Besitz des Landes, daß die Vereinbarungen getroffen sind; die Durchführung wird noch erfolgen müssen. Die Ursachen wurden ebenfalls angedeutet. Es ist das Stadtmuseum, das allein, isoliert in einer nicht günstigen Lage, in der Sackstraße untergebracht war, vom geringsten Teil des Publikums beachtet worden, obwohl es interessante Dinge genug enthält. Dort ist es tot geblieben; jetzt wird erwartet, wenn es in Verbindung mit dem Joanneum geführt wird, wenn die räumliche Verbindung hergestellt werden können, daß ein Teil des Interesses, daß jetzt dem Joanneum zugewendet wird, auf das Stadtmuseum entfallen wird. Es ist zu hoffen, daß das „Stadtmuseum“, das diesen Titel auch weiter beibehält, wirklich lebendig fürs Publikum gemacht werden wird. Das scheint uns als Vertreter der Gemeinde Graz die Hauptsache, wobei ich nicht übersehen will, daß damit eine gewisse finanzielle Entlastung für die Stadtgemeinde Graz verbunden ist, weil die Kosten der Führung dieses Museums vom Land übernommen werden. Ich bin befriedigt darüber, daß das geschieht, wenn auch manche von den Vertretern der Gemeinde ein gewisses Gefühl des Bedauerns, daß eine immerhin in einigen Jahrzehnten geschaffene Einrichtung aus den Händen der Stadt weggegeben wird, nicht unterdrücken können. Die Vernunft und auch die kulturellen Rücksichten zeugen dafür, daß die getroffene Entscheidung richtig ist. Daß der Gemeinderat zugestimmt hat der Übertragung der Sammlung ins Eigentum des Landes, das war eine der Voraussetzungen dafür.

Ich wende mich nun der anderen Frage, der Frage des Theaters zu, den Vereinigten Bühnen, die jetzt in der zweiten Spielzeit stehen. Hier ist gesprochen worden über eine Schließung des Schauspielhauses. Es ist selten der Fall, daß zwei verschiedene Gründe zusammentreffen, um

eine gleiche Entscheidung herbeizuführen. Die eine ist die von meinen Vorrednern, besonders von Abg. Dr. Amschl erwähnte Tatsache, daß das Defizit dieser Vereinigten Bühnen so groß geworden ist, daß die beiden theatererhaltenden Körperschaften, das Land und die Stadt, dieses Defizit nicht weiter tragen können, ohne zu untersuchen, ob es überhaupt getragen werden kann oder nicht, ob es verringert werden kann, ohne den Bestand der Theater dadurch zu gefährden. Diese Überlegungen waren es, die im Finanzausschusse und im Vereinigten Theater-Ausschuß dazu geführt haben zu beschließen, künftighin nur eine Sprechbühne neben der musikalischen Bühne, dem Opernhaus, zu führen. Ich möchte nicht leugnen, daß zunächst, das wird zweifellos der überwiegende Teil der Theaterbesucher in Graz bestätigen, als Sprechbühne das Schauspielhaus in Frage käme, so daß also der jahrzehntealte Zustand wieder hergestellt wäre, daß das Opernhaus und Schauspielhaus in Graz wieder die Stätten des Theaters in Graz sind. Aber das ist nicht möglich, und zwar deshalb, weil sich tatsächlich nicht erst jetzt, sondern schon seit langer Zeit herausgestellt hat, daß das Schauspielhaus in einem baupolizeilich und feuerpolizeilich derart schlechten Zustand ist, daß es immer schwieriger wurde, überhaupt die Spielerlaubnis zu erlangen. Und diese Erlaubnis läuft mit der Spielzeit 1951/52, das heißt mit 31. August 1952, ab. Das Schauspielhaus ist ja 1½ Jahrhundert alt, jedoch außerordentlich beliebt bei allen Freunden des Schauspiels, da es ein akustisch ausgezeichneter Bau ist. Aber das alles ändert nichts daran, daß es in einer Zeit erbaut ist, die von einer modernen Einrichtung eines Theaters noch nichts wußte und daher bauliche Übelstände aufweist, die immer weniger erträglich erscheinen und zu einem Benützungsverbot wahrscheinlich auch dann führen würden, wenn man es für die Spielzeit 1952/53 wieder ansprechen würde.

Ich fasse also zwei Argumente zusammen. Erstens soll nur in einem Haus Schauspiel gespielt werden; das Schauspielhaus kommt dafür nicht mehr in Frage, weil es in diesem Zustand nicht spielfähig wäre, so daß nur das Kammer-spieltheater, der Rittersaal, weiter für das Schauspiel verwendet werden soll. Außerdem soll zweimal in der Woche auch im Opernhaus Schauspiel gespielt werden, so daß man im Opernhaus Klassiker und große Stücke und im Rittersaal kleinere und intimere Stücke auf-führen wird. Das war das Ergebnis einer Be-sprechung auf freundschaftlicher Grundlage. Man ist damit nicht nur meiner Meinung, son-derm auch der Meinung der meisten Mitglieder des Theaterausschusses gerecht geworden.

Dann ist aber zu überlegen, ob das Schau-spielhaus nicht so umgebaut werden könnte, daß es den modernen Anforderungen wieder entspricht. Bei einer Wahl zwischen dem so hergestellten Schauspielhaus und dem Ritter-saal kann die Entscheidung natürlich nicht

zweifelhaft sein. (Abg. Pölzl: „Man müßte eine erste Rate für den Bau einsetzen!“) Die Frage ist nur die, welche Körperschaft die nicht unbeträchtlichen Mittel dafür aufbringen würde und wollte. Aber darüber wird anderswo ent-schieden und gesprochen werden. Aber auch, wenn diese Körperschaft heute schon gefunden wäre, würde das nichts daran ändern, daß für die nächste Spielzeit das Schauspielhaus ge-schlossen werden müßte. Es kann kein Mensch annehmen, daß die großen Umbauten in den zwei Sommermonaten durchgeführt werden könnten; denn dazu brauchte man mindestens 1½ Jahre oder noch länger, wobei anzunehmen ist, daß man während der Arbeiten noch auf manche Mängel kommen wird, die man zunächst gar nicht sieht, wie das bei solchen Umbauten alter Gebäude immer der Fall ist. Jedenfalls steht für die nächste Spielzeit das Schauspielhaus nicht zur Verfügung.

Und jetzt kommt ein weiterer Einwand des Theaterausschusses. Man fragt: Was ist mit dem Orpheum? Dieses ist von der Stadtgemeinde innerhalb einiger Jahre ausgebaut worden und es ist, was den Zuschauerraum betrifft, ein sehr schönes Theater; es ist aber absichtlich, weil man dabei ja schon mit 1949 die Verpachtung als Kino im Auge hatte, der Bühnenteil nicht so vollständig hergerichtet, daß man es ohne besondere Kosten in ein Schauspieltheater um-wandeln könnte. Man könnte zwar schon ein-zelne Stücke dort spielen, — es ist ja auch früher dort gespielt worden — aber ein voller Schauspielbetrieb wäre nicht möglich, ohne daß finanzielle Mittel aufgewendet würden. Die könnten aber nur dann aufgewendet werden, wenn man wüßte, daß dieses Haus dauernd als Schauspielhaus in Verwendung bliebe. Faßt man aber das ins Auge, dann wäre der Plan, das Schauspielhaus wieder herzurichten, dauernd erledigt. Denn wenn wir nicht in eine kaum zu erwartende Theaterkonjunktur hineinkommen, in der man ohne weiteres drei Bühnen bespielen könnte, so kann man, wenn man das Orpheum für einen richtigen Theaterbetrieb hergerichtet hat, nicht auch noch daran denken, das Schau-spielhaus auszubauen; man müßte es im Gegen-teil sogar abreißen, man könnte es nicht stehen lassen, da ein weiterer Verfall eine Gefährdung für die Passanten darstellen würde, so wie das Refektorium, das im Rosenhain steht, was aber an dieser Stelle der Stadt, am Freiheitsplatz, nicht geduldet werden könnte. Das wären also die Überlegungen, welche dazu geführt haben, daß in der Spielzeit 1952/53 der Betrieb nur im Opernhaus und im Rittersaal geführt werden soll, wobei die Frage, was mit dem Schauspielhaus zu geschehen hat, vorläufig noch gänzlich offen ist. Somit habe ich auch einige von den Gedanken berührt, die der Herr Abg. Pölzl vor-gebracht hat. Ich habe nicht die Absicht, heute mehr darüber zu sprechen.

Die Frage der Vereinigten Bühnen ist jedoch mit dieser Lokalfrage noch keinesfalls gelöst, sondern es ist ganz klar, daß mit der Einschrän-

kung auf zwei Bühnen eine zweite Frage akut wird, und zwar die Frage, was mit dem Personal ist. Wird auch dieses Personal ziffermäßig verringert werden müssen? Aber das ist eine Frage, die noch mit der künstlerischen Leitung geklärt werden muß; denn drei Bühnen oder zwei Bühnen, das ist ein Unterschied. Nun ist auch die Frage der musikalischen Leitung wieder neu akut geworden, denn der gegenwärtige Opernchef legt keinen Wert mehr darauf, in Graz engagiert zu werden, weil er zu viele Auslandsverpflichtungen übernommen hat. Es werden daher eine ganze Reihe von wichtigen Entscheidungen getroffen werden müssen, die nicht nur für uns, sondern für alle interessant sind, die wir ja alle die Absicht haben, in Graz ein künstlerisch wertvolles Theater für alle drei Kunstgattungen weiterzuführen. Zunächst ist da auch noch zu regeln die Fortsetzung des Vertrages zwischen Land und Gemeinde, der noch bis August 1953 läuft, wobei für eine spätere Entwicklung neue Vereinbarungen getroffen werden müssen, damit der Stadt Graz und dem Lande Steiermark eine Kulturstätte ersten Ranges erhalten werden kann, die doch nach ihrer Qualität, nach den großen Wiener Theatern, die erste in Österreich ist. Darüber besteht keinerlei Zweifel, am allerwenigsten bei den Künstlern oder bei der Bevölkerung der übrigen Landeshauptstädte, wo ja auch wertvolle Theater bestehen. Ich glaube also, daß wir alle recht daran tun, wenn wir so wie im Finanzausschuß auch im Hohen Haus selbst dem Antrag zustimmen, der für die Erhaltung der Vereinigten Bühnen die finanzielle Voraussetzung schafft. (Beifall und Bravorufe!)

Landesrat Pirsch: Zur Künstlerförderung gehört, daß das Land bei allen seinen Bauten einen oft sehr hohen Betrag für die künstlerische Ausgestaltung dieser Bauten bereit stellt.

Hohes Haus! Aber einer der wichtigsten Abschnitte in der Gruppe 3 ist sicher der Unterabschnitt 331 „Volksbildungsheime“. Der Herr Abg. Ertl hat schon die Bedeutung von Sankt Martin und seinen Zweiganstalten aufgezeigt. Ich darf hier kurz noch einmal dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen, daß unser Volksbildungsheim St. Martin verschiedene Aufgaben zu erfüllen hat. Erstens ist St. Martin verantwortlich für die Führung unserer bäuerlichen Fortbildungsschulen. Diese Maßnahmen für die hauswirtschaftliche Schulung und Ausbildung weisen, wie Sie aus den Zahlen des Herrn Abg. Ertl entnommen haben, eine starke Breitenwirkung auf. Die zweite Aufgabe von St. Martin ist die der Abhaltung von sogenannten Bauern-töchterkursen. Das sind drei- bis viermonatige Internatskurse, die sowohl in St. Martin als auch in drei Zweiganstalten abgehalten werden. Die dritte Aufgabe, die ist neu dazu gekommen, das sind die Kurse für die nicht-bäuerliche Jugend, also die Kurse, die hauptsächlich Mädchen aus Arbeiterkreisen umfassen. Diese Kurse teilen sich wieder in drei- bis vier-

monatige Internatskurse in diesen Zweiganstalten oder in verschiedenen Orten, vor allen in Industrieorten der Steiermark, in Tageskurse. Ich darf sagen, daß diese Maßnahme wider Erwarten reichen und reichsten Anklang gefunden hat. Es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, St. Martin und seine Zweiganstalten auch während der Sommermonate zu beschäftigen bzw. auszuwerten. Die vierte Aufgabe von St. Martin ist, daß es als Kursheim für verschiedene kulturelle und volksbildnerische Belange zur Verfügung steht und die fünfte, nicht letzte Aufgabe ist die, daß dieses St. Martin eine Pflegestätte bäuerlichen Volkstums darstellt. An Verständnis für die Bauernschaft fehlt es in unserem Lande weitgehend. Ich darf erwähnen, daß im Voranschlag für 1952 als neue und, wie ich annehme, als letzte Zweigstelle Radkersburg vorgesehen ist. Damit ist der alte und langgehegte Wunsch der untersteirischen Bevölkerung in Erfüllung gegangen.

Weiters finden Sie, wenn auch im außerordentlichen Haushalt, einen Betrag von 200.000 S dafür vorgesehen, daß in St. Martin ein Landmaschinenlehrhof eingerichtet wird. Wir haben mit diesem Lehrhof vor, das Bedienungspersonal für unsere landwirtschaftlichen Maschinengenossenschaften in Kurskursen auszubilden.

Es ist nun auch soweit, daß in absehbarer Zeit die Bombenschäden am Schloß beseitigt sein werden. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um allen, die hier mitgewirkt haben, der Abteilung 8, der Direktion, den Lehrkräften, vor allem aber dem Steiermärkischen Landtag dafür bestens zu danken, daß er für St. Martin und seine Belange immer großes Verständnis aufgebracht hat. Ich bin überzeugt, daß wir damit nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung, sondern der gesamten steirischen Bevölkerung etwas Gutes getan haben und so, wie das alte Schloß neu ersteht, wird das Werk von St. Martin weiterhin seinen Segen ausstrahlen zum Wohle unseres Landes (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kandutsch: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, nachdem zu diesem Kapitel schon soviel gesprochen wurde, auch unseren Standpunkt in einigen Worten zu umreißen. Zum dritten Mal erleben wir bei der Beratung des Kapitels „Kulturpflege“ dieselbe Erscheinung: im stolzen Bewußtsein unserer großen Tradition sind wir als gute Österreicher — auch wenn der Abg. Pözl uns dieses Prädikat streitig machen will — geneigt, uns Liebenswürdigkeiten zu sagen und die Gefahren zu übersehen oder zu verschweigen, welche unser Kulturleben bedrohen. Dabei müssen wir doch beobachten, daß es kaum einen Zweig des geistigen Schaffens gibt, der nicht von einer Krise bedroht ist, so die Theaterkrise, Buchkrise, die Krisen des Filmschaffens, der Hochschulen, der Wissenschaft. Alle diese Erscheinungen bedürfen eines eingehenden Studiums und der Erkenntnis, daß dahinter eine tiefe menschliche Krise steckt. Wenn wir sie

lösen wollen, müssen wir dafür sorgen, daß der Mensch von heute wieder ein starkes geistiges und sittliches Fundament erhält. Kultur muß mehr sein als „sonntägliche Besinnung“. Sie muß unser nationales Leben erfüllen als Ziel, Ordnung und verpflichtende Aufgabe für jeden Einzelnen. Kultur gedeiht nur, wo es wahre Freiheit gibt. Daher sind politische Einflüsse schädlich. Der Staat hat aber die Aufgabe, zu fördern, zu pflegen und im Zuge der gesellschaftlichen Strukturwandlung neue Aufgaben zu übernehmen, die einstens vom privaten Mäzenatentum erfüllt worden sind.

Bei der Verteilung der Landesmittel lagen zwei Meinungen im Streit. Die eine glaubte die Verpflichtung der öffentlichen Hand vornehmlich in der Erhaltung der vergangenen Kulturzeugen, wie Museen und Schlösser, zu erblicken, damit zukünftige Generationen sich an ihnen erbauen und ihr kulturelles Sendungsbewußtsein stärken können. Die andere Auffassung, zu der ich stark tendiere, will die große Vergangenheit in eine nicht minder große Zukunft über eine fruchtbare Gegenwart leiten. Würde uns das nicht gelingen, so wäre auch die Vergangenheit entwertet. Das Schicksal unserer lebenden Künstler erfüllt mich mit großer Sorge. Es kommt demnach darauf an, die beiden eben skizzierten Standpunkte zu koordinieren. Wenn ich die Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters Dipl. Ing. Udier in Betracht ziehe, der so liebenswürdig war, uns die Mittel zu nennen, welche über die im Budget festgelegten Summen zur Förderung der schaffenden Künstler im heurigen Jahr aufgewendet wurden, so darf ich mit Genugtuung feststellen, daß in der Steiermark der richtige Weg beschritten wurde.

Besonders schwierig gestaltet sich die Förderung der Wissenschaft. Was hier die öffentliche Hand zur Verfügung stellt, reicht bei weitem nicht aus. Erfindungen werden heute nur dort gemacht, wo genügend Mittel vorhanden sind. Ohne Laboratorien, Material, aber auch ausreichende Bezahlung der geistig schöpferischen Arbeit, wird Österreich den Anschluß an andere Länder nicht mehr finden, und schon beobachten wir, wie sich die Forschungstätigkeit von den Hochschulen in jene Industrien verlagert, wo die materielle Grundlage sie ermöglicht. Die Unterbewertung der geistigen Arbeit zeitigt tragische Folgerungen für unser gesamtes kulturelles und wirtschaftliches Leben. Die Abwanderung hervorragender Wissenschaftler und Künstler nimmt zu, wobei in erster Linie jene ins Ausland gehen wollen, welche sich durch ihre Tüchtigkeit durchzusetzen vermögen.

Beim Theater sind die Probleme besonders kompliziert. Offensichtlich sind es nicht soziale Momente, welche den schwindenden Besuch, selbst der ersten Staatstheater, verursachen. Wir sehen, daß die Konzerte immer ausverkauft sind, während das bei den Theatern nur selten und dann gelingt, wenn Bestes geboten wird. Zweifelsohne ist die Konkurrenz des Filmes übermächtig und daher notwendig, daß die

Spielplangestaltung sorgfältig und klug erfolgt. Es hat sich erwiesen, daß das moderne Problemstück die Menschen besonders interessiert. Sie wollen erleben, wie der Dichter ihre eigenen Sorgen und Empfindungen sieht und deutet, und es kann kein Zweifel sein, daß der Autor viel zur Klärung der geistigen Situation beitragen kann, wenn er die gehobene Stimmung dazu benützt, einen Weg aus der Bedrängnis zu zeigen. Jean Paul Sartres „Schmutzige Hände“ als Schund abzutun, wie dies der Abg. Pölzl versucht hat, ist völlig abwegig und nur zu verstehen, wenn jemand den Spiegel, in dem man sich selbst erkennt, nicht vertragen kann.

Zur Auflassung des Schauspielhauses wäre von uns aus zu sagen, daß wir dem Plan grundsätzlich zustimmen. Neben den hier schon angeführten Gründen ist für uns das ständig anwachsende Defizit maßgebend, als dessen Folge wir auch die erschreckend niederen Gagen für unsere Künstler ansehen, die dem Kulturstaat Österreich zur Schande gereichen. Wundern wir uns dann nicht, wenn die besten Künstler ins Ausland gehen wollen, wo ihre Leistung ganz anders belohnt wird! Die Durchschnittsgage in Westdeutschland liegt bei 600 DMark, während sie bei uns 1300 S beträgt, das heißt, nicht einmal die Hälfte erreicht. Wir denken uns, daß man das Ensemble durch die Auflassung des Schauspielhauses verringern könnte, um dann aber den vielen ausgezeichneten Schauspielern, die wir Gott sei Dank in Graz haben, eine erheblich höhere Gage zu bezahlen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß der Souffleur mehr verdient als der Künstler. Schließlich bleibt es ein Kriterium für das kulturelle Niveau eines Staates, wie er seine Künstler behandelt. (Beifall und Bravorufe.)

Berichterstatter Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Es ist erfreulich, festzustellen, daß sich das Hohe Haus mit seltener Einmütigkeit für die Notwendigkeit dieses Kapitels ausgesprochen hat und ich bitte namens des Finanzausschusses, diese Gruppe unverändert anzunehmen.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 3 mit den in der Beilage Nr. 68 enthaltenen Abänderungsanträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur

Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendpflege“.

Berichterstatter ist Abg. Operschall. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Operschall: Die Gruppe 4 umfaßt das gesamte Fürsorgewesen mit einem ursprünglichen Abgang von 29.645.500 S. Dazu kommt ein Betrag von 313.500 S, detailliert in der Beilage Nr. 68, und zwar sind dies Abänderungsanträge des Finanzausschusses, die Ihnen

ja allen vorliegen. Der Gesamtzuschußbedarf beläuft sich demnach auf 29,960.000 S, das sind rund 9% des gesamten Zuschußbedarfes. In diesem Kapitel, und zwar in den Unterabschnitten 441—449, finden Sie einen Betrag von 6,148.000 S. Es ist dies ein Betrag, der sich hauptsächlich auf die Folgen des letzten Krieges bezieht. Wir finden hier vor allem einen Betrag für Kriegsgefangenen- und Heimkehrer-Betreuung von rund 250.000 S. Dieser Betrag wird aufgewendet für die Betreuung der Kriegsgefangenen, da es möglich geworden ist, ihnen nunmehr Pakete zu schicken und ihnen auch geldliche Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist schon in der Generaldebatte darauf verwiesen worden, daß es wirklich eine Schande ist, daß wir fast 7 Jahre nach dem Krieg noch solche Posten in unserem Voranschlag haben müssen und daß die Menschen jahrelang fern der Heimat sind und nicht nach Hause zu ihren Lieben kommen können.

Die geschlossene Fürsorge umfaßt rund 2367 Personen, die in den verschiedenen Anstalten des Landes, wie in Ehrnau, Kindberg usw., untergebracht sind. Von der offenen Fürsorge werden rund 2062 Personen betreut. Dazu gehören auch Pflegekinder und Erwachsene, die laufende Unterstützungen bekommen. Die TBC-Hilfe umfaßt 197 Personen, die hauptsächlich in Anstalten untergebracht sind. Die Flüchtlingsfürsorge, die ebenfalls in den 6,148.000 S enthalten ist, verursacht Ausgaben von rund 4,629.100 S. Es erhalten ungefähr 1700 Personen laufende Unterstützungen.

Zu dieser Gruppe sind seitens des Finanzausschusses folgende Beschlüßanträge gestellt worden: „Zu 415, 425 und 451 ist das Wort „Krüppel“ durch das Wort „Körperbehinderte“ zu ersetzen und an Stelle des Wortes „Krüppelbildungsanstalt“ tritt das Wort „Bildungsanstalt für Körperbehinderte“.

Ich beantrage die Annahme der Gruppe 4.

Abg. Hegenbarth: Hohes Haus! Uralt ist das Streben des Menschen nach Sicherheit. Es ist unbedingt ein Teil des stärksten aller Triebe, nämlich des Selbsterhaltungstriebes. Wenn der Bauer seine Ernte gegen Hagelschlag versichert, so tut er das, um den Ertrag seiner Arbeit vor den Launen der Natur zu sichern. Und wenn der Arbeiter und Angestellte sich perzentuell hohe Abzüge von seinem kargen Lohn oder Gehalt gefallen läßt, so tut er dies, um im Krankheitsfall und im Alter gesichert zu sein. Wenn wir zurückblicken auf vergangene Zeiten, auf vergangene Jahrhunderte, auf die Fürsorge, wie sie etwa vor hundert Jahren war, so werden wir zugeben müssen, daß sie damals noch recht im Argen lag. Die verschiedenen Herrschaften kümmerten sich nur sehr wenig um die Nöte und Leiden ihrer Untergebenen und — Frau Maria Matzner war noch nicht geboren. (Heiterkeit.) Man mag heute denken über die Altersheime wie man will, aber damals bildeten sie für viele Menschen sicherlich beinahe die Lebensrettung. Inzwischen allerdings hat sich viel geändert.

Und wenn wir heute die sozialpolitische Lage Österreichs bedenken, wenn wir aus dem Ausspruch unseres Sozialministers ersehen, daß gegenwärtig praktisch dem Menschen nichts mehr passieren kann, so könnte einem andererseits doch Angst und Bange werden, wenn man bedenkt, daß ein so hoher Prozentsatz unseres Volkseinkommens für die Finanzierung der sozialen Leistungen und der Fürsorge aufgewendet wird.

Unser ganzes soziales Fürsorgewesen kommt mir heute vor, wie ein sehr massives Dach auf einem schwachen Unterbau. Zweifellos, ein Dach ist eine nützliche Angelegenheit, es schützt das Gebäude und seine Bewohner vor den Unbilden der Witterung. Es ist aber gefährlich, wenn die Mauern, auf denen das Dach aufliegt, dünn und gebrechlich sind. Wir müssen zugeben, daß unsere heutige soziale Gesetzgebung, unser heutiges Fürsorgewesen eine einzige absolute Voraussetzung hat, nämlich zumindestens die Erhaltung der heutigen wirtschaftlichen Lage, der Vollbeschäftigung und der heutigen Produktion. Würde eines Tages eine Krise hereinbrechen, würden wir wieder Arbeitslosigkeit bekommen, wie sie in den Zeiten der ersten Republik war, so müßten wir ernstlich befürchten, daß dann diese hohen sozialpolitischen Leistungen und Fürsorgeleistungen ganz einfach nicht mehr möglich wären.

Hohes Haus, ich sage, daß wir von der ÖVP der Sozialpolitik und ihren Errungenschaften durchaus positiv gegenüberstehen. Wenn wir Bedenken vorbringen, sind diese begründet in der Sorge, ob wir eben den gegenwärtigen Zustand weiterhin werden aufrechterhalten können. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Kriege kosten Geld und wenn die Menschen der Vorgeneration vielleicht noch gemeint haben, daß mit Beendigung des Krieges die Geldausgaben im Großen und Ganzen auch beendet sind, so zeigt der moderne Krieg, daß er sehr viel Geld kostet, aber außerdem noch etwas anderes, daß wir ihn nämlich bezahlen müssen mit einer Massenverelendung der Hinterbliebenen und natürlich auch, wie es wohl der letzte Krieg gezeigt hat, mit gigantischen Zerstörungen von amtlichen Gebäuden und Wohnhäusern und auch — was wir früher nicht gekannt haben — mit der Gesundheit und dem Leben jener Menschen, die angeblich von den Soldaten hätten beschützt werden sollen. Es ist ja auch für uns als Land Steiermark bezeichnend, daß wir darauf Rücksicht nehmen und im Voranschlag gewaltige Summen einsetzen mußten für die Opfer des letzten Krieges. Dies veranlaßt mich, dem Hohen Haus und nicht zuletzt unserer Landesregierung den tiefen Dank der Kriegsoffer auszusprechen dafür, daß man sich jederzeit bewußt war, daß die Kriegsoffer der Steiermark im besonderen diese Unterstützungen seitens des Landes und seiner Landesregierung auch wirklich verdienen.

Hohes Haus, es bedrückt uns aber alle, daß wir eine Post von einigen 100.000 S in dem Voranschlag für Kriegsgefangenenfürsorge finden.

Es bedrückt uns alle, daß fast sieben Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges noch viele fern der Heimat sind und wir ihnen als Gruß ihrer Heimat Pakete zusenden müssen. Diese Pakete sind zweifelsohne nicht allein eine Notwendigkeit, um sie am Leben und bei Gesundheit erhalten zu können, sondern im nicht geringem Maße vielleicht noch etwas anderes: Sie sind das, was man eine „seelische Stütze“ der Heimat nennen muß. Nur der, der selbst in Kriegsgefangenschaft war, weiß, was es heißt, jahrelang fern der Heimat kriegsgefangen zu sein. Wenn ich feststellen muß, daß noch ungefähr 12.000 Steirer als vermißt gelten, im Osten also über 12.000 vermißt sind und man bloß von etwa 110 etwas weiß, so wundert sich die Bevölkerung, die die Verhältnisse nicht kennt. Aber ich kann Sie versichern, ich habe selbst das Unglück gehabt, im ersten Weltkrieg schwerverwundet in russische Kriegsgefangenschaft zu geraten. Weil wir jetzt vor der Weihnachtszeit stehen, muß ich an jene Zeit zurückdenken und es wird mir immer in Erinnerung bleiben, wie wir zu Weihnachten 1916 nichts hatten als den Gedanken und die Sehnsucht, noch einmal lebend in die Heimat zu kommen. Wieder muß ich sagen, es bedrückt mich und jeden anständigen Menschen, wenn man bedenkt, daß es jetzt sieben Jahre nach Kriegsende am Weihnachtsabend noch Tausende von Menschen gibt, die mit Tränen in den Augen stehen und singen werden: „Nach der Heimat möcht' ich wieder!“ Es ist uns unverständlich, daß es Menschen gibt, die in der Lage wären, anderen Mitmenschen wieder die Heimat, Weihnachten und Freude zu geben nach jahrelangem Elend und Mühsal und daß sie es nicht tun, daß sie diese Armen zurückhalten aus Gründen, die wir zwar kennen, aber niemals als stichhältig anerkennen werden.

Schauen Sie, Herr Abg. Pölzl, Sie haben in der Generaldebatte ein Wort geprägt von dem Soldaten, der in einer faschistischen Angriffsarmee gedient hat und haben gemeint, daß dem deutschen Heer auch Österreicher angehört haben; die waren doch gezwungen, ob sie wollten oder nicht, weil doch jeder Staat versucht, seine Mitbürger zu zwingen, auch gegen ihren Willen Kriegsdienst zu leisten. Wenn Abg. Pölzl spricht von der großen faschistischen Armee, die damals einen Angriffskrieg geführt hat, so möchte ich ihm in Erinnerung bringen etwas, was in Brest-Litowsk passiert ist. Dort haben die deutschen und russischen Divisionen gemeinsam Polen überfallen. Deutsche und russische Generäle waren es, die damals ihre Angriffsarmeen gegen Polen geführt haben. Waren da die russischen Soldaten keine faschistischen Angreifer? Daß sich dann die dicksten Freunde von 1939 verfeindet haben und gegeneinander Krieg führten, das ist nicht Schuld derjenigen, die heute noch in Kriegsgefangenschaft schmachten müssen und nicht Schuld der tausend und abertausend Kriegsoffer. (Zustimmung.)

Wir haben in Steiermark nicht weniger wie ungefähr 76.000 Kriegsbeschädigte allein, Hinterbliebene und Waisen zu betreuen. Die Beträge, die eingesetzt sind, sind angemessen, trotzdem sind sie nur ein Bruchteil dessen, was wirklich gebraucht wird und was notwendig wäre. Hohes Haus, ich möchte um eines bitten: Wenn hier auch manchmal bemängelt wurde, daß nur die Kriegsoffer in Steiermark diese Beträge bekommen oder wenn vielleicht der eine oder andere meint, es erscheine ihm ungerechtfertigt, nur einem einzigen Verband die Mittel zuzuweisen, so möchte ich in Erinnerung bringen, daß nicht weniger als 90% der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen im „Steirischen Kriegsofferverband“ organisiert und vereinigt sind. Bestrebungen, von welcher Seite immer, eigene Organisationen aufzuziehen — und es hat wirklich nicht daran gefehlt — würden nur zum Schaden der Kriegsoffer der Steiermark selbst sein. Es ist richtig von Landesregierung, Landtag und Finanzausschuß gewesen, daß die Zuweisungen nur an einen einzigen, politisch ungebundenen Verband erfolgen. Jeder, ohne Unterschied seiner politischen Gesinnung, hat Raum und Platz in dieser Organisation, in diesem Verband. Ich glaube, der Landtag tut gut, daran festzuhalten, diese Zuwendungen auch künftighin nur an eine einzige Organisation zu leisten.

Nun, Hohes Haus, die Kriegsgefangenen-Paketaktion betrifft 110 Menschen, die alle sehnsüchtig auf einen Gruß aus der Heimat warten. Und es ist erfreulich zu hören, daß sie alle, soweit die Adressen bekannt sind, heuer die Pakete, die natürlich schon lange unterwegs sind, auch wirklich zu Weihnachten 1951 bekommen sollen und daß überdies allmonatlich jeder einzelne Kriegsgefangene aus den Mitteln, die hier eingesetzt sind im Voranschlag, ebenfalls je ein Paket von der Landesregierung zugesandt erhält.

Zum Kapitel 4, „Fürsorge“, möchte ich endlich noch eines bemerken: Man möge doch hier keine Unterscheidungen machen, wie es in der Generaldebatte geschehen ist, das sei das Ressort dieses Landesrates, der dieser Partei angehört und das wieder das Ressort jenes Landesrates, der einer anderen Partei angehört. Fürsorge ist keine Angelegenheit einer Partei, keine Angelegenheit eines Standes, denn Befürsorgte gibt es im Laufe der Jahre und im Laufe der Zeit aus allen Berufen, allen Ständen und allen Parteien. Und ich glaube, wir sind heute schon so weit, um zu verstehen und zu begreifen, daß Fürsorgetätigkeit nicht Wohltätigkeit ist, sondern die Pflicht der Öffentlichkeit gegenüber den Mitbürgern, die aus irgend welchen unglückseligen Verkettungen des Schicksals heraus nicht imstande sind, ohne die Fürsorge ihr Leben und ihre Existenz zu fristen. (Lebhafter Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Frau Abg. Wolf: Hoher Landtag! Ich hatte ja schon öfter Gelegenheit, bei diesem Kapitel das Wort zu ergreifen. Ich will mich heute kurz

fassen. Ich möchte mir nur erlauben, einige Dinge in Erinnerung zu bringen und zu bitten, sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Das erste, was ich hier erwähnen will, ist das Heim, das das Land im Vorjahr erworben hat zur Aufnahme verwahrloster Knaben und Mädchen. Es soll kein Vorwurf sein, denn wir haben uns selbst überzeugen können, als uns die Referentin, Frau Landesrat Matzner, vor einigen Wochen eingeladen hat, gemeinsam mit ihr dieses Heim am Fuße des Rosenberges zu besuchen, daß die Verzögerung der Fertigstellung wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß das Gelände zuerst dort nicht als baureif erklärt wurde und daß es vieler, langwieriger Untersuchungen bedurfte, bis es feststand, daß man doch dort den geplanten Neubau errichten wird. Vorläufig sind leider nur Knaben dort aufgenommen worden. Die Mädchen harren noch des Raumes, der sie aufnehmen soll. Es ist das Verhältnis zwischen straffälliger männlicher und weiblicher Jugend zwar, wie ich im Jugendamt erfahren habe, 71 : 29, also überwiegend mehr Knaben, die straffällig geworden sind, als Mädchen. Trotzdem möchte ich an die Frau Landesrat Matzner das dringende Ersuchen richten, sich doch fest dahinterzuklemmen, daß auch für die Mädchen bald vorgesorgt wird. Ich habe voriges Jahr zitiert, daß Geduld Rosenbringe und uns die Geduld den Rosenhof gebracht hat. Heuer muß ich sagen, „keine Rose ohne Dornen“, daher auch der Rosenhof nicht ohne Schwierigkeiten. Damit will ich nur sagen — es sei dies kein Vorwurf — und bitten, die Sache nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Unter den Maßnahmen, die besonders dazu dienen sollen, die Kinder nicht erst straffällig werden zu lassen, ist auch schon das Wohnungsproblem erwähnt worden. Ich mache aufmerksam, daß es unbedingt notwendig ist, auch vom Fürsorgestandpunkt aus, den Wohnungsbau zu fördern, denn eine Familie, die kleinste Keimzelle des Staates, muß eine Wohnung haben. „Mein Haus ist meine Burg“ ist ein altes Sprichwort und ich kann aus meiner Erfahrung sagen, wenn in der Schule bei Kindern Unzukömmlichkeiten vorkommen und man geht der Sache nach, so ist es sehr oft darauf zurückzuführen, daß zu Hause kein geordnetes Familienleben infolge Wohnungsmangels besteht. Also ist es, wie gesagt, auch vom Standpunkt der Fürsorge aus dringend zu wünschen, daß Wohnungen gebaut werden und der Landtag zu bitten, auf dem Wege fortzufahren, wenn auch nur kleine Beträge eingesetzt werden können. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Es ist zu erwarten, daß auch durch den Wohnungsbau die Verwahrlosung unserer Jugend hintangehalten wird.

Eine andere Einrichtung, die dazu dient, die schulentlassene Jugend vor Verwahrlosung zu schützen, ist die, diese Mädchen auf ihren eigentlichen Beruf vorzubereiten. Es gibt Kurse für die nicht bäuerliche weibliche Jugend, also für Mädchen aus Arbeiter- und kleinen Beamtenkreisen usw. Ich hatte öfter Gelegenheit

im Rahmen der Fürsorgetätigkeit, einige dieser Fürsorgeanstalten zu besuchen. Ich kann sagen, daß man immer den denkbar besten Eindruck mit nach Hause nimmt. Es ist jeder verpflichtet, der es mit der Fürsorge für die Jugend ernst meint, den maßgeblichen Funktionären des Landes zu danken, daß im heurigen Budget für das kommende Jahr ein ganz ansehnlicher Betrag für diesen Zweck eingesetzt ist. Zugleich mit dem Dank für die Jugend möchte ich auch den Dank abstatten allen jenen, die in verständnisvoller Weise mitgeholfen haben, daß auch jene Leute, die krank und alt und siech geworden sind, — es sind dies vor allem die Kleinrentner und die wenigen, noch überlebenden Frauen des ehemaligen Vereines der „Wit“ — eine Hilfe erhielten und in ihren alten Tagen nicht der ärgsten Not ausgesetzt sind. Ganz zum Schluß möchte ich noch danken im Namen der Ärmsten der Armen, im Namen der Blinden, denen die Sonne nicht mehr leuchtet, denen wir aber durch die unterstützende Hilfe wenigstens ein Lichtlein der Nächstenliebe im Herzen anzünden können. (Allgemeiner Beifall und Bravorufe.)

Abg. Pözl: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung gibt als solche die Richtlinien heraus für die Fürsorgesätze, die von den Bezirksfürsorgeverbänden anzuwenden sind für die Verwahrlosten. Diese Fürsorgesätze entsprechen meiner Meinung nach durchaus nicht der gegenwärtigen Teuerung. Ich glaube, es wäre an der Zeit, die Fürsorgesätze, die das Land beschlossen hat, angesichts der neuen Teuerungswelle, die seit dem 5. Lohn- und Preisabkommen eingesetzt hat, abzuändern,

Ich möchte zu diesem Kapitel die Sprache auch auf eine Sache bringen, die mir sehr am Herzen liegt. Seit einiger Zeit treiben sich in Österreich nicht nur die Agenten der französischen Fremdenlegion herum, die unsere Jugend für den Dienst in der Fremdenlegion werben, sondern es treiben sich auch herum und lassen sich offiziell nieder Werber aus Kanada, aus den Vereinigten Staaten, die die österreichischen Jugendlichen anwerben für Arbeitsplätze in Amerika, vorwiegend in Kanada.

Nicht nur, daß unserem Lande außerordentlich wichtige Fachkräfte entzogen werden, werden diese Jugendlichen nach Kanada gelockt mit Versprechungen, denen, wenn sie an Ort und Stelle eintreffen, tatsächlich in keiner Weise dem Gebotenen entspricht. Vor mir liegt der Brief eines solchen kanadischen Auswanderers, gestatten Sie mir, daß ich ihn Ihnen vorlese. Ein junger Bursche schreibt an sein Mädchen: „Du kannst es Dir nicht vorstellen, wie es in Kanada zugeht, keine Arbeit, kein Zimmer, wenn ich das jemals gewußt und geglaubt hätte, wäre ich nie weggefahren. Wir müssen alle in den Busch arbeiten gehen, bis zu den Knien stecken wir oft im Wasser, der Schnee liegt über 1 m hoch, dort müssen wir Holz fällen, wie ein paar Sklaven, leider ich wollte es ja so haben. In diesem Lager, wo wir sind, ist weder ein Tisch noch ein Sessel, nur 20 Betten in einem Raum.“

Was das Essen anbelangt, ist es wohl gut und viel, aber verdienen kann ich nichts.“ Das ist der Brief eines Kanadafahrers. Ich möchte betonen, daß in der Regel nur ausgezeichnet beschriebene, kerngesunde junge Leute genommen werden, die sich als Facharbeiter Kenntnisse und Erfahrungen erworben haben. Diese jungen Leute werden nun nach Kanada gelockt und dort in die Wälder verfrachtet, man kann das nicht anders nennen als einen modernen Sklavenhandel. Ich glaube, daß es hoch an der Zeit wäre, daß die österreichische Regierung die kanadische Botschaft und ihre Mission, die diese Werbungen hauptsächlich von Salzburg aus durchführt, zum Teufel jagt und diesen Leuten klarmacht, daß wir nicht gewillt sind, unsere Facharbeiterjugend in den Wäldern Kanadas zuschanden schinden zu lassen.

Abg. Plaimauer: Hohes Haus! Das Kapitel Fürsorgewesen und Jugendhilfe ist sicherlich sehr umfangreich und gibt hier dem Landtag ungemein große Aufgaben. Ich möchte aus diesem Kapitel den Unterabschnitt „Fürsorgeheime“ herausgreifen und darauf verweisen, daß eigentlich der Finanzausschuß, möchte ich sagen, die Arbeiten beim Fürsorgeheim in Kindberg nicht voll und ganz berücksichtigt hat. Das Fürsorgeheim in Kindberg ist meiner Meinung nach seit jeher etwas stiefmütterlich behandelt worden. Es haben dort sanitäre Übelstände geherrscht und es war heuer erst möglich, die Kanal- und Wasserleitung in Ordnung zu bringen. Es gibt noch eine Reihe anderer Aufgaben in diesem Fürsorgeheim. Z. B. es sind viel zu wenig Schränke und Kästen vorhanden, die Fassade spottet jeder Beschreibung. Das Fürsorgeheim liegt an der Hauptstraße und wenn man vorbeigeht und es ansieht, hat es den Anschein, als wenn man sich vor einem grauen Haus befinden würde. Wenn es auch heuer nicht gelungen ist, die notwendigen Schränke und Kästen anzuschaffen und auch dem Haus eine neue Fassade zu geben, so möchte ich bitten, zumindest bei Erstellung des nächsten Voranschlags die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit diese Arbeiten durchgeführt werden können. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat Maria Matzner: Hohes Haus! Sie müssen mir gestatten, zum Einzelplan 4 einige Worte zu sagen. Vor allem möchte ich der Frau Abg. Wolf danken, daß sie sich wieder im Landtage dazu bekannt hat, daß wir für unsere schwer erziehbare Jugend, für jene, die in die Erziehungsanstalten eingewiesen werden, eine Übernahmestelle schaffen. Wir haben von meinem Referate aus zwei Wünsche im Voranschlag für 1952 nicht erfüllen können, der zweite betrifft die ebenso notwendige Erziehungsanstalt für Mädchen, die erste den Rosenhof. Die Angelegenheit wurde verzögert aus verschiedenen Ursachen heraus, auch deshalb, weil eine Reihe von Bodenuntersuchungen notwendig gewesen ist und weil die Vermögensfrage noch nicht eindeutig geklärt, das Land noch nicht Besitzer dieser Liegenschaft ist. Nachdem gerade in den

letzten Tagen diese ersten Vorfagen für die Aufführung des Neubaus im Rosenhof gelöst wurden, hoffen wir, zu Beginn des nächsten Jahres mit den Bauarbeiten anfangen zu können. Damit wird eine notwendige Voraussetzung geschaffen dafür, daß die Kinder, die wir auf Grund gesetzlicher Bestimmungen — und dazu sind wir als Land verpflichtet — in dieses Erziehungsheim übernehmen, wesentlich kürzere Zeit in Anstaltserziehung verbleiben können oder überhaupt nicht in Dauerheime übergeführt werden müssen, sondern von dieser Übernahmestelle direkt heraus auf Familienpflegeplätze gegeben werden können. Wir sehen in der Anstaltserziehung nicht den alleinigen Weg, junge Menschen wieder auf den richtigen Weg zurückzuführen, sie wieder der Gemeinschaft zurückzugeben. Wir glauben, daß gerade bei der Erziehung der jungen Menschen der Einbau in den Familienverband zweckmäßig ist und dazu dient vor allem Rosenhof. Wir haben jetzt schon ohne viel Worte und feierliche Eröffnungen, weil dazu bei dem Stande der Einrichtungen der Anstalt kein großer Anlaß vorhanden ist, dieses Heim in Betrieb genommen. Dieses Heim ist überbelegt und wir können feststellen, daß im Heim wertvolle Arbeit geleistet wird, die jungen Burschen wirklich gut versorgt sind und wir hoffen, daß es uns gelingen wird, die jungen Leute auf Lehrplätzen unterzubringen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Verwahrlosung der Jugend möchte ich mit dem übereinstimmen, was Frau Abg. Wolf gesagt hat hinsichtlich der Notwendigkeit des Wohnungsbaues. Bei Überprüfung der für die Fürsorgeerziehung in Frage kommenden Fälle hat sich immer wieder herausgestellt, daß ein Großteil der Jugendlichen und Kinder aus sozialen Ursachen heraus in die Fürsorgeerziehung kommen müssen. Oftmals sind es milieubedingte Verwahrloste aus der Beengtheit der Wohnung, aus Familien heraus, wo die Eltern nicht richtig mit den Kindern umzugehen verstehen und die Kinder dann verwahrlosten, weil die ganze Umwelt, in der sie aufgewachsen sind, verwahrlost gewesen ist.

Sie sind also vollkommen unschuldig an ihrem Schicksal und es ist unsere Verpflichtung, nicht nur nach den Paragraphen des Gesetzes, sondern auch aus rein menschlichen Erwägungen heraus, auch wirklich alles zu tun, was wir tun können, um die jungen Menschen wieder auf den richtigen Weg zurückzubringen. Aber wenn ich von der Verwahrlosung der Jugend überhaupt spreche, dann hat sich in den letzten zwei Jahren in steigendem Maße noch etwas sehr Interessantes gerade bei diesen Fällen gezeigt, nämlich, daß die Zahl der verwahrlosten ehelichen Kinder im Ansteigen begriffen ist, während die Zahl der verwahrlosten unehelichen Kinder zurückgeht. Dies hängt nur mit dem Wohnungsproblem zusammen. Es hängt mit der ganzen Umwelt zusammen, in der das eheliche Kind heute vielfach aufzuwachsen hat. Und das Zurückgehen der Verwahrlosung der unehelichen

Kinder hängt wieder damit zusammen, daß wir mit Rücksicht darauf, daß jedes uneheliche Kind befürsorgt wird, dies schon am Beginn der Verwahrlosung bemerken und diese so überhaupt vermieden werden kann. Das ist gegenwärtig bei Gefährdung der ehelichen Kinder noch ausgeschlossen und unmöglich. Wir haben heute schon einmal bei der Einrichtung der Erziehungsanstalt Rosenhof darauf hingewiesen und ich komme noch einmal darauf zurück, daß wir keinen Rückgang in Bezug auf verwahrloste Jugendliche aufzuweisen haben. Wir haben ungefähr die gleiche Verwahrlostenziffer. Eine Verschiebung ist nur eingetreten im Alter, im Geschlecht und in der Zusammensetzung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern. Die Notwendigkeit also, jene Einrichtungen zu schaffen, um diese Kinder so rasch wie möglich wieder zu einer geordneten Lebensauffassung zu bringen, besteht nach wie vor. Ich möchte auch erwähnen, daß, obwohl der Fürsorgereferent und der Finanzreferent sozialistisch sind und obwohl wir schon seit zwei Jahren von einem Mädchen-Erziehungsheim sprechen, es bisher noch nicht möglich war, zu erreichen, daß wenigstens einmal mit dem Rohbau für das Projekt „Mädchen-Erziehungsheim“ in Radkersburg begonnen werden könnte. Es mußte auch aus dem Voranschlag 1952 wieder gestrichen werden. Die Aufgabe des Referates wird es sein, selbstverständlich nach wie vor darauf hinzuwirken, daß jene Einrichtungen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Jugendverwahrlosung geschaffen werden, die unerlässlich sind.

Lassen Sie mich aber nun auf die Bemerkung des Herrn Abg. Pölzl verweisen, der im Zusammenhang mit den Richtsätzen gemeint hat, das es höchste Zeit wäre, diese Richtsätze zu erhöhen. Das Wort „Richtsätze“ besagt schon, daß es sich hier nicht um bindende Unterlagen handelt, sondern eben um „Richtsätze“, weil ja Fürsorge etwas ist, was nicht nach festen Richtlinien und Paragraphen beurteilt werden kann, sondern etwas, das individuell angewendet werden muß. Es besteht also absolut die Möglichkeit, über diese Richtsätze, die vom August dieses Jahres stammen, auch hinauszugehen, je nachdem, wie der einzelne Fürsorgefall gelagert ist. Aber bei der Festlegung waren wir bemüht, davon auszugehen, in welchem Abstand steht die Fürsorgezuwendung vom Einkommen bzw. manchmal von der Arbeitslosenunterstützung der betreffenden Schichte von Arbeitern, die in diesem Orte wohnen. Ich glaube, wir stimmen alle darin überein, daß es nicht der Zweck der Fürsorge sein kann, dem Befürsorgten genau das gleiche Einkommen zu sichern, das unter Umständen auch ein schlecht entlohnter Arbeiter annähernd hat. Wir wünschen nicht, daß sich aus jenen Richtlinien für die Fürsorge das Bestreben entwickelt, überhaupt jede Arbeit zu vermeiden. Wir wissen, daß die Not der Menschen heute unerträglich groß ist, vor allem der alten Menschen. Wir wollen auch helfen. Das, was mit den Richtlinien bezweckt wird, ist, den Fürsorgeverbänden vor allem draußen auf dem

Lande Richtlinien in die Hand zu geben, nach welchen sie sich halten können. Zu den Richtsätzen kommt noch dazu, daß wir in Steiermark außerdem den vollen Mietbeitrag leisten und daß dieser Richtsatz, wenn er auf eine vierköpfige Familie angewendet wird, über 700 S beträgt, wozu noch, wie gesagt, die Mietzinsbeihilfe kommt.

Ich möchte hier in der Frage der Fürsorge im allgemeinen sagen, daß wir nicht mehr zu leisten vermögen, das hängt mit der finanziellen Lage unseres Landes nach dem zweiten Weltkrieg überhaupt zusammen. Fürsorge in einer solchen Zeit, in einer Zeit der Not, benötigt immer steigende Aufwendungen und erbringt außerordentlich geringe Einnahmen. Wenn der Herr Landesrat Illig aber davon spricht, daß wir im Voranschlag 60 Millionen Schilling für Fürsorge aufwenden, nicht aber davon spricht, daß wir auch 27 Millionen Schilling Einnahmen in dieser Voranschlagspost haben, dann hat er — glaube ich — nicht die volle Wahrheit gesagt. Ich möchte außerdem noch dazu sagen, daß das, was wir auf dem Gebiet der Fürsorge leisten, gesetzliche Verpflichtungen des Landes sind. Auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge, also der Fürsorge für Erwachsene, für Geisteskranke, Blinde, Taubstumme und Körperbehinderte, haben wir überhaupt im Voranschlag nur ungefähr 4% freiwillige Leistungen, alles übrige sind gesetzliche Leistungen, die wir zu erfüllen haben. Hier ist das Land mit 25% der Kosten auf Grund der Gesetzgebung beteiligt, während 75% von den Bezirksfürsorgeverbänden bzw. von den Gemeinden dem Lande rückersetzt werden. Ich halte es für notwendig, das zu sagen, damit man nicht die Auffassung vertritt, daß hier in der Fürsorge mehr getan wird, als man füglich im Rahmen des gesamten Budgets verantworten könnte und daß es deshalb getan wird, weil ein Sozialist das Fürsorgereferat führt. Ich glaube sogar, daß wir hier auf dem Gebiet der allgemeinen Fürsorge mehr leisten müßten, denn Fürsorge heißt Vorsorge und ich habe das Gefühl, daß manchmal, wenn wir mehr vorsorgen würden, wir uns manche Fürsorgemittel ersparen könnten für andere Zwecke in der Zukunft.

Wenn ich aus der Fülle der Probleme in der Fürsorge eines herausgreifen möchte, dann ist das die Not der Körperbehinderten. Man stand jahrzehntelang immer auf dem Standpunkt, daß der Körperbehinderte nur zu primitivsten Arbeiten Verwendung finden könne, ja, daß er fallweise sogar von Haus zu Haus gegangen ist und dort Arbeit, Obdach und auch das Essen bekommen hat. Die Auffassung, die heute besteht und die, glaube ich, auch die richtige ist, ist, daß wir versuchen müssen, auch den Körperbehinderten wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern und daß wir vorbeugende erzieherische Arbeit auch bei den Körperbehinderten zu leisten haben. Nun haben wir in Steiermark eine Anstalt für Körperbehinderte, wobei ich aber zugebe, daß sie vollkommen unzulänglich

ist und daß wir erst beginnen, sie so auszubauen, daß es uns später möglich sein wird, nachzuweisen, daß auch Körperbehinderte imstande sind, ohne öffentliche Fürsorge sich selbst ihr Leben zu gestalten. In Zusammenarbeit mit dem Arzt und vor allem mit den Menschen, die sich um die Körperbehinderten bemühen, soll es uns gelingen, jene Berufe für die Körperbehinderten zu finden, die sie wieder überwiegend oder gar voll einsatzfähig machen, damit sie wieder erhaltungsfähig sind für sich selbst und oft auch für ihre Familie.

Es ist auch hier nicht gelungen, die Wünsche des Referates im Voranschlag 1952 zu erfüllen, aber es bleibt nach wie vor eine gesetzliche Verpflichtung des Landes, sich um die Körperbehinderten besonders zu bemühen, es bleibt nach wie vor eine menschliche Verpflichtung, uns dieser so schwer Betroffenen anzunehmen.

Ich darf hier sagen, daß wir auf dem Gebiete der Jugendfürsorge weiter sind als auf dem Gebiete der allgemeinen Fürsorge und daß auch hier die freiwilligen Leistungen des Landes größer sind als auf dem Gebiete der allgemeinen Fürsorge. Im Voranschlag 1951 waren es ungefähr 20%, also ein Fünftel der Voranschlagsziffer, die auf freiwilligen Leistungen fußen und die vorbeugende Maßnahmen betrafen, Maßnahmen zur Erhaltung oder Stärkung der Gesundheit, Bekämpfung der Verwahrlosung. Ich erinnere daran, was Frau Abg. Wolf hinsichtlich der Hauswirtschaftskurse für nicht landwirtschaftliche Mädchen gesagt hat. Es entsprechen diese Kurse dem ernstesten und tiefsten Wunsche, die Verwahrlosung der jungen Mädchen zu verhindern, sie nach der Schulentlassung, wenn sie keine Arbeits- und Lehrplätze gefunden haben, irgendwie zu beschäftigen und ihnen für ihr ferneres Leben etwas mitzugeben. Das sind für alle Fälle Näh- und Hauswirtschaftskenntnisse. Ich möchte darauf verweisen, daß wir in dieser Förderung für die freiwillige Jugendfürsorge auch die Aktion „Jugend am Werk“ haben, die ebenfalls mehreren Zwecken dient und eine Reihe von Erholungsaktionen in Steiermark fördern. Nachdem die UNICEF-Aktion eingestellt worden ist, läuft eine Schülerausspeisungsaktion, die einen Zuschußbedarf von 663.000 S hat, Ich möchte noch darauf verweisen, daß im Zusammenhang mit der Schülerausspeisung vor einiger Zeit in der Presse eine Mitteilung veröffentlicht wurde, daß die Milchaktion in Steiermark von den Molkereigenossenschaften durchgeführt und die Milch gratis an die Schülerausspeisungen abgegeben wird. Ich möchte feststellen, daß die Milch deshalb gratis abgegeben wird, weil die Molkereigenossenschaften seinerzeit aus Mitteln der UNICEF Molkereimaschinen bekommen und sich verpflichtet haben, für diese Maschinen den Gegenwert in Form von Milch an die Schülerausspeisungen abzustatten.

Ich darf noch darauf verweisen, daß wir bei Betreuung der Pflegekinderaufsicht, wozu das

Land ebenfalls gesetzlich verpflichtet ist, immer wieder darauf stoßen, daß manche Verwahrlosungsfälle vermieden werden könnten, wenn wir auf dem Lande rechtzeitig in der Lage wären, durch eine entsprechende Anzahl von Fürsorgerinnen auf gesundheitlichem und moralischem Gebiet so einzugreifen, als es notwendig ist. Hier konnte noch nicht jener Stand erreicht werden, der notwendig ist, um das richtige Netz eines Fürsorgeapparates auf- und auszubauen.

Wir haben im Einzelplan 4 in dem Referat, das ich zu verwalten die Ehre habe, auch mit den Flüchtlingen zu tun, mit jenen Menschen, die noch nicht in Österreich oder von denen viele noch nicht in Österreich die neue Heimat gefunden haben. Ich darf darauf verweisen, daß wir in Steiermark noch immer 46.000 volksdeutsche Flüchtlinge haben, von denen 7000 Flüchtlinge sich in steirischen Lagern befinden und von denen nahezu 2600 befürsorgt werden. Diesen Menschen müssen wir ebenfalls unser gesamtes Augenmerk zuwenden, nicht nur soweit wir gesetzlich auf Grund der Fürsorgeverordnungen dazu verpflichtet sind, sondern über das hinaus, was der Bund leistet. Die Flüchtlingsfürsorge, das wurde im Finanzausschuß erklärt, ist eigentlich eine Sache des Bundes und ich kann hier sagen, daß wir uns immer als Land bemüht haben, diese Verpflichtung dem Bunde darzulegen. Nichtsdestoweniger sind wir in dieser Auseinandersetzung der Schwächere. In der Schulfrage hat sich die Sache so entwickelt, daß die Lagerschulen einfach von den Bundesbehörden den Gemeinden überantwortet worden sind, so daß nunmehr diese Gemeinden den gesamten Schulaufwand auch für die Lagerschulen der Flüchtlingskinder zu tragen haben. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was das oftmals für eine kleinere Gemeinde bedeutet. Nehmen Sie da zum Beispiel die Gemeinde Wagner bei Leibnitz. Es ist Vorsorge getroffen worden, allerdings nicht in entsprechender Weise, daß aus den Mitteln der Bedarfszuweisungen ein Zuschuß geleistet werden kann. Wir haben aber in den Flüchtlingslagern sehr viele Kinder in absolut unzulänglichen Verhältnissen und es ist erst jetzt gelungen zu erreichen, daß in diesen Flüchtlingslagern Schülerhorte eingerichtet werden, damit es möglich ist, daß die Schüler in einem eigenen Raum unter Aufsicht und Anleitung einer Fachkraft ihre Aufgaben machen und sich für die Schule vorbereiten können. Das ist deshalb notwendig, weil diese Schüler oft mehr als 1 Jahr keinen Schulunterricht erhalten konnten, weil sie auf der Flucht gewesen sind. Auf diese Weise versucht man, diesen jungen unschuldigen Menschen zu helfen, wo immer wir es können. Ich glaube, es kann niemand behaupten, daß wir über unsere sogenannte Leistungsfähigkeit hinaus schon Aufgaben erfüllt hätten. Im Gegenteil, ich habe immer, wenn ich das eine oder andere Flüchtlingslager besuche, das Gefühl, als ob wir alle miteinander als Politiker unsere Aufgaben nicht erfüllen in dem Maße, als es uns zukommt und daß uns nicht zu Un-

recht von den Flüchtlingen der Vorwurf gemacht wird, daß wir selbst nicht richtig wollen, daß sie in Österreich eine neue Heimat bekommen. Selbstverständlich muß auch darauf verwiesen werden, daß wir selbst auch arm sind, durch den Krieg furchtbar gelitten haben und uns selbst strecken müssen nach der Decke, die uns der 2. Weltkrieg übrig gelassen hat. Aber ich glaube doch, daß wir unsere Aufgabe im nächsten Jahr darin sehen müssen, im verstärkten Maße der Eingliederung der Flüchtlinge in unserem Land alles Augenmerk zuzuwenden und ich weiß, daß auf einem anderen Gebiete, auf dem Gebiete der Sesshaftmachung der Volksdeutschen vor allem in der Landwirtschaft ein Anfang gemacht wurde und ich weiß, daß ausländische Organisationen hier helfend eingreifen. Ich glaube, wir werden hier alle gemeinsam versuchen müssen, den Flüchtlingen in Österreich eine neue Heimat zu geben.

Ich weiß aber, daß auch eine große Zahl der Menschen, die von den Südoststaaten gekommen sind; dennoch den Wunsch haben — weil sie die politische Unsicherheit unseres Landes zu sehr empfinden —, in das Ausland zu gehen und ich weiß, daß sich mehr als 2000 Familien aus der Steiermark für die Auswanderung nach Übersee gemeldet haben, die von einer amerikanischen Stelle eingeleitet worden ist. Obwohl diese Aktion nun schon 1½ Jahre läuft, wird sie nicht so durchgeführt, wie es im Interesse dieser volksdeutschen Familien notwendig wäre, die sich eine neue Heimat in Amerika schaffen wollen. Die amerikanischen Stellen haben wohl ein Gesetz beschlossen, daß die Einwanderung auch den Mitgliedern des Kulturbundes ermöglicht wird, aber bei der Durchführung scheint es so zu sein, daß die Auslegung dieses Gesetzes auf manche Schwierigkeiten stößt, die in den Fragebogen, vielleicht auch manchmal nur in der persönlichen Auffassung der Vertreter Amerikas in Österreich liegen. Wir haben auch hier den Wunsch, den Menschen, die jetzt in Österreich beheimatet sind, zu helfen, damit sie so rasch als möglich eine neue Heimat finden und ich appelliere von dieser Stelle aus vor allem an die zuständigen Vertreter in Steiermark, die diese Auswandernden zu überprüfen haben, hier mitzuhelfen, damit diese Menschen aus der Unsicherheit der Gegenwart in die von ihnen so sehr ersehnte Sicherheit der Zukunft kommen können.

Ich glaube, daß unsere Fürsorge in der Steiermark an sich sehr vielseitig ist und ich glaube, daß die Mittel, die hierfür aufgewendet werden, nicht auf einem Sektor aufgewendet werden, wo sie vielleicht überflüssig oder nicht zweckmäßig sind. Ich wiederhole, Fürsorge ist etwas Individuelles. Wozu wir aber — glaube ich — trotz der Armut unseres Landes werden kommen müssen, ist, daß wir aus dem Helfen im Nachhinein zu einer vorbeugenden Hilfe kommen müssen und daß wir jene Mittel zur Verfügung haben, die der Vorbeugung der Not und des Elends dienen. Versuchen wir in unserer ganzen

Arbeit und in unserer ganzen Einstellung die Fürsorge nach diesen Gesichtspunkten zu betrachten, dann wird nicht nur der prozentuelle Anteil der Fürsorge an den Gesamtausgaben des Landes Steiermark allein in Betracht gezogen werden, obwohl ich feststellen möchte, daß er nur 10 % der gesamten Ausgaben des Landes beträgt, sondern dann werden wir vor allem aus unserer praktischen täglichen Arbeit die Überzeugung mitnehmen, daß Fürsorge nicht politisch nach der einen oder anderen Seite beurteilt werden kann, sondern daß sie eine Verpflichtung des Gesunden, des Leistungsfähigen gegenüber dem Kranken und Bedürftigen ist. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Präsident: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Operschall:** Ich kann auf das Schlußwort verzichten und ersuche im Namen des Finanzausschusses, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur

Gruppe 5 „Gesundheitswesen und Körpererertüchtigung“.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen namens des Finanzausschusses über die Gruppe 5 Bericht zu erstatten. Dies ist jene Gruppe, über die im Finanzausschuß meistens auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zur Diskussion gelangen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß sich sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses darin einig sind, für die in dieser Gruppe enthaltenen Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten das Bestmögliche zu tun. Es muß mit besonderer Genugtuung festgestellt werden, daß insbesondere im Voranschlag 1952 durch das gemeinsame Wollen der im Finanzausschuß vertretenen Mitglieder wesentliche Verbesserungen und Ausbauarbeiten sowie Ausgestaltungsarbeiten an unseren Krankenhäusern möglich waren.

Im Finanzausschuß wurden, hinausgehend über die schon in der Regierung getroffenen Änderungen des Voranschlages, noch weitere Änderungen getroffen, u. zw. wurde die Post 5212,91 und die Post 54,72, die Post 54,74, ferner die Posten 561,71 und 562,70 geändert. Diese Änderungen machen ein Mehr von 305.000 S aus, so daß nunmehr die Gesamteinnahmen in der Gruppe 5 sich auf 122,315.900 S belaufen und die Ausgaben auf 154,074.000 S, somit ein tatsächlicher Zuschuß aus Landes-

mitteln von 31,758.100 S erforderlich ist. Darüber hinaus wurde der Beschluß gefaßt, den bewilligten weiteren Betrag von 100.000 S für die Instandsetzung der gynäkologischen Abteilung des Landeskrankenhauses in Bruck a. d. Mur zu verwenden und schließlich die Landesregierung zu ersuchen, bei der Post 5241,91 die Widmungsbestimmung für das Vorhaben VII „Instandsetzen des Löschteiches“ in „Vorsorge für Löschwasser“ abzuändern. Ich glaube, daß, wenn das Hohe Haus diesen Abänderungen und diesen Vorschlägen im Kapitel 5 die Zustimmung gibt, damit ein wesentlicher Beitrag zur Gesundheitsförderung, welche allen Bevölkerungsschichten zuteil wird, geleistet wird.

Landeshauptmannstellvertreter **Dr. h. c. Marchold**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im vorigen Jahr bei der Behandlung des Referates „Sanitätswesen“ ausführlich und eingehend über alle Zweige, die die allgemeine Gesundheitspflege umfaßt, Bericht erstattet. Ich habe im allgemeinen und im Detail alle die Agenden, die in dieses Referat fallen, hier aufgezeigt. Insbesondere habe ich über die vielen Heil-, Pflege- und Krankenanstalten des Landes den Abgeordneten berichtet. Ich glaube also, daß es heute nicht notwendig ist, das alles, was ich im vorigen Jahr im Hohen Hause besprochen habe, zu wiederholen. Ich kann mich darauf beschränken, nur einen kurzen Überblick über das, was im vorigen Jahr geleistet worden ist, bzw. was im nächsten Jahr auf Grund des Vorschlages geleistet werden kann, zu geben.

Es ist vor allem das Zentral-Röntgeninstitut im Territorium des Landeskrankenhauses, über das ich einige Worte sprechen möchte. Die Erbauung des Zentralröntgeninstitutes wurde im letzten Jahr hier im Hohen Hause beschlossen und ich kann mitteilen, daß es heute bereits im Rohbau fertig dasteht und daß nun intensiv am inneren Ausbau gearbeitet wird. Man kann annehmen, daß die Vollendung noch im Jahre 1952 erfolgen wird. Wenn das Zentral-Röntgeninstitut eröffnet sein wird, so wird dieses Institut den Bewohnern des ganzen Landes dienstbar sein und zum Vorteile reichen. Ich sage ausdrücklich des ganzen Landes und nicht nur der Bevölkerung von Graz und Umgebung, weil ja nirgendwo anders in irgend einem Krankenhaus in Steiermark jene komplizierten Untersuchungs- und Strahlungsbehandlungsmethoden durchgeführt werden können, wie sie dann in diesem auf das modernste ausgestatteten Institut möglich sein werden. Die unbedingte Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit der Schaffung des Zentralröntgeninstitutes habe ich schon bei der vorjährigen Budgetdebatte in diesem Hohen Hause klar und eindeutig dargestellt. Wir brauchen dieses Institut, weil alle Abteilungen des Landeskrankenhauses gerade davon abhängig sind. Es sind im Landeskrankenhaus die vorhandenen 3000 Betten zum größten Teil immer belegt; ganz abgesehen davon, daß der steigenden Bedarf aller Disziplinen der Medizin nach Röntgenuntersuchung, und zwar sowohl

in der Diagnose als auch in der Therapie, unbedingt Rechnung getragen werden muß, dient dieses Röntgeninstitut auch zur Ausbildung des Nachwuchses tüchtiger Röntgenologen. Wir haben diese Möglichkeit sonst nirgends. Das Institut ist auch dazu da, die anderen Einrichtungen auf dem Gebiete der Röntgenologie, die auf den verschiedenen Abteilungen nur im kleinen aufrecht erhalten werden können, insbesondere auf der Frauenklinik, zu unterstützen. Es dient auch dazu, den dortigen fachlichen Arbeitskräften hilfreich an die Hand zu gehen.

Die Verwendung der Röntgenstrahlen hat sich von ihren ersten Anfängen her, vom November des Jahre 1895 an, in den letzten Jahrzehnten zu einer früher kaum vorauszusehenden Bedeutung in der Medizin entwickelt. Praktisch ist es heute so, daß als Voraussetzung einer erfolgreichen Diagnose und Behandlung bei allen Arten von Krankheiten, Knochenverletzungen, Lungenkrankheiten, Magen- oder Darmbeschwerden, Nieren- oder Gallensteinen, bei der Zahnbehandlung niemals an eine richtige Behandlung gedacht und geschritten werden kann, wenn nicht vorher eine entsprechende Röntgendurchleuchtung oder -Aufnahme vorgenommen worden ist. Die richtige Diagnose bei den allermeisten Erkrankungen kann nur dann erfolgreich gestellt werden, wenn der betreffende Kranke röntgenisiert worden ist. Die Krankheiten werden auf diesem Wege viel präziser und rascher festgestellt, als es früher der Fall war. Dadurch verkürzt sich die früher oft mehrere Tage in Anspruch genommene Voruntersuchung. Es resultiert daraus aber auch eine wesentliche Ersparung an Zeit und Krankenverpflegstagen. Im Zentralröntgeninstitut ist die Zahl an behandelten Patienten von 3200 im Jahre 1922 auf rund 65.000 pro 1951, berechnet bis Ende November, angestiegen. Dabei sind alle jene Fälle, wo es sich nur um Behandlungen mit Licht- oder elektrischen Wellen handelt, nicht begriffen.

Diese sind also noch dazuzuzählen, so daß sich dadurch ein Stand von über 70.000 Behandlungsfällen ergibt. Damit kein Zweifel besteht: In allererster Linie dient das Zentralröntgeninstitut den eigenen Patienten. Ich habe schon gesagt, daß ungefähr 3000 Betten im Landeskrankenhaus selbst belegt sind. Von diesen Patienten werden drei Viertel bis zu vier Fünftel in der 3. Verpflegsklasse des Landeskrankenhauses betreut, nur ein Viertel entfällt auf die sogenannten ambulanten Fälle, das sind diejenigen, die von anderswo herkommen und vornehmlich von den Krankenkassen zur Behandlung geschickt werden. Ein Teil dieser ambulanten Kranken trägt entweder die Kosten für die Röntgenuntersuchung selbst oder sie werden durch die Krankenversicherung gedeckt.

Selbstverständlich sind im Grazer Landeskrankenhaus auch andere Probleme sehr dringlicher Natur aufgetaucht. Sie werden zum Teile im diesjährigen Budget einer Lösung und, wie ich hoffe, einer befriedigenden Lösung zugeführt

werden können. Da haben wir die Zahnklinik; sie ist räumlich viel zu beengt, zu klein, die zahlreichen Patienten können derzeit nicht entsprechend behandelt werden. Die Zahnklinik muß aber auch deshalb ausgestaltet werden, weil dort ständig ungefähr 60 Mediziner, promovierte Ärzte, ihre fachliche Ausbildung finden. Diese Ausbildung kann derzeit infolge der räumlichen Beschränktheit nur ganz unzulänglich und nur schwer durchgeführt werden. Die Landesregierung und der Finanzausschuß haben für die Ausgestaltung dieser Zahnklinik 900.000 S ins Budget eingestellt. Die ganze Ausgestaltung, der Neubau, die Aufstockung, wird vom Landesbauamt mit 1.500.000 S geschätzt. Mit den 900.000 S werden wir in diesem Jahre den Rohbau aufführen können, die Vollendung ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Des weiteren muß eine kleine Modernisierung der Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten erfolgen. Hier haben sich die Behandlungsmethoden seit früher wesentlich geändert. Während man früher alle Hautkranken ängstlich vor jedem Wasserstrahl bewahrt hat, ist heute die Behandlung dieser Kranken anders geworden. Man legt sie ins Wasserbett, vorausgesetzt, wenn man diese Wasserbetten hat; wir haben sie derzeit aber nicht. Diese notwendige Ausgestaltung wird zum Teil heuer, zum Teil in den nächsten Jahren durchgeführt werden. Für das Budgetjahr 1952 sind für diesen Zweck 500.000 S eingesetzt.

Aber nicht nur im Landeskrankenhaus Graz, sondern auch in den Krankenhäusern am Lande und in den Heilstätten gibt es eine Reihe von unerläßlichen Notwendigkeiten, von Problemen, die gelöst werden müßten. Da haben wir das Krankenhaus in Leoben — es ist nach Graz das größte Krankenhaus, das wir in Steiermark betreiben. 1945 haben wir im Krankenhaus Leoben mit einer Aufstockung begonnen. Diese Aufstockung ist nun endlich durchgeführt. Durch einen Neubau wurde eine Kinderabteilung geschaffen und auch eine Frauenabteilung in dem ausgebauten Trakt untergebracht. Wir haben im Krankenhaus Leoben eine eigene Röntgenstation geschaffen, die chirurgische Abteilung wurde wesentlich ausgebaut, wir haben einen hervorragenden Chirurgen nach Leoben berufen. Für das Krankenhaus Leoben ist viel geschehen, Neubau und Verbesserungen haben viele Millionen Schillinge gekostet. Auch in diesem Budget sind einige Hunderttausende von Schillingen vorgesehen, um das noch Notwendige durchzuführen. Mir gegenüber wurde der Vorwurf erhoben, daß das Äußere dieses Gebäudes einer Ruine gleicht. Die Erneuerung der Fassade würde über 1 Million Schilling kosten und muß auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, denn es war unmöglich, diesen Betrag im Budget unterzubringen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der äußere Anblick nicht das Wesentliche ist, wenn nur die innere Einrichtung zeitgemäß durchgeführt wer-

den kann, und das wird durch die Beschlüsse des Finanzausschusses möglich werden.

In Hartberg ist im abgelaufenen Jahr ein Zubau zum Operationssaal geschaffen worden und dadurch nunmehr eine einwandfreie Operationsmöglichkeit gegeben.

Vor einigen Tagen hat im Landeskrankenhaus Fürstenfeld die Gleichfeier für einen wichtigen Zubau stattgefunden. Es werden dort ein neuer moderner Operationssaal und verschiedene Kranken- und Personalzimmer errichtet.

In Voitsberg hat uns das neu erbaute Personalhaus, dessen Aufbau schon im vorigen Jahr beschlossen und in diesem Jahr nun durchgeführt worden ist, die schon längst sanierungsbedürftige Unterbringung der Angestellten ermöglicht, aber es wurde dadurch auch eine wesentliche Erweiterung der Belagsmöglichkeiten der Anstalt geschaffen.

Für das Krankenhaus in Bruck, das lange Jahre sehr stiefmütterlich behandelt worden ist, d. h. es wurde für dieses Krankenhaus überhaupt seit Dezennien nichts gemacht, ist auf Grund der Beschlüsse des vorigen Jahres ein Personalhaus errichtet worden. Im Laufe dieses Jahres wird es bezogen werden. Auch dort wurde durch die Erbauung dieses Personalhauses ein doppelter Zweck erfüllt. Neben der Schaffung von Personalwohnungen wurde dadurch die dringend notwendige Ausgestaltung der Frauenabteilung ermöglicht. Im Budget für das Jahr 1952, das jetzt zur Beschlußfassung vorliegt, ist für die Ausgestaltung der Frauenabteilung der Betrag von 100.000 S vorgesehen, und zwar für die notwendige Herstellung eines Operationssaales.

Ähnliche Verhältnisse finden sich auch im Krankenhaus in Rottenmann. Auch in diesem Krankenhaus haben wir einen Ausbau durchgeführt, wodurch, glaube ich, einem dringendsten Bedürfnis des Ennstales für die Unterbringung Spitalsbedürftiger Genüge geleistet werden wird.

Meine Damen und Herren! Natürlich beanspruchen diese Ausgestaltungen und Einrichtungen unserer Krankenhäuser und Heilstätten sehr große Mittel. Für das Jahr 1951 sind an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben annähernd 37 Millionen Schilling verwendet worden und für das Jahr 1952 sind weitere 30 Millionen Schilling vorgesehen. Alle diese Ausgestaltungen der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten des Landes würden uns aber nichts nützen, wenn wir nicht auch dafür sorgen würden, daß für die Kranken in den Heilanstalten auch ein geschultes Pflegepersonal zur Verfügung steht. Nach dem Gesetz müssen diese Pflegerinnen einen 3jährigen Lehrgang absolvieren, erst dann bekommen sie das Diplom. Die Ausbildung erfolgt in einem Internat. Nun hat die Landesregierung für die Heranbildung der Pflegerinnen Vorsorge getroffen. Der Bau der unbedingt notwendigen Pflegerinnenschule mit dem Internat ist im vorliegenden Budget vorgesehen, allerdings nicht zur Gänze, sondern nur zum Teil. Wir werden mit dem vorgesehenen

Betrag von 3 Millionen Schilling wahrscheinlich in der Lage sein, den Rohbau durchzuführen.

Im vorigen Jahr habe ich darauf verwiesen, daß über Beschluß der Landesregierung und des Landtages das Krankenhaus in Radkersburg wieder eröffnet und seinem ursprünglichen Zweck zugeführt worden ist. Auch wirtschaftliche Motive waren für diese Beschlußfassung mitbestimmend. Dieses Gebiet ist bekanntlich unmittelbar an der Grenze gelegen und tut sich wirtschaftlich außerordentlich schwer. Sanitäre wie auch wirtschaftliche Gründe sprachen demnach dafür, das Krankenhaus in Radkersburg wieder zu errichten. Es bereitet mir Genugtuung, berichten zu können, daß das Krankenhaus in Radkersburg einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat. Vorerst wurde es nur zum Teil für die Aufnahme von Kranken, zum anderen Teil für die Betreuung von Siechen bestimmt. Das wird nun durch einen Beschluß der Landesregierung in der letzten Regierungssitzung geändert werden. Das Siechenhaus Kindberg hat schon seit langem auch eine Abteilung für Lungenkranke. Sie paßt und gehört nicht in dieses Siechenhaus. Andererseits sind in Radkersburg Sieche, die auch besser irgendwo anders untergebracht werden sollten. Die Landesregierung hat nun über meinen Antrag beschlossen, die Siechenabteilung in Radkersburg aufzulassen und die Siechen nach Kindberg zu überstellen, andererseits wird die Lungenabteilung aus dem Siechenhaus in Kindberg verlegt nach Radkersburg, so daß also das Krankenhaus in Radkersburg nur mehr Kranke beherbergen soll, während die Siechenanstalt in Kindberg nur mehr für Sieche herangezogen wird.

Ein Problem für sich bildet das Landeskrankenhaus in Wagner, von dem schon in der Generaldebatte der Sprecher der ÖVP Erwähnung getan hat. Ich kann sagen, daß es ein schwieriges Problem darstellt, und zwar aus folgenden Gründen: Wagner ist ein Überbleibsel aus dem ersten Weltkrieg und war von vornherein zur Auflösung bestimmt. Zehnjährigen Bestand hat man diesen Baracken zugemutet und dann hätte das Krankenhaus aufgelassen werden sollen. Aber wie das schon einmal so ist und wie es auch verständlich ist: wenn einmal an einem Ort ein Spital dasteht, so sind alle Bevölkerungskreise daran so interessiert, daß sie sich energisch gegen eine Auflassung wehren. Und diesen Weg hat auch bei Wagner die Bevölkerung mit Erfolg beschritten. Anfänglich war Wagner gar kein selbständiges Spital, sondern nur eine Dependence des Landeskrankenhauses Graz. Erst später wurde es ein selbständiges Spital. Natürlich sind diese Baracken im Laufe der Jahre immer schlechter geworden. Man hat wohl erneuert und verbessert, aber das Spital selbst blieb ein Barackenspital. Und natürlich ist der Wunsch der Bevölkerung darauf gerichtet, daß man an Stelle dieses Barackenspitals ein wirkliches Spital dorthin setzt. Meine Damen und Herren! Man kann nicht so ohne weiteres sagen, daß in Wagner unter allen Umständen ein neues Spital erbaut werden muß. Nach den Be-

rechnungen der Fachleute ist ein Spital nur dann ohne besondere Verluste zu führen, wenn man eine interne Abteilung mit 80 Betten und eine chirurgische Abteilung mit 80 Betten, zusammen also 160 Betten hat, die zum großen Teil auch belegt sein müssen. Für Wagner ist ein derartiger Bedarf nicht gegeben, weil das Einfallsbereich unzureichend ist. Ich habe mir den Verpflegungsstand vom Jahre 1951 herausgesucht und habe gefunden, daß von den 150 Betten, die wir in Wagner haben, durchschnittlich nur über 100 Betten belegt sind. Also, unter diesen Umständen an die Errichtung eines neuen Spitals zu schreiten, das 20 bis 25 Millionen Schilling kosten würde, ist nicht ohneweiters möglich. Natürlich sind alle Krankenhäuser nicht allein vom wirtschaftlichen oder kaufmännischen Standpunkt aus zu beurteilen und man muß sich schon damit abfinden, daß das Land gewisse Zuschüsse bezahlt. Wenn man aber von vornherein weiß, daß dann, wenn man etwas Neues schafft, dadurch dem Land größte einmalige und dauernde finanzielle Lasten auferlegt werden, muß man sich natürlich die Frage vorlegen, ob das vom Standpunkt der allgemeinen Interessen des Landes verantwortet werden kann. Sie sehen also da, daß man nicht so ohne weiteres für diesen Plan eintreten kann, weil man auf die Finanzen des Landes Rücksicht nehmen muß. Eine sorgfältige Überlegung ist hier also notwendig. Der Landesbaudirektor und der Landessanitätsdirektor werden sich mit mir mit der Frage beschäftigen müssen, was mit den Beträgen, die die Landesregierung für Wagner vorgesehen hat, am besten geschehen soll. Können einzelne Teile des Spitals erhalten und können sie in einen sanitär zu verantwortenden Zustand gebracht werden? Was letzten Endes am besten zu geschehen hat, wird von der Landesregierung nach reiflicher Überlegung beschlossen werden. Jedenfalls wird es nicht so bleiben, wie es jetzt ist. Wenn der Fußboden in der Operationsbaracke faul und nicht in Ordnung ist, einzubrechen droht oder wenn andere Baracken einsturzgefährdet sind, darf man unter solchen Umständen den Spitalsbetrieb nicht fortsetzen. Ich bin überzeugt, daß die Landesregierung nach reiflicher Überlegung schon das Richtige finden wird.

In diesem Zusammenhang ein paar Worte über das Krankenhaus in Felzbach. Es ist ein modern ausgestaltetes und örtlich sicher sehr günstig gelegenes Spital. Wir haben es als Kriegsspital übernehmen müssen, haben die Einrichtung geschenkt bekommen und wollten und konnten auf diese großen Werte nicht verzichten. Der Belag dieses Krankenhauses kann aber bei weitem nicht voll ausgenutzt werden. Die Landesregierung hat sich in der letzten Sitzung damit beschäftigt, einen Teil dieses Landeskrankenhauses für andere Zwecke, die vielleicht auf dem Gebiete der Frau Landesrat Matzner gelegen sind, zu verwenden. Dazu kommt noch, daß die bis vor kurzem in Felzbach betreuten ungefähr 40 Schwerkriegs-

beschädigten in das neu erbaute Kriegsbeschädigten-Spital nach Tobelbad gekommen sind. Auch dieser Umstand zwingt die Landesregierung, daß sie sich mit dieser Frage sehr bald beschäftigt.

Ein paar Worte zu unseren Sonnenheilstätten auf der Stolzalpe: Auf der Stolzalpe erbaut das Land das neue Kinderheim, das höchst dringend notwendig ist. Im Verlauf des zweiten Weltkrieges ist bekanntlich das frühere Kinderheim dem Feuer zum Opfer gefallen. Bis auf die Inneneinrichtung steht diese Kinderabteilung im Rohbau fertig da. Man kann annehmen, daß diese Abteilung 1952 wird eröffnet werden können. Dadurch wird eine merkliche Entlastung der Hauptanstalt eintreten, weil die Kinder bis auf einen Teil, der anderswo untergebracht ist, in der Hauptanstalt versorgt sind, was für die Anstaltsführung und Verwaltung hinsichtlich der Unterbringung der Patienten eine äußerst schwierige Aufgabe darstellt. Wir haben in der Hauptanstalt einen Belag von zirka 270 Betten, die immer restlos besetzt sind. Jeder Patient, der fortgeht, wird sofort durch einen anderen ersetzt. Wenn ich Ihnen sage, daß wir bei diesem Belag in der Regel über 700 Vormerkungen haben von kranken Menschen, die darauf warten, auf der Stolzalpe behandelt zu werden, werden Sie daraus die Schwierigkeiten entnehmen, die sich hieraus ergeben. Es dauert in der Regel eine ungemein lange Zeit, bis die Vorgemerkten einberufen werden können. Auf der Stolzalpe ist es nicht so wie in den Landeskrankenhäusern, wo die Durchschnittsverpflugsdauer 20 bis 24 Tage beträgt, die Patienten müssen monatelang, ja mitunter jahrelang in Behandlung bleiben. Der Wechsel ist also nicht so rasch, die Vorgemerkten können aus diesem Umstände nur schwer unterkommen. Wenn wir in der Lage wären, auf der Stolzalpe noch andere Gebäude aufzuführen, könnten wir mit Sicherheit rechnen, daß aus dem Ausland viele Kranke, zahlungskräftige Kranke nach Steiermark kommen würden. Der Ruf unserer Stolzalpe ist genau so gut, wie der Ruf von Davos, nur die Mittel fehlen zum weiteren Ausbau. Derzeit können wir nicht daran denken, ausländische Kranke aufzunehmen, wir müssen froh sein, wenn wir unsere eigenen Kranken unterbringen.

Was nun die Lungenheilstätten Hörgas-Enzenbach anbelangt, wird in diesem Jahre eine unbedingt zu lösende Frage einer guten Lösung zugeführt werden. Wir haben in Hörgas derzeit nicht die Möglichkeit, die dortigen Patienten auch operativ zu behandeln. In allen anderen Lungenheilstätten Österreichs ist auf operativem Gebiete Vorsorge getroffen worden, also wollen die Kranken nicht zu uns nach Enzenbach und Hörgas, sondern in andere modern eingerichtete Krankenanstalten außer Landes kommen. Das führt dazu, daß wir diese große schöne Anstalt ziemlich unterbelegt haben. Es ist sicher nicht übertrieben, den Unterbelag, den wir haben, darauf zurückzuführen, daß die Patienten jene Behandlung nicht finden, die notwendig

ist. Für die Durchführung der notwendigen operativen Behandlung wird nun in diesem Budget vorgesorgt werden, so daß wir die Patienten dem Fortschritte auf dem Gebiete der Lungentuberkulosebehandlung gemäß dann auch operativ behandeln können. Große Operationen, Thoraxoperationen werden in dieser Anstalt auch dann unterbleiben. Das sind Spitzenoperationen, die auf der Klinik unseres Landeskrankenhauses durchgeführt werden müssen. Die Zusammenarbeit der Klinik mit den Lungenheilstätten wird zweifellos dazu führen, daß bei uns in Steiermark in Hinkunft die Lungenkranken allen notwendigen modernen Behandlungsmethoden unterzogen werden können.

Noch einige Worte über die Notwendigkeit, den berechtigten Wünschen des Pflege- und Wartepersonals nach einer Kürzung der Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Es ist nicht das erste Mal gewesen im vorigen Jahr, daß ich in diesem Hause auf die lange Dienstzeit des Wartepersonals verwiesen habe, die wöchentlich bis zu 60, ja 70 Stunden beträgt. Die Regelung dieser Frage ist finanziell außerordentlich schwierig, weil das alles natürlich viel Geld kostet. Weil das Pflegepersonal in den Anstalten wohnen muß, konnte dieses Problem bisher nur einer teilweisen Lösung zugeführt werden. Es wurde nun über Antrag meines Referates ein Landesregierungsbeschluß gefaßt, der eine teilweise Lösung herbeiführen wird. Wir werden in gewissen Abteilungen die Fünftagewoche einführen. 5 Tage à 11 Stunden wird gearbeitet werden, dann werden zwei Rasttage eingeschoben. Eine andere Arbeitseinteilung in diesen Krankenanstalten und Heilanstalten ist nicht zweckmäßig und durchführbar. Nach Bewilligung des vorliegenden Budgets wird also beim Warte- und Pflegepersonal eine einschneidende Reform durchgeführt werden. Vorderhand ist nur in jenen Abteilungen, die entweder eine besondere Gefährdung oder eine besondere Beanspruchung an das Personal stellen, die Einführung der 5-Tage-Woche à 11 Stunden Arbeitszeit pro Tag vorgesehen. Als solche Abteilungen kommen in Betracht: Die ganze Anstalt „Am Feldhof“ und „Schwanberg“, weiters die Infektions- und Lungenabteilungen, die Abteilung für Haut- und Geschlechtskranke am Landeskrankenhaus und dann die Nervenklinik. Allerdings, meine Damen und Herren, wird diese Maßnahme viel Geld kosten. Es werden ungefähr 80 Personen mehr eingestellt werden müssen. Aber es ist das Minimum dessen, was man machen muß, um den Wünschen des Personals Rechnung zu tragen. Ich habe mit den Betriebsräten und mit der Personalvertretung über diese Frage im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt gesprochen und sie haben eingesehen, daß man hier nur schrittweise vorgehen kann. Diplomierte Pflegerinnen z. B. bekommt man ja gar nicht. Was nützt es, wenn man in allen Krankenhäusern die 5-Tage-Woche einführen wollte oder sie der Landesregierung zur Einführung vorschlagen würde, wenn man dann das geschulte Pflege-

personal nicht bekommt. Alle möglichen Umstände sind da also in Betracht zu ziehen. Ich bin überzeugt, daß durch die Neueinführung der 5-Tage-Woche für gewisse Krankenabteilungen, wodurch 80 Personen mehr eingestellt werden, eine wesentliche Erleichterung für das Personal eintreten wird.

Meine Damen und Herren! Es sind geviß große Summen, die das Land für seine vielen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten aufwendet. Seit dem Jahre 1945 haben wir an einmaligen und an außerordentlichen Ausgaben für diese unsere Anstalten rund 80 Millionen Schilling verausgabt. Im Budget für 1952 sind rund 30 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Beträge, Hohes Haus, können aber beileibe nicht als verlorene Ausgaben angesehen werden. Im Gegenteil, sie dienen dazu, kranke Menschen wieder gesund zu machen, sie wieder arbeitsfähig zu machen und sie dienen somit der Allgemeinheit. Geburt, Leben, Krankheit und Tod, das sind Geschehnisse, meine Damen und Herren, die keinen Stand, die keine Klassen und die keine Schranken kennen. Die Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit und Produktivität eines Volkes ist und bleibt seine Gesundheit. Daher ist nach meiner felsenfesten Überzeugung jede Ausgabe für die Erhaltung der Gesundheit des Volkes produktiv und kann von diesem Gesichtspunkte aus voll gerechtfertigt werden. Wenn mir bei den abgelaufenen Budgetberatungen im Finanzausschuß vordemonstriert wurde, daß das Referat, das ich führe, beinahe ein Viertel des gesamten Landesbudgets ausmacht, so ist das zweifellos richtig. Damit aber nicht ein falscher Eindruck entsteht, muß ich dabei aufmerksam machen, daß diesen Ausgaben auch wesentliche Einnahmen gegenüberstehen. Das Budget sieht in meinem Referat Ausgaben von rund 167 Millionen Schilling, wenn ich das außerordentliche Erfordernis noch dazu nehme, und Einnahmen von rund 133 Millionen Schilling vor. Es ist also im außerordentlichen und im ordentlichen Budget zusammen ein Abgang von rund 34 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Wenn ich nun, meine Damen und Herren, zum Schluß komme, so möchte ich nur noch darauf verweisen, daß durch die Aufwendungen für diese kurative Behandlung die prophylaktische Heilfürsorge sehr stark ins Hintertreffen kommt. Es klafft zwischen den Aufwendungen für diese beiden Behandlungsmethoden eine arge Diskrepanz. Der zweite Teil der Gesundheitsverwaltung, nämlich die vorbeugende Gesundheitspflege, wird — sobald dies irgendwie finanziell möglich sein wird — weitaus größere Berücksichtigung finden müssen als bisher. Wenn es, Hohes Haus, einer nimmermüden Tätigkeit der vorbeugenden Gesundheitspflege gelingt, durch Aufklärung in der Säuglingspflege, durch Assanierung sanitärer Übelstände, durch rechtzeitiges Erkennen und rechtzeitige Behandlung der Tuberkulose, durch wirksame Bekämpfung der Infektionskrankheiten und der Volkskrankheiten, der Rachitis und mancher anderer, die

Krankheiten rechtzeitig zu erkennen und sie nach Möglichkeit zu verhindern, so ist dies natürlich der einfachere, zweckmäßigere und billigere Weg in der Gesundheitsfürsorge. Im abgelaufenen Jahr, meine Damen und Herren, haben wir rund 27.300 Kinder und Erwachsene gegen Tuberkulose schutzgeimpft. Wir haben 15.000 Säuglingen Mittel zur Verhütung der Rachitis kostenlos verabreicht, wir haben 85.000 Kinder gegen Blattern, Diphtherie und Scharlach schutzgeimpft. Ich bin überzeugt, daß durch diese vorbeugende Heilfürsorge viele Menschenleben erhalten worden sind und ich bin überzeugt, daß wir dadurch viel Krankheit und Siechtum vermieden haben. Aber im großen und ganzen ist diese prophylaktische Gesundheitsfürsorge dennoch unzureichend. Jeder Betrag, den wir in den künftigen Jahren werden mehr ausgeben können, wird nach meiner Überzeugung gewiß reiche Früchte tragen. Weil ich für das vorliegende Budget zur Vollendung der bereits in Angriff genommenen Bauten und Ausgestaltungen in den Heil-, Pflege- und Krankenanstalten so große Mittel des Landes in Anspruch nehmen mußte, mußte ich auf dem Gebiete der Prophylaxe von finanziell belastenden Anträgen absehen.

Zusammenfassend möchte ich das Hohe Haus bitten, diesen meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und über das Kapitel „Gesundheitswesen“ auf Grund der vorliegenden Anträge des Finanzausschusses zu beschließen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Es ist außer Zweifel, daß das Land mit den Geldern, die es für „Gesundheitswesen“ ausgibt, eine Verpflichtung erfüllt. Ich will mich nun mit der wirtschaftlichen Seite ein bißchen befassen. Wir haben hiebei einen Abgang von 29.708.000 S und, die Anstalten herausgegriffen, einen Abgang von 27.791.000 S. Das ist etwa ein Fünftel dessen, was im ordentlichen Haushalt an Ausgaben aufscheint. Nun, der ordentliche Haushalt gibt kein vollständiges Bild über die Gesamtausgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, denn wir finden auch im außerordentlichen Haushalt eine Anzahl von Ausgaben. Die kameralistische Buchhaltung vermittelt leider kein klares Bild über die Rentabilität der Anstalten. Man kann Krankenanstalten sicherlich nicht so betreiben wie Produktionsbetriebe, aber man muß bei der Verteilung der Kosten doch wohl die wirtschaftlichen Grundsätze gelten lassen, die man im allgemeinen für die Führung eines Betriebes gelten lassen muß.

Das Land müßte sich wohl genau überlegen, welche Art der Kosten im Gesundheitswesen von der Gesamtbevölkerung zu tragen sind, also auf die Bevölkerung in Form von Steuern überwägt bzw. aus Steuereingängen gedeckt werden müßte und welcher Teil der Kosten von dem zu tragen ist, der diese Einrichtungen in Anspruch nimmt. Diese Grenzen sind einigermaßen gezogen durch den Modus, daß im ordentlichen Haushalt die

Betriebskosten erfaßt sind, während im außerordentlichen Haushalt größere Anschaffungen und Einrichtungen festgehalten sind, die ja schließlich die Grundlage dafür sind, unsere Anstalten mit dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft auf gleichem Schritt zu halten. Man wird es sicher verantworten können, die Öffentlichkeit verlangt es vielleicht sogar, daß größere Einrichtungen und Anschaffungen, die uns jeweils dem Stande der Medizin näher bringen sollen, durch Steuergelder gedeckt werden.

Eines ist jedoch zu beachten: Es muß eine Koordinierung aller Absichten, Wünsche und Forderungen mit dem Sozialversicherungsträger herbeigeführt werden. Eine solche Abgrenzung verhindert, daß in zunehmendem Maße von dem Sozialversicherungsträger Konkurrenzverhältnisse geschaffen werden, die sich für beide Teile nicht gut auswirken. Wir haben in Steiermark bei der Gebietskrankenkasse eine große Zahl von Ambulatorien: Gynäkologische, interne, chirurgische, Rheuma usw. Der Jahresbericht für 1950 zeigt, daß in diesen Ambulatorien der Gebietskrankenkasse 337.116 Behandlungen vorgenommen wurden. Es ist außer Frage, daß die Zahl der Behandlungen ihre Rückwirkungen auf die bestehenden Einrichtungen und Anstalten des Landes hat, also nicht nur eine Konkurrenz für die Fachärzte, sondern auch eine Konkurrenz für unsere Fachabteilungen in den Landesanstalten darstellt. Schließlich werden auch die Zahnambulatorien, wenn sie noch weiterhin ausgestaltet werden sollten, eine Konkurrenz für unsere Zahnklinik im Landeskrankenhaus bilden. Im übrigen ist es so, daß die Frage der Nachlässe, die den Gebietskrankenkassen gewährt werden, eines Tages endgültig bereinigt werden muß. Heuer ist schon der erste Schritt getan in dem Versuch, den Nachlaß von 20 % auf 10 % zu verringern. Wir können vollkommen verstehen, daß die Streichung der Nachlässe von heute auf morgen nicht erfolgen kann, sondern nur in dem Tempo, als es möglich sein wird, daß die Krankenversicherungsträger jene Reserven aktivieren, die ihnen aus der Beseitigung der Auslaugungstendenzen der Versicherten gegeben ist und so wird es den Krankenversicherungsträgern auch möglich sein, unseren Anstalten den wahren Preis zu bezahlen.

Wie groß diese Reserve der Krankenkassen ist, kann aus folgenden Ziffern entnommen werden: Wir haben 1950 bei einem Stande von 172.849 pflichtversicherten Erwerbstätigen einen Durchschnittsrankenstand pro Jahr von 17,6 Tagen; also jeder Pflichtversicherte war im Durchschnitt 17,6 Tage im Jahre 1950 krank. Eine andere Ziffer beleuchtet diese Reserve noch deutlicher. Im November d. J. wurden 6314 krank Gemeldete einer chefarztlichen Kontrolluntersuchung unterzogen. Von diesen 6314 wurden bei der Untersuchung 2649 für arbeitsfähig befunden und nur bei 3665 konnte eine wirkliche Arbeitsunfähigkeit festgestellt werden, also 41,9 % waren zu Unrecht krank gemeldet. Das sind keine begrüßenswerten Ziffern; aber

diese Ziffern stimmen leider, denn ich entnehme sie einem Ausweis der Gebietskrankenkasse. Wenn es gelingt, diese Auslaugungstendenzen zu beseitigen, werden die Sozialversicherungsträger in der Lage sein, den wirklich Kranken noch besser zu helfen und auch dem Lande jenen Preis zu bezahlen, den das Land für die Heilbehandlung verlangen muß. Auch hier muß der wirtschaftliche Grundsatz zur Grundlage der Betrachtung genommen werden. Schließlich wird natürlich dieses Defizit, das sich ergibt, auch durch entsprechende Spartätigkeit innerhalb unserer Krankenanstalten noch weiterhin verringert werden müssen, es soll dies nicht heißen, daß das Geld hinausgeworfen wird, aber eine zweckmäßige Ausgabe wird gerade im Gesundheitswesen wohl zu beachten sein. Sparen mit Verstand, nicht sparen am falschen Platz, aber auch eine Koordinierung aller Wünsche der Patienten und der Ärzteschaft nach dem Gesichtspunkte, wie dem Kranken am besten geholfen werden kann, wird zur zweckmäßigen Verringerung des Defizits führen.

Ich bitte, das nicht als Kritik aufzufassen, sondern als Hinweis auf einen vielleicht zu beschreitenden Weg, als einen Appell an alle hiefür entscheidenden Stellen, diesen Weg zu suchen, mit Konsequenz zu beschreiten, dann bin ich überzeugt, daß man eines Tages von Seiten des Landes und der Sozialversicherungsträger mit weniger Geld mehr zu leisten vermag, mit weniger Geld dessen, der das Geld zu leisten hat, der die Steuern und Sozialabgaben zu tragen hat. (Beifall und Bravorufe bei der ÖVP.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Ich habe vor Jahren bei der Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß es geradezu unvermeidlich ist und eine selbstverständliche Forderung an das Land, dem Pflegepersonal im Landeskrankenhaus, in den Landeskrankenanstalten endlich den 8-Stundentag zu gewähren. Bei der Beratung des Finanzausschusses hat Landeshauptmannstellvertreter Machold darauf hingewiesen, daß dem Drängen der Angestellten und der Gewerkschaft zum Teil nachgegeben werden mußte dadurch, daß an den Abteilungen, an denen besonders schwer zu arbeiten ist, die 57-Stunden-Woche eingeführt wird.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß der Gewerkschaftsbund dauernd diese Probleme behandelt und daß die Angestellten von ihrem Recht auf die 48-Stunden-Woche kaum abzubringen sein werden. Er hat auch darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Privatkrankeanstalten in Graz, auch das Unfallkrankenhaus, den Angestellten und dem Pflegepersonal den 8-Stundentag bereits gewährt, ebenso große und bedeutende Krankenanstalten in Wien.

Es ist sehr bedauerlich, daß das Land Steiermark, mit einem Sozialisten an der Spitze des Sanitätswesens, dieser selbstverständlichen Forderung des Kranken- und Pflegepersonals nicht in einem noch größeren Maße entgegenkommt als das heuer schon geschehen ist. Ja, will denn

der sozialistische Sanitätsreferent wirklich darauf warten, bis der Sozialminister, wie er eben angeführt hat im Finanzausschuß, das neue Arbeitszeitgesetz im Parlament einbringt? Dann wird das Land keinerlei Ausreden mehr haben, sondern es wird auf Grund dieses neuen Arbeitszeitgesetzes, das ohne Zweifel auch diesen wichtigen Fortschritt des 8-Studentages für das Krankenpflegepersonal bringt, gezwungen sein, den 8-Studentag auch für das Krankenpflegepersonal in den Landesanstalten einzuführen. Es wäre besser gewesen, nicht nur für die Angestellten, sondern für das Ansehen des Landes, wenn es den 8-Studentag eingeführt hätte, noch bevor das Gesetz beschlossen ist, entsprechend dem Vorgehen vieler anderer Krankenanstalten, entsprechend dem Vorgehen in Wien.

Abg. Dr. Amschl: Werte Damen und Herren! Die Besprechung der Gruppe 5 gibt mir Gelegenheit, einen an mich herangetragenen Wunsch dem Hohen Hause mitzuteilen und zu ihm auch Stellung zu nehmen. Es ist der Wunsch der Jungärzte nach Änderung des Landesgesetzes, das am 27. Februar 1951 beschlossen wurde. Sie alle wissen, daß das Ärztegesetz, das Bundesgesetz vom 30. März 1949 im § 57 Abs. 1 und 2 die für das Entgelt maßgebende Bestimmung enthält. Das Landesgesetz vom 27. Februar 1951 enthält die Durchführungsbestimmung und führt im § 3 aus: Das Entgelt gilt als angemessen, wenn es folgende Beträge nicht unterschreitet: Während des ersten Ausbildungsjahres 80%, im zweiten und dritten Ausbildungsjahr 90% der Bezüge eines Vertragsbediensteten des Bundes in der Entlohnungsgruppe a, Gehaltsstufe 8. Als dieses Gesetz heuer zur Debatte stand, wurde darauf verwiesen, daß es nicht angeht, aus einem Kuchen nur die Rosinen herauszuholen und die ungünstigen Bestimmungen wegzulassen, denn man sei in Steiermark bei der Systemisierung der Turnusarztstellen vom normalen Bettenstand ausgegangen, während das Bundesgesetz eine Durchschnittszahl vorsieht und es sei notwendig und erforderlich, wenn man den Wünschen der Ärzteschaft nachgebe, die Zahl der Turnusarztstellen zu verringern. Nun, Hohes Haus, ich habe mich der Mühe unterzogen und habe die Zahl nachgerechnet und komme zum Schluß, daß eine wesentliche Verringerung keinesfalls in Betracht käme. Andererseits stehe ich auf folgendem Standpunkt: Das Ärztegesetz und auch der Motivenbericht zum Ärztegesetz enthält ausdrücklich die Bestimmung und es wird wörtlich im Motivenbericht ausgeführt: „Es wird dabei erwartet, daß diese Höchstgrenze von 30 Betten wirklich als Höchst- und nicht als Mindestgrenze angesehen wird. Insbesondere wird in jenen Spitälern, die schon bisher für weniger Betten Ausbildungsärzte angestellt haben, erwartet, daß sie an der gegenwärtigen Übung festhalten.“ Es ist also nicht richtig, wenn man sagt, man müsse für 30 Betten nur einen Arzt anstellen.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf etwas anderes noch verweisen. Übersehen Sie es nicht! Das Ärztegesetz ist leider wieder eines jener Gesetze mit rückwirkender Kraft und es verlängert die Dauer des ärztlichen Studiums um drei Jahre. Denn früher konnte der Arzt, konnte jeder, der promoviert hat, seine Praxis ausüben, nur hat er es in der Regel nicht getan, sondern hat selbst eine weitere Ausbildung in einem Spital genossen. Aber jetzt darf er die Praxis nicht ausüben, das Gesetz zwingt ihn nämlich zu der Spitalpraxis und verlängert damit das Studium. Die Beträge, die hier in Betracht kommen, sind ja nicht wesentlich. Es bekommt der Arzt im ersten Jahr Brutto 1049 S, im zweiten und dritten Jahr 1227 S und sie sollten, wenn die angestrebte Regelung zustande kommt, im ersten Jahr 1302 S und im zweiten und dritten Jahr 1364 S bekommen. Ich möchte dazu noch das eine sagen: Die Ärzte sind ja nicht nur allein zu Ausbildungszwecken angestellt, sie leisten ja effektive Arbeit. Ohne die Turnusärzte könnte man den Betrieb eines Spitals gar nicht aufrecht erhalten. Es ist deshalb auch der einmal angeführte Vergleich mit den Rechtsanwaltsanwärtlern nicht zutreffend.

Ich will heute in dieser Sache ja keinen Antrag stellen, aber ich möchte Sie ersuchen, diese Frage tatsächlich noch einmal gründlich zu studieren. Denn ich glaube, wir sind dazu verpflichtet und wir dürfen die Jugend nicht entmutigen. Die Jugend erwartet von uns nicht nur allein die Möglichkeit zu arbeiten, sondern sie erwartet von uns auch, daß wir ihr die Möglichkeit geben, ihre Arbeit entsprechend entlohnt zu sehen. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Lackner: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Das Krankenhaus Voitsberg ist in diesem Kapitel ebenfalls mit wesentlichen Beiträgen bedacht. Doch wenn man weiß, daß seit dem Jahre 1928 im Krankenhaus Judenburg nur notwendige Instandsetzungen durchgeführt und keine wesentlichen Erneuerungen vorgenommen worden sind und wenn man weiter bedenkt, daß dieses Krankenhaus in Obersteiermark das letzte ist — das nächste liegt in Salzburg in Tamsweg und das zweitnächste in Friesach in Kärnten —, dann muß man sagen, daß es notwendig ist, besonders die Röntgenstation in Judenburg zu verbessern und zu vergrößern. Es ist jetzt so, daß die Patienten sehr lange warten müssen, bis sie endlich zur Röntgenaufnahme gelangen und der Arzt die Unterlagen zur weiteren Behandlung bekommt. Ich möchte daher jetzt schon für das Budget 1953 eine höhere Dotierung anfordern, die auch diesen Notwendigkeiten gerecht wird.

Das gleiche gilt für das Krankenhaus in Knittelfeld.

Im Kapitel 5 ist weiters ein Betrag eingesetzt für die Jugendherberge Hartberg. Es ist erfreulich, daß dieser Betrag diesmal höher ist als im Vorjahre. Es ist notwendig, in den Jugendherbergen Schülern, Studenten und Lehrlingen, die

die Möglichkeit haben, freizügig zu wandern, Unterkünfte zu bieten. Eine dieser Herbergen ist in Unzmarkt nahezu fertig, es ist dem Fleiß des Oberlehrers zu danken, es fehlt nur mehr an Bettwäsche, Tischen und Betten u. dgl., dann kann diese Herberge übernommen werden, die im Schnittpunkt liegt zwischen Ennstal, Kärnten und Salzburg. Die Erschließung der Heimat durch das Wandern wird beitragen, daß die Jugend die Heimat schätzen und lieben wird.

Ein weiterer Betrag ist für den Bergrettungsdienst vorgesehen, für jene Männer, die freiwillige Opfer auf sich nehmen, die ausrücken, die, wenn die Lawinen donnern oder anderen, die in Bergnot geraten sind, Hilfe bringen. Da sind Geräte notwendig, die kosten Geld, die können nicht durch freiwillige Spenden aufgebracht werden. Wir möchten hierfür dem Finanzausschuß und dem Finanzreferenten für ihre Bereitwilligkeit danken. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Landeshauptmann-Stellv. **Dr. h. c. Machold:** Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Abg Lackner zurückkommend, möchte ich zugeben, daß für das Krankenhaus Judenburg gleichfalls eine moderne Ausgestaltung notwendig ist. Leider war es nicht möglich, in diesem Jahr irgendwelche Ausgabeposten hierfür unterzubringen. Das ist sehr schmerzvoll, weil hierdurch die bekanntlich schon wirklich notwendige Modernisierung des Krankenhauses Judenburg zum zweiten Mal zurückgestellt werden mußte. Auch im Vorjahre konnten wir diesen Wünschen nicht Rechnung tragen. Es ist das eine finanzielle Frage, es ist aber unbestritten, daß wir auch darangehen werden müssen, dieses Krankenhaus zu modernisieren. Ich hoffe auch, daß sich im nächsten Jahr die Möglichkeit hierfür bieten wird, weil ja eine Anzahl von Neubauten noch in diesem Jahre beendet werden.

Die vom Bürgermeister Amschl angeregte Frage der Bezahlung unserer Ausbildungsärzte rüttelt an Probleme, die außerordentlich vorsichtig behandelt werden müssen. Die Jungärzte werden bei uns mit 80% im ersten Jahr und 90% im zweiten Jahr in die betreffende Gehaltsstufe eingereiht. Damals, als das Gesetz geschaffen wurde, haben sich die Beteiligten mit dieser Lösung einverstanden erklärt. Das Bundesgesetz ist nur ein Rahmengesetz, die Beschlußfassung obliegt der Landesgesetzgebung. Wir sind an eine Regelung gegangen, die unserer Auffassung und unseren Möglichkeiten entspricht. Wir haben damals dieses Landesgesetz in dieser Form geschaffen und warum? Um einer größeren Anzahl von jungen Ärzten die Möglichkeit einer Ausbildung zu geben. Die Vertreter der Ärzte waren damit auch einverstanden, jetzt sind sie allerdings wieder etwas unzufrieden. Wir haben 2 Kategorien von Jungärzten. Diejenigen, die schon im Genusse der Gehaltsbezüge stehen und schon Ausbildungsärzte sind, die möchten eine volle Angleichung der Bezüge haben. Die zweite Kategorie sind

die promovierten Ärzte, die noch nicht zur Ausbildung gekommen sind und auch noch lange Zeit nicht darankommen werden.

Nach langen Verhandlungen mit den Jungärzten selbst und ihrer Organisation habe ich mich im Einvernehmen mit der Landesregierung dazu entschlossen, neue Gesetzesbestimmungen ausarbeiten zu lassen, die die volle Angleichung der Ärzte nach dem Bundesgesetz vorsehen. Aber man kann sich dann nicht nur die „Zuckerln“ herausuchen. Das geänderte Gesetz wird dann in allen seinen Bestimmungen angewendet werden müssen, so wie es nach dem Bundesgesetz angewendet werden soll und dann wird die Anzahl der Ausbildungsärzte auf jenen Stand gebracht werden müssen, wie dies im Bundesgesetz vorgesehen ist, Herr Bürgermeister Amschl. Die genaue Ziffer kann ich momentan nicht sagen, ich glaube aber, daß wir dann beispielsweise im Landeskrankenhaus 30 bis 40 Ausbildungsärzte weniger haben werden. Es kommen dann um so viel Ärzte weniger zur Ausbildung, daß wir ein Jahr lang überhaupt niemand in den Ausbildungsturnus hineinnehmen werden können. Es ist dem nicht so, daß das keine bedeutende Rolle spielt. Es spielt eine außerordentlich bedeutsame Rolle, ob wir die Bettenzahl nach dem normierten Stand bemessen oder nach dem tatsächlichen Durchschnittsbelag. Das Landeskrankenhaus hat 3000 Betten normiert. Im Durchschnitt sind davon 2800 oder 2850 belegt und nach dieser Zahl soll nach dem Gesetz die Einstellung und Ausbildung der Jungärzte vor sich gehen. Ich habe mich damals auf den Standpunkt des Menschlichen gestellt, nämlich, daß es besser ist, wenn die Ärzte, die in den Ausbildungsturnus kommen, auf einen kleineren Teil der Bezüge verzichten und dadurch die Möglichkeit schaffen, daß viele andere auch zur Ausbildung kommen. Damals hat man diesen meinen Standpunkt geteilt, jetzt ist es wieder anders. Jetzt sagt man, es sei ganz gleichgültig, wie man vorgeht. Die Ärzte, die heute vorzeitig zur Ausbildung herangezogen werden, werden nach ihrem dreijährigen Ausbildungsturnus ohnehin keine Stelle finden und müssen dann warten. Es ist ganz gleichgültig, sagen die Ärztevertreter, ob man sie jetzt nicht zum Spitalsdienst heranzieht und sie warten müssen oder ob sie nach ihrer Ausbildung keinen Posten haben. Ich bin nicht ganz dieser Meinung, aber schließlich ist des Menschen Wille sein Himmelreich! Die Ärzteorganisation verlangt, daß das Bundesgesetz durchgeführt wird, es liegt bereits in den betreffenden Abteilungen, die Sanitätsabteilung hat es ausgearbeitet, die Finanzabteilung hat dem Gesetze zugestimmt, die Landesamtsdirektion überprüft es, dann wird es der Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ich glaube nicht, Herr Kollege Amschl, daß man die Bezüge wohl erhöhen kann, aber ansonsten bei der Bestellung der jungen Ärzte es so belassen kann wie jetzt. Das würde eine sehr schwere und ungerechtfertigte Belastung des Landes be-

deuten, die ich nicht ohne weiteres beantragen kann. Sollte sich die Landesregierung dazu entschließen, dann wird sie dafür auch die Verantwortung zu übernehmen haben. Diese Frage fällt auch in jenes Kapitel hinein, das Abg. Stöffler hier behandelt hat, nämlich, ob alle Einrichtungen in den Landeskrankenhäusern auch wirklich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden. Das wäre eine unwirtschaftliche Maßnahme, das sage ich offen heraus und dann wären die Zahler der Verpflegskosten, in der Hauptsache die Krankenkassen, zweifellos berechtigt zu sagen: Für das, was ihr mehr tut, zahlen wir nicht durch erhöhte Verpflegskosten.

Eine solche Maßnahme käme einer Erhöhung der Verpflegskosten gleich, die sachlich nicht begründet wäre. Ich glaube also, daß man auch diese Frage vorsichtig wird behandeln müssen. Nochmals: Ein ganzes Jahr lang würde bei Schaffung dieses Gesetzes kein promovierter Arzt mehr zum Turnus einberufen werden können. Was das heißt, mögen Sie daraus entnehmen, daß wir ständig 130 bis 150 Turnusärzte vorgemerkt haben, die alle auf ihre Einberufung warten. Ich bitte also, auch von diesem Gesichtspunkte aus die Sache zu betrachten.

Die Jungärzte — das möchte ich sagen — sind finanziell nicht gar so schlecht gestellt. Wenn man bedenkt, daß der betreffende promovierte Arzt, wenn er von dem Ausbildungsturnus kommt, schon 1200 S bekommt, also zu einer Zeit, da er doch eigentlich erst in den praktischen Beruf eingeführt werden muß, so kann man nicht behaupten, daß eine schlechte Bezahlung vorliegt. Es gibt viele Berufe, die wesentlich schlechter gestellt sind. Denken Sie zum Beispiel an die Rechtspraktikanten. Was haben denn die, wenn sie ihr Studium beendet haben, wenn sie ihr Gerichtsjahr absolvieren oder wenn sie zu einem Rechtsanwalt kommen? Wie minimal sind denn ihre Bezüge? Und dann noch ein anderer Gesichtspunkt! Nehmen wir so viel Turnusärzte als nur irgendwie möglich, dann sinkt auch der Grad der Ausbildungsmöglichkeit. Es ist nicht gleichgültig, ob ein ganzer Rattenschwanz von Lernenden hinter dem Professor nachläuft, wenn er seine Visite macht. Nur eine kleine Anzahl von Ärzten werden dabei ausgiebig etwas lernen. Anders ist es, wenn die Anzahl der Ärzte auf das zulässige Maß beschränkt ist. Ich bitte, diese Aufklärungen entgegenzunehmen. Mir ist jede Lösung recht, wenn sie gerecht ist. Ich schließe: Man kann sich nicht nur die Zuckerln aussuchen und das, was einem paßt, nehmen und das andere, was einem nicht paßt, ablehnen. (Beifall und Bravo-rufe bei SPÖ.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Anträge sind nicht gestellt worden. Ich ersuche daher im Namen des Finanzausschusses, dieser Gruppe Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Die Gruppe 6 kommt morgen um 9 Uhr zur Behandlung. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung um 23 Uhr 30.)

(Die Sitzung wird am 21. Dezember 1951 um 9 Uhr 05 wieder aufgenommen.)

Präsident Thoma: Hohes Haus! Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir kommen zu

Gruppe 6, „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Stöffler:** Hohes Haus! Aus der Gruppe 6 stechen besonders der Abschnitt 62, Wohnungswesen, der Abschnitt 66, Straßen- und Brückenbau, der Abschnitt 67, Wasserbau, und der Abschnitt 68, Wasserleitungs- und Kanalbauten, hervor.

Für das Kapitel Wohnungswesen wurde der schon erwähnte Betrag von 10,800.000 S festgelegt, das ist gegenüber 1949 mehr als das Doppelte. Man kann sagen, daß das Land sein Möglichstes getan hat. Noch die letzten Beratungen standen im Zeichen des Bemühens, für diesen Wohnungsfonds Gelder zu beschaffen.

Für den Straßen- und Brückenbau sind 83,269.100 S vorgesehen. Mit diesem Betrage soll eine Verbesserung des Landesstraßennetzes erreicht werden, wenngleich es auch immer schwerer wird, die vorhandene Straßensubstanz zu erhalten, weil die Beanspruchung der Straßen eine ungeheure wird. Es wäre gut, wenn hierfür noch mehr getan werden könnte und damit in einem etwas rascherem Tempo die Straßen verbessert werden könnten. Wir haben uns im heurigen Jahre auf nicht mehr einlassen können. Wenn die vorgesehenen Vorhaben vollendet sein werden, werden rund 20% des Landesstraßennetzes mit Ende 1952 mit staubfreier Decke versehen sein. Jedenfalls kann man sagen, daß 1952 wieder eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete des Straßen- und Brückenbaues entfaltet wird.

Zum Wasserleitungs- und Kanalbau ist zu sagen, daß mit den festgelegten Beträgen eine wesentlich höhere Verbauungssumme ausgelöst wird, weil auch die Gemeinden und der Bund das ihre dazu beitragen. In allen Abschnitten ist festzustellen, daß nicht nur die Pflege vorhandener Einrichtungen, sondern auch Fortschritte erreicht werden konnten.

Ich bitte das Hohe Haus, die in der Gruppe 6 vorgesehenen Ansätze unter Berücksichtigung der vorliegenden Berichtungen zu genehmigen.

Landeshauptmann-Stellv. **Dipl.-Ing. Udier:** Hohes Haus! Ich muß zu diesem Kapitel einiges sprechen deshalb, weil die Bedeutung

des Bauwesens für das ganze Land beachtlich ist und wohl auch die Summen, die vom Lande ausgeworfen werden, nicht übersehen werden können. Ich habe nicht umsonst immer wieder darauf hingewiesen, daß bei diesem Kapitel große Zuschußsummen von Seite des Landes notwendig sind, weil die Einnahmenseite praktisch fehlt. Es ist begreiflich, daß wir hier auf unserem Straßensektor, auf dem Wasserleitungssektor usw. keine Einnahmen zu verzeichnen, wohl aber Mittel aufzuwenden haben, die als verlorene Bauzuschüsse zu bezeichnen sind, wenn man das als verloren bezeichnen kann. Im Bausektor wird bei uns alles durch das Landesbauamt bearbeitet, auch das, was referatsmäßig nicht in mein Referat fällt. Die Hochbauten werden durch ein anderes Referat verwaltet, die gesamten Hochbauten auf dem Gebiete des Sanitäts- und Fürsorgewesens werden durch das zuständige Referat verwaltet und darüber hinaus werden die Amtsgebäude durch die Gebäudeverwaltung, durch das Finanzreferat verwaltet, so daß ich hier nur mittelbar mitwirken kann durch das Bauamt, das alle diese Arbeiten durchlaufen. Diese Arbeiten werden von allen Herren, die dort eingesetzt sind, durchgeführt.

Ein wenig mehr habe ich zu sagen über das mir unmittelbar zustehende Gebiet des Straßenbaues. Gerade jetzt am Ende unseres 6. Arbeitsjahres, das wir nunmehr in der Zweiten Republik hinter uns haben, glaube ich sagen zu dürfen, daß wir wahrlich Grund haben, einmal auch positiv über das alles, was auf dem Gebiete des Bausektors im Lande geschieht, zu sprechen. Wenn wir den Straßenbau betrachten und die Protokolle unserer ersten Budgetberatung 1946 und 1947 durchlesen und das Kapitel 6 und die Klagen, die damals geführt wurden über den Straßenzustand und wenn wir vergleichen, was es heute dazu zu sagen gibt, möchte ich eines feststellen: Klagen gibt es heute noch genügend und begreiflicherweise wird es Klagen immer geben auf diesem Sektor, bis wir endlich erreicht haben, daß sich alle Straßenzüge in einem Zustand befinden, der jedem Einzelnen, der auch nur einmal im Jahr über diese Straße fährt, zu sagen veranlaßt: Das ist eine ausgezeichnete Fahrbahn! Darüber bin ich mir klar und Sie sicherlich auch, daß wir kaum die Sättigung erfahren werden, die zu erreichen wäre. Aber der Zustand dieser Straßen ist ein beachtlich anderer geworden, als es seinerzeit der Fall war. Sie können das selbst nachlesen. Ich habe aus dem Berichte 1946/1947 feststellen können, daß die Ennstalstraße praktisch überhaupt keinen Belag aufzuweisen hatte, durchwegs eine einfache staubige Schotterstraße war, von der Anzahl der Schlaglöcher nicht zu sprechen und es wird jeden, der die Gelegenheit hatte, 1946/47 dort zu fahren, klar sein, was darüber zu sagen war. Wie ist dieser Straßenzug nun heute? Er ist zum größten Teil staubfrei, und zwar in gemeinsamer Arbeit mit der Bundesstraßenverwaltung wurde erreicht, daß gerade dieser Straßenzug als wichtigster

Zubringer von Salzburg und vom Westen her bezüglich des Ausbaues in Angriff genommen werden konnte, so daß wir heute auf dieser Straße über 8 km Betondecke haben, davon 7 km in einem Zuge, welcher von Gröbming gegen Stainach liegt. Wir haben auf dieser Straße gegen Salzburg auch laufende weitere Erschwernisse und Hindernisse zu beseitigen versucht. Auch wurde vor wenigen Tagen die Umfahrung St. Michael fertiggestellt und dem Verkehr übergeben, die Umfahrung von Kalwang ist noch in Arbeit, der Grundbau ist fertig, im nächsten Jahre wird die Betondecke aufgebracht. Es sind an diesem Straßenzug noch einige Arbeiten durchzuführen, die Fortsetzung von Gröbming nach Pruggern, die wir im nächsten Jahre zur Vergebung bringen können. Wir können sagen, daß wir einen zielbewußten Ausbau in Angriff genommen und die Mittel hierfür, auch jene, die der Bund zur Verfügung stellt, bestens verwendet haben. Sie sollten nach Tüchtigkeit noch gesteigert werden, damit der Ausbau ein etwas rascheres Tempo annimmt und das Land auf dem Sektor Bundesstraßenverwaltung noch anderes in Angriff nehmen kann, was unbedingt notwendig und für den Verkehr wichtig ist. Dazu gehört die Wechselstraße, die uns seit dem ersten Jahr unserer Tätigkeit hier die größten Sorgen bereitete. Abg. Thaller hat bei der ersten Budgetberatung mit Recht Klage geführt über den fürchterlichen Zustand dieser Hauptzubringerstraße für alle landwirtschaftlichen Produkte aus dem Osten. Diese Straße konnte im Zuge der Übernahme als Bundesstraße großzügig in Ausbau genommen werden, so daß wir davon bereits 7 km Betonstraßen aufzuweisen haben. Darüber hinaus wurden Strecken staubfrei gemacht und ein großes Bauolos ist in Arbeit, die Fortsetzung von Gamling und die Umfahrung von Pischelsdorf.

Damit nicht genug, soll die Strecke Gleisdorf—Hartberg in einem Zuge fertiggestellt werden. Gleichzeitig wird auch an der Strecke zwischen Hartberg und dem Wechsel gearbeitet, so daß wir in absehbarer Zeit doch dahin kommen, daß der gesamte Straßenzug Gleisdorf—Wechsel bis zur niederösterreichischen Landesgrenze in einem Zustand sein wird, von dem wir sagen können, er hat auch die große Arbeit gelohnt. Der Erfolg, der auf dem Bundesstraßensektor bezüglich Staubfreimachung zu erzielen war, ist sicherlich auch beachtlich, denn es waren im Jahre 1946/47 von unseren 750 km Straßen, die wir damals hatten, nur ungefähr 24% staubfrei, während wir heute von den restlos übernommenen Bundesstraßen, das sind rund 1300 km, immerhin 62% staubfrei haben, so daß wir hier ganz deutlich den Erfolg sehen können.

Die Landesstraßen sind eine besondere Sorge unseres Budgets, denn der Umfang der Straßen ist enorm, er beträgt heute 2800 km. Das läßt schon darauf schließen, daß wir hier nicht in diesem Tempo zum Erfolg kommen werden, wie dies bei den Bundesstraßen möglich war. Es ist

aber auch hier schon viel geschehen, so daß es mir bereits aufgefallen ist, daß die Klagen aus dem Kreise der Abgeordneten in Bezug auf die Straßenbeschaffenheit deutlich abgenommen haben, und zwar mit Recht. Es ist zwar, wie ich schon eingangs sagte, auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun, besonders mit Rücksicht auf die Landesstraßen, die für den Fremdenverkehr zu erschließen wären, weil durch eine Straße automatisch Fremde angezogen werden. Denn es ist ein Vergnügen, über diese Straßen zu fahren und so die Schönheit der Gegend auf sich wirken zu lassen. Wir wissen, daß wir auf diesem Gebiet die Finanzen des Landes noch auf Jahre hinaus stärkstens in Anspruch nehmen müssen, um einigermaßen den Aufgaben, die der Verkehr uns stellt, gerecht werden zu können.

Wir haben im Jahre 1946/47 knapp über 5% staubfreie Landesstraßen gehabt. Heute sind wir immerhin bei einem Prozentsatz von 15% angelangt. Also Sie ersehen daraus, daß wir hier noch reichlich Arbeit vor uns haben. Wir können aber auch mit dem zufrieden sein, was geschieht. Es war immerhin möglich, auch in dem jetzt laufenden Jahr zirka 120 km Landesstraßen staubfrei zu machen, so daß der Betrag, der für Straßen und Brückenbau ausgeworfen wurde, von rund 64 Millionen Schilling plus 6 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt, wirklich nutzbringend angewendet wurde. Auch im Brückenbau, wo es noch immer Kriegsschäden gutzumachen gilt, denn die vielen, durch den Krieg zerstörten Brücken sind eben nicht in einem Zuge wieder herzustellen. Darüber hinaus haben wir auch dafür zu sorgen, daß die bestehenden Brücken eine Tragfähigkeit erhalten, die dem heutigen Verkehr entspricht. Sie dürfen nicht übersehen, daß bei einer gesamten Brückenzahl von rund 1900 im Lande Steiermark die laufenden Mittel kaum ausreichen, um die große Zahl der darunter reparaturbedürftigen Brücken instandzusetzen. Wir haben auf dem Brückensektor 33 Bauvorhaben laufen gehabt und davon 12 restlos fertigstellen können. Gerade auf dem Bundesstraßengebiet haben wir schöne Objekte errichten können, wie zum Beispiel die Stadler Murbrücke. Den intensiven Bemühungen aller zuständigen Stellen ist es auch gelungen, daß die Murbrücke in Frohnleiten in Bau genommen werden konnte, die im Laufe dieses Jahres beachtliche Fortschritte gemacht hat, so daß bereits alle Pfeiler fertig sind und die Montage faktisch, wenn bei den Eisenlieferungen keine Verzögerungen eintreten, im Frühjahr 1952 begonnen und die Brücke, wenn auch die Finanzierung für 1952 noch nicht restlos gesichert ist, doch arbeitsmäßig am Ende dieses Jahres dem Verkehr übergeben werden kann. Es ist dies eine Leistung, die sicher weit über den Rahmen Steiermarks hinaus Beachtung finden muß.

Gerade, wenn man von der Brücke in Frohnleiten spricht, muß man daran denken, daß wir noch viele solcher Verkehrshindernisse auf

unseren Straßenzügen haben. Wie ich schon bei der Eröffnung in St. Michael erwähnte, muß eine unserer nächsten Sorgen die Umfahrung von Kapfenberg sein. Weiters müssen wir noch daran denken, Bruck und Leoben und ähnliche solcher Schwerpunkte unseres Verkehrsnetzes irgendwie verkehrsmäßig zu verbessern.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch erwähnen, was wir in den anderen Sektoren unseres Amtes zu leisten hatten. Der Landes-Hochbau, der, wie ich schon erwähnte, in erster Linie auf dem Sektor der Referate Gesundheitswesen und Fürsorge zu arbeiten hatte, hat in diesem Jahr 73,6 Millionen Schilling verbaut. Diese Millionen, wenn ich so sagen darf, wurden verwendet für die Amtsgebäude in Graz, Feldbach und Radkersburg, für die Weinbauschule Silberberg, für die Landwirtschaftsschule Grabnerhof, für den Wiederaufbau St. Martin, die Fertigstellung des Frauenpensionates Feldhof, für das Röntgeninstitut und schließlich für das Kinderheim auf der Stolzalpe. Alles dies sind Bauten, die nicht nur in Bezug auf die Geldsumme von Bedeutung sind und Beachtung verdienen, sondern sind Bauten, die vom Standpunkt ihrer Verwendung aus gesehen beachtlich sind und vor allem auch von dem Standpunkt der Gestaltung aus. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß wir gerade in den ersten Jahren des Wiederaufbaues 1946/47 es nicht immer leicht hatten, weil der Gedanke, den wir vertreten haben, nämlich der Gedanke, auch schön zu bauen, nicht gleich von der Bevölkerung aufgenommen wurde, die hier Sorge hatte wegen der vielleicht etwas höheren Mittel, die dazu verwendet werden mußten und dabei nicht daran gedacht hat, daß es doch auch von Bedeutung ist, ob schön gebaut wird oder nicht. Ich will in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß Sie sicher schon festgestellt haben werden, daß der Wiederaufbau von Riegersburg ein typisches Beispiel dafür ist, was durch schönes Bauen für die Landschaft und damit als Positivum für unser gesamtes Land zu erreichen ist.

Daß sich diese Arbeiten lohnten, dort, wo sie zum Zuge gekommen sind, ist vielleicht weniger bei uns selbst anerkannt worden als außerhalb unserer Landesgrenzen. Landesbaudirektor Hofrat Hazmuka hatte Gelegenheit, in Deutschland Vorträge zu halten über unsere Bauart und die Verbindung von schönem und praktischem Bauen und hat überall größte Beachtung gefunden. Man fand es als unwahrscheinlich, daß so etwas von Amts wegen zu erreichen ist. Wir haben hier keine Gewaltmittel angewendet, es gibt darüber kein Gesetz, sondern wir haben unsere Aufgabe darin gesehen, immer wieder zu beraten und aufmerksam zu machen auf die Folgen, die eintreten können, und auf die Möglichkeiten, hier wirklich Bestes zu leisten. So war es möglich, das Verständnis für diese Dinge zu wecken und hier wirklich auch zu einem Erfolg zu kommen.

Der Wasserbau, ein Gebiet, auf dem es vor allem zweckmäßig wäre, wenn wir es in den Wintermonaten stärker betreiben könnten, weil mit diesen Beträgen gerade gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Bausektor in den Wintermonaten viel zu machen wäre, wird immer reicher dotiert, aber nicht in dem Ausmaße, wie wir es gerne hätten. Für den Wasserbau selbst, dem beachtliche Mittel vom Bunde zufließen, sollen vom Lande 38 Millionen Schilling zum Verbauen kommen. Neben den besonderen Arbeiten bei der Raabregulierung sollen noch Regulierungsmaßnahmen am Lobmingbach, dessen Verbauung im Jahre 1948 vollkommen zerstört wurde, am Kraubathbach, Saazbach, weiters Wasserleitungs- und Kanalbauten durchgeführt werden, wobei wir noch Wasserbauförderungsbeiträge zu leisten haben, wenn der Bund solche Beiträge gibt. An größeren Kanalbauten sind zu nennen Hartberg-Fortsetzung, Fürstenfeld, Zeltweg, Eisenerz, an Wasserleitungsbauten Judenburg, Voitsberg, Radkersburg und Leibnitz. Wenn wir schauen, was wir da an Beträgen flüssigstellen, können wir zufrieden sein, weil die Bausummen beachtlich sind. Wir haben für den Sektor Wasserbau und Flußregulierung vom Lande aus 2½ Millionen Schilling vorgesehen und kommen auf 8½ Millionen Schilling der gesamten Bausumme. Die Wildbachverbauung bekommt vom Lande 2,2 Millionen Schilling und erhält dadurch über 11 Millionen Schilling Bausumme, bei Wasserleitungs- und Kanalbauten ist ein Betrag von 2,8 Millionen Schilling für Wasserleitungen, also insgesamt fast 14 Millionen Schilling und bei Kanalbauten ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling mit Gesamtbaukosten von 7,2 Millionen Schilling vorgesehen. Sie sehen daraus, wie selbstverständlich es ist, die Beiträge des Landes für mehrere Bauvorhaben zu steigern, weil wir dann auch mehr Mittel vom Bunde freibekommen. Wir können dann viel mehr Bundesmittel binden, die Zusatzkräfte in unserem Lande darstellen und wir erreichen dadurch vor allem eines, daß wir den Ausbau des Kanal- und Wasserleitungswesens unserer Städte, Märkte und Ortschaften möglich machen und auch erreichen.

Auf dem Gebiete der Meliorationen, ein Kapitel, das Landesrat Prirsch untersteht, werden 8,8 Millionen Schilling zum Verbauen kommen. Ich darf vielleicht noch kurz anführen, daß der Bund auch für Hochbauten mit 26½ Millionen Schilling einiges in unser Land hereingebracht hat. Ich erwähne da den Wiederaufbau der Technischen Hochschule, die neue Zentralheizung auf der alten Technik, den Neubau der Bibliothek auf der Universität, die Bulme durch Errichtung der Lehrwerkstätten und die Arbeiten in der Strafanstalt Karlau, den Justizpalast und die übrigen Gerichtsgebäude, Zollhäuser und ähnliches, wo wir ganz beachtliche Summen zu verbauen in der Lage waren.

Der Wohnhauswiederaufbau wurde vom Bund aus Mitteln des Wohnungswiederaufbaues mit 42 Millionen Schilling für Steiermark dotiert.

Dadurch ist es möglich gewesen, 200 bombenzerstörte Häuser wieder der Benützung zuzuführen.

Die Summe der Arbeiten, die durch das Steiermärkische Landesbauamt getätigt wurden in diesem Jahre beträgt rund 300 Millionen Schilling und 30.000 Arbeitskräfte wurden dabei beschäftigt, eine Zahl, die vielleicht an der obersten Grenze der Möglichkeit gelegen ist und wir werden jedenfalls in den nächsten Monaten zu verspüren bekommen die Einschränkung der Bautätigkeit auf dem Straßensektor und die nicht zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für Winterarbeiten. Das wird eine größere Arbeitslosenziffer bringen. Wir werden alles vom Land aus unternehmen, was möglich ist, um durch Vorziehen von Arbeiten in das Frühjahr zur Linderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Ich darf hier noch kurz zusammenfassend feststellen, daß alle diese Bauten des Landesbauamtes durch 319 Beamte, 292 Vertragsangestellte und 915 Arbeiter nach dem Schema II getätigt wurden, mit einem Arbeiterstand, der gegenüber 1946/47 beachtlich heruntergehalten wurde vor allem deshalb, weil wir selbst darauf ausgehen, nicht mehr zu tun als unbedingt getan werden muß. Die Hauptarbeiten an vielen Bauten haben wir bereits zur Vergebung bringen können.

Wir denken an eine Einschränkung der Straßenwärteranzahl und daran, die Wärterstrecken zu verlängern, um sparend zu wirken, wenn die Mittel auch kaum darauf schließen lassen, daß gespart wird.

Allen diesen heute Beschäftigten, vom letzten Hilfsarbeiter angefangen hinauf bis zum Leiter, bis zum Baudirektor Hazmuka, allen Abteilungen des Landesbauamtes, allen Leitern dieser Abteilungen, also allen, die in diesem Amte tätig sind, möchte ich von hier aus Dank sagen. Ich bin überzeugt, daß Sie mir heute beistimmen, daß die Leistung dieser Menschen eine beachtliche ist, wenngleich sie oft nicht gesehen und beurteilt werden kann. An dem Erfolg und allen den Arbeiten, die notwendig sind, um zu einem Erfolg zu kommen, können wir bemerken, ob die Arbeitskräfte ihr Bestes geben. Wir können dies feststellen und es liegt an uns, hiefür Dank zu sagen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Abg. Schabes: Hohes Haus! Bei der Gruppe 4 haben schon Frau Landesrat Matzner und Frau Abg. Wolf darauf hingewiesen, daß der soziale Wohnbau eine Aufgabe und auch ein Teil der Fürsorge ist. Ich möchte mich diesem Argument vollkommen anschließen, und zwar aus der Erwägung heraus, daß allgemein bekannt ist, daß gerade die Wohnraumfrage, die Wohnungsnot die Ursache ist, daß so viele Jugendliche anfällig werden und dann sittlich und moralisch verwaorlosen. Es wäre über die katastrophale Wohnungsnot viel zu klagen, jeder einzelne wird da seine Erfahrungen haben. Ich selbst habe die zweifelhafte Ehre bzw. das Glück, sehr viel mit Wohnungen zu tun zu haben. Ich möchte an zwei bis drei Beispielen beleuchten, wie sich schlechte Wohnungsverhältnisse auswirken.

Eine Familie, bestehend aus acht Personen, zwei junge Ehepaare und die Eltern, also drei Ehepaare, hausen in einer Wohnung von Zimmer und Küche zusammen. Die Leute haben sich einmal sehr gut vertragen und haben noch einen Bruder, der in Not war, zu sich genommen. Seit 1½ Jahren hat sich diese Familie so zerstritten, daß ein Prozeß nach dem anderen läuft, der eine Sohn gegen den anderen, man weiß gar nicht mehr, was man tun soll. Die einzige Hilfe wäre eine Wohnung. Ein anderer Fall: Ein junges Ehepaar, der Vater war Pächter, der Sohn hat geheiratet und mit seiner jungen Frau ein notdürftiges Zimmer oberhalb des Schweinestalles bezogen. Dieses war überdies ganz klein, ein Bett und ein Tisch war darinnen. Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen, es sind zwei Kinder da und das Ehepaar ist verzweifelt, denn heizbar ist das Zimmer auch nicht. Ein dritter Fall: Auch Zimmer und Küche, das Zimmer 16 m², die Küche 7 m², bewohnt von acht Erwachsenen und zwei Kindern. Die bekommen jetzt Gott sei Dank eine Wohnung. Ich will damit nur klarlegen, daß es verständlich ist, wenn draußen auf dem Land solche Leute, die keine Aussicht haben, eine Wohnung zu erhalten, bestrebt sind, sich ein Häuschen zu schaffen.

Ich möchte hier meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß es heuer gelungen ist, den Betrag für die Wohnbauförderung auf 10½ Millionen bzw. auf 11,3 Millionen Schilling zu erhöhen. Ich glaube, daß diese Summe viel dazu beitragen wird, daß die Wohnungsnot etwas gelindert wird und daß das Bewußtsein, alles zu tun, um diese Wohnungsnot zu lindern, heute Gemeingut aller Parteien ist. Es ist selten eine einvernehmlichere Auffassung vorhanden, man könnte fast sagen ein Wettstreit innerhalb der einzelnen Parteien, da alle bestrebt sind, diese Ansätze zu erhöhen. Ich hätte nur den einen Wunsch, daß ein solcher Wettstreit auch auf anderen Gebieten zu erreichen wäre und nicht immer nur Sonderinteressen zum Ausdruck kommen. Ich hoffe, daß wir einmal imstande sein werden, diesen Betrag von 11,3 Millionen Schilling zu verdoppeln. Das würde sicher im Interesse aller Wohnungssuchenden sein. Es ist auch zu beachten, daß die Leute, die sich selbst ein Häuschen bauen, dafür schwerste Opfer auf sich nehmen. Jeder einzelne, der damit zu tun hat, weiß, daß die Leute wirklich unter Verzicht auf alles und dadurch, daß sie zwei oder drei Jahre äußerst notdürftig leben, dazu kommen, eine Wohnung zu bauen. Es ist begreiflich, daß sie hier einen Teil dazu erhalten aus dem Wohnbauförderungsfonds.

Ich möchte abschließend noch anerkennen, daß, wie die Erfahrung bisher gezeigt hat, diese Menschen bei der Landesregierung sehr viel Verständnis finden und ihnen die damit betrauten Beamten wirklich beratend zur Seite stehen. Ich möchte allen, die daran arbeiten, herzlichen Dank aussprechen, besonders auch dem Herrn Ing. Girstmayer, der gleichzeitig hier

Landtagsstenograph ist. Ich möchte ihm den Dank aussprechen, weil er sich sehr viel auf diesem Gebiet bemüht und in uneigennützigster Weise wirklich vielen Menschen, die ratlos waren, wertvolle Ratschläge erteilt hat, wenn sie sich an ihn wenden. Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß es mein Wunsch wäre, diesen Betrag im Budget 1953 auf das Doppelte zu erhöhen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Wallner: Hoher Landtag! Neben dem Fremdenverkehr und der Beförderung von Personen hat der Kraftwagenverkehr auf den Straßen eine sehr große Bedeutung dadurch, daß die Betriebsmittel und Erzeugnisse der Landwirtschaft transportiert werden. Wir können mit großer Freude zur Kenntnis nehmen, daß in den letzten Jahren durch das Land Steiermark sehr viele Aufwendungen auf diesem Gebiet gemacht wurden, um die Straßen im allgemeinen und im Rahmen des möglichen zu verbessern. Es ist sehr befriedigend, daß es dadurch, daß die Straßenerhaltung eine Aufgabe des Landes ist, auch möglich geworden ist, Gebiete im Zuge der Betreuung der Straßen zu erfassen, die seinerzeit, als die Erhaltung der Straßen noch den Bezirken übertragen war, stiefmütterlich behandelt wurden. Das war vor allem in den Bezirken draußen auf dem flachen Land so, in denen die Zufuhr des Schotter sehr kostspielig war, weil er von weither geholt werden mußte aus dem Oberland. Auch in einer Zeit, in der die Besitzer selbst die Straßen erhalten mußten, war es nicht annähernd möglich, sie in einen Zustand zu versetzen, geeignet, den immer mehr sich verdichtenden Autoverkehr zu ertragen. Es ist jetzt dadurch, daß das Land diese Aufgaben übernommen hat, möglich geworden, Gebiete zu betreuen, die es wirklich notwendig haben.

Ich habe schon einmal hier im Landtag bei einer Budgetberatung darüber gesprochen, wie notwendig es wäre, daß nun auch die südöstliche Steiermark entsprechend betreut wird. Wir haben in diesem Gebiet nämlich Lehmboden und weit und breit keinen Schotter, so daß es den örtlichen Institutionen früher nicht möglich war, die Straßen einigermaßen zu betreuen. Ich darf hier auch mit Befriedigung feststellen, daß der Straßenzug, eine Landstraße I. Klasse, von Graz über Kirchbach nach Mureck einen weiteren Ausbau im Laufe des Jahres erfahren hat. Es wurden viele Kilometer Erdarbeiten fertiggestellt und ich habe es sehr bedauert, daß für die endgültige Fertigstellung dieses Abschnittes keine Mittel im ordentlichen Haushalt vorgesehen sind. Ich bin aber dahin belehrt worden, daß auch der außerordentliche Haushalt zu einem Großteil gedeckt erscheint, so daß es möglich sein wird, nach der Fertigstellung der Erdarbeiten auch den Hartbelag im kommenden Jahr auszuführen. Ich muß erwähnen, daß der Straßenzug noch weiter ausgebaut werden muß, und zwar bis Mureck, denn er durchschneidet ein Gebiet, das sehr fruchtbar ist. Sehr viele Produkte unserer Landwirtschaft sind dort zu befördern und es ist unerlässlich, daß auch dieser

Ausbau in dem Maße wie bisher fortschreitet. Ich darf weiters mit Befriedigung feststellen, daß das Land auch für die Durchfahrtstrecken durch größere Orte wieder Mittel zur Verfügung gestellt hat, um die Straßen staubfrei zu machen, wie z. B. in Kirchberg a. d. Raab, welches ganz besonders zu erwähnen ist, da hierfür entsprechende Mittel im heurigen Jahr eingesetzt sind. Und es wird möglich sein, daß auch die Strecke von Kirchberg a. d. Raab nach Leibnitz im Zuge dieser Arbeiten betreut wird, für welche schon im Jahre 1912 eine Bahn trassiert war, die aber dann nicht zur Ausführung gekommen ist.

Ganz kurz möchte ich noch auf die Bedeutung der Meliorationen hinweisen. Sie wissen, daß wir heuer eine Fehlernte, vor allem bei Kartoffeln, in der Steiermark zu verzeichnen hatten, weil die bedeutendsten Gebiete unseres Kartoffelanbaues durch ein Hochwasser im Juli d. J. so geschädigt wurden. Gerade die Meliorationen, der Bau der Vorflutgräben, die oft in Kilometerlängen notwendig sind und die Notwendigkeit der Entwässerung wird weite Teile unseres Gebietes in der Kultur verbessern und fruchtbarer machen, was sich wieder zum Besten des gesamten Volkes auswirkt. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Hofmann:** Hohes Haus! Man soll als Abgeordneter nicht allein kritisieren, sondern wir müssen schon, wo es aufscheint, das Gute anerkennen. Wer die Oststeiermark, das Straßennetz der Oststeiermark nach dem fürchterlichen zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 gesehen hat und sieht es sich heute an, muß in objektiver Weise feststellen, daß ein gewaltiger Unterschied gegenüber 1945 besteht. Es war so ziemlich alles zerstört. Die Straßen waren durch Tausende und Tausende von Panzern aufgewühlt, jeder Straßenübergang, jede Brücke war gesprengt, es waren, nachdem der Krieg dort wochenlang hin- und hergegangen ist, in der Landschaft die Spuren des Krieges mit aller Deutlichkeit zu sehen. Es ist wirklich viel geschehen und die Ingenieure, Bauleiter und Arbeiter haben sich wirklich bemüht die Jahre hindurch, die Schäden so schnell und so gut als möglich auszubessern.

Trotzdem möchte ich bei dieser Gelegenheit hinweisen auf das, was schon Präsident Wallner gesagt hat, daß unser oststeirisches Gebiet vom Wechsel bis Radkersburg ein landwirtschaftliches Gebiet ist, das, gut genutzt, bedeutende landwirtschaftliche Erträge für die Allgemeinheit hervorbringen kann. Aber um das bewerkstelligen zu können, sind gute Straßen notwendig. Sie wissen selbst, was schlechte Straßen für den Obsttransport bedeuten, das Obst hat nach einem langen Transport nicht mehr jenen Wert, den es haben könnte. Aus diesem Grunde und aus vielen anderen ist es notwendig, daß diesen Straßen ein viel größeres Augenmerk zugewendet wird, als manchenorts bisher. Im Wechselgebiet ist eine neue Bundesstraße im Bau begriffen, die über Hartberg nach Gleisdorf gehen soll. Da ist noch einiges zu machen, so die be-

absichtliche Verkürzung, die über Graz nach dem Semmering führt. Wir wünschen, daß die fertiggestellt wird und daß dies bald geschieht wegen des allgemeinen Verkehrs und auch wegen des Fremdenverkehrs, weil ja die oststeirische Bevölkerung auf den Fremdenverkehr angewiesen ist, aber nicht allein das, es wäre auch notwendig, den Straßenzug Feldbach—Riegersburg—Fürstenfeld nach Hartberg auszubauen. Es ist manches aufgewendet worden, aber es ist reichlich zu wenig. Das Straßenstück von Brunn bis Hatzendorf ist in Ordnung, das Stück über den Ritscheinerberg—Übersbach haben wir in Angriff genommen, doch über Fürstenfeld hinaus geht es elend weiter über Bierbaum bis Hartberg. Im Budegt 1952/1953 müßte diesen beiden Straßenzügen ein besonderes Augenmerk zugewendet und die Mittel hiezu bereitgestellt werden.

Es ist auch eine glückliche Idee, der Planung der zerstörten Riegersburg und des Ortes jene Aufmerksamkeit zuzuwenden, die dieser prachttolle Ort, der sich wunderbar in die ganze steirische Landschaft einfügt, verdient. Daß sich diese Planung auswirken und sich unsere Planer durchsetzen konnten, war nicht ohne Zwang möglich, doch geht es schon manchmal bei der oststeirischen Bevölkerung nicht ohne Zwang. (Zwischenruf: Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl. Ing. Udier: „Wir hatten ja keine Zwangsmittel!“) Es galt schon zu überzeugen, daß man dem Planer, dem Architekten recht geben mußte. Dafür kann man, wenn man heute den Ort Riegersburg anschaut, sagen, daß es ein Schmuckkasterl geworden ist und wunderbar in die Landschaft paßt.

Der Straßenzug Feldbach—Gleichenberg ist sehr gut, da muß ein Berg umfahren werden, er wurde mit vielen Mitteln in Ordnung gebracht. Der Macadam-Straßenbelag bröckelt ab und wenn man nicht rechtzeitig, und zwar heuer, spätestens im Frühjahr, den Belag in Ordnung bringt, werden in einem Jahr bedeutend höhere Kosten aufgewendet werden müssen. Der Ausbau des Straßenzuges Gleichenberg—Halbenrain—Radkersburg dürfte der Aufmerksamkeit unserer Straßenbauer entgangen sein.

Nun, Hohes Haus, Straßen bringen Arbeit, die Relation ist ungefähr 60 zu 40, 60% Löhne, 40% Materialaufwand, da vermisse ich eines und ich möchte die Verantwortlichen bitten, mehr als bisher das Einvernehmen zu pflegen zwischen Arbeitsämtern und Bauämtern. Wir haben in der Oststeiermark saisonmäßig bedingt manchmal ziemlich große Perioden der Arbeitslosigkeit und die Menschen, die nicht Besitzer sind, sind angewiesen und genötigt, auf Arbeitssuche zu gehen. Wir haben viele tausend Landarbeiter, die, wenn sie nicht Arbeit finden, natürlich im Herbst und Winter der Not überantwortet sind. Ich möchte glauben, daß so manche Arbeiten und vor allem die Straßenarbeiten im Frühjahr oder Herbst gemacht werden könnten, wenn zeitgerecht vorgesorgt werden würde. Meine Bitte geht nun dahin, so zeitlich als möglich im

Frühjahr anzufangen bei gewissen Straßenarbeiten und diese Arbeiten im Herbst solange als möglich auszudehnen und weiters, daß die Straßenbauämter mit den Arbeitsämtern, bei uns sind das Hartberg, Fürstenfeld und Feldbach, das Einvernehmen pflegen und die Menschen solange wie möglich beschäftigen.

Im übrigen bitte ich auch eines zu bedenken. Landeshauptmann-Stellvertreter Udier hat gesagt, wir haben die Straßenwärter verringert dadurch, daß wir ihnen größere Straßenabschnitte zugeteilt haben. Ich weiß nicht, ob das das Allheilmittel ist, Ersparungen zu machen; es hat sich herausgestellt und ich höre klagen darüber, daß dadurch, daß die einzelnen Straßenwärter zu große Abschnitte zu bearbeiten haben, die Straßen selbst leiden. Ich bitte zu überlegen, ob es nicht besser wäre, die Straßenstrecken so zu belassen wie bisher, kleinere Strecken zu lassen, weil eine Vernachlässigung der Straßen eintritt und die Herstellungskosten späterhin ungleich höher sind als bisher.

Ich weiß aber auch, daß Straßen sehr viel Geld kosten. Deshalb sollten wir aber endlich soweit kommen, daß nicht jeder auf unseren Straßen nach Belieben darauf losfahren kann. Es ist ganz unmöglich, daß ein Schotterfuhrwerk oder andere Fuhrwerke nicht mit einem sondern sogar mit zwei Anhängern mit hoher Geschwindigkeit über die kleinen und engen Straßen fahren, die dafür nicht geeignet sind. Das ruiniert die Straßen und die Kosten trägt die Allgemeinheit, der Bund und das Land. Ich glaube, die Bezirkshauptmannschaften sollen mehr als bisher angewiesen werden, mit aller Energie darauf zu dringen, daß die Straßen nur von solchen Fuhrwerken befahren werden, die geeignet sind und die Straße nicht ruinieren und zu verhindern, daß Wagen mit 20 und mehr Tonnen auf Straßen fahren, die nur für Fahrzeuge von 5 bis 6 Tonnen geeignet sind.

Im übrigen möchte ich als Vertreter der Oststeiermark der Landesregierung den Dank aussprechen dafür, daß das Straßennetz weitgehend in Ordnung gebracht wurde und daß heute wirklich ein gewaltiger, erfreulicher Unterschied gegenüber 1945 festzustellen ist. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Dr. Amschl: Hohes Haus! Nach den statistischen Erhebungen sind in Österreich derzeit 300.000 vordringlich Wohnungssuchende vorgemerkt. In der Landeshauptstadt Graz sind mit Stichtag Ende Oktober 1951 in den drei dringendsten Stufen 16.295 Familien mit insgesamt 45.057 Personen, das sind nur um zwei Familien weniger als am 30. September 1951, vorgemerkt. Es würde heute zu weit führen und den Rahmen der Ausführungen auch sprengen, wollte man die Ursachen dieser mehr als beklagenswerten Zeiterscheinung aufblenden. Eines ist jedenfalls sicher, die heutige katastrophale Wohnungsnot ist das Ergebnis einer seit drei Jahrzehnten total verfehlten Wohnbaupolitik. Ich stimme mit dem Herrn Abg. Schabes voll-

inhaltlich überein und begrüße es aus ganzem Herzen, wenn tatsächlich von allen Seiten dieses Problem nicht mehr nur als politisches Problem, sondern als soziales und wirtschaftliches Problem behandelt und auch aufgefaßt wird.

Nun, wir stehen vor diesen erschütternden Zahlen und die Bevölkerung fragt selbstverständlich, ja wer soll denn eigentlich bauen. Ein einfaches Auskunftsmittel war es immer, zu sagen, die Gemeinden sollen bauen. Hohes Haus! Jeder, der einigermaßen Einblick in die Gebarung der Gemeinden besitzt, wird zum Schluß kommen, daß es mit dem kommunalen Wohnhausbau — ich möchte wohl verstanden werden, mit dem Wohnhausbau mit 100prozentigen Eigenmitteln der Gemeinden — für alle Zeit zu Ende ist, weil die Gemeinden nicht die Mittel dazu haben. Auch Linz, das gestern schon einmal in einer Debatte zitiert worden ist, hat in einer der letzten Gemeinderatssitzungen erklärt, daß es mit dem kommunalen Wohnhausbau aus ist, daß man nur mehr daran denken könne, dem Wohnraumproblem durch Aufnahme einer großen Wohnbauanleihe zu Leibe zu rücken. Die Stadt Graz hat im vergangenen Jahr, das darf ich hier wirklich ohne jede Übertreibung sagen, das menschenmöglichste getan, das, was mit ihren eigenen bescheidenen Kräften noch zu verantworten war. Die Gemeinde Graz hat in der Triestersiedlung 192 Kleinwohnungen gebaut unter Zuhilfenahme der Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der uns gestattet, 50% Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Weshalb wir diese Position ganz besonders begrüßen, hat seinen Grund darin, weil nach meiner Ansicht hier eine Möglichkeit aufgezeigt wird, die uns momentan, nach den gegebenen Verhältnissen, einen Weg ins Freie öffnet. Denn dieser Weg, der hier mit dem Landes-Wohn- und Siedlungsfonds und mit dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beschritten wird, besagt uns nichts anderes, als daß uns die Möglichkeit geboten wird, auch andere Mittel zu mobilisieren. Ich kann hier Privatmittel in Anspruch nehmen im Wege der Gründung von Genossenschaften, ich kann Privatmittel in Anspruch nehmen dadurch, daß ich Eigentumswohnungen schaffe und gleichfalls Privatmittel in Anspruch nehmen von jenen, die genau so interessiert sind, einen großen Wohnungsbau aufzuführen, weil einfach niemand in der Lage ist heute, kostendeckende Mittel allein aufzubringen. Andererseits können Sie auch den Gebietskörperschaften nicht zumuten, aus den Steuereingängen Wohnbauten aufzuführen und sie mit 100prozentigen Eigenmitteln zu finanzieren, weil letzten Endes das nichts anderem gleichkäme, als einer Subvention eines Teiles der Bevölkerung auf Kosten der anderen. Es muß also hier ein Weg gefunden werden und deshalb begrüße ich auch die Geschäftsordnung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark, die am 20. November d. J. verfaßt wurde. Diese Geschäftsordnung sieht vor, daß Fondshilfe gewährt wird zur Förderung des Baues von Eigenheim-Kleinwohnungen, Siedlungshäusern und Landarbeiterwoh-

nungen, zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Um-, Auf- und Ausbau bestehender Gebäude. Diese Fondshilfe wird gewährt an einzelne natürliche Personen, an Gemeinschaften nach dem Wohnungseigentumsgesetz, an gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen. Und hier darf ich vielleicht eine Hoffnung aussprechen, daß, wenn das Land auch steirische Gemeinden beteiligt, auch die Stadtgemeinde Graz nicht vergeblich an die Türe der Hohen Landesregierung diesbezüglich pochen wird. Ich möchte nur zum Schluß noch folgendes sagen: Wir können dieses Problem nur dadurch einigermaßen lösen — es wird dies nicht von einem Tag zum anderen, von einem Monat zum anderen und nicht von einem Jahr zum anderen möglich sein —, daß alles getan wird, um dem Verfall des Alt-Hausbesitzes Einhalt zu gebieten. Denn, Hohes Haus, wir können tun was wir wollen, wir können Neubauten errichten so viel wir wollen, wenn zugleich daneben ein weit größerer Wohnraum verfällt, so ist die Arbeit, die wir leisten, umsonst. Deshalb ist auch diesem Problem die größte Bedeutung zuzumessen. Dazu die Voraussetzungen gesetzgeberischer Natur zu schaffen, ist Aufgabe des Nationalrates.

Aber wenn wir alle sich ergebenden Möglichkeiten wahrnehmen, wenn wir wirklich alle guten Willens sind, und wenn wir dieses Problem nicht als ein politisches — wie ich schon eingangs erwähnte — sondern wirklich als ein wirtschaftliches, soziales und typisch menschliches Problem behandeln, dann wird es uns nach meiner Überzeugung möglich sein, diese Schande des 20. Jahrhunderts in absehbarer Zeit auszutilgen. (Allgemeiner Beifall, Bravo-rufe.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die rege Anteilnahme an der Debatte über die Gruppe 6 zeigt, daß alle Kreise der Bevölkerung, deren Vertreter ja hier in diesem Hohen Landtag versammelt sind, an diesem Kapitel irgendwie interessiert sind.

Zum Kapitel Wohnungsbau: Der Herr Bürgermeister Dr. Amschl hat schon darauf hingewiesen, daß die jetzige Generation gewissermaßen leidet unter den Sünden ihrer Väter. War bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges der Mieter vollkommen rechtlos gegenüber dem Hausbesitzer, so schlug dann das Pendel nach der anderen Seite und nach dem ersten Weltkrieg war dann der Hausherr in der Lage, in der vorher der Mieter war. Es war natürlich ein Wahnsinn, zu verlangen, daß bei den heutigen Baukosten und bei dem Zinsfuß, der heute für Leihkapital verlangt wird, nach Grundsätzen der Rentabilität beim Wohnhausbau vorgegangen wird, denn das würde einen Mietzins ergeben von 500 bis 700 S, also einen Mietzins, den 90% unserer Bevölkerung nicht bezahlen könnten.

Die Steiermärkische Landesregierung ist daher in ihrem Wirkungskreise darangegangen, mit ihren eigenen bescheidenen Mitteln einen mög-

lichst großen Nutzeffekt im Wohnhausbau zu erzielen. In Österreich sind rund 300.000 Wohnungen nötig bei einem Durchschnittspreis von 80.000 S für die Erstellung einer Wohnung. Wir würden 24 Milliarden Schilling bedürfen, um die Wohnungsnot beheben zu können. Auf 10 Jahre aufgeteilt, sind das 2½ Milliarden pro Jahr, ein Betrag, den unsere Volkswirtschaft auch nach Auffassung großer Optimisten kaum würde aufbringen können. Wenn die Landesregierung darangeht, im Wege der Wohnbauförderung, durch Förderung des Baues von Eigenheimen, durch den Ausbau bestehender Möglichkeiten Wohnraum zu schaffen, so ist dieses Vorhaben gewiß begrüßenswert. Man leistet hier mit der gleichen Geldsumme das Doppelte und Dreifache, was beim Bau großer Miethäuser möglich wäre. Wir leisten dadurch einen Beitrag zur Entproletarisierung der großen Masse und leisten eine staatspolitische Arbeit ersten Ranges. Tatsache ist, daß der wildeste Barikadenkämpfer zu einem lammfrohen Staatsbürger wird, wenn er sein eigenes Häuschen mit Obst- und Gemüsegarten und einem halben Dutzend Hühner hat (Abg. Wurm: „Der Pözlz nicht!“) und der Bau eines Gartenzaunes oder eines Kaninchenstalles interessiert ihn viel mehr als parteipolitische Veranstaltungen und Demonstrationen sehr zum Leidwesen der Parteisekretäre.

Nun über das Kapitel Straßenbau: Den ärgsten Kritiker, den ärgsten Mißmacher, der Tag für Tag behauptet, es sei im Laufe der letzten Jahre nichts geschehen, kann man leicht zum Schweigen bringen, wenn man ihm zu überlegen gibt, wie die Straßen 1945 und 1947 ausgesehen haben und in welchem Zustande sie sich zum größten Teile heute befinden. Ich habe aber kürzlich ein Erlebnis gehabt, das mir darlegte, es mag viel Wahres daran sein, daß die Straßenbaumaßnahmen noch keinen 100%igen Erfolg haben. Ich machte zusammen mit einigen Kollegen eine Fahrt, und zwar war ich auf einer Versammlung in der Oststeiermark, in dem kleinen oststeirischen Dorf Siegersdorf. Da hat sich ein merkwürdiger Fall ereignet. Unser Wagen bleibt plötzlich wie angenagelt auf der Straße stehen, wir steigen aus, um zu sehen, was passiert war. Der Wagen war sowohl mit dem Vorder- als auch mit dem Hinterrad in einem tiefen Schlagloch gelandet, wir saßen hier mitten auf der Straße auf wie ein Schiff auf einer Sandbank. Seither verstehe ich die Wünsche der oststeirischen Kollegen, daß die Oststeiermark bei der Fahrbarmachung der Steiermark berücksichtigt wird.

Ebenso wichtig wie die Straßen ist aber auch, daß auf eine entsprechende Straßendisziplin geschaut wird. Es ist ganz eigenartig, wenn man bedenkt, wie viel Unfälle sich ereignen. Auf dem Straßenzug Packstraße von Straßgang bis Tobelbad, solange dieser eine Schotterstraße war, ereignete sich alle halben Jahre ein Unfall. Seit der Asphaltierung gibt es Woche für Woche schwere Unfälle. Es ist eine gute Straße, die dazu verleitet, alle Vorsicht außeracht zu lassen.

Es sind 2 Typen der Unfälle vor allem, die ich als Straßensünder der Verkehrspolizei zur besonderen Betreuung empfehle. Die Neureichen, die noch vor 15 Jahren mit vertretenen Absätzen herumgelaufen sind, sich nun im Kriege und in der Nachkriegszeit ein Vermögen zusammengekratzt haben, wollen natürlich nach Art der Neureichen ihren neuen Reichtum dokumentieren können und brausen im 90-km-Tempo über die Straße daher. Als Gegenstücke sind da die jungen Kerle mit 20 Jahren, die ihre Ersparnisse in einer neuen Puch 250iger investieren und die dann in vorgerückten Abendstunden nach reichlicher Konsumierung von Alkohol mit weiblicher Begleitung am Soziussitz die Straßen mit einer Rennbahn verwechseln und eine Stunde später im Operationsaal des Unfallspitales liegen. Dabei ist es ein Glück, wenn er nur die eigenen Knochen zerschlägt. (Heiterkeit.)

Es gibt keinen Zweifel, daß dieses Kapitel, diese Gruppe 6, ein Kapitel ist, welches sämtliche Kreise der Bevölkerung interessiert und der ganzen Steiermärkischen Landesregierung gebührt unser Dank, daß sie diese Gruppe heuer wirklich reichlich dotiert hat. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Wir Sozialisten haben den Wohn- und Siedlungsfonds ständig unterstützt. Wir haben auch diesmal im Finanzausschuß versucht, eine Erhöhung des Betrages für das Wohnbauförderungswesen einzusetzen, um den arbeitenden Menschen zu helfen und die Arbeitslosigkeit zu mildern. Wir müssen aber bemerken, daß es im Bausektor an Planung fehlt.

In den Sommermonaten werden viele Arbeiten begonnen, Straßen-, Wegbauten, Meliorationen, und hiefür Arbeitskräfte benötigt, die zum Teil vom Lande genommen werden und dadurch die Landflucht gefördert. Die Landarbeiter, die im Baugewerbe einströmen, benötigen eine gewisse Frist, um die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Sind sie im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung, dann kehren sie zur Landwirtschaft nicht mehr zurück und belasten den Arbeitsmarkt.

Wir begrüßen es daher, daß die Landesregierung unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes eine Bauplanung für das Land Steiermark einführt. Es wurde ein Landesauschuß errichtet, der den Auftrag hat, in den Bezirken Bezirksausschüsse zu bilden. Diese Bezirksausschüsse haben gemeinsam mit den Bürgermeistern der größeren Städte die Planung der Bauarbeiten im Bezirk zu besprechen. Die Landesregierung gab den Auftrag, daß die Bezirkshauptmannschaften verpflichtet werden, monatlich eine Sitzung abzuhalten. Zu diesen Sitzungen werden die Bürgermeister, die Arbeiterkammer und ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes geladen, um gemeinsam zu beraten, welche Arbeiten in den Sommermonaten und welche Arbeiten in den Wintermonaten durchgeführt werden können.

Wir bedauern es, daß die Weisung des Herrn Landeshauptmannes nicht restlos durchgeführt wird. Ein Großteil der Bezirkshauptmannschaften kümmert sich nicht um das Ersuchen des Herrn Landeshauptmannes und diese Sitzungen werden nur viertel- oder manchmal nur halbjährlich durchgeführt.

Wir haben im heurigen Winter und im heurigen Jahr gesehen, daß diese Planung Vorteile bringt. Es könnten heuer vom Landesbauamt die notwendigen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, dadurch würde auch rechtzeitig die Finanzierung ermöglicht.

Der Bund anerkannte die Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu mildern und unterstützte und förderte auch die Eingaben, die von Seite des Landes an den Bund weitergegeben wurden. Aber es genügt nicht nur die Planung durchzuführen, viel notwendiger wird es sein, rechtzeitig die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wäre notwendig, die Vorschläge der Gemeinde, des Landes, der verstaatlichten Betriebe zusammenzufassen, ihre Finanzierung zu beraten und auf Grund dieses Finanzierungsplanes die Arbeit zu verteilen.

Einzelne Baumeister beschwerten sich, daß das Land die Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt, daß die Bauabrechnungen ziemlich lange hinausgezögert werden und dadurch sehr oft Schwierigkeiten entstehen. (Landesrat **Horvatek**: „Die Baumeister werden sowieso monatlich bevorschusst.“) Ich wurde nur von Baumeistern informiert und die erklärten, daß die Bauabrechnungen sich verzögern. Ich bin gerne bereit, dies richtigzustellen und werde den Beschwerdeführern die Antwort geben.

Meine Damen und Herren, wenn es gelingt, die Planung und Finanzierung für Bauvorhaben durchzuführen, sind wir der Auffassung, daß sich die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, wenn nicht ganz vermeiden, so doch gewaltig mildern läßt. Außerdem bin ich der Meinung, daß durch eine gleichmäßige Aufteilung der Bauarbeiten für Sommer- und Wintermonate das Anströmen von Landarbeitern vermieden und dadurch die Landflucht verhindert werden kann. (Beifall, Bravorufe.)

Abg. **Dr. Speck**: Hohes Haus! Es haben einige der heutigen Redner, übrigens nicht nur bei diesem Punkt des Voranschlages, sondern überhaupt, so auch der Herr Bürgermeisterstellvertreter Dr. Amschl, über die Frage des Wohnungsbaues gesprochen und natürlich auch im Zusammenhang mit dem Abschnitt 62, also mit der wesentlichen Dotierung des Landes-Wohnbaufonds im Jahre 1952. Es ist vollkommen richtig, was von allen Seiten gesagt worden ist, daß der Wohnungsbau heute nicht nur eine soziale, sondern sogar eine moralische notwendige Angelegenheit ist, denn was die Wohnungsverhältnisse für die moralische Entwicklung der heutigen Jugend bedeuten, darauf brauche ich nicht näher einzugehen, außer darüber, daß die Woh-

nungsfrage das wirtschaftlich und sozial wichtigste Problem unseres öffentlichen Lebens ist, brauche ich hier nichts zu sagen. Wenn heute schon darauf verwiesen wurde, daß der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds als die stärkste Förderung des Wohnungsbaues in Österreich zwar im Jahre 1952 neue Mittel erhalten wird, aber doch nicht ausreicht mit seiner Leistung, so möchte ich das nicht nur hinsichtlich der Höhe der zur Verfügung gestellten Gelder bestätigen, sondern auch der Meinung Ausdruck geben, daß die Gesetzgebung noch weiter gehen muß als bisher und womöglich noch mehr Mittel schaffen muß. Es muß uns auch klar sein, daß die bisherige Praxis, wonach höchstens 50 % oder bei Privaten 40 % gegeben werden, nicht mehr ausreichend ist, denn jeder wird sich fragen, woher dann die anderen 50 oder 60 % nehmen. Nach dem neuen Gesetz, das für den Wohnungsbau 175 bis 180 Millionen Schilling vorsieht, errechnet man, daß daraus 3000 bis 3500 Wohnungen geschaffen werden, aber unter der Voraussetzung, daß 50 bis 60 % der eigentlichen Baukosten durch andere aufgebracht werden, u. zw. durch Private, durch Genossenschaften oder die Gemeinden. Bei den Genossenschaften ist es ja so, daß die Mittel, die sie selbst als angebliche Eigenmittel aufbringen, zum großen Teil ja auch Subventionen der öffentlichen Körperschaften darstellen. Die wirklichen Eigenmittel der Genossenschaften sind ja auch sehr gering, soferne man nicht bei Siedlungshäusern die selbst geleistete Arbeit dazu rechnet. Und man hat oft das ungute Gefühl, daß manches mehr oder weniger nur auf dem Papier steht. Die Prozentbemessung dieser Arbeiten in Bezug auf die Gesamtkosten scheint mir in den Plänen zu hoch angesetzt. Aber das wäre nur eine Teilfrage.

Ich möchte nachdrücklich sagen, daß die Art, wonach der Wohnungs- und Siedlungsfonds höchstens 50 % leistet, nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Herr Bürgermeisterstellvertreter Dr. Amschl hat schon darauf verwiesen, daß die Gemeinden nicht mehr das leisten können, was sie bisher für den Wohnungsbau, ebenso wie das Land ohne gesetzliche Verpflichtung, aber aus einer moralischen Verpflichtung heraus geleistet haben. Und warum? Weil sie mit ihren Mitteln am Ende sind! Wenn ich nur auf die Tatsachen der Stadtgemeinde Graz verweisen darf, so sind sie furchtbar genug. Wenn immer darauf verwiesen wird, daß die Verschuldung des Landes nur ungefähr 10 Millionen Schilling ausmacht, also einen lächerlich geringen Betrag im Verhältnis zu dem Voranschlag eines Jahres, so muß ich sagen, daß die Tilgungs- und Verzinsungsbeträge für die Schulden der Stadtgemeinde Graz pro Jahr mehr ausmachen, als die gesamte Verschuldung des Landes überhaupt, also ein Zeichen, wie kraß sich diese Dinge da entwickelt haben. Das sind alles Schulden, die die Stadtgemeinde Graz auf sich genommen hat für Bauzwecke, u. zw. nicht nur für Wohnungsbauten, sondern auch für Schulbauten und andere, aber im wesentlichen nur für produktive

Maßnahmen, wobei man allerdings bei Schulbauten im eigentlichen Sinne ja nicht von produktiv sprechen kann, wenn sie es auch im weiteren Sinne sind. So steht es also bei den Gemeinden. Ich glaube, daß man nicht nur bei der Bundesgesetzgebung darauf hinwirken muß, daß höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern daß auch die Praxis der Vergebung eine andere werden muß, nämlich daß ein höherer Prozentsatz der Baukosten, künftig mindestens Dreiviertel wird übernommen werden müssen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Das betrifft auch das Interesse des Landes im weiteren Sinn. Wenn wir die neuen Mittel, die im Jahre 1952 dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zufließen werden, ungefähr nach den Prozentsätzen, die auf die einzelnen Länder entfallen, berechnen, so würden auf die Steiermark etwa 18 Millionen Schilling kommen, immer unter der Voraussetzung, daß ein gleich hoher Betrag aus dem Lande selbst aufgebracht wird. Woher sollen aber diese anderen 18 Millionen Schilling aufgebracht werden? Dafür kommt auch der Landes-Wohnbaufonds nicht in Frage, denn der ist für andere Bauten bestimmt. Also wieder sind es entweder die Gemeinden oder die Privaten oder die Genossenschaften, die das aufbringen sollen. Und wenn ich rechne, daß von den 18 Millionen Schilling auf die Stadtgemeinde Graz 8 Millionen entfallen, so wird die Frage noch mehr zugespitzt, denn wer wird die anderen 8 Millionen Schilling aufbringen? Wenn wir andererseits diese 50 % nicht aufbringen, dann würde das bedeuten, daß diese 18 Millionen Schilling oder jedenfalls ein entsprechender Teil davon nicht in die Steiermark, bzw. nach Graz fließen würden, sondern in glücklichere Gegenden im Westen Österreichs, die reicher sind als wir und diese Eigenmittel aufbringen können. Es wäre dies also ein Schaden für ganz Steiermark. Das zu dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds mit seiner Rückwirkung auf das Land.

Hinsichtlich des Landeswohnbauaufonds hat Herr Bürgermeisterstellvertreter Dr. Amschl auch gesagt, daß auch die Gemeinden daran beteiligt sein wollen und daß die Stadtgemeinde Graz auch an die Türe der Steiermärkischen Landesregierung klopfen wird, um einen Anteil zu bekommen. Ich möchte nur unterstreichen, daß sie sogar sehr vernehmlich klopfen wird. Bisher sind im wesentlichen nur kleinere Bauten unterstützt worden, u. zw. in Graz waren es 71 Fälle, dies ist ungefähr ein Drittel; alles andere auswärts, ungefähr 150. Das, was ich für Graz sage, gilt für die anderen auch. Ein Darlehen bekommt nur derjenige, der Eigenmittel aufbringt, die auch durch eigene geleistete Arbeit ersetzt werden können. Bisher wurden also nur diejenigen Bauwerber aus dem Landes-Wohnbauförderungsfonds beteiligt, die überhaupt in der Lage waren, Eigenmittel aufzubringen; man hat aber gnädigst die Wohnungsversorgung der anderen, die dazu überhaupt nicht in der Lage sind, nach wie vor den Gemeinden überlassen; und das ist

auf die Dauer unhaltbar. Ich muß leider sagen, es gibt in unserem Volke viele, die dringend eine Wohnung suchen, die nicht 10.000 und 20.000 S aufbringen können, die nicht mitschuffen und selbst bauen können, nicht einen Grunderwerb nachweisen können, die natürlich im Innern der Städte mit Wohnung versorgt werden müßten.

Ich hatte am Städtetag in Wien anfangs Dezember ein Referat zu halten über Fragen der Baulandbeschaffung und Raumplanung überhaupt. Natürlich haben dort auch Fachleute gesprochen. Die waren der einmütigen und nicht mehr bestreitbaren Meinung, daß es eine falsche Zersplitterung sei, die Städte sich lediglich am Stadtrand sich ausbreiten zu lassen, sondern daß wir eine Konzentrierung der Verbauungszentren innerhalb des Gebietes der Stadt anstreben müssen; eine Raumplanung, die vom Lande in erster Linie gelenkt werden müsse. Die legislativen Fragen sind noch ungeklärt, die zu der geplanten Bauführung führen müßten. Die ungelenkte Planung führt dazu, daß gerade die Städte die ungeheuren Anschlußkosten, die heute mit dieser Bauweise verbunden sind, durch die Kanalisierung, die Zuleitung von Strom und Wasser, die Anlegung von Straßen, übernehmen müssen, die die allgemeinen Steuerlasten unnötigerweise erhöhen. Andererseits ist auch die Frage zu stellen, ob dieser Kleinsiedlungsbau auf die Dauer das Richtige ist. Vielfach sind diese Menschen unter kulturell sehr anfechtbaren Bedingungen zu leben gezwungen. Sie streben nach einem Eigenbesitz und nach einem Eigenheim; das mag moralische Werte haben; sie werden aber manchmal zu teuer erkaufte, nicht nur von der Allgemeinheit, sondern auch von dem einzelnen. Diese Fragen wären zu studieren und zu überlegen. Das ändert nicht so sehr die Fragen der Kosten, von denen wir sprechen wollen. Es ist eine richtige und vertretbare Forderung an unseren Landeswohnbaufonds, daß nicht bloß der einzelne Bauherr gefördert werden soll, wogegen nichts zu sagen ist, sondern daß auch ein entsprechender Teil für den Wohnbau der Gemeinden zur Verfügung zu stellen ist, die die Pflicht haben, Wohnungssuchende unterzubringen, die über Eigenmittel nicht verfügen. Ich habe das in Wien in den Satz gegliedert, daß selbstverständlich jede Art von Wohnungsbau gefördert werden muß, ob Privatwohnungen, Wohnungsbauten der Genossenschaften, Wohnungsbauten der Gemeinden, Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen. Sie alle sind zu fördern. Nicht nur für die Menschen, die 50.000 S aufbringen können, sondern auch für die Menschen, die nichts aus Eigenem aufbringen können, ist der öffentliche Fonds da. Das glaubte ich im Interesse der Sache und im Interesse der wirklich bedürftigen Wohnungssuchenden hier vorbringen zu müssen. (Lebhafte Beifall und Bravorufe.)

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag! Ich schließe mich hinsichtlich der oststeirischen Straßenwünsche vollkommen dem Herrn Abg. Hofmann an. So sehr wir sonst in manchem

verschiedener Meinung sind, hinsichtlich der Straßen sind wir einhelliger Meinung, daß selbstverständlich unsere bescheidenen Wünsche hier in den nächsten Jahren eine Erfüllung finden sollen und müssen. Ich möchte nicht versäumen, vor allem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udir für das in unserem Gebiete bisher Geleistete den besten Dank zu sagen. Auch hier stimme ich Abg. Hofmann zu, es ist tatsächlich in den letzten Jahren schon viel geschehen, es fehlt aber noch manches, wie die Ausführungen des Herrn Abg. Hegenbarth von dem Erlebnis mit einem Auto bewiesen haben. Aber, wie gesagt, um keinen falschen Eindruck zu erwecken, er muß ein besonders schlechtes Straßenstück erwischt haben.

Meine sehr Verehrten! Ich muß in diesem Zusammenhange aber auch auf zwei Flüsse aufmerksam machen. Der eine ist die Feistritz. Dieser Fluß ist in den letzten Jahren äußerst gefährlich geworden. Vielleicht haben wir in den letzten Jahrzehnten diesem oststeirischen Fluß zu wenig Augenmerk zuwenden können, es wird aber notwendig sein, die Uferverbauungen bei der Feistritz systematisch in Angriff zu nehmen, da die große Gefahr besteht, daß wirklich wertvoller landwirtschaftlicher Boden verlorengeht. Nicht minder wichtig ist die Lafnitz. Hier ist das Problem insofern schwierig, als diese ein Grenzfluß ist. Es müßte nach meiner Auffassung das Bestreben des Landes Steiermark und seiner Vertretung in der Bundesgesetzgebung sein, alles daranzusetzen, daß die Lafnitz als Bundesfluß übernommen wird, denn alle Baumaßnahmen an der Lafnitz werden immer vor allem deshalb, weil das eine Ufer in Steiermark und das andere vielfach im Burgenland ist, auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Ich bin der Auffassung, daß der Bund bei sachlicher Überprüfung dieser Angelegenheit sich der Übernahme dieses Flusses nicht auf die Dauer verschließen könnte.

Hoher Landtag! Die Leistungen des Landes im Bereiche des Hochbaues sind wirklich außerordentlich gewesen. Ich habe ja vor allem als zuständiger Referent der Abteilung 8 bei landwirtschaftlichen Schulen immer wieder Gelegenheit gehabt, diese Leistungen zu bewundern und voll anzuerkennen. Ich darf auch sagen, es versteht unser Landesbauamt, Schönheit und Zweckmäßigkeit beim Bau richtig zu vereinen und es ist eine falsche Auffassung, wenn man manchen Orts die Meinung hört, daß diese Schönheit und Zweckmäßigkeit des Bauens Luxus oder Verschwendung darstelle. Ich bin überzeugt, daß vielleicht weniger schönes und weniger sorgfältiges Planen mehr gekostet hätte und tatsächlich eine Verschwendung gewesen wäre. Nicht nur bei den Hochbauten, sondern auch bei den kleinen Zubauten, ich habe das unlängst wieder beim Zubau zum Krankenhaus Fürstenfeld feststellen können, wurde dieser Grundsatz eingehalten und diese Bautätigkeit des Landesbauamtes wird für lange Zeit ein Zeugnis bester Baukultur darstellen.

Ich möchte daher namens meines Referates den verantwortlichen Referenten, den leitenden Herren im Landesbauamt bis hinunter zum letzten Mann, meinen besten Dank und meine vollste Anerkennung zum Ausdruck bringen.

Hoher Landtag! Und nun zu der viel diskutierten Frage des Wohnbaufonds. Ich darf sagen, daß der Wohnbaufonds und alles, was mit der Wohnraumbeschaffung zusammenhängt, mir und der Österreichischen Volkspartei nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern auch eine Herzenssache ist und daß wir selbstverständlich bereit sind, jeden Weg zu gehen, der es ermöglicht, daß mehr Wohnraum geschaffen wird. Mein Referat hat bei den Vorbesprechungen zum Voranschlag 1952 den Bedarf mit 20 Millionen Schilling für die steirische Wohnbauförderung angemeldet. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Voranmeldung der verschiedenen Referate die Summen genannt werden, die man wirklich gerne hätte und die man brauchen würde. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß der Rotstift des Herrn Finanzreferenten den gegebenen finanziellen Möglichkeiten Rechnung tragen muß und daß er allzu große Summen streichen und einen anderen Betrag hinsetzen muß. Es sind auch bei diesem Kapitel 12 Millionen Schilling dem Rotstift zum Opfer gefallen. Es ist mir dann gelungen in der Regierungssitzung, die sich mit diesem Voranschlag beschäftigt hat, noch 1·7 Millionen Schilling dazu zu bekommen. Die Regierung hat diesen Antrag einstimmig genehmigt und in den Voranschlag aufgenommen. Ich begrüße es außerordentlich, daß dann bei den Verhandlungen im Finanzausschuß noch 300.000 S dazugegeben werden konnten. Ich begrüße es ebenso, daß alle Parteien in diesem Hause der Meinung sind, daß, wenn noch Mittel zur Verfügung stehen im Laufe des Jahres 1952, dieser Titel eine Verstärkung erfahren soll. Eines, Hohes Haus, kann ich Sie versichern, wir werden diese Mittel verbrauchen können. Ich darf aber in aller Bescheidenheit erinnern, daß die Anreger zu diesem Fonds wir gewesen sind. Und daß wir uns sehr gefreut haben, als es uns im Jahre 1949 gelang, erstmalig den Betrag von 1.000.000 S ins Budget hineinzubringen. (Landesrat Horvatek: „Aber wir sind mit dem Wohnhauswiederaufbau-Gesetz vorangegangen, wir können uns also in den Erfolg teilen.“) Ich weiß, ich habe hier vom Land eine Aufgabe übernommen, die nicht eine Pflichtaufgabe des Landes darstellt.

Und nun möchte ich Ihnen einen kurzen Bericht über den Wohnbauförderungsfonds seit seinem Bestehen geben. Im Voranschlag 1951 war, wie schon mehrmals erwähnt, als Beitrag des Landes von 1.200.000 S und ein einmaliger Zuschuß von 3.300.000 S vorgesehen. Es ist dann auf Grund eines Regierungssitzungs-Beschlusses vom 13. Februar 1951 aus Verstärkungsmitteln ein Betrag von 372.800 S dazugekommen. Am 12. Juni 1951 hat der Landtag den Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ermächtigen, den Wohnbauförderungsfonds nach Maßgabe ver-

fügbarer Mittel bis zu 2.000.000 S zu erhöhen bzw. zu verstärken. Bei der Finanzlage des Landes war es leider nicht möglich, diese 2.000.000 S zu geben, sondern der Wohnbauförderungsfonds konnte nur mit 1.000.000 S verstärkt werden. Schließlich sind im Jahre 1951 dem Fonds an Zinsen und Tilgungsraten für gewährte Fondsdarlehen 166.295 S zugeflossen. Es sind uns daher im Jahre 1951 insgesamt 6.539.000 S zur Verfügung gestanden. Aus diesen Mitteln hat die Landesregierung Fondsdarlehen bewilligt mit einem Zinsfuß von 3 % und einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren, im Betrage von 6.400.000 S. Nicht rückzahlbare Zuschüsse sind bewilligt worden im Betrage von 72.000 S. Also hat die Landesregierung wirklich nur in den dringendsten Fällen sogenannte Beihilfen oder Subventionen gewährt. Mit diesem Betrag von rund 6½ Millionen Schilling wurden insgesamt 333 Wohnungsbauten gefördert. In erster Linie sind Mehrfamilienhäuser, auch Kleinwohnungen und Eigentumswohnungen gefördert worden sowie Um- und Ausbauten bereits bestehender Gebäude.

Im Jahre 1950 konnten mit einem Betrag von 4.002.000 S 244 Wohnbauvorhaben gefördert werden, was einen durchschnittlichen Förderungsbeitrag von 16.000 S pro Bauvorhaben entspricht. Im heurigen Jahr ergibt sich, wenn man den aufgewendeten Betrag von 6½ Millionen Schilling den 333 geförderten Wohnungsbauten gegenüberstellt, ein Förderungsbeitrag von durchschnittlich 19.500 S, welche Erhöhung durch die Preissteigerungen des vergangenen Jahres begründet erscheint. Im Vergleich zu den bedeutenden Kostenerhöhungen, die gerade auf dem Bausektor eingetreten sind, kann diese Erhöhung als angemessen bezeichnet werden. Was die Frage der Bezahlung der aus gewährten Darlehen bisher fällig gewordenen Zinsen und Tilgungsraten betrifft, so ist zu sagen, daß sich diese bisher zufriedenstellend abgewickelt hat. Bei einer Fälligkeit von Zinsen- und Kapitalrückzahlungen von insgesamt 93.121 S besteht zur Zeit nur ein Rückstand im Betrage von 1186 S, der einen einzigen Schuldner betrifft. Ich darf feststellen, daß hier eine Zahlungsmoral herrscht, die geradezu als vorbildlich bezeichnet werden muß. Bei der Hinzurechnung der in den Jahren 1949 bis 1950 geförderten Bauten ergibt sich, daß aus dem Wohnbauförderungsfonds des Landes bisher mit einem Gesamtbetrag von 11.414.000 S 650 Bauvorhaben gefördert wurden. Was die Verteilung der Fondshilfen auf die steirischen Bezirke betrifft, so steht, wie im Vorjahr, das Gebiet der Stadt Graz mit rund 70 bewilligten Fällen an der Spitze. Als nächster Bezirk folgt Liezen mit 44 Fällen, dann Graz-Umgebung mit 33, Weiz mit 24 Fällen. Also, bis auf Graz entspricht diese Verteilung auch ungefähr der Bezirksgröße und der Dichte der Bevölkerung. Eine Untersuchung der Frage, zu welchen Berufsgruppen die Personen, denen eine Fondshilfe gewährt wurde, gehören, ergibt folgendes Bild: Arbeiter 38,2 %, öffentliche Angestellte 29,5 %,

Privatangestellte 10,2 %, freie Berufe (ausgenommen Landwirte) 17,2 %, Landwirte 1,3 ¼, Rentner und Pensionisten 3,6 %.

Die Landesregierung war angesichts der außerordentlichen Zahl der Bewerbungen um eine Fondshilfe im Juni 1951 genötigt, die Entgegennahme weiterer Anträge zu sperren. Hievon waren nur Ansuchen von Schwerekriegsbeschädigten und politisch Verfolgten ausgenommen. Obwohl im abgelaufenen Jahre 330 Anträge einer Bewilligung zugeführt werden konnten, sind noch über 200 Anträge unerledigt geblieben und müssen im nächsten Jahr berücksichtigt werden. Die Landesregierung wird in der nächsten Sitzung beschließen, die Sperre ab 1. Jänner 1952 bis auf weiteres aufzuheben, um neuen Bewerbern Gelegenheit zur Stellung eines Ansuchens zu geben. Beim sehr starken Interesse muß damit gerechnet werden, daß in kurzer Zeit Hunderte von neuen Anträgen vorliegen werden.

Hoher Landtag ! Ich muß von dieser Stelle aus besonders die Bitte an den Kriegsopferverband richten, auch in Hinkunft wieder mitzuwirken, wenn es gilt, Invaliden, die sich ein Eigenheim schaffen wollen, entsprechende Beiträge aus Mitteln der Kriegsopferversorge zu geben.

Darf ich zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Dr. Speck noch folgendes sagen: Es ist richtig, daß aus diesem Wohnbauförderungsfonds verhältnismäßig wenig geschenkt wird, ganz wenig, denn es sind bis auf 72.000 S alles Darlehen, die im Durchschnitte mit 3 % zu verzinsen sind. Ebenso richtig ist es, daß wir bei 70 % ein Eigenkapital des Gesuchstellers voraussetzen und verlangen müssen. Ich gebe gerne zu und ich persönlich würde es am liebsten tun, weil ich weiß, daß das oft sehr sozial bedürftige Fälle sind, wenn ich jedem sagen könnte: „Du brauchst nur 10 % und wir können die 90 % dazugeben. Wenn wir diesen Weg gehen, dann werden wir mit diesen rund 10 Millionen Schilling vielleicht 120 bis 130 Wohnungseinheiten im Jahre 1952 schaffen können. (Abg. Dr. Speck: „Ich habe vom Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds gesprochen.“) Wenn wir auf dem bisher beschrittenen Wege weitergehen, so wird es möglich sein, nach meiner Schätzung mindestens 500 Familien auch im nächsten Jahre wieder zu einer Wohnung, ja mehr, zu einem Eigenheim zu verhelfen. Wir bilden uns nicht ein — und das wäre ein großer Irrtum —, daß bei der Eigenheimbeschaffung es nicht Voraussetzung ist, daß der Bauwerber, die Baufamilie nicht ungeheure Opfer auf sich nehmen muß. Ich muß das noch einmal betonen, ungeheuer große Opfer und Frau Landesrat Matzner hat mit Recht einmal gesagt: „Manche Ihrer Fälle landen bei mir in der Fürsorge“, weil sich die Leute selbst bei dem dringendsten Bedarf des täglichen Lebens so einschränken, damit sie zu diesem Hause oder Häuschen kommen können. Hoher Landtag ! Ich werde es sehr begrüßen, wenn es im abgelaufenen Jahre möglich ist, zu diesen rund 10 ½ Millionen Schilling noch einen wesentlichen Beitrag dazu zu bekommen.

Darf ich auch ein Wort über den Bundes-Wohnbaufonds sagen ? Ich bedaure nur, daß wir auch bei Vergebung dieser Bundesmittel nicht den entsprechenden Einfluß haben. Ich bedaure das deshalb, weil auch die neue Wohnbausteuer nur von der Zentrale aus vergeben wird. Ich bin überzeugt, wenn das Land und die Landesstellen hier entsprechend mitwirken könnten, würden diese Mittel vielleicht für die Steiermark reichlicher fließen und auch vielleicht besser eingesetzt und angewendet werden. Ich glaube, es müßte eine Forderung nicht nur des Steiermärkischen Landtages, sondern überhaupt der österreichischen Bundesländer sein, daß wir hier an diesem Fonds nicht nur entsprechend mitpartizipieren, sondern auch auf die Verteilung einen entsprechenden Einfluß haben. Ansonst wird der Föderalismus der Länder auf diesem politisch und wirtschaftlich so wichtigen Gebiet ad absurdum geführt.

Hoher Landtag ! Ich hoffe also, daß es uns gelingt, auch im nächsten Jahre Hunderte von berechtigten Wünschen zu erfüllen. Ich und meine Abteilung, sowohl die juristische als auch die technische Seite, werden bemüht sein, unser Bestes zu tun, damit wieder Hunderte von steirischen Familien ein Heim bekommen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Berichterstatter Abg. Stöffler: Hoher Landtag ! Es bleibt mir nur noch, an die Straßenbenützer vor allem in der Oststeiermark zu appellieren: „Schont unsere Straßen und helft dem Lande sparen !“ und zu bitten, den weiteren Ausbau entsprechend zu forcieren. Im übrigen habe ich schon meine Anträge im Namen des Finanzausschusses gestellt, um deren Annahme ich bitte.

Präsident: Ich bitte die Abgeordneten, die den Anträgen des Berichterstatters zur Gruppe 6 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Anträge der Gruppe 6 sind angenommen.

Wir kommen zu

Gruppe 7: Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Hier liegt ein Minderheitsantrag und ein Zusatzantrag vor. Ich werde so vorgehen, daß nach dem Berichterstatter der Abg. Taurer den Minderheitsantrag und den Zusatzantrag begründen wird, in der Abstimmung so, daß über den Minderheitsantrag zuerst abgestimmt wird, dann über die Gruppe 7 und dann über den Zusatzantrag. Ich frage die Abgeordneten, ob sie damit einverstanden sind? (Nach einer Pause.) Da die Abgeordneten mit meinem Vorschlag einverstanden sind, werde ich also so vorgehen.

Ich erteile zur Gruppe Herrn Abg. Ertl das Wort zur Berichterstattung.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hohes Haus ! Die Gruppe 7 beinhaltet die wichtigen Abschnitte Feuerwehrwesen, Förderung der Landwirtschaft

und Förderung des Fremdenverkehrs. Ich darf einleitend einige Worte zur Förderung der Forst- und Landwirtschaft anführen. Im Zuge der Behandlung dieses Punktes im Finanzausschuß und auch gestern hier im Hohen Hause kam eindeutig zum Ausdruck, daß die Landwirtschaft heute berufen ist, den schwersten Existenzkampf zu führen, bedingt durch unzulängliche, gesetzlich festgelegte Preise für die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Produktion und weiter bedingt durch den katastrophalen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Außerdem ist die Landwirtschaft genötigt, ihre Bedarfsartikel zur Wirtschaftsführung, also sowohl gewerbliche als industrielle Erzeugnisse, zu Preisen zu kaufen, die mit ihren Gestehungskosten nicht in Einklang zu bringen sind. Diese Verhältnisse bedingen einen Produktionsrückgang in der Landwirtschaft, der sich zum Teil da und dort schon empfindlich bemerkbar macht.

Besorgniserregend ist noch der Umstand, daß die Nachbarstaaten, die uns vor dem Kriege ausreichend mit Lebensmitteln versorgt haben, heute infolge ihrer gewaltsamen inneren Umstellung nicht mehr in der Lage sind, uns mit Lebensmitteln zu beliefern. Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, daß es eine Tatsache ist und bleibt, daß das Fundament eines geordneten Staates eine lebens- und produktionsfähige Landwirtschaft ist. Von diesem Grundsatz ausgehend, darf ich bitten, daß das Hohe Haus die festgelegten Ansätze zur Förderung der Landwirtschaft entsprechend zur Kenntnis nimmt und beschließt. Ich darf noch meiner Freude Ausdruck geben, daß in der Behandlung der landwirtschaftlichen Belange im Finanzausschuß bereits auch nichtlandwirtschaftliche Gruppen ihr Verständnis für diese Belange bewiesen haben.

Im Budget scheinen auf in der Gruppe 7 Gesamteinnahmen von 2,639.400 S, Gesamtausgaben von 33,991.100 S. Ich darf das Hohe Haus versichern, daß auch dieses Kapitel bereits von der Landesregierung und anschließend im Finanzausschuß eingehend und verantwortungsbewußt behandelt wurde und bitte, die festgesetzten Ansätze zu beschließen.

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Taurer zur Begründung des Antrages der sozialistischen Fraktion.

Abg. Taurer: Meine Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion bedauert es außerordentlich, daß die Frage der Einführung einer Landmaschinenhilfe nach dem Muster der Kärntner Landesregierung in den Ausschuß-Verhandlungen schon in der Vordebatte verpolitisiert wurde. Wir verstehen die ablehnende Einstellung der Österreichischen Volkspartei zur Verstaatlichungsidee, denn sie vertritt vor allem die besitzenden Schichten und daraus erfließt ihre Weltanschauung auf nationalökonomischem Gebiet. (Zwischenruf Abg. W e g a r t : „Es ist ja kein Verbrechen, Eigentum zu haben!“) Wer

redet von einem Verbrechen? Sie müssen sich gedulden, bis ich ausgesprochen habe. Allerdings sind wir der Auffassung, daß eine echte Sozialisierung der großen Schwerindustrie und des Kreditwesens die beste Förderung für die Zukunft der Nationalökonomie darstellt. Aber diese Frage der Landmaschinenhilfe in einen Zusammenhang mit Verstaatlichung und Sozialisierung zu bringen, das heißt die Argumente an den Haaren herbeiziehen.

Darf ich nun die Frage auf das rein Sachliche zurückführen und Ihnen einmal sagen, worum es sich handelt. Wir haben zwei Formen der Förderung der Technisierung durch das Land in Steiermark und in Kärnten. In Steiermark gibt man die Beträge über die Landwirtschaftskammer an private Genossenschaften und Einzelpersonen. In Kärnten hat der Kärntner Landtag durch ein Gesetz eine Landmaschinenhilfe durch das Land selbst eingerichtet. Diese Landmaschinenhilfe sieht so aus: Es besteht ein Kuratorium aus Politikern, nach dem Proporz zusammengesetzt, es gibt eine Geschäftsführung, die aus vier Personen besteht, nämlich aus einem Geschäftsführer und drei Schreibräften. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Der sogenannte Heuwender-Regierungsrat.“) Und für jeden Maschinenhof, der den Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, wird ein Maschinengehilfe beigelegt. Die ganze Einrichtung — wir könnten das durch Lokalausweis überprüfen — ist so unbürokratisch wie nur möglich und bestimmt unbürokratischer als das derzeit auch durch Genossenschaften geschehen kann und beruht auf einer absoluten Freizügigkeit derjenigen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen. Es gibt heute rund 25 derartige Maschinenhöfe, die auf ein Gebiet von je rund 100 ha berechnet sind. Die Gemeinden stellen die Unterkunft bei und die Landmaschinen werden mit den Maschinengehilfen jenem Bauern zur Verfügung gestellt, der sie in Anspruch nehmen will. Es hat bei der Einführung dieser Landmaschinenhilfe — das können wir ganz offen feststellen — natürlich auch Kinderkrankheiten gegeben. Es mußte zuerst experimentiert werden, aber heute hat sich diese Form der Maschinengehilfe allgemein durchgesetzt und wird in Kärnten von allen Parteien — das stelle ich ausdrücklich fest — als die zweckmäßigste Form der Förderung der Technisierung angesehen. Diese Frage zu verpolitisieren, heißt, den Dingen nicht ins Auge zu sehen, die Wahrheit einfach nicht sehen zu wollen. Denn, wenn prinzipiell etwas gegen diese Landmaschinenhilfe einzuwenden wäre, dann könnte man doch nicht annehmen, daß in einem Land wie Kärnten, in dem die ÖVP und der VdU zusammen die Mehrheit haben, jedes Jahr neue Beträge für diese Form der Landmaschinenhilfe eingesetzt werden, jedes Jahr diese Hilfe ausgeweitet wird.

Bedenken bestanden in Kärnten auch zur Zeit der Einführung der Landmaschinenhilfe, aber dann hat man sich überzeugt, daß das eben ein Fehler ist, immer, wenn von irgend einer Zen-

trahilfe die Rede ist, immer wie ein rotes Tuch die Verstaatlichung und die Sozialisierung vor sich zu sehen. Ich glaube, daß diese Frage im Interesse der tatsächlichen Förderung unserer Landwirtschaft liegt, die wir daher nicht verpolitisieren sollen. Wir haben alle Möglichkeiten auszuschöpfen, für die Förderung unserer Landwirtschaft das Beste zu tun und ich sage ganz ehrlich hier, daß wir auch ein politisches Interesse haben, hier vorzusorgen, daß Subventionen des Landes so verwendet werden, daß sie auch tatsächlich vom Land überprüft werden können. Die Subventionierung, die Abgabe der Beträge à fonds perdu an Genossenschaften und Private schließt die Möglichkeit nicht aus, daß hier parteipolitische Treueprämien gegeben werden. Die Form, wie diese Subventionierung von der Kärntner Landesregierung erteilt wird, schließt Treueprämien einzelner politischer Gruppen absolut aus, sie ist demokratisch und unbürokratisch, sie ist die Form, mit der man am zweckmäßigsten die Technisierung fördern kann. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Eine völlig verbürokratisierte Angelegenheit!“) Wir haben den Wunsch, meine Damen und Herren, daß Sie diese Frage, wenn Sie sich entschließen sollten, unseren Antrag abzulehnen, trotzdem studieren. Ich habe es außerordentlich bedauert, bei den Vorverhandlungen im Finanzausschuß feststellen zu müssen, daß die führenden Landwirtschaftsvertreter der ÖVP gegen etwas Stellung nehmen, was sie selbst noch gar nicht gesehen haben. Keiner dieser Funktionäre hat es der Mühe wert gefunden, an Ort und Stelle und in Zusammenarbeit mit den Bauernfunktionären der ÖVP in einem Ort in Kärnten diese Frage zu studieren. Wäre dies geschehen, würde sich die ÖVP heute nicht gegen den Antrag in dieser Form stellen. (Landesrat Dr. Illig: „Irren ist menschlich!“) Wir werden also, wenn Sie heute diesen Antrag ablehnen sollten, immer wieder kommen und wir sind davon überzeugt, daß Sie die steirischen Bauern zwingen werden, hier das Gleiche zu tun, was Kärnten schon getan hat. (Landesrat Dr. Illig: „Wir fürchten das trojanische Pferd.“)

Nun noch ein paar Worte zum Zusatzantrag, der die Ausschreibung der Wahlen in die Landarbeiterkammer betrifft. Die Landarbeiterkammer ist in ihrer Führung durch Parteiverhandlungen zusammengesetzt. Es erscheint an der Zeit, diese Zusammensetzung durch Vornahme einer Wahl durch die Wahlberechtigten überprüfen zu lassen. Deshalb — und ich glaube, hier wird es keinen Streit geben, hier wird es Übereinstimmung geben, stellen wir den Antrag: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, binnen kürzester Frist Wahlen für die Landarbeiterkammer auszuschreiben.“ (Beifall, Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Ich habe gestern in meinen Ausführungen in der Generaldebatte von der Bedeutung der Produktionsförderung in der Landwirtschaft vom gesamtvolkischen

Standpunkt gesprochen und angekündigt, daß ich im Rahmen der Spezialdebatte darüber berichten werde, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiete tatsächlich geschehen ist. Ich habe ausgeführt, daß kaum einmal zuvor so viel an eigenen Leistungen in der Landwirtschaft erbracht wurde und Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion geschaffen wurden, als es im letzten Jahr der Fall war. Die Aufgabe der Landeskulturförderung ist Aufgabe des Landes. Die Landwirtschaftskammer wurde 1946 mit der Durchführung verschiedener Maßnahmen in diesem Zusammenhang betraut und verwendet in diesem Auftrage auch Mittel des Landes, des Bundes und in diesem Jahre auch ERP-Hilfe des amerikanischen Volkes. Der Landtag hat das Recht darauf, zu erfahren, was mit diesen Geldern im besonderen gemacht wird.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen haben wir den Ausbau der Düngerstätten und Stallverbesserungen erblickt, weil in der Erhaltung des bereits vorhandenen Nährstoffes in der Landwirtschaft der Schließung des Nährstoffkreislaufes großes Augenmerk zugewendet werden muß. Es ist unvertretbar, wenn, wie das heute leider Gottes in der überwiegenden Zahl der Bauernhöfe der Fall ist, die wertvolle Jauche wegrinnt und dann der gleiche Bauernhof zu Devisen aus dem Auslande Kunstdünger einführen muß. Deshalb ist diese Aktion als eine der wichtigsten zu betrachten und ich kann berichten, daß im Verlaufe von 2½ Jahren von 8000 Bauernhöfen der Steiermark 3430 Düngerstätten mit einer Stapelfläche von über 100.000 m² und einem Grubenfassungsraum von über 100.000 m³, ferner 4130 Stallverbesserungen oder Stallneubauten sowie 1120 Silos mit über 16.000 m³ erbaut wurden. Der Gesamtkostenaufwand beträgt ungefähr 100.000.000 S, an Beihilfen wurden ausbezahlt rund 13.000.000 S und an ERP-Darlehen rund 6.000.000 S.

Ich komme in diesem Zusammenhang auf eine zweite Maßnahme zu sprechen, die in der Mechanisierung der Landwirtschaft liegt, und zwar will ich mich vorerst nicht mit der Frage der von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Maschinenhilfe in Form von Maschinenhöfen beschäftigen, darauf werde ich später zurückkommen. Im Rahmen der Maschinenhilfeaktion wurden rund 4000 Betriebe in den letzten 2½ Jahren mit Landes-, Bundes- oder ERP-Mitteln mit Maschinen aller Art im Gesamtkostenaufwand von 25.000.000 S versorgt. An Beihilfen wurden rund 6.000.000 S, an Darlehen rund 2-7 Millionen Schilling gewährt. Wir haben außerdem 32 Maschinengenossenschaften in Steiermark gegründet, die mit einem Maschinenpark ausgestattet wurden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 4½ Millionen Schilling, wovon 2-1 Millionen Schilling für Beihilfen und ERP-Darlehen gegeben wurden.

Wir haben weiter als dritte Aktion im Rahmen der Landwirtschaftskammer, um die Dienstboten am Lande zu erhalten, um der Landflucht zu begegnen, den Landarbeiterwohnungsbau gefördert. In den Jahren 1950 und 1951 konnten

wir über 1000 Beihilfeansuchen mit einem Gesamtkostenaufwand von rund 14.000.000 S und mit einer Beihilfensumme von 2.500.000 S aufrecht erledigen. Außerdem wurden für 330 Darlehensansuchen bei einem Gesamtkostenaufwand von 9.000.000 S an ERP-Darlehen 3.000.000 S gewährt. Insgesamt wurden im Landarbeiterwohnungsbau 2500 Wohnräume und für 3650 landwirtschaftliche Arbeitskräfte bessere Wohnungsverhältnisse in der Landwirtschaft geschaffen. Allein mit diesen drei wichtigsten Aktionen für Einzelbetriebe wurden also zusammen lang- und mittelfristige Investitionen von der steirischen Bauernschaft mit einem Gesamtkostenaufwand von 150.000.000 S getätigt und über die Kammer an Beihilfen und Darlehen ein Betrag von rund 35.000.000 S vermittelt. Es ist uns schon der Vorwurf begegnet, daß diese Hilfsmaßnahmen und diese Bautätigkeit sich vor allem auf die Großbauern und Gutsbetriebe beziehe. Ich darf wohl sagen, daß wir die Ansuchen in der Landwirtschaftskammer immer nach ihrer Bedürftigkeit überprüfen, die Fälle sind sehr zahlreich, wobei wir bei größeren Betrieben Beihilfen für Wohnungsbauten und verschiedene Maßnahmen deshalb ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß diese aus diesen oder jenen Gründen die Mittel selbst aufbringen können. Diese Hilfen, die ich vorher angeführt habe, sind rund 14.000 Betrieben in der Steiermark zugutegekommen, wobei die Kredite und die Beihilfen insgesamt von der gesamten Baukostensumme im Durchschnitte 25 bis 30 % betragen. Wir haben eine durchschnittliche Beihilfe einschließlich der ERP-Darlehen pro Betrieb in diesen drei wichtigen Maßnahmen von 2500 S zugewiesen. Damit ist wohl der Beweis erbracht, daß wir hier diese Zuschüsse und Hilfsmaßnahmen auf die mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe unseres Landes abgestellt haben.

Eine Anzahl weiterer Aktionen, die erst heuer oder im Herbst des vergangenen Jahres ange laufen sind, betreffen die unmittelbare Steigerung der Produktion und wir hoffen, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung der Welt politik dieser Frage auch von den österreichischen Stellen besonderes Augenmerk geschenkt wird. Da haben wir die Kalkaktion 1950. In dieser Aktion wurden 5000 t verbilligter Dünger, Kalksteinmehl oder Mischkalk mit einem Zuschußbetrag von rund 400.000 S abgegeben. Die Aktion verlief so lebhaft, daß für rund 3000 t Anmeldungen keine Berücksichtigung gefunden werden konnte. Für die Kalkaktion 1951, die jetzt gerade läuft, wurden rund 10.000 t Kalkstein und Mischkalk bestellt mit einem erforderlichen Zuschußbedarf von rund 1.000.000 S.

Die Stickstoff-Verbilligungsaktion im Frühjahr 1951: Daran haben sich über 20.000 Betriebe in der Steiermark beteiligt, also mehr als ein Viertel der gesamten Bauernschaft mit einem Verbrauch von rund 6000 t Stickstoffdünger. Das entspricht dem Gesamt-Jahresverbrauch 1950. Der erforderliche Zuschußbetrag beträgt 1.250.000 S.

Die Stickstoff-Verbilligungsaktion im Herbst dieses Jahres hat bis jetzt eine geringe Beteiligung aufzuweisen. Das ist wohl darauf zurückzuführen, weil ja Stickstoffdünger leicht löslich ist und daher vor allem im Frühjahr gebraucht wird und nicht im Herbst.

Eine weitere Aktion, die wir durchführten, um die Produktion in der Landwirtschaft zu steigern, liegt in der Beschaffung besseren Saatgutes. Im heurigen Jahr wurde eine Futterbauaktion durchgeführt, bei der sich über 3000 Betriebe beteiligt haben. Der Zuschuß beträgt 500.000 S. Im Frühjahr wurde eine Saatgutaktion für verhagelte Gemeinden durchgeführt mit einem Kostenaufwand von 125.000 S. Mit ERP-Mitteln wurde auch eine Herbst-Saatgut-Aktion durchgeführt, in der über 1000 t Wintersaatgetreide mit einem Zuschuß von 825.000 S verteilt wurden.

Unter Einbeziehung der verschiedenen Kultivierungsaktionen wurde in diesem Jahr ein Betrag von 5 Millionen Schilling für die direkte Pflanzenbauförderung ausgegeben. Die Gesamtinvestitionssumme, die sich auf zirka 25.000 beteiligte Betriebe verteilt, war schätzungsweise 30 Millionen Schilling.

Ich möchte auch auf die TBC-Bekämpfungsaktion zu sprechen kommen. Dem Hohen Landtag ist es bekannt, daß die steirische Landwirtschaft eine Bekämpfung dieser schlimmsten aller Seuchen durchführt, die besonders deshalb so verheerend wirkt, weil nicht nur die Rinderbestände davon ergriffen werden, sondern weil eine unmittelbare Übertragung dieser Seuche durch ungekochte Milch auch auf den Menschen möglich ist. Wir haben deshalb im Rahmen der ERP-Aktion und unter Zuhilfenahme von Bundes- und Landesmitteln bisher in 3554 Betrieben mit einem Rinderbestand von 58.000 Rindern bereits 45.000 Rinder einer Impfung unterzogen und es war für uns sehr interessant, festzustellen, wie die Ergebnisse waren. Wir sind vollständig ohne genaue Information an diese Aktion herangegangen. Die Schätzungen, welcher Prozentsatz der steirischen Rinder von TBC befallen ist, waren ganz verschieden. Wir haben schätzungsweise aus anderen Ländern Zahlen von 25, 30 und mehr Prozent gehört, die bei der TBC-Bekämpfungsaktion gewöhnlich positiv reagieren. Es war für die Steiermark sicherlich sehr erfreulich, daß wir heute feststellen können, daß die Impfung von 45.000 Rindern einen Befall von 20,6% TBC ergibt, der also tiefer liegt, als dies in den verschiedenen anderen Ländern der Fall war. Es wurden in diesem Zusammenhang 217 Tiere an Reagentenbetriebe und 1789 Tiere zur unmittelbaren Schlachtung abgegeben. Es ist den Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt, daß öffentliche Mittel verwendet werden, um damit die Impfkosten zu bezahlen und daß Betriebe, für die es eine schwere Belastung bedeuten würde, wenn sie einige Tiere aus ihrem Viehbestand zur Schlachtung bringen müßten, einen Zuschuß

bekommen, um sich die Tiere wieder nachschaffen zu können.

Ich möchte erwähnen, daß wir von der Kammer aus im letzten Jahr vor allem den Ausbau der Molkereiwirtschaft gefördert haben. Es sind eine Reihe von Molkereien ausgebaut oder neugebaut worden, die für die Zukunft die Gewähr bieten, daß wir unsere Konsumentenschaft mit den entsprechenden Milch- und Molkereiprodukten versorgen können.

Ganz besonders erwähnen möchte ich, daß es durch die Bewilligung des vorigen Budgets durch den Landtag möglich war, zwei Voraussetzungen auch für die Entwicklung der steirischen Tierzucht für die Zukunft dadurch zu schaffen, daß wir im Laufe des Jahres zwei Auktionshallen für die Tierzüchter, eine in Leoben und eine in der Oststeiermark, fertiggestellt haben. Es war uns dies nur dadurch möglich, daß der Steiermärkische Landtag entsprechendes Verständnis für die Notwendigkeit dieser Einrichtungen aufgebracht hat, weil es uns gerade über sie möglich sein wird, zukünftig auch Aufkäufer aus dem Ausland für die Produkte unserer Tierzucht nach Steiermark zu bringen.

Wir haben auch im Laufe dieses Jahres eine große Aktion für den Obstbau gestartet. Sie haben sicher schon öfter von den großen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet gehört durch den Befall der Obstbäume durch verschiedene Schädlinge. Aber auch die Erzeugung von Qualitätsware, von hochwertigem Tafelobst, schließt die Notwendigkeit in sich, diese Schädlinge zu bekämpfen, wenn wir in der Zukunft eine entsprechende Einnahmequelle aus dem Obstbau unserer Bauernschaft erhalten wollen. Wir haben deswegen den Weg beschritten, den andere Länder schon beschritten haben, wir haben 10 genossenschaftliche Obstlagerhäuser in Steiermark errichtet, wo sich in der Zukunft der Bauer von der notwendigen Sortierung und Lagerung wird überzeugen können und wir sind überzeugt, daß diese Einrichtungen sehr zum Segen des steirischen Obstbaues beitragen wird. Es wurde insgesamt für den Bau dieser 10 Obstlagerhäuser ein Betrag von rund 11.000.000 S verwendet, wofür Darlehen im Ausmaße von 6.000.000 S gewährt worden sind. Alles übrige wurde aus Eigenmitteln der örtlichen Genossenschaften aufgebracht. Für die Schädlingsbekämpfung im Obst- und Pflanzenbau wurde 1.000.000 S aufgewendet und davon 370 Beihilfeansuchen für Spritzgeräte im Laufe des Jahres aufrecht erledigt.

In den beiden letzten Jahren haben wir in Steiermark auch mit der künstlichen Besamung begonnen und damit wesentliche Fortschritte erzielt. Es war uns schon bekannt, daß in verschiedenen Ländern des Auslandes auf diesem Gebiet mit viel Erfolg gearbeitet wird. Die Ausbreitung tierzuchthemmender Seuchen in der Steiermark, die früher immer wieder einen großen Ausfall in der Milchleistung herbeiführten, wurde dadurch weitgehend verhindert. Es war daher unser erstes Ziel, diese Seuchen

zu bekämpfen, wozu die künstliche Besamung in erster Linie beiträgt. Wir haben in Tieberhof in Gleisdorf eine Station errichtet, wo heute 12 Stiere stehen, in Strettweg bei Judenburg stehen 25 Stiere und es ist jetzt eine Station in Klachau für das Ennstal im Ausbau begriffen. Es ist für den Landtag sicher interessant, zu wissen, daß wir mit kammereigenen Kräften im Laufe dieses Jahres bis zum Oktober über 13.000 Besamungen durchgeführt haben, d. s. bereits bis zu diesem Zeitpunkt um 6000 mehr als im Vorjahr. Die Kammer hat sehr viele Turnusse eingerichtet, die den Samen von den Stationen mit kammereigenen Autos hinausbringen an vorher bestimmte Stellen, wo die betreffenden Tiere zusammengetrieben werden. Wir haben an 80 Tierärzte aus diesen Besamungsstationen 17.000 cm³ Samen ausgegeben, denn neben diesen Turnussen, die von uns befahren werden, führen auch die örtlichen Tierärzte die künstliche Besamung durch. Wir können feststellen, daß diese Art der Seuchenbekämpfung stark im Ausbau begriffen ist. Es wird für die steirische Tierzucht bestimmt vorteilhaft sein, daß wir in diesen Stationen weit bessere Stiere halten können, als dies der einzelne Bauer könnte, es können dort die Erbanlagen der einzelnen Tiere genau überprüft werden und in der Zukunft wird dadurch wertvolleres Tiermaterial nachgezüchtet, als dies durch die natürliche Besamung je möglich wäre.

Auf dem Gebiete der Forstwirtschaft wurden im laufenden Jahr auch namhafte Förderungsmaßnahmen durchgeführt. Für die Aufforstungsaktion im Kriegsschadensgebiet, vor allem aber über den Bund steirischer Landjugend wurden über 2 Millionen Pflanzen mit einem Zuschußantrag von 800.000 S verbilligt abgegeben. Die Samen-Zapfenaktion brachte mit Hilfe des Bundes steirischer Landjugend ein Sammelergebnis von mehr als 30 Waggons, also eine ganz namhafte Menge eigenen Samens.

Führend ist die Steiermark vor allem im forstlichen Bringungswesen. 210 km autobefahrbare Waldwege wurden von kammereigenen Kräften projektiert und 160 km Forstwege von der Kammer erbaut. 85 % hiervon entfallen auf den bäuerlichen Kleinwaldbesitz. Die Gesamtkosten dieser Wege betragen rund 10.000.000 S und an Beihilfen wurden 4½ bis 5 Millionen Schilling beim Bau dieser Wege verwendet.

Die Kammer hat schließlich auch Maschinenreparaturhöfe für die kammereigenen Wagen und Maschinen aufgebaut, die sich vorteilhaft in dieser Hinsicht auswirken. Eine rege Tätigkeit entfaltet die Kammer auf dem Gebiete der Bildung und Aufklärung. Seit Anlaufen der Marshallhilfe wurden 151 Kammerfachkurse mit einer Besucherzahl von über 7000 Bauernburschen und Jungbauern abgehalten. Ab heuer führen wir auch sogenannte Aufbaukurse durch, die nur von Kammerfachkursteilnehmern besucht werden können. Wir haben 39 solcher Aufbaukurse, die von 2000 Teilnehmern besucht wurden, abgehalten. Die Kammer hat 127 Fort-

bildungsschulkurse mit ungefähr 2000 Teilnehmern mit entsprechendem Fachunterricht beendet. Die Fachbuchaktion der Kammer hat bis zum heutigen Tage rund 28.000 Bände verbilligt abgegeben.

Der Bund steirischer Landjugend hat 283 Ortsgruppen mit 9000 Mitgliedern, die im heurigen Jahr über 20.000 Einzelaufgaben und 318 Gruppenaufgaben zur Durchführung brachten. Für die Funktionäre des Bundes fanden bisher acht einwöchige Kurse mit 535 Teilnehmern statt. An den Landeswettbewerben haben sich bisher über 800 Mitglieder im Holzschlägern, Leistungsmelken und Preisaufforsten beteiligt. An den Bezirkswettbewerben auf dem Gebiete der Tierbeurteilung, der Gräserkunde, des Pflanzen-, Obst- und Weinbaues, der Hauswirtschaft und der Waldwirtschaft haben sich bei 2000 Mitglieder beteiligt. Über 100 Lehrfahrten wurden für Mitglieder des Bundes der Landjugend absolviert. Ebenso wurden 62 Hauswirtschaftskurse, die von 700 Teilnehmern besucht wurden, abgehalten. Schließlich möchte ich noch auf den Raiffeisenhof hinweisen, in dem neben den laufenden Kursen die gärtnerische Berufsschule und die Webschule der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft untergebracht sind.

Ich glaube, Ihnen mit diesem Zahlenmaterial ein wenig Einblick in den Aufgabenbereich und die Arbeit, die die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft im Auftrage des Landes durchführt, gegeben zu haben. Wenn wir weiterhin für diese Maßnahmen das notwendige Verständnis und die notwendige Unterstützung bei der Öffentlichkeit finden, bin ich überzeugt, daß wir alles das tun können und werden, was wir überhaupt im Rahmen unserer Aufgaben tun können, um einerseits den Bauernstand als Grundstein unseres Staates entsprechend zu sichern, andererseits darüber hinaus eine weitgehende Versorgung der Bevölkerung mit inländischen Produkten auf dem Gebiete der Ernährung sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Frage der Errichtung von Maschinenhöfen zurückkommen. Sie dürfen sich nicht vorstellen, daß Vertreter in der steirischen Landwirtschaft einfach so unbedacht irgendwie die Mechanisierungshilfe in den einzelnen Maschinenengenossenschaften durchgeführt haben, ohne sich vorher mit verschiedenen Fragen, wie diese Mechanisierung am zweckmäßigsten zu gestalten sei, zu beschäftigen. Ich habe schon gestern ausgeführt, daß wir uns in der Entwicklung der Mechanisierung Beschränkungen deshalb auferlegen müssen, weil der Einsatz von großen Maschinen, wie dies im Auslande der Fall ist, bei uns wegen der großen Zahl der kleinen Einzelhöfe, der vielen kleinen Parzellen in diesem Ausmaße nicht möglich ist. Auf diesem Gebiete ist in den letzten vergangenen Jahren viel geleistet worden. Ich darf berichten, daß wir zwei Arten der Mechanisierung gefördert haben. Im Ankauf von kleinen Geräten und kleinen Maschinen haben wir die Form der Einzelunter-

stützung beschritten und hier auch erreicht, daß Tausende von kleinen Maschinen und Geräten für kleinere Wirtschaften in den letzten Jahren zur Verteilung gekommen sind. Es ist klar, daß der Ankauf von Maschinen, wie sie heute der Traktor darstellt oder eine gemeinschaftliche Dreschmaschine, für den Einzelbetrieb eine zu große Belastung bedeuten würde. Wir müssen die Mechanisierung so vorantreiben, daß die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. Nun haben wir hier den Weg gewählt, der uns selbstverständlich scheint, daß, wenn der einzelne Bauer allein zu schwach ist, um die notwendigen Maschinen, den Traktor oder die Dreschmaschine anzukaufen, mehrere Bauern sich zusammenschließen, um das gemeinsam zu tätigen. Aus diesem Gedanken heraus, aus dem das gesamte Genossenschaftswesen entspringt, haben wir die Entwicklung der Maschinenengenossenschaften gefördert. Ich darf sagen, daß, wenn heute Kärnten auf die Errichtung von 22 Land-Maschinenhöfen zurückblicken kann, wir 32 Maschinenengenossenschaften in Steiermark errichtet haben.

Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang ist die Frage der Wirtschaftlichkeit. Wir haben den Weg der Maschinenhöfe deshalb nicht beschritten, weil wir von Haus aus überzeugt waren, daß hier eine gewisse Verbürokratisierung die zwangsläufige Folge ist, wenn das Land das macht. Das Land verwaltet verschiedene Einrichtungen und wir sehen an den anderen Einrichtungen des Landes, daß viele Angestellte bestellt werden müssen. In dem Zusammenhang ist von Landesrat Dr. Illig im Scherz das Wort vom „Heuwenderregierungsrat“ gefallen, das eine gewisse Berechtigung hat. Wir finden das schon in Kärnten bestätigt. Wir sind nicht hieher gekommen, um uns etwas erzählen zu lassen, ohne uns jemals um diese Frage bekümmert zu haben. Wir bringen kein Zahlenmaterial, daß uns irgendeine Kammer zur Verfügung gestellt hat. Darf ich einige Vergleichszahlen bringen, und zwar hinsichtlich der Gebührensätze bei den Kärntner Maschinenhöfen und den Gebührensätzen bei den Maschinenengenossenschaften, wie sie von der steirischen Kammer für Land- und Forstwirtschaft festgestellt worden sind und die die Amortisation und die Bezahlung der Betriebskosten beinhalten. Die Kärntner Maschinenhöfe verlangen heute für ihre Leistung zum Beispiel für einen Traktor, der mit einem Anhänger von 4 Tonnen unterwegs ist, vom Kärntner Bauern für eine Stunde 41 S, dazu kommt eine Stundengebühr für das Bedienungspersonal von 5 S und eine Verwaltungsabgabe von ebenfalls 5 S, dazu 5 bis 6 % Steuer, zusammen stellt sich dieser Betrag auf mehr als 50 S pro Stunde einfacher Hoffuhrleistung des Traktors. Ich möchte Ihnen nun verraten, wie hoch die Gebührensätze der steirischen Kammer sind. Wir haben bis zum Abschluß des 5. Lohn- und Preisübereinkommens für einen 26-PS-Traktor einen Gebührensatz von 16 S und dazu für einen 4-Tonnen-Anhänger einen Gebührensatz von 3-20 S verlangt. Wir mußten

durch die Belastungen des 5. Lohn- und Preis-übereinkommens die Gebührensätze für einen Traktor auf 20-80 S und für den Anhänger auf 4-16 S, zusammen auf 24-96 S erhöhen. Das sind die Gebührensätze, die heute in der Steiermark gelten zum Unterschied von rund 50 S, die heute bei den Landmaschinenhöfen in Kärnten verlangt werden. Wenn in Steiermark ein kleiner Traktor der Steyrwerke mit 16 PS und zwei Scharenpflüge ausgeliehen wird, so ist der Gebührensatz pro Stunde 19-14 S und in Kärnten liegt die Stundenleistung in diesem Falle, also bei einem viel kleineren Traktor, über 40 S. Das ist leicht begreiflich, wenn jede Tätigkeit, die hier vor sich geht, von Fixangestellten geleistet werden muß. Das ist ein gewaltiger Unterschied gegenüber unseren Maschinengenossenschaften, die nicht nur von Bauern geleitet werden, sondern es werden auch solche, die eine besondere Fähigkeit dafür haben, ausgebildet. In dem Falle, wo die Maschinen nicht von Hand zu Hand verliehen werden können. z. B. im Obstsektor, haben wir gute Erfahrungen damit gemacht. Die Maschine wird andernfalls gebrauchsunfähig und der Nächste schon kann sie nicht mehr gebrauchen. Bei der Entwicklung der Genossenschaften verlangen wir daher, daß ein Bursche sich hier zur Verfügung stellt, einen Kurs durchmacht und dann die Betreuung und Verantwortung für die Maschinen übernimmt, aber ohne irgendeine Anstellung. Seine Bezahlung ist einkalkuliert in diese Beträge, wie sie von der Kammer festgelegt sind.

Ich kann Ihnen auch von anderen Ländern erzählen. Schweden, das eine sozialistische Führung in der Regierung hat, habe ich vor zwei Jahren Gelegenheit gehabt, durch 14 Tage zu bereisen und ich habe mich damals auch um die Entwicklung der gemeinschaftlichen Maschinenhaltung in Schweden interessiert, weil wir damals im Rahmen der ERP-Mittel vor der Notwendigkeit gestanden sind, diese Hilfe einzurichten. Ich habe in Schweden gesehen, daß die dort auch den Weg der Maschinengenossenschaften beschritten haben und heute auch weitgehend den Weg wählen, daß sie dem einzelnen Bauer, der bereit ist, sich entsprechende Maschinen und Geräte anzuschaffen, dann aus öffentlichen Mitteln unterstützen, wenn er entsprechende Eigenleistung aufweist. Er bekommt von der staatlichen Stelle ein entsprechendes unverzinsliches Darlehen, das er in den ersten fünf Jahren nicht und dann in geringen Teilbeträgen zurückzuerstatten hat. Warum? Die Schweden haben uns gesagt, weil diese Art der Maschinenhilfe dazu führt, daß die Maschinen zur Zeit der größten Arbeitsspitzen Tag und Nacht zum Einsatz kommen, weil der Mann ja selbst ein Interesse daran hat, möglichst viel Arbeit zu leisten, denn die Einteilung der Maschinen obliegt ihm selbst. Wenn wir hier nun eine öffentliche Einrichtung hätten — stellen Sie sich nur einmal die Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft vor — und wir wollten uns von der Verwaltung aus einmengen, wer zuerst die Maschine be-

kommt, wir würden damit in die größten Schwierigkeiten geraten. Ich glaube, wir tun nur gut daran, wenn wir diese Aufgaben unserer Bauernschaft selbst überlassen. Ich bin überzeugt, dies ist der einzig richtige Weg, um die notwendige Mechanisierung der Landwirtschaft auszubauen und so die Landwirtschaft in ihrer Produktion stärker zu machen.

Ich könnte noch viele Zahlen anführen. Aber das würde zu weit führen. Hunderte und Tausende Maschinen aller Art sind in der Steiermark in letzter Zeit zur Aufstellung gelangt. In Kärnten hat man leider den Weg der Maschinengenossenschaften nicht beschritten, so daß wir hier schon einen wesentlichen Schritt in der Entwicklung voraus sind. Ich möchte dem Hohen Landtag empfehlen, die Mittel, die uns zur Einrichtung von Maschinengenossenschaften bewilligt sind, noch zu erhöhen. Der Antrag des Herrn Abg. Taurer hat ja leider keinen Erhöhungsantrag beinhaltet. Ich möchte nur wünschen, daß uns viele Mittel zur Verfügung stünden, damit wir nach dem bisher so bewährten Muster die Mechanisierung in der Landwirtschaft der Steiermark weiter ausbauen können. (Starker Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Scheer: Hoher Landtag! Ich werde analog zu den Ausführungen des Vorredners zuerst allgemein zur Gruppe 7, und zwar über Fremdenverkehr und erst dann im Anschluß daran zu der Maschinenhilfe unsere Stellungnahme bekanntgeben.

Der Fremdenverkehr, der in besonderer Weise Landessache ist und auch verfassungsmäßig als solche festgelegt ist, nimmt ja in der Debatte dieses Hohen Hauses einen entsprechenden Raum ein, schon gar, wenn, wie in den letzten Jahren, dem Fremdenverkehr von Seiten des Steiermärkischen Landtages ein besonderes Augenmerk und eine besonders fürsorgliche Vertretung zuteil wurde. Der Fremdenverkehr an sich ist als wirtschaftlicher Faktor sowohl, als auch als kultureller und völkerverbindender Faktor von besonderer Bedeutung. Er gibt uns aber auch in jeder Hinsicht gewisse Probleme auf, deren wir Herr werden müssen, um die entsprechenden Grundlagen zu schaffen. Erstens die Verkehrswege, ferner die Aufnahmefähigkeit, aber auch der Zustand und die Einrichtung der Unterkünfte müssen den Erfordernissen des internationalen Fremdenverkehrs angepaßt werden.

Wenn wir von den Verkehrseinrichtungen der Steiermark sprechen, dann fehlt uns in erster Linie der Bahnhof in unserer Landeshauptstadt und man kann es aus Gründen des Fremdenverkehrs nicht verstehen, daß er bis heute noch nicht vollendet wurde. Es erfordert wahrscheinlich immer wiederkehrendes Drängen der Presse, des Landtages und verschiedener anderer Stellen, diesem Übelstand abzuweichen. Im Verkehr selbst müßte auch in der Steiermark eine entsprechende Elektrifizierung der Bahnen Platz greifen, die im internationalen Reiseverkehr

schon eine selbstverständliche und notwendige Sache geworden ist. Darüber hinaus scheinen die Fahrpläne, die die Bundesbahn aufstellt, die fremdenverkehrsmäßigen Belange noch nicht entsprechend zu berücksichtigen, da nämlich einerseits der Wunsch nach dichtem Verkehr besteht, andererseits aber der Bleistift der Planersteller natürlich diese dichte Beschickung nach der Frequenz entsprechend abstreichen muß. Es wäre vielleicht ein wesentlicher Vorschlag in dieser Richtung, daß man einfach zwei besondere Kategorien von Zügen einführen solle. Auf der einen Seite die normalen Fernzüge, die D-Züge, und andererseits Kurztriebwagenzüge, die eben im entsprechenden Lokalverkehr einen rentablen Betrieb für besonders frequentierte Strecken ergeben könnten.

Als erfreuliche Tatsache in der Verbesserung der verkehrsgeographischen Lage in der Steiermark verzeichnen wir, daß der Grazer Flughafen einen entsprechenden Anschluß an den Weltverkehr findet. Ich glaube, es laufen schon Vorverhandlungen mit der jugoslawischen Fluggesellschaft oder bestehen gar schon konkrete Vereinbarungen bezüglich des Anschlusses von Graz an das internationale Flugnetz.

Eines der besonders wichtigen Kapitel für den Fremdenverkehr ist das Kapitel „Straßen“. Nun stellen wir im Bundesbudget fest, daß die Bundesstraßen eine etwas geringe Dotierung aufweisen, was sich natürlich auch in der Steiermark auswirkt. Ein besonders notwendiges Projekt bezüglich der Straßen ist die Nord-Süd-Verbindung durch die Steiermark, eine Straße, die die Verbindung Deutschland—Salzburg—Steiermark—Kärnten—Italien schaffen würde. Der steirische Weg würde ja durch das Ausseer Land, über Donnersbach und das Glattjoch führen und bei Scheifling in die Bundesstraße Wien—Kärnten eimünden. Der Schaffung dieser besonderen Verbindung ist in fremdenverkehrsmäßiger Hinsicht wohl unser nächstes Augenmerk zuzuwenden, damit wir dem Fremdenverkehr straßenmäßig den entsprechenden Tribut zollen.

Bei den Seilbahnen stellen wir fest, daß in Steiermark nach dem Krieg eine Menge neuer Seilbahnen errichtet wurden, wobei die hervorstechendste die Schöckelseilbahn ist, bei welcher ein modernes, neuartiges System, nämlich das Umlaufsystem, eingeführt wurde und mit der wir schon sehr zufrieden sein können.

Ich möchte jetzt auf ein soziales Problem im Fremdenverkehr kommen, und zwar ist das die Gewohnheit, daß viele Betriebe gerade in der Hauptsaison völlig sperren und sämtliche Angestellten auf Urlaub schicken, das heißt, daß gerade in den Hauptsaisonzeiten in der Masse die kleinen Betriebe ihre Angestellten und Arbeiter auf Urlaub schicken und diese dadurch gezwungenermaßen die selbstverständlich überhöhten Hauptsaisonpreise in den Kurorten zu bezahlen haben. Mein Vorschlag geht dahin, sich zu bemühen, durch Propaganda und Aufklärung an die Betriebsinhaber heranzutreten

und diese zu veranlassen, ihre Betriebe in der Vor- und Nachsaison zu schließen, damit es ihren Arbeitern und Angestellten möglich ist, die vielfach um 30% billigeren Vor- und Nachsaisonpreise in den Kurorten auszunützen und dadurch Urlaube zu haben, die sich um 20 bis 30% billiger stellen, als es jetzt gemeinlich üblich ist. Wir müssen dabei noch das Verständnis der Hotellerie in Anspruch nehmen, auf diese Umstände Rücksicht zu nehmen und in der Vor- und Nachsaison fühlbare Preisermäßigungen zu erstellen, damit auf diese Art die Vor- und Nachsaison durch größere Beschickung sich auszeichnet, nicht aber wieder die Preise in sozialer Hinsicht zu steigern, wodurch das nicht erreicht werden kann, was wir wollen, daß nämlich die Arbeiter und Angestellten in der Vor- und Nachsaison einen entsprechend billigen oder einen etwas längeren Urlaub um das gleiche Geld haben.

Die Wiederaufbauprobleme im Fremdenverkehr sind mannigfacher Art. Unsere Bemühungen um Wiederherstellung des durch die Zweckentfremdung verloren gegangenen Bestandes, der vor dem Kriege noch größer war als heute, galten selbstverständlich dem Ausbau und dem Neubau von Fremdenverkehrsbetrieben, der Erschließung günstiger und vor allem schneesicherer Wintersportorte. Es nützt nichts, wenn Wintersportorte in besonderer Weise propagiert werden, aber nicht durch Seilbahnen und entsprechende Verkehrsmittel erschlossen und nach menschlichem Ermessen und Erfahrung auch entsprechend schneesicher sind.

Ich möchte, Hohes Haus, zu einem Thema kommen, welches hier noch nicht behandelt wurde, welchem aber schon im internationalen Fremdenverkehr eine besondere Bedeutung beigemessen wird, das sind die sogenannten Campingplätze, die besonders in Italien und in Übersee, in Amerika, aber auch in England und Frankreich schon zu einer besonderen Realität geworden sind. Dieser Campingplätze müssen wir uns in Steiermark allen Ernstes annehmen. Das sind Lagerplätze für Zeltaufstellung, von Wohnwagen u. dgl., welche nichts anderes bedürfen, als einer Wasserstelle und einer entsprechenden Cloanlage und im übrigen auch von der Straße nicht allzu weit entfernt sind, gute Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten ergeben und dem Fremden die Möglichkeit bieten, von Ort zu Ort zu wandern, wie es ihm beliebt. Das ist notwendig, da in der heutigen Zeit es nicht mehr so ist, daß der Fremde sich 3 Wochen an einem Fremdenort niederläßt und sich mit dem Ort allein begnügt, sondern der Fremde ist an sich bestrebt, ein Land wie Österreich im Laufe von 14 Tagen in seiner Gesamtheit zu durchwandern oder zu durchfahren und sich alle Umständlichkeiten des ewigen Aus- und Einpackens in einem Hotel zu ersparen. Dadurch ist man auf die moderne Art der Campingweise gekommen. Es bedeutet vielfach nicht das, was man von der Hotellerie annimmt und bemängelt, daß es ein besonderes Konkurrenz-

unternehmen für die Hotels wäre, sondern es ist so, daß verschiedene Fremde sonst nicht kommen würden, über diese Art der Campingplätze aber sehr gerne das Land besuchen.

Ich habe vorhin das Wiederaufbauproblem berührt, aber wie diese Aufbauwünsche zu realisieren sind, ist eine zweite Frage. Es ist bei der geringen Kapitalsreserve bei den Fremdenverkehrsbetrieben und bei den heutigen Kreditmöglichkeiten und hohen Zinsen nicht möglich, so daß man um eine staatliche Kreditbeschaffung mit entsprechend niedrigem Zinsfuß nicht herumkommt. Wenn ich zur Fremdenverkehrswerbung komme, möchte ich mich besonders an Herrn Landesrat Illig wenden. Es sitzt in Wien im Nationalrat ein ÖVP-Nationalrat Fink, dieser bläst entgegen den Intentionen der Österreichischen Volkspartei in das Zentralisierungshorn für den Fremdenverkehr und möchte die verfassungsmäßig festgelegten Rechte und Pflichten bezüglich des Fremdenverkehrs für die Länder dahin einengen, daß der Fremdenverkehr eine Bundesangelegenheit werde, weil, wie derselbe ÖVP-Nationalrat erklärt hat, er nicht wünsche, daß in Österreich nur in Tirol, in Vorarlberg und Salzburg die Fremdenwerbung bestünde, sondern man im Wege der Vereinheitlichung im Bunde allen anderen Ländern auch beibringen müsse, wie man Fremdenverkehrswerbung macht. Wir sagen aber, und da sind wir mit Landesrat Illig einig, daß wir in der Fremdenverkehrswerbung von unserem verfassungsmäßig garantierten Rechte nicht abgehen und gerade darin eine gewisse föderalistische Tendenz unbedingt verlangen.

Es gibt noch viele kleine Dinge, die im Fremdenverkehr erwähnt werden könnten, z. B. das in Österreich übliche Meldewesen für die Fremden. Man muß sich an den Kopf greifen, welche Formalitäten die Fremden in Österreich über sich ergehen lassen müssen. Es wird gefragt nach der Schuhnummer der Großmutter, nach dem Vor- und Nachnamen der Eltern, nach dem Heiratsdatum, an welchem Tag geheiratet wurde, das sind alles Dinge, bei denen die Fremden aus dem Auslande nur verständnislos den Kopf schütteln und finden, daß es Fragen sind, die zu sehr ins private Leben des Einzelnen eindringen.

Ich darf in dieser Hinsicht meine Anregungen, die ich zum Fremdenverkehr gemacht habe, schließen und weiterhin der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es in dieser Hinsicht dem Fremdenverkehr gelingen möge, zur Besserung der österreichischen Handelsbilanz beizutragen.

Ich komme nun zu dem Antrag über die Landmaschinenhilfe zu sprechen und zu gewissen Gerüchten, die vom Herrn Abg. Taurer vorgebracht wurden. Der Herr Abg. Taurer hat gestern in der Generaldebatte erklärt, der VdU habe in Kärnten bei der Errichtung dieser Landmaschinenhilfe mitgeholfen und für sie gestimmt. Tatsache ist aber, daß diese Landmaschinenhilfe in Kärnten schon bestanden hat, bevor noch der VdU in den Landtag eingezogen ist und weiters,

daß es wohl stimmt, daß die nunmehr in den Budgets immer wiederkehrenden Beträge selbstverständlich mit den Stimmen des VdU und der ÖVP bewilligt wurden. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Zum Unterschied von Steiermark, wo der VdU nicht für das Budget stimmt!“) Ja, das stimmt, zum Unterschied von Steiermark, wo der VdU nicht für das Budget stimmt. Es entspricht der Eigenart des Kärntners oder des Steirers, in welcher Form er auf die Politik reagiert. Es ist unmöglich, zu verlangen, daß wir Steirer es genau so halten müssen wie die Kärntner. Wir müssen eben in dieser Frage erst feststellen, ob in Kärnten vielleicht andere Voraussetzungen gewesen und die Notwendigkeiten gegeben waren, um solche Maschinenhöfe einzurichten. Wir hören, daß es bei uns schon entsprechende Einrichtungen gibt, welche es beinahe überflüssig erscheinen lassen, solche Maschinenhöfe einzurichten. Ich sage dies alles, ohne irgend einen Vorgriff auf unsere Haltung zu machen. Aber wenn es der Sozialistischen Partei ernst ist mit dieser Frage, dann frage ich die Sozialisten, warum sie diesen Vorschlag so unbedingt in dieser Schnelligkeit durch den Landtag peitschen wollen, wo wir uns doch außerstande erklären müssen, im Verlaufe von einigen Tagen zu einer Frage eine Stellungnahme abzugeben, die von Bedeutung sein soll. (Landesrat Dr. Illig: „Ein Überraschungszug!“) Es wäre unverantwortlicher Leichtsinn von uns, würden wir zu einer Sache ja oder nein sagen, bevor wir sie gründlich geprüft haben. Es ist deshalb unser Standpunkt, wir können zu dieser Frage der Maschinenhilfe unsere Zustimmung nicht oder noch nicht geben, weil wir außerstande sind, in dieser kurzen Zeit diese Frage zu prüfen. Es wurde uns ja keine Zeit gelassen, über diesen Antrag eine entsprechende tiefeschürfende Prüfung anzustellen.

Darüber hinaus möchte ich sagen, daß es mir unverständlich erscheint, daß man vom steirischen Landtag Dinge verlangt, die doch in das Aufgabengebiet der Bauernkammer fallen. Ich kann mir vorstellen, wie die Sozialisten schreien würden, wenn plötzlich von irgend einer Seite ein Antrag käme, daß Belange der Gewerkschaft oder der Arbeiterkammer von der Steiermärkischen Landesregierung besorgt werden sollen. (Zwischenruf Abg. Sebastian: „Die werden aber auch nicht vom Lande subventioniert!“) Es ist zweifellos ein Unterschied, daß die Arbeiterkammer nicht vom Land subventioniert werden braucht, aber es würde einer langen Diskussion bedürfen, welche Gründe dazu geführt haben. Man kann aber überhaupt die beiden Kammern in ihrer Tätigkeit nicht miteinander vergleichen. Die Arbeiterkammer ist ja schließlich kein Fertigungsbetrieb, wie die Bauernkammer, der doch die Ernährung des Volkes obliegt. (Abg. Taurer: „Die Arbeiterkammer bekommt nichts vom Land, das ist ein Unterschied!“) Von Ihren Einwürfen, Herr Kollege Taurer, die jeglicher sachlichen Grundlage entbehren, habe ich im Laufe der Zeit schon soviel

bekommen, daß ich Sie bitten muß, sich in dieser Hinsicht darauf zu beschränken, bei der Sache zu bleiben, wenn Sie ernst genommen werden wollen.

Ich möchte zum Abschluß noch einmal feststellen, ohne mich auf weitere Einwürfe einzulassen, daß wir außerstande sind, ohne grundsätzliche Prüfung diesem Vorschlag unsere Zustimmung zu geben. (Beifall und Bravorufe bei VdU.)

Abg. Schlacher: Die Gruppe 7 enthält im Unterabschnitt 716 das Feuerwehrwesen. Dazu möchte ich Stellung nehmen. Dieser Unterabschnitt hat zum Unterschied von anderen, die eine Erhöhung erfahren haben, eine Reduzierung auf eine Viertel Million Schilling gegenüber 1951 erfahren. Die Freiwillige Feuerwehr ist eine Organisation, die die Interessen des gesamten Volkes vertritt, die immer dann zum Einsatz kommt, wenn Gefahr vorhanden ist, um sie einzudämmen. Die Feuerwehr bekommt nun weniger Kapital. Dies ist unverständlich schon aus dem Grunde, weil doch die Löschmaschinen, Schläuche usw. im Preis gewaltig gestiegen sind. Ein besonderer Grund, den Feuerwehren mehr zu geben, würde in der Notwendigkeit bestehen, Löschteiche und Löscheservoirs anzulegen, denn speziell in bäuerlichen Gebieten konnten wir feststellen, daß oft ganze Gehöfte abbrennen, obwohl die Feuerwehr rechtzeitig da ist, weil einfach kein Wasser vorhanden war. Es spielt schon eine große Rolle, ob ich sofort löschen kann oder erst kilometerlange Schlauchlinien legen muß, um zum Wasser zu kommen. Dadurch kommt es vor, daß Stall und Haus und der ganze Besitz abbrennen.

Ich möchte zumindest bei dieser Gelegenheit der Freiwilligen Feuerwehr den herzlichsten Dank für ihre Tätigkeit im verflossenen Jahr aussprechen und den Landtag bitten, wenigstens nächstes Jahr, da die Feuerschutzsteuer ja wesentlich höher ist als das, was wir den Feuerwehren geben, für diesen Zweck mehr einzusetzen. Das Land Steiermark gibt effektiv nichts, sondern es nimmt die Feuerschutzsteuer ein und ist daher auch verpflichtet, diesen Betrag wieder der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Sebastian: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Insbesondere wende ich mich an die Vertreter der Landwirtschaft. Es hat zwar gestern Herr Dr. Kaan die Meinung vertreten, daß über die Landwirtschaft nur jene reden sollen, die dazu berufen sind. (Abg. Dr. Kaan: „Nein, ich habe gesagt, nur die, die etwas davon verstehen!“) Trotzdem sei es mir gestattet, zu diesem Kapitel einiges zu sagen, vor allen Dingen deshalb, weil ich es für notwendig erachte, auf die Kralle, die vom Herrn Landesrat Doktor Illig bezüglich der Landmaschinenhilfe gezeigt wurde, einzugehen. Ich finde, daß es nicht eine allzu große Kralle ist, wenn ich die zarten Hände des Herrn Landesrates Dr. Illig betrachte. Es kommt uns in erster Linie darauf an, der Landwirtschaft zu helfen und darüber hinaus zu

helfen, daß die Mittel, die dafür von der Öffentlichkeit gegeben werden, auch von der Öffentlichkeit überwacht werden. (Landesrat Doktor Illig: „In dem Sinne: Wir werden Euch schon helfen!“ — Heiterkeit.) Gerade auf Ihren Zwischenruf eingehend, möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen folgende Tatsache stellen: Die ÖVP glaubt immer, daß sie allein das Monopol für die Interessenvertretung der Landwirtschaft gepachtet hat. Ich kann aber hier im Namen der sozialistischen Fraktion sagen, daß es uns genau so um das Wohl und den Ausbau der Landwirtschaft zu tun ist. Wenn wir auch nicht über den Begriff „Blut und Boden“ sprechen, so wissen wir doch ganz genau, daß eine gesunde und produktionsfähige Landwirtschaft die Voraussetzung zur Gesundung unserer Wirtschaft ist. Wenn nun der Herr Präsident Wallner gestern in der Generaldebatte, als über die Landmaschinenhilfe gesprochen wurde, den Einwurf gemacht hat, daß es an Arbeitskräften fehle, so kann ich nur sagen: Gerade deshalb, weil es an Arbeitskräften fehlt, suchen wir einen Ausweg, um viele solcher in die Industrie abgewanderten Arbeitskräfte in Form guter Landmaschinenhilfe zu ersetzen und um die Arbeit in der Landwirtschaft zu rationalisieren. Der Herr Landesrat Dr. Illig hat drei Punkte deziidiert aufgestellt, warum er und seine Fraktion gegen die Einführung der Landmaschinenhilfe sind. Er sagte: 1. weil sich die bisherige Praxis bewährt hat, 2. weil die Einführung der Landmaschinenhilfe ein weiterer Schritt im Verstaatlichungsprozeß sein würde und 3. weil er sich von dieser Reform nichts verspricht. Ich möchte besonders auf den ersten Punkt seiner Ausführungen „weil sich die bisherige Praxis bewährt hat“ zurückkommen. Es ist eines der Steckenpferde des Herrn Landesrates Dr. Illig, als Generalredner der ÖVP jedesmal die Steigerung der Produktionsziffern nach dem Index des Institutes für Wirtschaftsforschung vorzutragen. (Landesrat Dr. Illig: „Das sind steirische Ziffern!“) Ich habe mich bemüht, nachzusehen und konnte erfreulicherweise jedes Jahr eine allmähliche Steigerung der industriellen und gewerblichen Produktionsziffern feststellen. Landesrat Dr. Illig hat es aber in jedem Jahr unterlassen, auch die Produktionssteigerung der Landwirtschaft in Vergleichsziffern anzugeben. Wenn nun, wie er im ersten Punkt sagte, sich die bisherige Form bestens bewährt hat, so müßte auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsziffern erfolgt sein. Herr Landesrat Dr. Illig hat es aber immer unterlassen, die Indexsteigerung auf dem landwirtschaftlichen Sektor hier bekanntzugeben. Man könnte also, wenn man boshaft sein würde, sagen, er hat dies bewußt unterlassen. (Landesrat Dr. Illig: „Das überlasse ich den Landwirten!“) Darüber hinaus sei mir schon aus diesem Grunde, ehe ich auf die Landmaschinenhilfe eingehe, gestattet, einiges zu sagen.

Innerhalb der ÖVP-Fraktion scheint man sich nach den großangelegten Worten von den Spitzenfunktionären ihrer Partei nicht zu halten

und auszurichten. Sie, meine Herren, plädieren für Einzelsubventionen, während der Herr Staatssekretär Graf am Kärntner Landespartei-tag der ÖVP in seiner Rede kategorisch mit seinem bekannten Pathos verkündete: „Schluß mit den Einzelsubventionen!“ Hier müssen wir mit Entschiedenheit feststellen, daß es kaum möglich ist, daß die „Südost-Tagespost“ etwas schreiben würde, was Herr Staatssekretär Graf nicht tatsächlich gesagt hat. Weiters darf ich auf einen Bericht der ECA-Kommission über die Verwendung der Marshallmittel, die der Industrie, dem Gewerbe und die der Landwirtschaft in Österreich zugeflossen sind, verweisen. Wenn Sie offen sind und sich an die Zeilen erinnern, die unter dem „Scheinwerfer“ im „Steirerblatt“ erschienen sind, so müssen Sie zugeben, daß bei dem Abschlußbericht dieser Kommission die Österreichische Landwirtschaft in Bezug auf die Verwendung der Marshallplanmittel nicht gut abgeschnitten hat. Ich glaube, daß dies uns die Berechtigung gibt, in Bezug auf die Verwendung der Mittel zu sagen: Gegenüber der Industrie hat die Landwirtschaft bei diesem Bericht, von dem nicht gesagt werden kann, es seien die bösen Sozialisten gewesen, die ihn geschrieben haben, nicht gut abgeschnitten. (Zwischenrufe: „Das macht er gut!“ — „Auch die verstaatlichte Industrie nicht!“) Weiters verweise ich darauf, daß beträchtliche Mittel — ich gebe zu, daß sie noch zu gering sind, denn unsere Landwirtschaft bedarf einer viel größeren und weiteren Förderung — aus der öffentlichen Hand über die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kanäle fließen, die nicht überprüft werden können (Zwischenruf: „Das ist unrichtig!“), im besonderen nicht von den zuständigen Institutionen überprüft werden können. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Ja! Nicht von den Sozialisten!“) Ich komme auf Ihre Ausführungen und auf Ihren Bericht noch zu sprechen. Wenn ich in Betracht ziehe, daß der Rechnungshof bei der Gebarungsprüfung der Stadtgemeinde Leoben durch einen Beamten der Kommission es sich hat angelegen sein lassen, aus der Buchhaltung heraus in einen Betrieb zu gehen, um dort bei den Maschinen nachzuforschen, ob eine Pappendeckel-dichtung, die 12 Groschen gekostet hat, tatsächlich eingebaut und verwendet wurde, so ist es nicht mehr als recht und billig, von dieser Stelle aus zu fordern, daß öffentliche Mittel, wo immer sie gegeben werden, bis zu ihrer Endverwendung der Kontrolle der zuständigen Institutionen unterstellt werden.

Nun sei mir gestattet, einiges zum Bericht des Herrn Präsidenten Wallner zu sagen. Sie werden niemand in diesem Hohen Hause finden, der nicht bereit ist, diesen ihren gegebenen Leistungsbericht anzuerkennen. Dieser Bericht würde nach unserer Meinung genügen, wenn die Mittel, mit welchen die Leistungen vollbracht wurden, nur durch die Kammer der Land- und Forstwirtschaft, also von jenen Kreisen selbst aufgebracht worden wären, als deren Interessenvertretung sie gilt. Nicht aber genügt

dieser Bericht, der uns nur in Zahlen vorgelesen wurde, da ein namhafter Geldbetrag drinnen steckt, der von den Steuerzahlern stammt, jenen Steuerzahlern, wo gerade von ihnen immer aufgezeigt wird, daß sie unter der herrschenden Steuerlast ächzen. Auch Dr. Kaan hat gestern ein Beispiel angeführt und gesagt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion an England ein Beispiel im besonderen in Bezug auf die Landwirtschaft nehmen soll; denn England war es, das sowohl vor dem ersten als auch vor dem zweiten Weltkrieg die englische Landwirtschaft im größten Ausmaße subventioniert hat. (Zwischenruf Abg. Dr. Kaan: „Ich habe gesagt: Indem man Mindestpreise garantiert hat!“) Diese Mindestpreise sind der Landwirtschaft erst durch die Arbeiterregierung im Zuge der Landwirtschaft und der gehaßten Bewirtschaftung garantiert worden. (Zwischenruf Abg. Doktor Kaan: „1914 hat es doch keine Arbeiterregierung gegeben!“) Auch wir sind bereit, den Landwirten Mindestpreise zu garantieren. Es muß aber dieselbe Forderung erhoben werden und dasselbe eintreten, was in England eingetreten ist, nämlich der Marktzwang, damit den Konsumenten die Gewähr gegeben ist, daß die Artikel, die durch den Staat aufgekauft wurden, den Konsumenten zu billigen und erträglichen Preisen übergeben werden. Aus diesen von mir aufgezeigten Gründen erscheinen viele Beschwerden berechtigt. Wenn der Herr Präsident Wallner sagt, daß er vollkommen unparteiisch wieder so und so viele Ansuchen unterzeichnet hat, ohne sie anzusehen (Zwischenruf Abg. Wallner: „Ohne sie nach politischen Gesichtspunkten zu beurteilen!“), so bin ich davon überzeugt, daß er bei manchen nicht einmal den Namen der Ansuchenden angesehen hat, aber ebenso bin ich davon überzeugt, daß die Vorbereiter dieser Ansuchen und Anträge sich die einzelnen Ansuchen wohl genau angesehen haben. (Landesrat Dr. Illig: „Mißtrauisch!“) Ich habe noch und noch Beweise, Herr Landesrat Dr. Illig, daß gerade in unserem obersteirischen Gebiet, wo viele kleine Pächter von Mayr-Melnhof und soundso viele Kleinbesitzer zu uns kommen und sagen: „Es ist unverständlich, daß gerade mein Ansuchen mit der Begründung, der Betrieb sei nicht leistungsfähig genug, abgelehnt wird“. Es wird in der Regel nur dem gegeben, der einen größeren Hof besitzt. Gestern sagten Sie, Herr Präsident, daß wir in Steiermark die meisten Kleinbetriebe haben. Ich habe sofort dem Herrn Landeshauptmann die Statistik auf Grund der Volkszählung gezeigt. Sie sagten nicht, daß wir nicht nur die meisten Kleinbetriebe sondern auch die meisten Großbetriebe von Österreich haben. Wir stehen mit 1309 Großbetrieben an der Spitze aller Bundesländer. Gegenüber Wien und Niederösterreich als Flachland ist dies außerordentlich viel. Hierin liegt überhaupt das brennende Problem, daß wohl diese Großbetriebe etwas bekommen, nicht aber die kleinen, die zu uns kommen und darauf verweisen, daß sie bei der Futtermittel-zuteilung nicht berücksichtigt werden und bei

vielen anderen Dingen ebenfalls keine Berücksichtigung finden. (Abg. Wallner: „Mir ist aber keine solche Beschwerde zu Ohren gekommen!“) Ich werde in Hinkunft, Herr Präsident, diese Beschwerden wohlweislich an Sie und nicht an die Bezirksbehörden leiten.

Nun gestatten Sie mir noch eine kurze Stellungnahme zu der von uns vorgeschlagenen Einrichtung der Landmaschinenhilfe. Es ist nicht richtig, daß die Preise so hoch sind, wie Sie sie angeführt haben. Ich glaube nicht, daß die Landwirtschaftskammer Ihnen einen nicht offiziellen Bericht zukommen ließ. Es herrscht die Auffassung bei Ihnen, daß man zwei politische Berichte nicht als Grundlage gegenüberstellen könne, was nach unserer Anschauung ein Irrtum ist. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaft billiger sei, insbesondere weil sie, wie Sie sagen, den Bauern einen billigeren Leistungslohn anbietet. Ich sage aber, selbst dann, wenn sie billigere Leistungslöhne verlangt, ist sie nicht billiger, weil derjenige, der sich der Genossenschaft anschließt, ja einen bestimmten Betrag an Genossenschaftsanteilen zu zahlen hat. Er ist weiters dann auch verpflichtet, diese Maschine zu benutzen und wenn sie alt und kaputt ist, ist mit der Maschine auch der Wert des dafür ausgelegten Geldes dahin. Während umgekehrt bei der Kalkulation der Landmaschinenhilfe sich die Maschine in kurzer Zeit amortisiert und dann eine Neuanschaffung möglich ist. (Abg. Wallner: „Die Amortisation ist auch bei uns einkalkuliert!“) Dazu kommt ein weiteres. Wenn diese Maschinenhilfe sich in Kärnten nicht bewährt hätte, warum ist dann die Anzahl der Maschinenhöfe im Jahre 1951 von 16 auf 22 erhöht worden? Und warum liegen jetzt noch Anträge auf Erhöhung der Anzahl auf 33 Maschinenhöfe vor? (Landesrat Prirsch: „... fortwährend Böses muß gebären!“ — Landesrat Horvatek: „Falsch zitiert, das paßt nicht hierher!“) Auch ist es nicht richtig, daß eine Verbürokratisierung eintritt. Ich getraue mich ganz offen zu sagen, daß die Verbürokratisierung in der Landwirtschaftskammer weit über alle anderen Kammern hinausreicht und vielleicht sogar noch imstande ist, der Handelskammer Konkurrenz zu machen. Die Landmaschinenhilfe in Kärnten hat hingegen eine einzige Zentralstelle mit einem Geschäftsführer, einem Buchhalter und einer Stenotypistin. Der gesamte Verwaltungsaufwand einschließlich des Jeeps, der dieser Behörde zur Verfügung steht, macht 14% der gesamten Betriebskosten aus. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist sehr hoch!“) Herr Landesrat, Sie sagen, das ist sehr hoch, aber nur relativ, man muß diesen Prozentsatz mit den absoluten Zahlen in ein Verhältnis bringen, erst dann kann man die Höhe beurteilen. (Abg. Opershall: „Weil Sie den Leuten nichts zahlen wollen!“) Bei 27 Maschinenhöfen wird eine durchschnittliche Kalkulation für 1952 mit einer Stundenleistung pro Hof von 1200 Stunden aufgestellt, die eine Einnahmeseite von 40.345 S und Ausgaben von 31.986 S vorsieht. Von diesen rund 40.000 S

machen die Verwaltungskosten 4498 S aus. Ich wäre erfreut, wenn irgendeine Gebietskörperschaft oder sonst eine verwaltende Körperschaft, in der auch die Herren von der ÖVP sind, mit einem derart geringen Verwaltungsaufwand auskommen würden.

Ich weiß, daß Sie auf Grund Ihrer Haltung unserem Antrag nicht die Zustimmung geben werden, ich bitte Sie aber, diese Sache näher zu prüfen und sollten Sie dazu kommen, uns Ihre Untersuchungsergebnisse zu sagen, dann sind wir gerne bereit, bei der Behandlung des Dienstpostenplanes dafür zu stimmen, daß der VdU einen „Heiterkeitshofrat“ und die ÖVP einen „Heuwender-Regierungsrat“ erhält. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Koller: Bei der Behandlung der Gruppe 7 will ich nicht versäumen, meine Damen und Herren, unserer treuen Helfer, unserer braven Landarbeiter zu gedenken und dabei über die Selbsthaftmachung des landwirtschaftlichen Dienstpersonals zu sprechen. Um diesen braven Landarbeitern, diesen treuen Helfern der Landwirtschaft auch ihre Wohnungsverhältnisse zu verbessern, ist es notwendig, Beihilfen zu geben, um den Bauer in die Lage zu versetzen, günstigere Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Die Geldnot im Bauernhaus ist ein trauriges Zeichen der Zeit. Würde man dem Bauern den gerechten Lohn für seine Arbeit, für seine Erzeugnisse geben, dann würden soundso viele Landarbeiter nicht aus der Landwirtschaft abwandern müssen. Es ist falsch, wenn man in nicht landwirtschaftlichen Kreisen davon spricht, daß der Bauer seine Leute nicht bezahlen will oder schlecht bezahlt. Es mag Ausnahmen geben, aber meistens ist es wohl so, daß die Geldmittel fehlen.

Bezüglich der Treueprämien für landwirtschaftliche Arbeiter möchte ich erwähnen, daß ich öfters Gelegenheit hatte, dabei anwesend zu sein, wenn sie verteilt wurden. Diese braven Menschen, die durch Jahrzehnte treu gearbeitet haben, muß man irgendwie anerkennen. Wenn ihnen nebst der Anerkennungsurkunde noch ein Geldbetrag gegeben wird, ist die Freude eine doppelte. Es ist notwendig, die Arbeit dieser Menschen besonders anzuerkennen, denn es ist oft beispielgebend, was sie leisten. Darum soll auch gezeigt werden, daß man auch in diesem Beruf Brot und Lohn und Anerkennung findet. Es wäre schlecht um unsere Heimat und unseren Bauernstand bestellt, wenn diese unsere Mitarbeiter ihre Arbeitsstätten, wo unser Brot erzeugt wird, verlassen würden. Ich versichere Sie, meine Damen und Herren, diese Gelder sind in beiden Fällen sehr nutzbringend angelegt. Ich möchte nur bitten, daß im nächsten Voranschlag diese Post um einen ziemlichen Betrag erhöht wird.

Zusammenfassend möchte ich sagen, helfen wir alle zusammen, um diesen Eckpfeiler der Heimat, unseren Bauernstand, gesund und leistungsfähig zu erhalten. Ich bin überzeugt, wenn dieser Eckpfeiler der Wirtschaft gesund

erhalten wird, werden wir bestimmt einer gesicherten Zukunft in unserer schönen Heimat entgegensehen. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Birchbauer: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir zur Gruppe 7 einige Bemerkungen zu machen. In Anbetracht der Weltwirtschaftslage und im besonderen der österreichischen Landwirtschaft ergibt sich die zwingende Notwendigkeit einer Produktionssteigerung auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Ernährung und einer Erweiterung des Getreide-, Kartoffel- und Futterbaues. Maßnahmen zur Steigerung der eigenen Erzeugung sind notwendig, weil damit die Erhaltung des ungestörten wirtschaftlichen Gleichgewichtes im Staate gewährleistet wird, zumal eine Prüfung des derzeit herrschenden Zustandes klar und deutlich zu Ungunsten der Landwirtschaft ausfällt.

Während das Volkseinkommen in den Jahren 1947 bis 1949 in der Berufsgruppe Landwirtschaft gleich blieb, stieg dieses Volkseinkommen der Industrie um das Doppelte, andererseits droht der österreichischen Wirtschaft beim Aufhören der Unterstützung aus dem Marshallplan als ungeheure Folge der erzwungenen Angleichung der Preise an die Weltmarktlage die Gefahr, daß zum Ankauf vieler Lebensmittel, die heute aus dem Ausland eingeführt werden müssen, ungeheure Summen teurer Devisen aufgebracht werden müssen. Die Gefahr liegt klar vor uns. Soll der Lebensstandard unserer Bevölkerung mindestens die gleiche Höhe behalten, soll die bäuerliche Bevölkerung nicht durch ein Überangebot billiger Devisen erfordernder Lebensmittel an die Wand gedrückt werden, müssen wir mit allen Mitteln die möglichste Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung fordern. Unsere gesamten Handelsinteressen müssen darauf ausgerichtet sein, dem Bauernstand eine intensive Wirtschaftsform zu ermöglichen und der Weg zu dieser führt über folgende Möglichkeiten:

Um intensiv wirtschaften zu können, müssen wir auf alle Fälle die Ent- und Bewässerung unseres Landes weit mehr betreiben. Durch die Entwässerung wird vieles und produktives Land geschaffen. Gleichzeitig mit der Entwässerung ist die Arbeitslosigkeit auf dem Land in großem Maße zum Stillstand zu bringen, da diese Arbeiten im Winter durchgeführt werden können. Mit der Entwässerung zugleich oder nach der Entwässerung kann erst an eine Mechanisierung der Landwirtschaft in einen großen Teil unseres Landes gedacht werden. Enge zusammen mit der Mechanisierung müßte die Flurbereinigung in Angriff genommen werden, weil erst mit der Flurbereinigung eine technische Mechanisierung möglich ist. Stellen Sie sich eine Gemeinde mit 100 kleinen Parzellen vor, Gebiete, die weitab von den Höfen liegen, hier ist eine Mechanisierung fast unmöglich und sehr hinderlich.

Sollen wir nicht in dem Ausmaße vom Auslande abhängig sein wie bisher, so müßten wir eine rasche Erhöhung der pflanzlichen sowie

der tierischen Produktion erzielen. Wir müssen die Steigerung unserer Erzeugung beschleunigen, nur hochwertiges Saatgut aus anerkannten Saatzuchtbetrieben für Getreide, Kartoffel und Futterbaupflanzen soll zum annehmbaren Preis zum Anbau gelangen und unsere Saatgutanstalten dementsprechend höher bedacht werden. Ich verweise noch auf ein Beispiel von Amerika, wo man es in den letzten 20 Jahren verstanden hat, durch besondere Zuchtmethoden die Maisproduktion so zu steigern, daß, auf österreichische Verhältnisse umgerechnet, bei einer Anbaufläche von 61.000 Hektar und bei einem Durchschnittsertrage von 20 Doppelzentnern ein Mehrertrag von 366.000 Doppelzentnern oder umgerechnet in Schilling von 54 Millionen Schilling oder 2 Millionen Dollar erzielt wurde.

Weiters müßte eine Verbesserung des Bodens durch Zufuhr von Kalk und steigende Anwendung von verbilligtem Kunstdünger erreicht werden. Es hat sich schon einmal erwiesen, daß wir bei erhöhter Anwendung von Kunstdünger zu einem erhöhten Ertrag gelangen konnten. Der Kunstdüngerabsatz ist in der letzten Zeit recht erheblich zurückgegangen, und zwar nur deshalb, weil die heutigen Agrarpreise seine Anwendung nicht mehr lohnen. Damit sich aber die Landwirtschaft ihren eigenen Dünger gewissermaßen bestens besorgen kann, müßten wir den Düngerstättenbau noch fördern, eine Stallverbesserung durchführen, neue Silos bauen und die Mechanisierung unserer Landwirtschaft durchführen.

Unsere Hauptaufgabe müssen wir unseren Bergbauern widmen, welche, wie kein anderer Stand unseres Volkes, unter sehr schweren Bedingungen leben. Sie sind abgeschnitten von der Außenwelt, leben in der Einsicht, kaum daß sie sich das Nötige des täglichen Bedarfes beschaffen können. Es wäre für die Bergbauern eine wesentliche Unterstützung der Bau von Seilbahnen, die Elektrifizierung, die verbilligte Abgabe von Kunstdünger und Düngemitteln. Alles das soll ihm sein Los erleichtern.

Auch die Steigerung der Erträge unseres Obst-, Wein- und Gartenbaues ist eine Hauptaufgabe des Landes; zunächst freilich die Erhaltung unserer Obstkultur. Gelingt es uns nicht, in kürzester Zeit die San-José-Schildlaus zu bekämpfen, so ist unsere Haupteinnahme aus dem Obstbau gefährdet und eine devisenbringende Einnahmequelle des Landes in Frage gestellt. Es ist bedauerlich, daß unser Antrag in dieser Hinsicht abgelehnt wurde, denn nur eine allgemeine wirkliche Schädlingsbekämpfung kann Abhilfe schaffen. Die billige Abgabe und Zuweisung von Spritzgeräten und Spritzmitteln ist unerlässlich.

Eine der Hauptaufgaben des Alpenlandes ist die Tierzucht. Die beste Zuchtauslese ermöglicht und sichert größere Erfolge in der Milch-, Fett- und Fleischgewinnung. Nur durch Förderungsmaßnahmen des Bundes und des Landes kann die steirische Tierzucht auf breitester Basis gefördert werden. Die Viehzuchtgenossen-

schaften haben das größte Interesse an der Leistungssteigerung, die erreicht werden kann durch die Eindämmung der tierzuchthemmenden Krankheiten, der Tbc-Bekämpfung, Klauenpflege, auch Mehrleistungsprüfungen können ein Ansporn zu großen Leistungen sein. Allen Anforderungen unserer Landwirtschaft könnte entsprochen werden, wenn sich die Landflucht eindämmen ließe. Gelingt es nicht, für die Landwirtschaft das Personal zu finden, so ist an eine intensive Produktion nicht zu denken. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe geht auf einfache Form der Betriebsführung über, es wird nur mehr das produziert, was die Familie für das tägliche Leben, für die eigene Ernährung benötigt.

Man übersah die soziale Not. Man hat allzu lange von einer sozialen Not gesprochen und dabei übersehen, daß die soziale Not auf dem Lande bestand. Diese Not kann nicht durch geistige und materielle Mittel allein behoben werden. Ich verweise in dem Zusammenhang darauf, daß auf dem Land 12- bis 14jährige Schulkinder dem Schulbetrieb fernbleiben müssen, weil sie daheim dringend benötigt werden. Was helfen uns die vielen landwirtschaftlichen Schulen, wenn sie von unseren Bauernsöhnen und -töchtern nicht besucht werden können!

Die größte Sorge macht uns auch die Frage: Wohin mit der schulentlassenen Jugend? Warum wird diese Jugend nicht für ein Landjahr verpflichtet und erst nach einem Landjahr für den Beruf oder das Studium freigegeben?

Noch etwas möchte ich anführen. Die Industrie wirft der Bauernschaft Rückständigkeit vor. Eine jahrelange verfehlte Ertragspolitik und die den landwirtschaftlichen Produkten aufgezwängten Stopppreise führen zum Ruin der Landwirtschaft. Die Industrie hat mit Zustimmung der Landwirtschaft die bedeutendsten Unterstützungen aus dem Marshallplan erhalten, während die Landwirtschaft nur ein Zehntel davon bekommen hat. Die Industrie hat diese Unterstützung deswegen bekommen, weil damit zuletzt die Landwirtschaft von der Industrie billigere Bedarfsartikel erhalten wird. So hoffte die Landwirtschaft jedenfalls. Aber der Dank der Industrie war ganz anders, sie hat kein Verständnis für die Landwirtschaft. Sie hat eine erhöhte Steigerung der Industriepreise durchgeführt. Ich kann dazu nur das eine sagen: Ein Volk geht daran zugrunde, wenn es die Landwirtschaft vernachlässigt und das möchte ich besonders einer gewissen Presse ins Stammbuch schreiben. Diese Presse wirft uns immer vor, daß die Bauern Saboteure, Schleihändler und Wucherer seien. Geben Sie uns kostendeckende Preise und den entsprechenden Reallohn für unsere Produkte und wir werden nicht mehr rückständig sein.

Der von uns geforderten Erhöhung wurde nicht entsprochen, daher können wir diesem Budget auch nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall und Bravorufe bei VdU.)

Abg. Egger: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, daß ich zur Gruppe 7, dem Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“ auch einige Bemerkungen mache. Es hat der Herr Kammerpräsident Wallner bereits ziemlich ausführlich in seiner Berichterstattung über das abgelaufene Jahr zum Ausdruck gebracht, inwieweit und nach welcher Richtung hin die ihm zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel aufgewendet wurden und dadurch auch bewiesen, daß die Landwirtschaftskammer ihre Aufgaben, so weit ihr die Mittel zur Verfügung standen, auch erfüllt hat. Wenn wir das Budget des Jahres 1952 ansehen, so können wir feststellen, daß wir mit einem Gesamtaufwand von 662 Millionen Schilling im Jahre 1952 auskommen müssen. Und weil die Gruppe 7 „Land- und Forstwirtschaft“ nur mit einem Betrag von 17½ Millionen Schilling aufscheint, so möchte ich hier die Behauptung aufstellen, daß das nicht überwältigend ist und uns auch durchaus nicht befriedigen kann. Eine Steigerung von 3 Millionen Schilling gegenüber dem vorjährigen Betrag ist zu verzeichnen. Wenn ich mir den Abschnitt 32 „Kunstpflüge“ ansehe und dort eine Steigerung von 2½ Millionen Schilling feststellen muß, andererseits bei den städtischen Bühnen ebenfalls eine Steigerung von 3½ Millionen Schilling aufscheint, so muß ich nochmals betonen, daß die Dotierung der Landwirtschaft sehr gering ist.

Den Unterabschnitt 733 „Güter- und Almwege“ betrachte ich als einen der wichtigsten für die Landwirtschaft, da wir gerade auf dem Gebiete der Zufahrtsstraßen und Almwege derartige Verhältnisse haben, die untragbar sind. Hohes Haus! In den Erläuterungen zum Voranschlag ist verzeichnet, daß für das Jahr 1952 115 Güterwege mit einer Gesamtlänge von 150 km zum Ausbau gebracht werden sollen. 3.330.000 S sind dazu vorgesehen, ein gleich hoher Betrag kommt noch dazu aus Bundesmitteln und ebenfalls ein gleich hoher Betrag wird von den Interessenten geleistet, so daß wir rund 10 Millionen Schilling annehmen können. Ich kann Ihnen dazu sagen, daß in meiner Gemeinde allein — es ist dies eine Bauerngemeinde — 60 km Gemeindestraßen sind und daraus ist sehr deutlich sichtbar, daß ein Ausbau von 150 km Güterwegen ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet. Nichtsdestoweniger möchte ich bei der Gelegenheit der agrartechnischen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung meinen Dank aussprechen, besonders dem Leiter Herrn Hofrat Hödl. Sie hat sicher alles getan, um ihren Aufgaben und ihren Pflichten gerecht zu werden, aber wenn eben nicht mehr Mittel da sind, ist es nicht möglich, mehr hervorzubringen. Ich möchte noch speziell erwähnen, daß man bei den Güterwegbauten einen großen Fehler begeht, und zwar dahingehend, daß man in Seitengräben, wo bekanntlich der Wildbach auf der einen Seite und die Straße auf der anderen Seite führt, wohl Güterwegbauten ausführt, aber vergißt, vorerst den Wildbach zu verbauen. Wir mußten in den letzten Jahren immer wieder die

Beobachtung machen, daß der Güterwegbau umsonst ist, wenn der Wildbach nicht vorher verbaut wird. Ich wäre daher dafür, daß man der Wildbachverbauung ein größeres Augenmerk zuwenden würde.

Die Forstwirtschaft, Hohes Haus, ist ebenso ein sehr wichtiges Kapitel, das uns aber zu denken geben muß. Durch die vielen Überschlägerungen haben wir im letzten Winter und Frühjahr, auch im Land Steiermark, viele Hochwasserschäden gehabt. Die Aufforstungen lassen vielfach zu wünschen übrig und es ist auch hier eine der wichtigsten Aufgaben der Landesforstinspektion, darnach zu trachten, daß die Aufforstungen des entsprechende Augenmerk zugewendet wird.

Hoher Landtag! Es ist mir auch ein Bedürfnis, über die Entwässerung des Ennstales zu sprechen. Ich erinnere mich noch gut daran, daß schon vor dem ersten Weltkrieg im Ennstal teilweise Wassergenossenschaften gegründet wurden, die die Entwässerung des Ennstales teilweise zur Durchführung gebracht haben, zwischen den beiden Weltkriegen wurden Drainagen angelegt und heute muß man feststellen, daß die Versumpfung des Ennstales in einem ungeheuren Ausmaß wieder anwächst. Hohes Haus! Das ist darauf zurückzuführen, daß in die Enns viele Wildbäche münden, die bei Hochwasser ein ungeheures Quantum von Geschiebe, Wurzeln oder Schotter ins Ennsbett bringen und dasselbe verlegen und dadurch das Ennsbett immer höher wird, so daß die Abzugskanäle der Drainagen und Entwässerungsgräben nicht mehr richtig funktionieren. Es ist bekannt, daß im Hohen Hause schon im Vorjahre gesprochen wurde, Pumpwerke im Ennstal einzurichten. Der Versuch hat stattgefunden, dieser ist abgeschlossen, aber man hört von keinem Bericht, man hört und sieht nichts mehr und die Versumpfung des Ennstales schreitet weiter. Diesem wichtigen Moment muß von Seite der Landesregierung ein höheres Augenmerk zugewendet werden.

Letzten Endes sind in der Landwirtschaft immer das Hauptproblem die kostendeckenden Preise. Das 5. Lohn- und Preisabkommen hat der Landwirtschaft nicht das gebracht, was ihr gebührt. Vom Präsidenten Wallner wurden schon die Milchpreise erwähnt und wenn ich als Vertreter des Bezirkes Liezen im Hohen Hause spreche, so muß ich sagen, daß unsere Landwirtschaft auf der Milchwirtschaft aufgebaut ist und daß durch die nicht kostendeckenden Milchpreise ein ungeheurer Aderlaß dem Bauernstande in diesem Gebiete zugefügt wird. 1-68 S ist als kostendeckender Milchpreis errechnet worden, der von niemand widerlegt werden konnte und 1-40 S war die Auswirkung. Dadurch verliert die österreichische Landwirtschaft 3 Millionen Schilling im Jahre und es ergibt sich für den Bezirk Liezen durch diese nicht kostendeckenden Preise allein ein Ausfall von 2½ Millionen Schilling jährlich, das heißt, daß die Bergbauernschaft des Bezirkes Liezen mit 2½ Millionen die Konsumenten sozusagen subventioniert. Ein Be-

weis ist auch, daß die Futtermittel doppelt so hoch im Preise stehen wie die Milch. Wirtschaftlich ist das ein Unsinn und trotzdem in der Stadt die Milch rationiert und abgefettet werden mußte, ist man nicht darangegangen, konnte man sich nicht entschließen, die Preise für Eiweißfuttermittel, die in der Winterfütterung von ungeheurer Wichtigkeit für die Tiere sind und eine höhere Milchleistung gewährleisten, auf jene Relation zu stellen, die wirtschaftlich tragbar ist und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Ein Liter Milch kostet 1-40 S, eine Briefmarke 1-50 S! Hier ist eine Diskrepanz, über die man nur lächelnd sich hinwegsetzen könnte, wenn es nicht so ernst wäre. Im alten Österreich kostete eine Briefmarke 10 Heller und 1 Liter Milch 20 Heller. Das sind Zustände und Verhältnisse, die, allgemein gesprochen, meiner Auffassung nach die verantwortlichen Männer dazu veranlassen müßten, der Landwirtschaft das zu geben, was ihr gebührt. Ich glaube nicht, daß man das auf die Dauer verantworten kann, diese Dinge so weiterzuführen. Abschließend möchte ich sagen, weniger der Politik, weniger politischen Momenten, sondern mehr wirtschaftlichen Belangen Rechnung tragen, dann wird es in unserem Lande wieder aufwärts gehen! (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Edlinger: Hohes Haus! Es ist gestern in der Generaldebatte sowie heute in der Spezialdebatte immer wieder gesagt worden, daß zu wenig Geld in der Gruppe Landwirtschaft vorhanden sei. Zur Gruppe 7 Landwirtschaft muß gesagt werden, daß weit zu wenig Geld vorhanden ist, um den berechtigten Forderungen der einzelnen Gruppen entsprechen zu können, daß Geld entsprechend und dort angewendet werden muß, wo wir mit dem kleinsten Aufwand den größten Erfolg haben. Es ist notwendig, daß wir die Fachschulen entsprechend berücksichtigen, weil das theoretische Wissen verbunden mit dem praktischen Wissen besser verwertet werden kann. Wir haben in unseren Fachschulen schon ziemlich viel Geld und besonders seit 1945/46 bis heute viel Geld hineingesteckt. Es wurde nicht nur im Grabnerhof ein neues Gebäude errichtet, sondern auch in Hafendorf, in Krottenhof, in Silberberg. Ich muß mit Stolz als Wein- und Obstbauer sagen, es ist eine Perle für uns, daß wir ein solches Gebäude in der Untersteiermark haben. Nicht das Gebäude allein ist das Wertvolle, das Wertvolle ist, was darin gelehrt und an Wissen vermittelt wird. In folgender Hinsicht schaut es ein bisserl traurig aus.

Die Aufnahmefrequenz dieses neuen Schulgebäudes beträgt normalerweise 40 bis zu 80 Schüler. Bei der letzten Absolvierung wurden 25 Schüler verabschiedet. Im nächsten Monat fängt der neue Lehrgang an und bis jetzt sind erst 17 Schüler gemeldet, das ist sehr, sehr bedenklich. Warum das so ist, wissen wir, zum Teil aus Leutemangel, zum anderen Teil möchte ich den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Pirrsch, auf folgendes aufmerksam machen: Es geht nicht an,

daß wegen des Direktors und dreier Fachlehrer das ganze Gebäude geheizt wird, die Dampfheizung ist zu teuer und so ist dieses schöne Gebäude nicht voll ausgenützt.

Nicht weit weg davon ist eine neue Molkerei entstanden, sie ist wichtig und notwendig und ist eingerichtet für 25.000 Liter. Die Anlieferung beträgt 1600 bis 1800 Liter, also nur ein Zehntel der Kapazität bei einem Stand von durchschnittlich 10 Beschäftigten.

Im selben Umkreis, 3 km weiter, steht ein Barackenspital aus dem ersten Weltkriege, wir haben vom zuständigen Referenten gehört, wie hart und vor allem wie unwürdig dieses Spital unten geführt werden muß. 100.000 S werden alle Jahre für die Instandhaltung gebraucht und aufgewendet, 2700 Aufnahmen fanden 1950 statt, 1800 Operationen, heuer erreichen sie nahezu die 2000-Grenze. Der Bevölkerung ist es im weiten Umkreise, ungeachtet der politischen Einstellung, gänzlich unverständlich, daß man auf zwei Seiten so schöne und große Gebäude, wie die Silberberger Schule und die Molkerei in Leibnitz, herstellt, die bei weitem nicht ausgenützt werden, während auf der anderen Seite das Spital in Wagner hinsichtlich der Gebäude total vernachlässigt wird. Das sind Zustände, die auf die Dauer nicht zu ertragen sind.

Von uns verlangt man eine Produktionsförderung und gleichzeitig Gestehungskostensenkung. Wir wissen, daß zur Produktionsförderung gewisse Voraussetzungen notwendig sind. Es gibt eine arbeitsintensive Produktionsförderung und eine kapitalintensive Produktionsförderung. Nun, die arbeitsintensive Produktionsförderung — das wird niemand bestreiten können — haben wir bereits überschritten, denn wir müssen mehr und länger und schwerer arbeiten als früher, weil wir eben zufolge des großen Leutemangels gezwungen sind, ob wir wollen oder nicht, mehr zu leisten und zu arbeiten. Kapitalintensiver zu produzieren ist wohl für unseren Stand fast auch nicht mehr möglich, denn wir wissen ganz genau, die wir selbst Bauern sind, daß unsere Geldreserven längst aufgebraucht sind, daß wir zum Großteil schon von der Substanz leben müssen und daher es uns unmöglich ist, irgendwelche Kapitalaufwendungen für Investitionen oder Geräteanschaffungen zu machen. Also wieder ein Punkt, der nicht durchführbar ist. Jetzt möchte ich Sie fragen, wie soll man dann intensiver arbeiten, wie kann man mehr produzieren, wie soll man die Gestehungskosten herunterdrücken? Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat sich bemüht, Förderungsmaßnahmen zu treffen, sie hat Kalkulationen gestartet, dabei wurden viele tausend Kilogramm Kalk herausgegeben, sie hat die Stickstoffdüngung subventioniert, Düngerstätten und Stallbauten wurden bezuschußt. Sie hat vor allem auch Geräte angeschafft und Maschinengenossenschaften erstehen lassen. Doch, Hohes Haus, ich muß es ehrlich sagen, ich habe noch keine einzige Maschinengenossenschaft gesehen, obwohl 32 solcher Genossenschaften bestehen

sollen. Es kann wohl sein, daß der eine oder andere Bauer gesagt hat, wir kaufen uns eine Dreschmaschine, zahlst ein bisserl dazu und die Landeskammer gibt dann ein Geld dazu. Wenn Sie die Genossenschaften unter diesem Titel führen, dann können es schon 32 sein. (Zwischenruf Abg. Wallner: „Sie haben eine schöne Vorstellung von der Genossenschaft!“) (Abg. Stöffler: „Sie kennen nicht einmal die eigenen Genossenschaften!“) Ich kann nur sagen, ich weiß nicht, wie diese Maschinengenossenschaften ausgerüstet sind und ich weiß auch nicht, wo und in welcher Gegend diese Maschinengenossenschaften bestehen. Ich kann mich erinnern, daß diese Maschinengenossenschaften, die wir vor 25 Jahren schon Maschinenstationen nannten, mit der Zeit aufgelassen wurden, weil es so nicht gegangen ist, es ist alles verwahrlost worden, die Maschinen sind verrostet und unbenützt in den Scheunen herumlegen, weil die Führung in diesen Maschinengenossenschaften nicht funktioniert hat. Ich habe mir die Maschinenhilfe oder wie sie in Kärnten heißt die Maschinenhöfe etwas angeschaut, denn ich kann mich doch nicht für etwas einsetzen, wenn ich nicht überzeugt bin, daß das richtig und vorteilhaft ist. Hohes Haus! Ich muß sagen, alles ist begeistert, die mit diesen Maschinenhöfen in Berührung kommen, gleichgültig, ob es sich um ÖVP-, VdU- oder sozialistische Bauern handelt. Das ist eben etwas, was mit Politik nichts zu tun hat, aber leider Gottes wird das als ein Politikum herausgestellt und weil der Antrag von uns kommt, wird er verworfen. Ich war mehr als 30 Jahre öffentlich tätig, davon 11 Jahre im Gemeinderat, bei den Bezirksvertretungen, in der Bauernkammer, bei den Genossenschaften, aber eines muß ich sagen, jedesmal und überall, wenn von den Sozialisten ein Antrag gestellt wurde, ist er abgelehnt worden. Hier im Haus findet das die letzte Bestätigung. Es ist überall dasselbe System, ob nun in der kleinen Gemeinde, in der Bezirksbauernkammer oder sonst in der Landwirtschaft. Es tut mir nur leid und weh, daß es so ist. Ich kann mir nur vorstellen, daß, wenn von irgend einer Seite eine Anregung gemacht wird, man diese ehrlich diskutiert, aber nicht von Haus aus verwirft, nur weil sie von einem Sozialisten kommt und sagt, das kann für uns Bauern absolut nicht gelten. (Zwischenruf Abg. Wallner: „Nirgends gibt es solche Organisationen, wo nicht Sozialisten drinnen sind.“) Wiederholt haben unsere Referenten die Vorteile der Maschinenhöfe charakterisiert. Man hat gesagt, es ist kein Bürokratismus dabei, es gibt nicht viele Angestellte, es ist auch gesagt worden, daß, unabhängig von der politischen Einstellung und der Größe des Besitzes, jeder, der will und kann, diese Maschinen zur Verfügung gestellt bekommt. Es ist auch gesagt worden, daß in der Spitzenzeit, wo am Lande viel Arbeit ist, daß da die Maschinen verstärkt zum Einsatz kommen, ja daß sogar bei Nacht gefahren wird, nur damit man herumkommt. Das sind Argumente, die man nicht widerlegen kann. Jeder hat die volle

Freiheit, er braucht keine Genossenschaftsanteile leisten und er braucht auch die Reparaturen nicht zu bezahlen. All das ist in der Leihgebühr bereits mit einkalkuliert. (Gegenrufe bei ÖVP.) Deswegen mag es sein, daß diese etwas höher ist als bei den Genossenschaften, in Wirklichkeit kommt die Sache aber trotzdem billiger. Aber noch etwas ist volkswirtschaftlich sehr wichtig. Wenn wir diese Maschinenhöfe aufstellen, so kann vielfach der Pferdebestand abgebaut werden. Wir haben nämlich über 10.000 Pferde zu viel im Verhältnis zu der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Wenn diese 10.000 Pferde abgebaut und dafür Kühe eingestellt werden können, hätten wir schon rein wirtschaftlich gesehen für die Allgemeinheit einen Vorteil davon. Wir könnten die Grünflächen verringern, mehr Feldfrucht- und Hackfruchtbau betreiben, was eine bessere Nutzung des Grundes darstellen würde. Das alles könnten wir machen, wenn wir diese Maschinenhöfe richtig einbauen und vor allem am richtigen Ort anwenden.

Ich möchte dazu noch etwas sagen. Bei der letzten Budgetberatung hat Herr Landesrat Prirsch eine Zeitung herausgenommen und erklärt, daß unser Organ „Der Arbeitsbauernbündler“ sehr persönlich und gehässig sei. Bitte, das ist nach seinem Ermessen vielleicht richtig, aber ich kann dazu etwas anderes sagen. Gerade in der letzten Zeit, wo der Arbeitsbauernbund sich bemüht, mit der Gewerkschaft und unserer eigenen Fraktion und mit der Arbeiterkammer in Agrarfragen besser zu harmonieren, damit man sich besser versteht, hat die Steirische Bauernbund-Zeitung nichts Besseres zu tun, als auf uns loszugehen und zu schreiben „Kapitalisten und Sozialisten sind die größten Feinde der Bauern“. Hoher Landtag! Kapitalisten und Sozialisten hieß es dort. Ich frage, wo sind denn bei uns Kapitalisten? (Zwischenruf Abg. Stöffler: „Der Staatskapitalismus ist bei Euch, dort sind Hunderte Millionen! Bei uns kratzt man die Kreuzerln zusammen!“) (Erregte Gegenrufe, Lärm. — Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Der Steirische Bauernbündler vom 2. Dezember schreibt: „Die Sozialisten wollen den Klassenkampf ins Dorf tragen“. Wie schaut denn dieser Klassenkampf aus? Wir kennen nur eine Klasse und das sind die arbeitenden Menschen im Lande. Ich möchte wissen, was es im Dorf zu klassifizieren gibt, wo dort die Herren- und die dienende Klasse ist, bei uns ist es so, daß wir uns alle schinden müssen, die größeren und die kleineren, deshalb fürchten wir uns draußen nicht vor dem Klassenkampf. Sie schreiben, die Sozialisten seien Wegbereiter des Bolschewismus und im Schlepptau des Bolschewismus. (Abg. Stöffler: „Sie verdrehen ja die Dinge!“) (Unruhe und Gegenrufe.) Weil wir uns erlaubt haben, bei unserer Landestagung in Bruck einen agrarwissenschaftlichen Vortrag zu halten, diskriminieren Sie uns hier und stellen uns hin, als wenn wir Apostel von Moskau wären und Ihnen eine neue Agrartheorie aufoktroieren wollten! Wir haben unsere eigene

Agrarpolitik, wir wollen auch aktiv eingreifen in die Agrarpolitik. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir auch dazu imstande sind, wir werden den Weg finden, um unserer Landwirtschaft helfen zu können und das werden wir Ihnen mit der Tat beweisen können. Heute machen Sie unsere Redner lächerlich, weil ausgesprochen von den Industriezentren Donawitz und Leoben zu den Agrarfragen im positiven Sinne Stellung genommen wird, verspötteln Sie sie. So macht man keine Politik, indem man einen Stand dem anderen gegenüber ausschnapst, die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern größer macht, indem man einen guten Vortrag oder einen guten Antrag lächerlich macht. Eines, Hohes Haus, darf ich sagen, darf ich vor allem der ÖVP und ihren Vertretern sagen: Trotzdem Sie nicht einverstanden sind und unsere Vorschläge systematisch ablehnen, werden wir unsere Maschinenhöfe ausbauen! (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Präsident: Es sind noch 6 Redner vorgemerkt, ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr und bitte um pünktliches Erscheinen.

(Die Sitzung wird um 13.10 Uhr unterbrochen und um 14.35 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident: Hoher Landtag! Ich erkläre die Sitzung wieder für eröffnet. Als nächsten Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abg. Stöffler.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Ich möchte zum Kapitel Fremdenverkehr noch einiges sagen. Wir haben schon gestern und heute gehört, welchen Erfolg die großen Investitionen im Fremdenverkehr gehabt haben. Es sind auch im vergangenen Jahr gewaltige Investitionen für den Fremdenverkehr erfolgt und Steiermark marschiert dabei an der Spitze. Nicht zuletzt haben zur Hebung des Fremdenverkehrs auch die Einrichtungen des Fremdenverkehrsamtes, wie z. B. das Landesreisebüro, viel beigetragen. Schließlich sind noch zu erwähnen die ERP-Mittel, die Kreditaktion des Landes, die Ausfallbürgschaft des Landes und der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds, denn all dies hat sehr zur Hebung des Fremdenverkehrs beigetragen. Eine direkte Förderung erfolgte in Form von Subventionen. Sogenannte Initialzündungen wurden gelegt und da und dort hat sich das Land selbst an verschiedenen Unternehmungen beteiligt.

Es ist z. B. den Bemühungen des Landes zuzuschreiben, daß das Kurmittelhaus in Aussee wieder in Ordnung kommt. Auch der Berglift zur Tressensteinwarte wurde durch das Land gefördert, ebenso die Schanze am Kulm, der Skilift in Schladming und die Seilbahn auf die Krummholzhütte, die in den nächsten Tagen eröffnet wird und die das Obere Ennstal sicher beleben wird. Schließlich wird auch das Plannerhaus unterstützt werden, bei dem das Land den Wiederaufbau in die Wege geleitet hat. Nicht zu vergessen ist der Lift auf die Grabneralm, für

den das Land einen Betrag vorgesehen hat. In der Nähe von Graz haben wir als Attraktion die Schöckelseilbahn, deren volle Bedeutung vielleicht erst in dem Zeitpunkt in Erscheinung treten wird, wenn die Wechselstraße fertiggestellt sein wird. Wir erwarten nämlich, daß dadurch dann der Verkehr Wien—Kärnten weitgehend über Graz geleitet wird und wir dann auf die Schöckelseilbahn als besonderen Anziehungspunkt hinweisen können. Schließlich haben noch der Ausbau der Bärenschützklamm und Raabklamm und der Bau des Skilifts in Eibisberg mitgeholfen, den Fremdenverkehr zu beleben. Aber das Land hat auch alpine Vereine unterstützt; es sind viele Schutzhütten mit Hilfe des Landes wiederaufgebaut worden. Ich nenne Ihnen da das Reinfeldhaus, das Schöckelhaus, das Gleinalmhaus, das Appelhaus, die Ausgestaltung der Handalm, alles Brennpunkte des Fremdenverkehrs auf unseren Bergen.

Im Rahmen der Landesbahnen ist durch die Modernisierung der Bahnen selbst und der Autobetriebe viel zur Hebung des Fremdenverkehrs getan worden. Nicht zuletzt trägt hierzu auch bei der Wiederaufbau und Ausbau wichtiger Kulturstätten und schließlich die Wiederinstandsetzung unserer Straßen. Alles zusammen hat uns diesen Erfolg gebracht, der eingangs erwähnt wurde. Aber er war nur zu erreichen, weil wir wirklich mit Berechtigung sagen können, daß der Fremdenverkehr gepflegt wird, daß nicht nur mit viel Verstand, sondern auch mit Liebe gearbeitet wird, mit einer wirklichen Hingabe, mit dem Ziel vor Augen, unser Land in die Reihe der ersten Fremdenverkehrsländer zu bringen. Ich glaube, daß diese großen Bemühungen, die von allen zuständigen Stellen, besonders aber vom Fremdenverkehrsreferat gezeigt werden, den Dank des Landes reichlich verdienen. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Ebner: Hohes Haus! Der landwirtschaftliche Berufsstand hat nicht nur eine ernährungspolitische, sondern auch eine volkspolitische Aufgabe zu erfüllen und gilt deshalb als das Fundament jedes Staatsgebildes. Die Steiermärkische Landesregierung, das Finanzreferat und schließlich der Finanzausschuß haben in ausgiebigem Maße Verständnis dafür aufgebracht, obwohl einzelne Posten der Gruppe 7 mehr oder weniger stiefmütterlich behandelt erscheinen.

Es hat gestern in der Generaldebatte der Herr Landesfinanzreferent darauf verwiesen, daß die Post „Tierzuchtförderung“ eine ausgiebige Summe darstellt, so daß es den Anschein erweckt, als ob hier eine ganz besonders starke Dotierung erfolgt sei. Die Summe, die hier ausgegeben werden soll, ist sicher nicht klein, aber man muß bedenken, welche eminente Bedeutung gerade dieser Förderung zukommt. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Steigerung von 1951 auf 1952 eigentlich als minimal zu bezeichnen ist. Wenn man das alles erwägt, muß man bedauern, daß die Dotierung nicht höher ist, weil damit ja eine Sache gefördert werden soll,

die dem ganzen Volke dient, nicht nur der Bauernschaft allein. Durch die Erzeugung von mehr und qualitativ besserer Milch einerseits, andererseits durch die Erzeugung von mehr und besserem Fleisch und die Erzeugung von mehr Eiern partizipiert ja jeder einzelne Konsument an dieser Produktionssteigerung. Es hat daher nicht nur die Bauernschaft, sondern das gesamte steirische und darüber hinaus österreichische Volk ein Interesse an der Förderung dieses Betriebszweiges in der Landwirtschaft. Dabei soll besonders, wie ja Herr Präsident Wallner schon ausführte, der TBC-Bekämpfung bei Rindern ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Auch das liegt im Interesse der breiten Masse der Konsumentenschaft und vor allem im Interesse der Mütter, denen es nicht gleichgültig sein kann, ob sie für ihre Kinder eine gesunde, tuberkulfreie Milch zur Verfügung haben oder nicht. Aus diesen Gründen ist es sehr bedauerlich, daß hier nicht eine bessere Dotierung erfolgt ist. Es haben sicher jene Mitglieder des Finanzausschusses, die dagegen waren, nicht den richtigen Standpunkt vertreten, sie haben nicht erkannt, daß die Tierzuchtförderung eine zwingende Notwendigkeit ist.

Aber es würde nur eine halbe Arbeit sein, wenn die Tierzucht gefördert wird, ohne den Pflanzenbau entsprechend zu berücksichtigen. Denn erst dieser ist die Grundlage jeder Tierzucht. Hier scheint auch ein ansehnlicher Betrag von rund 1 Million Schilling auf, aber leider ist dieser Betrag weitaus zu wenig, um den Pflanzenbau in jenem Ausmaß zu fördern, welches notwendig wäre, um die Produktionssteigerung bis nahe an die Höchstgrenze zu bringen. Wir sind davon noch weit weg. Ich bin überzeugt, daß wir in Steiermark viel mehr solche Hektare landwirtschaftlicher Nutzfläche haben, welche mehr tragen könnten, auf welchen mehr hervorgebracht werden könnte als andere, welche bereits zur Gänze ausgenutzt sind. Hier liegen noch weite Gebiete offen.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Almwirtschaft deshalb Bedeutung zukommt, weil durch die Verbesserung der Almwirtschaft wieder mehr produziert werden kann, andererseits aber auch die Tiere, welche im Sommer auf der Alm übersommert werden können, an Gesundheit gefestigt werden, was wieder im Interesse weiter Kreise des Volkes gelegen ist. Recht erfreulich ist es, daß sich für die Förderung der Almwirtschaft nicht nur die Landesregierung als zuständige Stelle einsetzt, sondern auch, daß sich vor wenigen Jahren ein steirischer Almwirtschaftsverein gegründet hat mit dem Ziele, der Behörde bei Verbesserung der Almen behilflich zu sein. Dieser Almwirtschaftsverein hat sich aber auch zur besonderen Aufgabe gemacht, dem Almwirtschaftspersonal, das verlässlich, das ausdauernd ist, in irgendeiner Form eine Anerkennung zuteil werden zu lassen. Es hat der Finanzausschuß bzw. in erster Linie das Finanzreferat für diesen Zweck heuer einen Betrag von 10.000 S im Voranschlag auf-

genommen und ich darf hierfür meinen besten Dank zum Ausdruck bringen. Es wird unsere ganze Produktionssteigerung, speziell in Gebirgsgegenden, nichts nützen, wenn nicht dem Bauern entsprechende Abfuhrwege zur Verfügung gestellt werden können, welche geeignet sind, die Produkte an einen Konsumort heranzubringen und umgekehrt, die von der Landwirtschaft benötigten Bedarfsartikel heimzubringen. Dem Güterwegbau kommt daher besondere Bedeutung zu, das hat einer der Herren Kollegen bereits zum Ausdruck gebracht.

Weiters spielt im Zusammenhang mit dem Arbeitskräftemangel auch die Elektrifizierung der Landwirtschaft eine ganz besondere Rolle. Die Elektrifizierung ist geeignet, die Betreuung der Wirtschaft sowohl im Hause als auch im Stall weitaus erleichtern zu helfen und ist bei diesem Arbeitskräftemangel bestimmt sehr zu begrüßen. Es wäre nur zu wünschen, daß gerade diese Post höher dotiert wird.

Über die Technisierung als solche wurde heute schon viel gesprochen. Nun will auch ich meine Meinung zum Ausdruck bringen. Da ich nunmehr über 30 Jahre selbständiger Bauer bzw. in den ersten 10 Jahren Pächter war, darf ich wohl sagen, daß ich in diesem Belange mehr Erfahrungen besitze als irgendwelche berufsfremde Mitglieder des Hohen Hauses. Wenn Sie glauben, mit den Maschinenhöfen nach dem Muster Kärnten hier in Steiermark der steirischen Landwirtschaft besonders zu helfen, befinden Sie sich auf einem Irrwege, denn die Wirtschaftlichkeit ist bei weitem nicht in jenem Ausmaße gegeben, als wenn wir, wie es seitens der Landwirtschaftskammer bereits seit Jahren erfolgt, Maschinengenossenschaften gründen. Es ist eben der Betrieb als solcher billiger und liegt das im Interesse unserer scholleverbundenen steirischen Bauern. Der Bauer will nicht Bettler sein, er protestiert daher energisch gegen die Festlegung von Agrarpreisen unter den Gesteungskosten, weil ihn diese zwingen, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden, um seine Wirtschaft erhalten zu können. Das will er nicht! An den Maschinengenossenschaften ist er anteilmäßig beteiligt, er hat eingezahlt, er kann dort bei Anschaffung der Maschinen, die notwendig sind, mithelfen, der Bauer kann da selbständig handeln und auf freier Scholle leben. (Rufe: Sehr richtig! Bravo! — Händeklatschen bei ÖVP.)

Was weiters die Ausführungen des Herrn Abg. Sebastian betrifft, möchte ich sagen, daß wir Bauernvertreter absolut nicht der Meinung sind, ein Monopol in der Bauernvertretung zu besitzen, wir sind auch jedem Berufsfremden dankbar, wenn er uns mit gutem Rat zur Seite steht, nur muß der Rat gesund und wirtschaftlich sein. Wenn nun Abg. Sebastian ausgeführt hat, daß das Ausmaß der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft nicht veröffentlicht wird unter den Herren Kollegen, muß ich Ihnen sagen, da liegt die Ursache bei Ihnen, und zwar deshalb, weil Ihre Organisationen es ständig

waren, welche die kostendeckenden Preise der Agrarproduktion verhindert haben. (Gegenrufe bei SPÖ. — Unruhe.) Das hat dazu beigetragen, daß die Agrarproduktion nicht im regulären Wege, für die Statistik erfaßbar, dem Konsumenten vermittelt werden kann. Wenn Sie weiter ausgeführt haben, daß Staatssekretär Graf in Kärnten behauptet hat: „Schluß mit den Einzelsubventionierungen“ und darauf auf die Maschinenhöfe geschlossen haben, so werden Sie sich täuschen, wenn Sie glauben, daß wir durch Dick und Dünn gehen mit der Meinung unserer obersten Führer. (Zwischenrufe, Heiterkeit bei SPÖ.) (Glockenzeichen.) Ich will Ihnen beweisen, daß dem nicht so ist. Bei den steirischen Bergbauern lassen sich, bedingt durch die schlechten Wegverhältnisse, weder Maschinenhöfe noch Maschinengenossenschaften einführen. Es ist daher notwendig, für die Bergbauern die Einzelbezuschung von notwendigen Maschinen nach wie vor durchzuführen.

Was nun die Rückstellung bzw. die Abweisung verschiedener Pächter und kleiner Landwirte im Bezirk Leoben betrifft, fordere ich Abg. Sebastian auf, mir die notwendigen Beweise zu übermitteln. In meiner Tätigkeit auch im Bezirk Leoben ist mir nicht ein Fall bekannt geworden, daß so etwas vorgekommen sei. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Beweise bringen können, ich glaube zwar nicht daran. Sie werden einschlafen, bevor Sie mir einen Beweis erbringen. (Heiterkeit.)

Abschließend möchte ich Ihnen sagen: Wir streiten hier um verschiedene Dinge. Das Schwerwiegende ist aber, wollen wir die steirische Landwirtschaft retten und damit aber auch die österreichische Wirtschaft, so hat jedes einzelne Mitglied des Hohen Hauses Ursache, dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaft kostendeckende Agrarpreise zugestanden werden. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP und VdU.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Abg. Hofmann.

Abg. Hofmann: (Bei Unruhe das Wort ergreifend.) Ich hoffe, daß sich der Herr Landesrat Illig beruhigt.

Präsident: Ich bitte das Haus um Disziplin!

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Einige der anwesenden Abgeordneten haben mit Recht davon gesprochen, daß die Landflucht für unsere Landwirtschaft bedenklich ist, weil ihr dadurch nicht die nötigen Kräfte zur Bearbeitung des Bodens zur Verfügung stehen. Es werden uns verschiedene Vorschläge gemacht, wie man dem abhelfen könne, etwa ein Pflichtjahr der Jugend, aber ich bin der Meinung, daß dies der Landflucht auch nicht Einhalt gebieten kann. Der Grund dazu ist ein ganz anderer, nämlich der, daß die Landarbeiterbevölkerung heute genau weiß, was ihr bevorsteht, wenn sie alt ist, wenn sie nicht mehr arbeiten kann. Die Leute sagen sich, lieber überall anderswo arbeiten als auf dem Lande, denn auf dem Lande bekommt man, wenn man

einmal alt und arbeitsunfähig ist, nicht jene Betreuung, die der Industriearbeiter in der Stadt erhält, oder ein Arbeiter, der im Gewerbe arbeitet. (Gegenrufe bei ÖVP.) Zweifellos ist das nicht die Schuld der einzelnen Landwirte allein, sondern die Umstände und Verhältnisse auf dem Land von Generationen her sind schuld daran, daß die Menschen als nicht besitzende Landarbeiter ihren Tribut dauernd haben zahlen müssen und daß sie nun, wo sie wissen, daß sie im Alter keine entsprechende Betreuung erhalten, lieber bei der Industrie, in der Stadt, im Gewerbe Arbeit suchen. Das ist die heutige Entwicklung. (Zwischenrufe und Lärm.) Ich möchte auf noch etwas hinweisen. Es ist nicht gut, wenn die Führer der Landwirtschaft hinausgehen und unseren Bauern immer einreden, es gehe ihnen schlecht. Nun gut, darüber kann man reden. Aber den Bauern einzureden, das ganze Elend komme daher, weil sie für ihre Arbeitskräfte so hohe Versicherungsbeiträge usw. zu zahlen hätten, ist bestimmt nicht richtig. Und die Leute glauben das nämlich wirklich und helfen sich so, daß sie ihre Arbeitskräfte einfach nicht anmelden. Wir kennen Fälle, wo sehr maßgebende Führer unserer Landwirtschaft auf Seite der ÖVP es mit der Anmeldung ihrer Arbeitskräfte nicht sehr genau nehmen und die Arbeiter erst dann anmelden, wenn sie dazu gezwungen werden. So etwas trägt natürlich nicht dazu bei, die Landflucht einzudämmen und es trägt auch nicht die Tatsache dazu bei, wenn wir in St. Martin z. B. immer schöne Reden hören, daß die Leute aufs Land gehen sollen als Landarbeiter und andererseits es aber eine Tatsache ist, daß die Söhne und Töchter der Bauern selbst nicht draußen bleiben, sondern alle in die Stadt wollen. Wir sehen bei den Arbeitsämtern, daß sich gerade Bauernsöhne und Bauerntöchter an dieser Landflucht beteiligen und in die Stadt und zur Industrie drängen. Es wäre daher in erster Linie notwendig, gerade den Söhnen und Töchtern der Bauern begreiflich zu machen, daß es in erster Linie ihre Pflicht wäre, die väterlichen Höfe zu übernehmen oder sonstwie in der Landwirtschaft tätig zu sein. (Zwischenrufe bei ÖVP — Unruhe.)

Ich möchte bitten, daß die maßgebenden Funktionäre der Landwirtschaft trachten, daß auch in den Schulplänen mehr als bisher vorgetragen wird, wie sehr die Söhne und Töchter der Bauern selbst in erster Linie verpflichtet sind, sich draußen auf dem Land zu betätigen. Wir haben schon einmal heute gehört vom Kollegen Edlinger, daß wir gerne bereit sind, Ratschläge entgegenzunehmen, nur muß der Rat gut und wirtschaftlich sein. Das ist eine vernünftige Ansicht. Aber diese Ansicht in die Praxis umgesetzt sieht so aus, daß ein Rat bei der Landwirtschaft dann gut und wirtschaftlich ist, wenn er nichts kostet. Man muß auch den Mut haben, den Leuten draußen zu sagen, daß man etwas leisten muß auf dem Gebiet der Sozialversicherung, daß man hier Pflichten hat, die unabwendbar sind.

Herr Landesrat Dr. Illig hat einen Zwischenruf gemacht, als der Herr Abg. Sebastian über die Maschinenhilfe gesprochen hat und meinte, wir fürchten das trojanische Pferd. Ich bin eher überzeugt, daß Sie das fürchten, denn wenn die Sozialistische Partei mit guten Vorschlägen kommt, wie man die Landwirtschaft wirklich wirksam fördern könnte, dann fürchten Sie, wir könnten mehr als bisher in die Dörfer eindringen und dort Einfluß gewinnen und das paßt Ihnen nicht. Nicht die Sorge um die Landwirtschaft, sondern die Sorge um Ihre Machtposition draußen auf dem Lande ist es, was Sie als bedroht empfinden. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Sebastian hat vorhin Beschwerde geführt, daß kein statistisches Material vorhanden sei über die Leistungen der österreichischen Landwirtschaft, über die Produktivität usw. Ich muß dazu sagen, daß er wahrscheinlich die Veröffentlichungen der letzten Zeit nicht oder nur sehr ungenau gelesen hat, denn sonst hätte ihm auffallen müssen, daß das Institut für Wirtschaftsforschung in letzter Zeit sich mehrfach mit diesem Thema ausführlich befaßt hat und ich bin gerne bereit, ihm diese Ziffern zur Verfügung zu stellen.

Dieses Institut, das über alle Zweifel in Bezug auf seine Unparteilichkeit erhaben ist, hat festgestellt, daß die österreichische Landwirtschaft, wenn man die Produktion und den Beschäftigtenstand von 1937 mit 100 annimmt, heute einen Stand von 84 und eine Produktion von 90 aufweist. Das ist eine Produktivität von ungefähr 107%, eine Produktivität, wie sie kaum in einem anderen Berufsstand in Österreich erzielt wurde. Die immerhin sehr imponierenden Produktionsziffern verschiedener österreichischer Industrien werden, wie Sie ganz genau wissen, Kollege Sebastian, dadurch erreicht, daß in diesen Betrieben heute 30, 50 und sogar 100 % mehr Arbeiter sind als vor 1938. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir nicht alles unternommen hätten, um die Produktion zu steigern, aber vielleicht können Sie aus Ihrem eigenen Wirkungskreis berichten, wie die vorhandenen Hindernisse beseitigt werden können. Es hat vor ungefähr einem Jahr eine Situation gegeben, daß ein Meterzentner Weizen einen schlechteren Preis hatte als ein Meterzentner Kalkamonsalpeter. Das hat zur Folge gehabt, daß der Kalkamonsalpeter sich im Winter zu Mengen angehäuft hat und im Frühjahr, als die Amerikaner, die Herren von der Marshallplan-Aktion, gesagt haben, es gehe nicht an, daß der Kunstdünger liegen bleibt, das gäbe ja eine Katastrophe, dann hat der Herr Minister Waldbrunner eine Herabsetzung des Preises für Kalkamonsalpeter verweigert. Da mußten die Amerikaner in den Sack greifen und man sah überall die Plakate hängen „Verbilligungsaktion für Kalkamonsalpeter“. Jeder Bauer, der Kalkamonsalpeter bezieht, bekommt eine Rückvergütung von 35 S pro Meterzentner.“ Sehen Sie, wir sind also ohne

weiteres bereit, in der Produktion mitzuwirken, aber wenn ich einige Ziffern bekanntgeben darf: nach der Preisrelation des heurigen Jahres, im Durchschnitt genommen, mußte der österreichische Bauer 80 Kilogramm Weizen verkaufen, um 100 Kilogramm Stickstoff zu bekommen, der westdeutsche Bauer 40 und der Schweizer 37 Kilogramm. Geben Sie uns die Produktionsbedingungen der westlichen Länder und Sie werden sich über die mangelhafte Leistungsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft nicht mehr zu beklagen haben.

Überall und in allen Wirtschaftskreisen zerbricht man sich den Kopf, was mit der österreichischen Wirtschaft sein würde, wenn die Almosen von jenseits des großen Teiches aufhören, der Marshallplan auslaufen wird. Es ist weniger interessant, ob er am 1. Juli 1952 zu Ende geht oder in reduzierter Form weiterläuft, das ist eine zeitlich beschränkte Sache, die einmal aufhören wird. Man zerbricht sich also den Kopf darüber, wie man die Handelsbilanz verbessern und Devisen gewinnen oder ersparen könne. Wir von der Landwirtschaft hätten einige große, rasch durchführbare Projekte, denn Österreich ist wie geschaffen für den Zuckerrübenbau und die acht modernen Zuckerfabriken in Österreich wären ohneweiteres imstande, das dreifache der jetzigen Zuckerrübenenernte zu verarbeiten, können aber ihre erhöhte Produktionskraft nicht ausnützen, weil unsere österreichischen Bauern infolge des katastrophalen Landarbeitermangels nicht imstande sind, diese Ausdehnung der Zuckerrübenfläche vorzunehmen. Wenn es gelingen würde, das durchzuführen, was man in anderen Ländern, in Westdeutschland, in der Tschechei vor 1938 als normal angesehen hat, einen 4%igen Anteil der Zuckerrübenfläche an der gesamten Ackerfläche, so könnte Österreich nicht nur den eigenen Bedarf decken, sondern auch Zucker im Werte von 80 Millionen Dollar exportieren; denn Zucker ist ein Mangelartikel in der ganzen Welt, weil die Tschechoslowakei als Zuckerexporteur ausgefallen ist und Österreich an seine Stelle treten könnte, wenn die Landarbeiter zur Verfügung wären. Darum halte ich den ganzen Plan mit den Landmaschinenhöfen, dem ich durchaus nicht feindlich gegenüberstehe, für einen Schuß, der am Ziele vorbeigeht.

In der Landwirtschaft haben wir drei Engpässe, davon ist einer ein dauernder Engpaß und zwei sind zeitweilige Engpässe. Der dauernde Engpaß ist der Mangel an Personal für die Betreuung der Tiere. Wir haben Dutzende von vorbildlichen Wirtschaften im Grazer Feld, die im Verlaufe des heurigen Jahres ihren Kuhstand um 20 bis 80 % reduziert haben. Und warum? Weil einfach niemand da war, der die Tiere gefüttert und gemolken hat. Auf diese Weise kann man keine Produktionssteigerung betreiben, das ist der erste Arbeitsengpaß, das spürt der Letztverbraucher in den Städten, da dadurch die Milch knapp geworden ist. Von den zeitweiligen Engpässen ist der eine im Mai/Juni bei der Hack-

arbeit. Wir wissen genau, daß von 1 ha Hackfrucht das doppelte und drei- bis vierfache geerntet werden kann wie bei Getreide, wir können das aber nicht ausnützen, weil die Leute fehlen. Der dritte Engpaß ist im Herbst bei der Ernte der Hackfrüchte. Heuer war der Herbst sehr günstig, im November und Oktober war ein günstiges Wetter, trotzdem waren Anfang November eine große Menge von Rüben ungeerntet am Acker.

Der Vorschlag mit den Landmaschinenhöfen, so gut der Vorschlag gemeint ist, und ich billige Ihnen redliche Absichten zu, ist falsch, denn mit einer Traktorausrüstung, mit einem Pflug und Anhängewagen kann man nur drei Arbeiten verrichten, erstens die Fuhrwerkleistung, zweitens das Ackern und drittens das Mähen. Diese drei Arbeiten sind in der Landwirtschaft bisher immer noch mit der vorhandenen Zugkraft bestritten worden. Wir haben in Steiermark allein eine gesamte Kulturfläche von 650.000 ha Acker- und Wiesenfläche zusammengerechnet. Wenn nun, wie Sie angedeutet haben, ein solcher Landmaschinenhof 100 ha Kulturfläche betreuen soll, müßten 6500 solcher Höfe errichtet werden. Wenn auch ein Teil des Grundes ausfällt, bleibt noch ein Bedarf von 5000 Landmaschinenhöfen, um dieses Programm durchzuführen.

Und noch eines bitte ich, wirken Sie aufrichtig in jenen Kreisen der Sozialistischen Partei, die nicht wie Sie in verhältnismäßig landwirtschaftlicher Umgebung sind. Ich muß, wenn ich sachlich und ehrlich sein will, Ihnen gegenüber feststellen, daß unsere steirischen Sozialisten doch insofern mit Wien nicht ganz linientreu sind, als Sie für die landwirtschaftlichen Verhältnisse Verständnis und Interesse aufgebracht haben. Das hat sich auch gezeigt. (Landesrat Horvatek: „Beweise!“) (Gelächter und Lärm.) Ich habe daheim in meiner Mappe einige Nummern Ihres Zentralorganes der „Wiener Arbeiterzeitung“, ich muß sagen, was diese Mitte Juli heurigen Jahres, als das 5. Lohn- und Preisabkommen seine letzte Feile erhalten hat, sich gegenüber der Landwirtschaft geleistet hat, hat auf einer Kuhhaut nicht mehr Platz. Da war nicht von sachlichen Ratschlägen die Rede, sondern von Ausdrücken, wie z. B. „Kraus schützt die Saboteure“, „agrarischer Wucherer“, „Bauernbundfunktionäre sabotieren die Ablieferung“. (Abg. Sebastian: „Haben Sie auch die Rede des Landwirtschaftsministers gelesen?“) Glauben Sie, daß Sie auf diese Weise beitragen, lassen Sie sich besser informieren und schreiben Sie dann in Ihren Blättern. Der Chefredakteur der „Wiener Arbeiterzeitung“ ist Herr Pollak, ich will den Landtag nicht aufreizen zu Rassenhaß und Antisemitismus, ich habe gehört, daß dieser Herr Pollak ein braver Zionist, ein getreuer Jünger seines Meisters Chaim Weizmann ist, und so wollen wir hoffen, daß auch er eines Tages den Staub Österreichs von seinen Sohlen schütteln und heimkehren wird in das Land seiner Väter, an die Ufer des Jordan. (Landesrat Horvatek: „Woher wissen Sie das?“ — Rufe:

„Schlechter Scherz“, „Unanständigkeit“ — Erregte Gegenrufe bei SPÖ — Lärm — Präsident fordert zu Disziplin auf.) . . . Regen Sie sich nicht auf! Unsere Landwirtschaft ist nicht nur Nährstand des Volkes, sie hat auch bisher beigetragen dadurch, daß Tausende von jungen Menschen alljährlich der Stadt und der Industrie zur Verfügung stehen, daß die Städte ihre Industrie erhalten und weiter ausgedehnt haben. In letzter Zeit konnten wir Erscheinungen beobachten, die uns aufs tiefste beeindruckten, der Rückgang der Geburtenzahl auf dem Lande. Ich muß sagen, ich spreche in elfter Stunde. Mancher von uns, der an der Ostfront war, hat gesehen, wie die russischen Sturmbataillone (Abg. Taurer: „Der zweite Führer!“) förmlich sinnungslos hineingelaufen sind in das mörderische Vernichtungsfeuer der Maschinengewehre, manchen von uns ist es kalt über den Rücken gelaufen und wir haben uns gesagt, dieses Volk blutet sich vollständig aus, jedes andere Volk Europas wäre zugrundegegangen nach solchen Blutopfern. Aber das russische Volk mit seiner ungeheuren Geburtenzahl wird in 10 oder 15 Jahren diese Lücken wieder aufgefüllt haben und wird genau so stark und kräftig wieder dastehen wie vorher. Was wird aber mit Europa werden? Gegen diesen ungeheuren Geburtenrückgang schützt kein Atlantikpakt. Wenn dieses Europa weiter bestehen will als Kulturfaktor, als abendländische Macht, dann muß es zurückfinden zu sich selbst. Nicht die Zahl der Kanonen, sondern die Zahl der Wiegen wird das Schicksal von Europa und damit auch unseres Vaterlandes bestimmen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Lackner: Hohes Haus! Gestatten Sie mir doch noch einmal, daß Ihrer Meinung nach ein Unberufener zu diesem Kapitel das Wort ergreift. Der Herr Abg. Birchbauer hat die soziale Not auf dem Lande gestreift und ist der Meinung, daß sie sogar größer ist als in der Stadt. Jawohl, es ist so, der Herr Abgeordnete hat recht! Denn wenn die soziale Not in die Stadt Einkehr hält, so wird der Betreffende durch die Fürsorge geschützt, am Lande aber nicht. Trotzdem konnten wir gestern hören aus dem Munde des Herrn Abg. Hegenbarth, daß die soziale Fürsorge ein Gebäude sei mit schwerem Dach und ohne Mauern. Wenn dies der Fall wäre und wir die Fürsorge auch auf das Land ausdehnen müssen, so muß der Herr Abg. Hegenbarth doch erkennen, daß auch von dieser Seite ein Teil dazu beigetragen werden muß, um diese Mauern so zu stützen, daß sie dem Dach gerecht werden.

Der Herr Abg. Koller hat im Zusammenhang mit der Landflucht auch die Ehrung von Landarbeitern gestreift. Es ist jetzt üblich, so wie die anderen Kammern, auch in der Landwirtschaftskammer die Landarbeiter zu ehren. Wir begrüßen dies. Aber wie sieht diese Ehrung noch aus? Ich komme dabei zurück auf das Lawinenunglück im Aural, wo eine Hube über Nacht weggefegt wurde und wo zirka 200 Meter im Geviert alles verwüstet war. Der Pächter hat sein einziges Kind und seine letzte Habe verloren

und unter der Lawine lag ein 70jähriger Hüter begraben, der von der Wiege bis zum Grabe in der Landwirtschaft gedient hat. Am Montag darauf wurde der Hüter vom Bergrettungsdienst — und das waren wieder Arbeiter aus der Papierfabrik Pöls — den Schneemassen entrissen und in die Totenkammer nach Bretstein gebracht. Am Dienstag besuchte ich die Unglücksstätte und von dort zurückkehrend, die Totenkammer in Bretstein. Und was mußte ich dort sehen? Der 70jährige Hüter, der ein Leben lang in der Landwirtschaft gedient hat, lag so, wie ihn der Bergrettungsdienst abgeliefert hatte, in einen Jutesack eingewickelt, mit Spagat verschnürt, wie ein Postpaket auf dem Boden, nicht einmal auf dem Aufbahrungstisch. (Bewegung, Rufe: „Hört, hört!“) Ich hielt es für meine Pflicht, mich an den Bürgermeister zu wenden und ihn zu fragen, ob denn so etwas überhaupt möglich sei. Ja, sagte man, bis zum Begräbnis werden wir schon noch etwas richten, jetzt habe ich niemanden da. Der Pächter war auch nicht da, der mußte inzwischen sein Kind in St. Johann begraben. So mußte dieser Landarbeiter bis kurz vor dem Begräbnis dort liegen in seinem Jutesack wie ein Postpaket. Rings umher standen die Schulkinder, die auch einmal Landarbeiter werden sollen. Denen wurde dort buchstäblich vordemonstriert, wie das Ende eines Landarbeiters aussieht. Ich fragte den Bürgermeister, ob sich denn bis jetzt niemand gekümmert habe und was er zu tun gedenke. Ja, sagte er, es war der Bezirkshauptmann da mit einem Abgeordneten, die haben sich erkundigt, die Unglücksstätte aber haben sie nicht besucht. Sie sind dann wieder abgezogen. Auf die Frage, warum er nichts veranlaßt habe, gab er mir zur Antwort, heute ist es halbwegs warm, ich muß schauen, daß ich meinen Mist hinausbringe, ich habe niemanden im Haus, ich kann nicht an alles denken. Sehen Sie, so schaut die Ehrung eines Landarbeiters in Wahrheit aus. Das ist mit ein Grund der Landflucht! Man muß nicht immer finanzielle Mittel in großer Masse aufwenden, aber die Betreuung von Mensch zu Mensch würde hier sehr viel ausmachen.

Und wenn im Anschluß daran der Abgeordnete Birchbauer warnt und förmlich eine Drohung ausspricht, so bedaure ich das sehr. Wir sind nun einmal in diesem österreichischen Haus zusammen auf der Welt und müssen miteinander auskommen (Rufe: „Sehr richtig!“), das können wir aber nicht, wenn wir gegenseitig drohen, sondern nur, wenn wir einen Weg zueinander zu finden versuchen. Und wenn im Zusammenhang mit der Debatte Ihr „Bauernbündler“ zitiert wurde, der das Wort „Klassenkampf“ anführt, so möchte ich nur sagen, daß das Wort „Klassenkampf“ keine sozialistische Erfindung ist, sondern die Erfinder sind jene, die Klassen geschaffen haben. Wir Sozialisten kämpfen für eine Gesellschaftsordnung, in der jedem Menschen, der ehrlich bestrebt ist, sein Brot zu verdienen, ein Platz an der Sonne gesichert sein soll. (Lebhafter Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Taurer: Hohes Haus! Zum erstenmal seit 1945 ist in diesem Haus die Rasse eines Journalisten im Zusammenhang mit seiner politischen Einstellung genannt worden. Es liegt mir vollständig ferne, eine Fraktion mit diesem Tatbestand zu belasten, dafür hat der einzelne Abgeordnete die Verantwortung zu tragen und zu ihm kann ich nur sagen: „Schämen Sie sich!“ (Abg. Hegenbarth: „Na, na!“)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Ich freue mich als Vertreter der Landwirtschaft, daß zur Frage der Landwirtschaft schon von so vielen Seiten heute Stellung genommen worden ist. Ich habe in grundsätzlichen Fragen, wie z. B. zu den Maschinenhöfen und dergleichen nicht mehr viel zu sagen, weil ich bereits in der Generaldebatte und auch schon heute darüber gesprochen habe. Aber die Ausführungen einiger Abgeordneter der Sozialistischen Partei zwingen mich, noch einmal darauf zurückzukommen.

Der Herr Abg. Sebastian hat erklärt, daß es ein Monopol unserer Fraktion wäre, bäuerliche Fragen zu besprechen. Ich muß sagen, ich freue mich immer, wenn ehrlich und offen Fragen der Landwirtschaft von Abgeordneten anderer Parteien aufgezeigt werden, aber ich freue mich nicht, wenn Leute zur Landwirtschaft Stellung nehmen, die selbst recht wenig von der Landwirtschaft verstehen und hier Ratschläge erteilen, die sie lieber ihren Freunden in Wien erteilen sollten, denn dort beginnen ja die Schwierigkeiten (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP), die dazu geführt haben, daß wir in der Landwirtschaft heute eine derartige Notlage haben, von der der Herr Abg. Ebner gesagt hat, daß es so nicht mehr weitergehe. Das sind die Worte, die wir auch in Wien bei den Preisverhandlungen mit den führenden Funktionären der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer vorgebracht haben, aber man hat uns trotzdem gesagt, wir könnten mit einem Milchpreis von 1.40 S auskommen, wir sollten uns halt leistungsfähiges Milchvieh anschaffen, man lehne es ab, eine veraltete Milchwirtschaft zu subventionieren. Die stellen sich die Kühe vor wie eine Wasserleitung (Heiterkeit), wo man stark oder schwach aufdrehen kann, haben keine Ahnung, daß die Viehhaltung in erster Linie eine Futterfrage ist und die Tiere eine ganz besondere Behandlung und Pflege brauchen, bevor sie überhaupt Milch geben. Mit solchen Ratschlägen ist uns nicht geholfen. Die Grundlage der Landwirtschaft wie jeder Wirtschaft, ist heute wie immer die gerechte Entlohnung der Arbeit in dieser Tätigkeit.

Hier ist des öfteren gesprochen worden, daß die Landwirtschaft kein Verständnis für soziale Fragen hat. Abg. Lackner beispielsweise hat angeführt, daß die Landarbeiter nicht die ihnen gebührende Obsorge empfangen. Meine Herren, die Zeiten sind vorüber, wo unsere alten Dienstboten als Einleger mit dem Buckelsack von Haus zu Haus gegangen sind und im Stall liegen

mußten. Wir tun auf diesem Gebiet soviel als wir können. Wenn aber dann die Landwirtschaft im Bausch und Bogen wie die übrige Wirtschaft behandelt wird und man ihr gleichzeitig Einnahmen vorenthält, so ist das unmöglich! In der Landwirtschaft ist die Altersrentenfrage genau so wichtig wie in der übrigen Wirtschaft. Der Landwirt muß an Sozialversicherung gegen 100 S für die Arbeitskraft im Monat bezahlen. Wie sind nun die Verhältnisse in der gewerblichen Wirtschaft? Ich habe heute mit einem Baumeister gesprochen, daß die Verhältnisse für die Landwirtschaft weiterhin untragbar sind, wenn die Löhne für Angehörige der gewerblichen Wirtschaft so hoch sind. Man bezahlte für einen Maurer im Jahre 1937 bei freier Station 7 S pro Tag und heute 108 S. Im Jahre 1937 wurden von diesen 7 S bis S 5.60 dem Arbeiter ausbezahlt und S 1.40 sind für verschiedene soziale Aufwendungen aufgegangen. Heute bekommt dieser Arbeiter von 108 S nur mehr 56 S und alles übrige geht für verschiedene Gebühren und Aufwendungen auf. Das ist eine Belastung der Landwirtschaft, wir müssen die soziale Fürsorge für andere Berufsstände mittragen. Wenn wir für unsere Arbeiter so etwas aufrichten wollen, brauchen wir Grundlagen. Der Maurermeister und der Zimmermeister verrechnet einfach mehr, wenn neue Gebühren kommen und ändert die Rechnung. Was würden Sie sagen, wenn wir heute S 1.80 pro Liter Milch verlangen würden statt S 1.40, was mehr als berechtigt wäre? Dann hätten wir wahrscheinlich einen Aufstand im Lande. Sie dürfen nicht mit zweierlei Maß messen! Es ist üblich, wo Leistungen erbracht werden, müssen auch die entsprechenden Einnahmen hier sein, aber es ist leider so, daß in der Landwirtschaft deshalb niemand bleiben will, weil die Arbeit nicht gebührende Anerkennung findet. Wir sind keine Lohn- und Preisempfänger, können nicht den Kampf um höhere Monatslöhne führen, sondern es ist nur durch den Preis unserer Produkte, durch den Verkauf unserer Arbeitserzeugnisse der Lohn für die Arbeiter in der Landwirtschaft bestimmt. Ich möchte gebeten haben, daß jene Kreise, die dort tätig sind, wo die Würfel fallen, mit mehr Verständnis für die Fragen der Landwirtschaft eingreifen, dann werden auch mehr Möglichkeiten bestehen, die Leistungen von Seiten der Landwirtschaft zu erhöhen. In diesem Sinne muß ich die Einwürfe, die gefallen sind, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Abg. Sebastian hat angeführt, daß die Zuteilung von Beihilfen und Subventionen nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Ich muß hier eines sagen, mir ist bisher mit Ausnahme eines Briefes von Landesrat Matzner, worin er anfragt, warum ein Bauer von Voitsberg seine Düngerstättenbeihilfe noch nicht bekommen hat, kein einziger Fall bekannt, daß jemand gesagt hätte, dieser oder jener sei wegen politischer Einstellung abgelehnt worden. Solche Behauptungen stellen einen billigen Ausweg dar.

Die Beurteilung geschieht draußen bei den Bezirkskammern und wenn Sie berechtigten Anlaß haben, anzunehmen, daß aus politischen Gründen jemand abgelehnt worden sei, so bitte das mir zu melden. Wir können natürlich nicht alle Wünsche erfüllen, es sind Tausende von Ansuchen für Düngerstätten und Stallverbesserungen da und die Mittel genügen nicht. Ich muß solche Pauschalverdächtigungen zurückweisen. (Zustimmungsrufe bei ÖVP.)

Wenn Sie sagen, daß auch die Vertreter der ERP-Kommission mit den Leistungen der Landwirtschaft nicht zufrieden sind, so möchte ich folgendes sagen. Ich bin vor drei Wochen mit zwei Präsidenten der österreichischen Landwirtschaftskammern bei der ECA-Kommission gewesen und habe leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese Herren weitgehend von Vertretern der Gewerkschaft beeinflusst waren und seit neuestem ein Koordinierungsausschuß zwischen dem österreichischen Gewerkschaftsbund und der ECA-Kommission besteht und diese Herren haben ungefähr das gesagt, was Böhm gesagt hat, daß wir immer nur verlangen und keine Leistungen erbringen. Wir haben die Schwierigkeiten dort aufgezeigt. Wie sollen wir die Marktleistungen ziffernmäßig ausweisen, das wäre nur bei einer totalen Bewirtschaftung möglich. Viele Erzeugnisse gehen in Tausenden von Kanälen den Konsumenten zu und kommen nicht auf den Markt, weil der Innenminister gegen jede Vernunft die Stopppreisverordnung auf dem Schweinesektor aufrecht erhält und dadurch die Bauern zwingt, diesen Weg zu beschreiten, weil eben diese Verordnung unmöglich einzuhalten war. Bei solchen Mitteln und Anträgen dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Wirtschaft und die Marktentwicklung solche Wege nimmt. Uns deshalb Vorwürfe zu machen, ist wirklich abwegig.

Ich muß mich auch mit den Ausführungen des Abg. Edlinger beschäftigen. Ich finde es komisch, daß Abg. Edlinger meint, es seien nirgends Maschinengenossenschaften in Wirklichkeit errichtet worden und es handle sich nur um einen Zusammenschluß einiger Bauern. Er hat von der Gründung einer Genossenschaft eine merkwürdige Vorstellung. Wenn eine solche Genossenschaft gegründet wird, müssen im vorhinein die Satzungen festgelegt werden, muß beim Handels- und Genossenschaftsgericht registriert werden, welcher der Funktionäre die Haftung übernimmt. Erst dann, wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, wird eine Genossenschaft anerkannt. Ich kann Ihnen die Liste der 32 Genossenschaften zur Verfügung stellen, leider besteht in Ihrem engeren Tätigkeitsgebiet nur eine, während wir in anderen Bezirken unseres Landes 10 und 12 Maschinengenossenschaften haben.

Wenn weiter behauptet wird, daß wir Bauten aufführen, die überdimensional sind, so, Herr Abg. Edlinger, dürfen Sie sich nicht einbilden, daß die Molkerei in Leibnitz irgendwie erbaut worden ist in keinem Zusammenhang mit der

Leistungsmöglichkeit und -fähigkeit des dortigen Gebietes. Wenn heute die Molkerei nicht entsprechend beschickt ist, bestehen dort, wie ich gestern angeführt habe, viel zu hohe Kraftfuttermittelpreise gegenüber den Preisen der Milch, wodurch heute weitgehende Selbstmarkierung durchgeführt wird und der Produzent seine Milch an die Konsumenten außerhalb der Genossenschaft abgibt. Wenn wir von der Erhöhung des Milchpreises sprechen, wird gesagt, die Erhöhung des Konsumentenpreises ist unmöglich, aber diese berühmte Spanne könnte verringert werden. Ich habe in keinem anderen Lande wie in Österreich eine so niedere Spanne am Milchsektor gefunden. In Westvirginia habe ich mich auch um diese Frage erkundigt, in der Gemeinde Elkins werden 3000 Liter Milch verarbeitet und pasteurisiert an den Konsumenten abgegeben, der Produzent bekommt 10 Cent und der Produzent hat für den Liter 22 Cent zu bezahlen, das ist 120% Aufschlag. In Italien beträgt der Produzentenpreis 30 Lire, in der Stadt kostet die Milch 70 und 80 Lire. Es ist nur durch das Genossenschaftswesen möglich, daß bei einem Produzentenpreis von S 1-40 die Milch mit S 2-04 nach der Zusammenholung aus allen Teilen des Gebietes und nach der molkereimäßigen Behandlung abgegeben wird. Wenn die Molkerei nicht in dem Ausmaß benützt wird, wie wir wünschen, hat das verschiedene Ursachen, die nicht bei uns liegen, genau so wie in allen Produktionszweigen muß die Landwirtschaft die Voraussetzungen zur Produktion haben, damit sie die Ansprüche erfüllen kann. (Zwischenruf Dr. Speck: „Da waren nur 10 % der Kapazität!“) Das ist doch ganz unmöglich! Mir stehen die genauen Zahlen nicht zur Verfügung, aber daß ein gewisses Absinken möglich ist, das ist begründet durch die Schwierigkeiten des heurigen Jahres, die ich bereits angeführt habe. Die Hochwasserschäden haben weitgehend die Fruchternte auch in ihrem Wert herabgesetzt und auch im Nährstoffgehalt, so daß wir heute ohne Kraftfuttermittel niemals die Leistung erbringen können wie früher.

Ich möchte zusammenfassend sagen, wir sind sehr gerne bereit, zuzuhören, wenn verschiedene Abgeordnete verschiedener Fraktionen zur Landwirtschaft sprechen, denn wir bilden uns gar nicht ein, alles zu wissen. Aber eines muß ich feststellen, nämlich, daß uns mit Ratschlägen und Anweisungen nicht genützt ist, wenn man uns die Grundlagen der Produktion ständig vorenthält. Als eines der wichtigsten Ergebnisse meiner Studienreise nach Amerika habe ich die Frage der Markt- und Preisregelung betrachtet. In Amerika ist die Produktion deshalb so angestiegen, weil der Staat dort der landwirtschaftlichen Produktion einen Mindestpreis garantiert und außerdem es auch gestattet, daß der Landwirt gewisse Konjunkturzeiten ausnützen kann. Wenn z. B. der amerikanische Farmer Weizen anbaut, dann weiß er, wieviel er für seine Ernte vom Staat bekommt, ja, der Staat finanziert von vornherein die Ernte bis zu

80 %. (Landesrat Horvatek: „Das ist das Getreidemonopol!“) Wenn aber der Weizen im Preis über den Preis, den der Staat garantiert hat, hinaufsteigt, dann beginnt der Staat zuzuschießen und der Preis fällt, dann kauft der Staat die Produkte auf. Man hat also eine garantierte Preisbildung. Bei uns haben wir das System der nicht gerechten amtlichen Preise. Wenn bei uns der Preis für Nahrungsmittel absinkt, freut sich jeder, daß das Produkt so billig ist, aber keiner denkt daran, daß dadurch die Landwirtschaft weniger hat. Wir haben diese Entwicklung auch in Wien schon öfter vorgebracht, wir haben aber noch nicht das notwendige Verständnis, vor allem auf Ihrer Seite, gefunden. Ich habe schon des öfteren mitgeteilt, daß man hier im Land viel mehr Verständnis für die Fragen der Landwirtschaft hat im Rahmen der Budgetverhandlungen, aber in Wien hat man das Gefühl, daß man über die Mauer nicht hinaus sieht und den Bauer immer als den dicken Herrn mit der goldenen Uhrkette ansieht, der nicht arbeitet und nur seinen Leuten Anweisungen gibt. Sie haben keine Ahnung, daß 85 bis 90 % der Bauern die ersten und letzten Arbeiter auf ihrem eigenen Hof sind. Es gibt nicht nur eine soziale Frage der Arbeiter, sondern auch eine soziale Frage der Selbständigen. Es gibt viele Bergbauern, die unter Umständen hausen, die man nur mit unsozial bezeichnen kann. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP.) Wir sind nicht in der Lage, ihnen für ihre Arbeit das zu bieten, was man den anderen Arbeitern ohne weiteres zugesteht. Ich bitte daher um etwas mehr Verständnis für diese Fragen im positiven Sinn, dann sind wir gerne bereit, auch in dieser Richtung hinsichtlich der sozialen Frage das zu tun, was wir tun sollen. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Opershall: Hoher Landtag! Wenn man die heutige Debatte verfolgt, so hat man den Eindruck, daß die ÖVP-Fraktion offensichtlich bemüht ist, uns das Recht abzusprechen, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. (Zwischenrufe bei ÖVP: „Gar nicht!“) Das ist wiederholt festgestellt worden und als sich der Herr Kollege Lackner zum Wort gemeldet hat, hat es wieder geheißen, ein Unberufener. (Zwischenruf: „Das hat er ja selbst gesagt!“)

Es handelt sich hier um folgendes: Im Steiermärkischen Landtag und nicht nur im Steiermärkischen Landtag allein, sondern überhaupt in Österreich, darf ein Sozialist sich nicht anmaßen, sich für die Landwirtschaft einzusetzen. Es wird uns immer vorgeworfen, daß die Sozialisten sich gegen die Landbevölkerung stellen. Wer die Debatte heute verfolgt hat, kann feststellen, daß die Landarbeiter in die Stadt fliehen. Warum? Weil sie dort bessere soziale Bedingungen vorfinden. Und warum? Weil dort die Gewerkschaft im jahrzehntelangen Kampf gegen Ihre Meinung und gegen Ihre Anschauung es durchgesetzt hat, daß der Industriearbeiter ein Leben führen kann, das eben für die Landarbeiter einen Anreiz bietet, in die

Stadt zu gehen. Sie, meine Herren von der Gegenseite, und sehr viele Bauernvertreter haben ja seit Jahrzehnten und Jahrhunderten das alleinige Monopol gehabt, die Bauern zu retten und zu vertreten. Ihr Erfolg scheint aber gering gewesen zu sein. Wenn jetzt die Leute von Ihnen fliehen und wir neue Methoden zum Vorschlag bringen und Ihnen Ratschläge geben, dann werden sie nicht entgegengenommen.

Es hat sich z. B. um die Frage der Maschinenhilfe gedreht, um eine neue Sache, die sich in einem anderen Bundesland bereits bewährt hat. Nicht einer von Ihnen ist bereit, zu sagen, na gut, probieren wir das einmal. Sie haben nicht einmal Selbstvertrauen in ihre eigene Vertretung, denn wer würde diese Maschinenhöfe führen? Doch das Referat des Herrn Landesrates Prirsch! Haben Sie so wenig Selbstvertrauen, daß Sie das nicht zusammenbringen, was Kärnten zusammenbringt? Ich glaube doch, daß Sie auch die Wünsche und Bedürfnisse der Bauern im Lande kennen und dort Maschinen hinstellen, wo sie notwendig sind. Sie tun das mit einer Lächerlichkeit ab und erklären, wenn wir Maschinenhöfe einrichten, dann brauchen wir gleich 1000 Maschinenhöfe. Das ist unernst, das heißt die Sache ins Lächerliche ziehen und darum dreht es sich. Aber Sie fürchten das, was Sie auch in Kärnten bei der Bauernkammerwahl zur Kenntnis nehmen mußten, daß in diesem Land, wo die Maschinenhöfe eingeführt werden — ich gebe zu, daß das noch nicht Ihre Machtposition erschüttern wird — Sie politisch ins Hintertreffen kommen werden, weil Sie bisher noch nicht imstande waren, der Bauernschaft jene Lebensweise zu geben, die dem Landarbeiter und dem Bauern einen Anreiz bietet, auf dem Lande zu bleiben.

Es werden hier Vergleiche herangezogen mit Amerika und anderen Ländern. Das sind ja ganz anders geartete Länder und Landwirtschaften, mit denen man uns gar nicht vergleichen kann. Aber eines können wir sagen, wenn Sie so fortfahren, wie Sie es jetzt mit der Bauernhilfe tun, werden Ihnen die Bauern mit der Zeit politisch und wirtschaftlich verloren gehen. Das ist das Facit Ihrer Politik. Wenn Sie die Preisfrage berühren und sagen, Präsident Böhm habe erklärt, daß er in der Preisfrage die Ansicht der Bauernvertreter nicht teile, so muß ich ihm aus dem einfachen Grund Recht geben, weil wir in einer Zeit, als die Inlandspreise höher gewesen sind als die Weltmarktpreise, das Getreidemonopol verlangt haben, Sie aber dagegen waren. Sie glaubten, mit Zöllen ließe sich das aufrecht erhalten. Und wohin ist es gekommen? Heute ist es umgekehrt, heute sind die Weltmarktpreise höher, als Sie für Ihre Produkte erhalten. Wir haben in der Industrie auch noch keine Weltmarktlöhne und auch noch keinen Weltlebensstandard, weder der Arbeiter noch der Angestellte. Wenn wir Wirtschaftssaboteure da und dort anprangern und Präsident Böhm von Ablieferungssaboteuren gesprochen hat, so ist damit keine Pauschalverdächtigung ausgespro-

chen. Herr Präsident Wallner hat sich gegen die „Kanalwirtschaft“ gewendet, nämlich, daß die Lebensmittel, für deren Produktion wir ungeheure Mittel aus der ECA-Aktion, aus Bundes- und Landesmitteln verwendet haben, in die sogenannten Kanäle, wie Sie ja selbst zugeben, hineingeflossen sind.

Wenn Steuergelder verwendet werden, hat das Volk das Recht, entsprechend mitzureden. Wir wollen keine Kluft zwischen dem Landvolk, zwischen den Bauern und den Arbeitern. Wir bemühen uns Jahr um Jahr, Jahrzehnte um Jahrzehnte darum, diese Kluft zu schließen. Ihnen ist aber darum zu tun, diese Kluft aufrechtzuerhalten. Wenn der Bauer sagt, daß die Industriearbeiterschaft in der Stadt es gelernt hat, bessere Reden zu führen, so ist das doch nur deshalb der Fall, weil sie eine bessere Führung haben. Sie wollen ein gemeinsames Arbeiten verhindern, reißen Sie endlich den Vorhang nieder, dann werden wir gemeinsam an die Arbeit gehen. Sagen Sie nicht immer: „Was von Euch kommt, ist nicht richtig.“ Ich bitte Sie darum und ich glaube, wir würden im Interesse des gesamten Volkes handeln, wenn wir gemeinsam an die Arbeit gehen und gemeinsam die Not meistern. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Das Kapitel 7 hat es in sich, eine Menge guter, wohlgemeinter Ratschläge und Vorschläge auszulösen. Wenn ich kurz noch einige Worte dazu sagen darf, so folgendes:

Abg. Schlacher hat sich ausführlich mit dem Feuerwehrwesen befaßt. Ich begrüße es und danke ihm für seine Worte. Ich möchte nur kurz noch berichten, daß der Ausbau des Feuerwehrwesens auf Grund eines Landesgesetzes erfolgt ist. Es sind die entsprechenden Verordnungen erlassen worden, die Uniformvorschriften herausgekommen, daß auf dem linken Ärmel der Feuerwehrmann trotz mancher Bedenken das Landeswappen trägt. Der Landtag wird sich in der nächsten Zeit mit der Schaffung eines Ehrenzeichens zu befassen haben, nachdem diese Frage nun Landessache geworden ist und auch die Umbildung der einzelnen Feuerwehren in den Gemeinden draußen als Körperschaften des öffentlichen Rechtes, man heißt das „registrieren“, also die Registrierung der Feuerwehren, ist im Gange. Die Leistungen der steirischen Feuerwehren sind unbestritten. Gerade im heurigen Jahr waren leider Gottes wieder eine Menge von Katastrophenfällen zu verzeichnen, bei denen der Einsatz der Feuerwehren sich wirklich hervorragend ausgewirkt hat. Aber das Leben, die Ratschläge und die Wohlmeinung allein genügen nicht. Hinsichtlich der Feuerwehren ist zu begrüßen, daß wir gegen den anfänglich bewilligten Betrag immerhin jetzt durch die heutigen Beschlüsse noch 800.000 S dazugeben werden. Die Feuerwehren brauchen dieses Geld. 500.000 S wurden in der Landesregierung auf Grund unseres Kampfes bewilligt, 300.000 S sind noch in der Sitzung des Finanzausschusses dazugekommen, wodurch 800.000 S

den Feuerwehren mehr zugewendet werden können. Die Feuerwehren benötigen dieses Geld. Wir werden es gut und zweckmäßig anwenden. Es soll vor allem den Wünschen nach besseren Löschwasserbezugsstellen Rechnung getragen werden. Für Autoanschaffungen haben wir nichts mehr übrig, das muß gesagt werden. Geräte, Schläuche sollen beschafft werden und wir stellen uns vor, etwas mehr für den Brandschutz zu tun. Es wird zu überlegen sein und in der Landesregierung zu erörtern, ob wir nicht der Blitzgefahr dadurch entgegenwirken könnten, daß wir in verschiedenen Gebieten, in blitzgefährdeten Gebieten der Steiermark einige offizielle Musteranlagen dadurch anregen, daß wir aus diesem Titel einen kleinen Anreiz in Form (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Nur bei armen Besitzern!“) Ich bin immer für die Kleinen gewesen, in dieser Hinsicht halte ich jede Konkurrenz mit der linken Seite aus. (Heiterkeit.)

Hohes Haus! Ich darf auch bemerken, daß es in letzter Zeit gelungen ist, im Einvernehmen mit Herrn Landesrat Horvatek auch diese zwei Organisationen, das Rote Kreuz und die Feuerwehr, irgendwie einander näherzubringen und wir haben die feste Absicht, hier eine Zusammenarbeit zu erreichen, die sich zum Wohle beider Organisationen und damit der steirischen Bevölkerung auswirken wird.

Hoher Landtag! Nun zu der Landarbeiterkammer! Ich begrüße den Antrag, daß die Landesregierung aufgefordert wird, die Abhaltung der Wahl vorzubereiten. Ich möchte aber gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir seit Beschlußfassung des Gesetzes über die Errichtung der Landarbeiterkammer bemüht sind, die Wahlvorschriften oder Wahlordnung zu erstellen. Wir haben zuerst auf Grund eines Regierungsbeschlusses die provisorische Kammerleitung bestellt. Wir sind bemüht, im Einvernehmen mit dieser provisorischen Kammerleitung nun auch diese Wahlordnung zu erstellen. Es ist eine etwas schwierige Materie, vor allem die Erfassung der Wähler, besonders aber infolge der drei Sektionen, die (Landesrat Horvatek: „Schwierigkeiten sind dazu da, gemeistert zu werden.“) im Landarbeiterkammergesetz vorgesehen werden. Diese Schwierigkeiten werden gemeistert werden, ich möchte mir aber nicht nachsagen lassen, überhetzte Arbeit geleistet zu haben. Ich kenne die Sache bei diesen Verordnungen, Sie sind leicht geneigt, uns allerhand zuzuschreiben und zu sagen, wir hätten da etwas vor. Auf Grund dieser Erfahrungen bin ich hier etwas vorsichtig, das liegt auf der allgemein gewünschten Ebene. Aber ich darf Sie versichern, daß die Wahlen in die Landarbeiterkammer, soweit es auf mich und die zuständige Abteilung ankommt, im Jahre 1952 durchgeführt werden. Erwähnt sei, aber nicht als Entschuldigung, sondern als kleiner Hinweis: In der Steiermark besteht schon eine provisorische Landarbeiterkammerleitung und arbeitet zum Wohle unserer ländlichen Arbeitnehmer. Das Land Kärnten

hat zwar auch seit 1½ Jahren ein Landarbeiterkammergesetz. Es ist aber nur auf dem Papier, es gibt weder eine provisorische Landarbeiterkammer, geschweige denn eine Wahlordnung.

Nun, Hoher Landtag, so wichtig die Landarbeiterkammerwahlen auch sind, so erscheint mir nicht minder wichtig die Frage, was das Land Steiermark für diese Landarbeiterkammer zu geben bereit ist. Hier muß ich sagen, daß die Landarbeiterkammer mit uns nicht ganz zufrieden sein wird. Sie hat uns einen Wunschzettel vorgelegt, in diesem waren für Eigenheimbauten 2 Millionen Schilling erbeten. Ich habe auch darum gebeten, aber das hat mir eine ernste Rüge des Herrn Finanzreferenten eingetragen. Für Familiengründungsbeihilfen waren 350.000 S erbeten, für Ehrungsaktionen 300.000 S, für den Ankauf eines Erholungsheimes — auch das ist auf Widerspruch gestoßen — 200.000 S und für die Anschaffung eines Tonfilmwagens 100.000 S, der übrigens für die Wahl ein wichtiges Gerät gewesen wäre. Hoher Landtag! Im Budget finden Sie für Wohnungsbeihilfen 300.000 S vor. Ich darf auch erwähnen, daß wir ja aus dem normalen Wohnungs- und Siedlungsfonds auch in gewissen Fällen Land- und Forstarbeitern beigeprungen sind. An Treueprämien finden Sie den Betrag von 250.000 S und es ist uns gelungen, in der Regierungssitzung als Familiengründungsbeihilfen den Betrag von 200.000 S einzusetzen. Erholungsheim und Tonfilmwagen sind, ich muß es als zuständiger Referent bedauern, gefallen. (Abg. Operschall: „Ich glaube, Sie werden schon einen vom Bauernbund kriegen!“ — Heiterkeit.)

Hoher Landtag! In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Titel im Budget erwähnen, der sich nennt „Seßhaftmachung Volksdeutscher“ und „Beitrag zur steirischen Bürgerschaftsgenossenschaft“. Eine Million Schilling ist immerhin auch ein ganz wesentlicher Betrag, der hier für die Ansiedlung Heimatvertriebener verwendet werden soll. In welcher Art diese Million gegeben wird, das ist noch nicht ganz geklärt. Ich glaube, diese Million wird im Wege des Vereines „Heimat Österreich“ gegeben werden.

Ich darf auch erwähnen, daß wir für das Jahr 1952 zum ersten Mal einen Titel im Budget haben mit der Bezeichnung „Beihilfen zur Seßhaftmachung und Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitern, Pächtern und Kleinbauern“. Hiefür sind 750.000 S vorgesehen, die ja nicht nur als Beihilfe gegeben werden, sondern, die in vielen Fällen geradezu wirtschaftserhaltend wirken können, wenn wir aus diesem Titel entsprechend niedrig verzinsliche Darlehen auf lange Zeit gewähren können. Jedenfalls ist hier das Land Steiermark einen Weg gegangen, der wirklich den „Kleinen“ unter der Landbevölkerung helfen soll.

Der Ausbau der Landwirtschaftsschulen hat sich in einem wirklich großzügigen Ausmaß vollzogen und wenn der Herr Abg. Edlinger das anerkannt hat, so danke ich ihm dafür. Wenn

er aber der Meinung gewesen ist, daß diese Schulen nicht entsprechend besucht werden, so stimmt das nicht. Wir haben in unseren landwirtschaftlichen Fachschulen — ich habe die Liste auch im Finanzausschuß vorgelesen — noch nie einen so starken Besuch aufgewiesen wie jetzt. Was Silberberg anlangt, ist es so, daß der nächste Jahreskurs mit Jänner beginnen wird. Es ist anzunehmen, daß bis dahin noch mindestens 15 neue Meldungen kommen, so daß wir für den Jahreskurs mit einem Belag von mindestens 30 Schülern rechnen können. Ich muß aber ebenso erklären, daß das Abhalten von Jahreskursen in unseren Fachschulen infolge Geldmangels und Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, so daß wir auch in Grabnerhof auf Winter- und Halbjahreskurse übergehen mußten, und wir selbstverständlich auch in Silberberg neben dem Jahreskurs noch Winterkurse einführen müssen. Der Neubau in Silberberg soll auch für Kurzurse im Obst- und Weinbau dienen. Ich bin der Überzeugung, daß dieses Haus und das Internatsgebäude restlos ausgenützt werden können, vor allem, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß die mittel- und untersteirischen Weinbauern von diesen Ausbildungsmöglichkeiten nicht reichlich Gebrauch machen.

Wir haben in den letzten Jahren für den Um- und Ausbau der Landwirtschaftsschulen schon viel getan, vor allem der Internate. Man darf aber nicht vergessen, daß wir in den nächsten Jahren für die Einrichtung der Schulwirtschaften in diesem Zusammenhang noch große Opfer werden bringen müssen.

Zu dem Vorwurf, die Landwirtschaft habe die ERP-Mittel nicht richtig angewendet bzw. die Subventionen seien Kreisen zugeflossen, die sie nicht so sehr gebraucht hätten, darf ich folgendes erwähnen. Der größte Subventionsempfänger aus den ERP-Mitteln ist das Land Steiermark selbst. Wir haben aus ERP-Mitteln für den Ausbau unserer Landwirtschaftsschulen, die letzten Endes doch Landesbesitz darstellen, fast 9 Millionen Schilling erhalten. Dieses Opfer hat die steirische Bauernschaft zugunsten der Fortbildung der landwirtschaftlichen Jugend gebracht. Das wird oft übersehen und verdient nach meiner Auffassung aufgezeigt zu werden. Ich darf noch einmal erwähnen, daß diese 9 Millionen Schilling keine Darlehen, sondern eine ausgesprochene Subvention darstellen.

Meine sehr Verehrten! Wir sind überzeugt, daß manche Schwierigkeiten, die heute in Österreich zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft bestehen, leichter zu lösen wären, wenn wir auch auf Seite der Produktivität, und das ist Fortschritt, Wissen und Können, vorwärtsschreiten.

Es hat der Herr Abg. Birchbauer — er ist zwar nicht da, aber das macht nichts — zu dem Kapitel Meliorationen gesprochen. Er hat gemeint, man müsse die Entwässerung mehr ins Auge fassen. Dazu kann ich sagen, daß wir auch beim

Kapitel „Entwässerung“ zu dem ursprünglichen Betrag in der Regierungssitzung noch 600.000 S dazusetzen haben. Andererseits steht es fest, daß für Meliorationen im Jahre 1952 ERP-Mittel nicht mehr in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen und daß wir vor allem mit unseren großen Entwässerungsvorhaben in gewisse Schwierigkeiten kommen werden. Ich verstehe vollkommen den Wunsch des Herrn Abg. Egger hinsichtlich des Ennstales, aber das ist ein Millionenprojekt und es wird dieses Projekt erst dann verwirklicht werden können, wenn das nötige Geld und die Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir werden für 1953 vor allem die maschinelle Ausrüstung dieser technischen Abteilung vorwärtstreiben müssen.

Ich glaube, Herr Abg. Birchbauer hat auf die Bekämpfung der San-José-Schildlaus hingewiesen. Kammer und Land stehen hier auf dem Standpunkte, helfen soweit als möglich. Aber die öffentliche Hand allein ist nicht in der Lage, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, sie ist finanziell nicht in der Lage. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben und dürfen vor allem beim Obstbau nicht den Eindruck erwecken, als ob es heute oder morgen möglich wäre, hier die entsprechenden öffentlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich würde jedem, dem das einfällt, raten, daß er einmal die Spritzmittelkosten seines Dorfes zusammenrechnet und die gesamten Gemeindecinnahmen dem gegenüberstellt, es würde sich nur zeigen, daß die gesamten Gemeindecinnahmen nicht reichen, um die Spritzmittel zu kaufen. Wir haben hier der Kammer die Möglichkeit gegeben, 10 neue Baumwärter anzustellen. Ich habe nur den Wunsch, daß das Menschen sind, die gerne das Strahlrohr in die Hand nehmen. Ich darf in dem Zusammenhang auch die Verordnungen zum Pflanzenschutzgesetz erwähnen. Sie sind erfolglos, wenn hinsichtlich der Obstbaumschädlinge, des Kartoffelkäfers und der übrigen Schädlinge nicht die willige Mitwirkung der Bevölkerung erreicht wird. Der Ruf nach mehr Mitteln würde von mir gerne erfüllt, aber die Grenze des Möglichen, so wurde mir auf der Finanzseite gesagt, sei erreicht. Wir müssen uns deshalb für heuer mit den eingesetzten Beträgen begnügen. Ich möchte aufmerksam machen, daß die Schweinelähmung uns im verflossenen Jahre ernstliche Sorge bereitet hat und daß wir jetzt neuen großen Gefahren für unseren Bauernstand gegenüberstehen. Die Maul- und Klauenseuche ist an den Grenzen unseres Landes (Gloggnitz, Mattsee, Oberösterreich und Salzburg). Es wird notwendig sein, daß wir alle die Bevölkerung bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit der veterinärpolizeilichen Abwehrmaßnahmen hinweisen.

Hohes Haus! Die Förderung der Landwirtschaft durch die Landwirtschaftskammer hat sich als richtig und als zweckmäßig erwiesen. Ich darf feststellen, daß die Arbeit der Bauernkammern eine überaus vorzügliche ist. Die stei-

rische Kammer leistet hinsichtlich der Aufklärung, der Förderung, der Hebung der Produktivität, der Erfassung der Landjugend und selbstverständlich in der Vertretung der bäuerlichen Interessen gegen jedermann ihr bestes. Eine Kritik, eine sachliche Kritik ist hier wohl schwer möglich. Ich darf sagen, die steirische Bauernkammer ist führend in der österreichischen Agrarpolitik. Ich bin überzeugt, wenn die österreichische Agrarpolitik in Graz gemacht werden könnte, das ist auch eine Anerkennung für Sie (zur SPÖ gewendet), würden wir schon über manche Schwierigkeiten hinaus sein.

Nun, Hoher Landtag! Der mir liebe Herr Abg. Sebastian hat auf Landesrat Dr. Illigs zarte Hände angespielt. Diesen sinnvollen Hinweis auf unseren werten Freund Dr. Illig möchte ich damit erwidern: Ich glaube, auch die Hände des Herrn Abg. Sebastian sind nicht allzuvoll der Schwielen. (Heiterkeit.) Aber darf ich ein Gothewort variieren, vielleicht ist es aus den Wahlverwandtschaften, ich weiß es nicht genau, das sagt: „Nicht nur das Angeborene allein, sondern das Erworbene macht den Menschen.“ (Gelächter.) Ich bin überzeugt, daß Abg. Sebastian noch recht viele Kenntnisse über die Landwirtschaft erwerben wird.

Was er über die ERP-Berichte gesagt hat, so ist dazu zu bemerken, es mag ja manches richtig sein, es steht aber auch für die anderen Gruppen nicht allzuviel Schmeichelhaftes darinnen.

Ich glaube, im wesentlichen zu den vorgebrachten Beschwerden und Wünschen Stellung genommen zu haben. Eines muß ich noch sagen: Die Produktivität der Landwirtschaft ist selbstverständlich wesentlich gestiegen. Ich habe hier für die Steiermark eine Zusammenstellung, aus der ergibt sich, daß die steirische Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren an Agrarfläche, an landwirtschaftlicher Nutzungsfläche 16.000 ha verloren hat. Wenn man den Milchertrag 1937 und 1950 gegenüberstellt, so ergeben sich folgende Zahlen: Milchertrag je Kuh und Jahr war 1937 rund 1600 l, 1950 rund 1700 l. Es ist die Zahl der Kühe noch nicht auf jenem Stand, wie er 1937 war. Das ist nicht unwesentlich darauf zurückzuführen, daß es an Viehpflégern fehlt. Ich möchte Sie nicht mit weiteren Aufzählungen langweilen. Ich empfehle Ihnen hier diesen Informationsdienst der Steirischen Bauernkammer, den jeder nach allen Regeln der Kunst überprüfen kann, worin alle diese Zahlen enthalten sind.

Nur noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Abg. Taurer. Ich halte nichts für gefährlicher, als zu sagen, wir sind in Österreich an dem Getreidebau nicht interessiert. Es ist richtig, daß der Getreidebau, wirtschaftlich gesehen, derzeit nicht interessant ist, daß wir mit dem Getreidebau jetzt und vielleicht auch in Zukunft in Schwierigkeiten kommen werden. Aber nach meiner Auffassung hätte man von 1945 an für zwei Agrarprodukte überall volles Verständnis aufbringen müssen, für Brot und Milch. Soweit die Milch in Frage kommt, ist

letzten Endes zum Teil die Fettfrage zu lösen. Das Inlandgetreide werden wir auch in der Zukunft brauchen. Ich bin der Überzeugung, jede zielbewußte Agrarpolitik in Österreich muß dazu beitragen, um unsere Getreideproduktion möglichst zu steigern. Der Laib Brot in der eigenen Tischlade ist immerhin noch sicherer als ein Schiff mit viel Tonnage, das ferne im Weltmeer schwimmt.

Ich bin also der Überzeugung, daß es doch möglich sein muß, die Relation zwischen Agrarpreis und den Bedürfnissen des Bauern in absehbarer Zeit in Ordnung zu bringen. Fern von aller Politik ist das nach meiner Auffassung geradezu eine Schlüsselfrage des österreichischen Volkes. Es ist nicht so, wie Sie uns glauben machen wollen, daß Sie keine Politik ins Land hinaustragen. Ich darf erinnern, daß Sie vor kurzem in Bruck a. d. Mur eine Tagung des Arbeitsbauernbundes abgehalten haben. Und wenn Sie heute so versicherten, das sei keine politische Frage, da habe ich an diese Tagung denken müssen. Der Bericht darüber hat mich erschüttert. Man hat dort nämlich die einzige Möglichkeit, der Landwirtschaft zu helfen, darin gesehen, daß man erklärte, auch im Dorf gebe es Klassen. Herr Dr. Kautsky sagte laut Arbeitsbauernbündler: „Im Dorf gibt es auch Klassen und wir müssen, um politisch im Dorf Fuß zu fassen, diese Klassenunterschiede ausnützen.“ Ich glaube, wenn wir in dieser Schicksalsfrage weiterkommen wollen, dann dürfen wir diesen Weg, nämlich den Kampf auch ins Dorf zu tragen, nicht gehen. (Starker Beifall und Bravo-rufe bei ÖVP und VdU.)

Präsident: Der Berichtstatter hat das Schlußwort.

Berichtstatter Abg. **Ertl:** Hoher Landtag! In der Gruppe 7 wurden die einzelnen Abschnitte eingehend erörtert und von Fachleuten und Nichtfachleuten entsprechend zerpflückt. Aber ich darf mit Beruhigung feststellen, daß allseits anerkannt wurde, daß das Fundament eines geordneten Staates ein lebens- und produktionsfähiger Bauernstand ist. Die Erfahrungen haben bewiesen, daß auch die Bauernschaft in den vergangenen Jahren der Garant für Ruhe, Frieden und Ordnung im Saate war. Ein altes Sprichwort sagt: „Willst du wissen, wie es in einem Staate steht, dann schau, wie es seinen Bauern geht.“

Ich darf abschließend den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß die verantwortungsbewußten Volksvertreter dieses Hauses auch ihre künftige Arbeit nach diesen Tatsachen ausrichten, dann braucht uns um den Bestand unseres geliebten Vaterlandes nicht bange zu sein.

Ich bitte das Hohe Haus, die Ansätze der Gruppe 7, die alle im Finanzausschuß erörtert worden sind, anzunehmen.

Präsident: Ich werde nun entsprechend der Ankündigung zuerst den Minderheitsantrag des Abg. Taurer, betreffend die Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, bzw. die Einrich-

tung einer Landmaschinenhilfe, zur Abstimmung bringen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist daher abgelehnt. (Zwischenruf: „Eroberung des Dorfes bis auf weiteres zurückgestellt!“)

Ich komme nun zur Abstimmung über Gruppe 7 und ersuche die Abgeordneten, die mit dieser Gruppe und mit den Abänderungs- und Zusatzanträgen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zu

Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen.“

Berichtstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Wurm:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe umfaßt in 5 Abschnitten die wirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Landes Steiermark. An Ausgaben ist in dieser Gruppe der Betrag von 19.470.300 S vorgesehen, an Einnahmen ein Betrag von 9.980.600 S, so daß der Zuschuß des Landes 9.489.700 S beträgt. Den größten Aufwand erfordert der Abschnitt 83, Landesbahnen. Doch erfreulicherweise konnte der Zuschußbedarf des Landes von 4.098.990 S im Jahre 1951 auf 3.918.000 S im Jahre 1952 vermindert werden.

Der Abschnitt 83 behandelt die Unternehmungen und Verkehrsförderung. In diesem Abschnitt ist bereits ein Ertrag der Schöcklseilbahn von 35.000 S ausgewiesen. Der Abschnitt 86 teilt sich in zwei Unterabschnitte, landwirtschaftliche Betriebe und forstwirtschaftliche Unternehmungen. Im Untervoranschlag weisen die landwirtschaftlichen Betriebe zwar einen Überschuß von 878.300 S auf, für Investitionen und Neuanschaffungen ist jedoch ein Betrag von 2.236.600 S veranschlagt, so daß dennoch ein Zuschußbedarf des Landes von 1.358.300 S notwendig ist. Der Unterabschnitt „Forstwirtschaftliche Unternehmungen“ wird in den Wirtschaftsplänen 3—7 näher erläutert. Obwohl alle Unternehmungen Erträge aufweisen, ist ein Zuschußbedarf für Investitionen von insgesamt 1.959.400 S notwendig. Die Abschnitte 86, 87 und 89 betreffen industrielle, gewerbliche und sonstige Unternehmungen. Sie werden in den Wirtschaftsplänen 8 und 9 und in den Untervoranschlägen näher erläutert. Ausgaben und Einnahmen decken sich.

Zur Gruppe 8 wurden keine Abänderungsanträge im Finanzausschuß gestellt. Namens des Finanzausschusses beantrage ich, das Hohe Haus möge die Gruppe 8 genehmigen.

Abg. **Hirsch:** Ich möchte ganz kurz zu den Landesbahnen Stellung nehmen. Zur Erläuterung möchte ich betonen, daß die Landesbahnen insgesamt über 200 Betriebskilometer befahren,

und zwar auf 7 verschiedenen Linien und dazu noch 300 Betriebskilometer Autolinien unterhalten. Für die Leistungen der Landesbahnen sprechen einige Zahlen. Es betrug der Personenverkehr im vergangenen Jahre 1,300.000 Personen. Davon waren 200.000 Arbeiter und Angestellte und 150.000 Schüler. Im Güterverkehr wurden über 650.000 Tonnen befördert. Hohes Haus! Wenn es dem Referenten, Herrn Landesrat Dr. Illig, gelungen ist, das Defizit auf 3,800.000 S herunterzudrücken und wenn es ihm gelungen ist, trotz zweier vorangegangener Preis- und Lohnübereinkommen, so hat er uns damit einen praktischen Beweis einer möglichen Verwaltungsreform geliefert. Er hat im Einvernehmen mit der Direktion der Landesbahnen und dem Personalausschuß es fertiggebracht, den Personalstand und die Verwaltung der Landesbahnen so zu erstellen, daß heute die steirischen Landesbahnen den niedrigsten Personalstand sämtlicher europäischer Eisenbahnen überhaupt haben. Es fallen pro Betriebskilometer 2 Mann an, und zwar einschließlich Verwaltung, Werkstättenpersonal und Innendienst. Ich glaube, wir können hiefür dem Referenten und der Direktion sowie dem Personal der Landesbahnen unseren Dank aussprechen. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile daher dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichtersatter Abg. **Wurm:** Ich verzichte.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche den Anträgen des Berichterstatters zu Gruppe 8 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung“.

Berichterstatter ist Abg. **Hofmann**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Hofmann:** Hohes Haus!

Der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, eingehend beschäftigt. Die Vorlage haben Sie in Händen, die Abänderungsanträge ebenfalls. Wichtig ist bloß zu sagen, daß die präliminierten Verstärkungsmittel von 3 Millionen Schilling durch einen einhelligen Beschluß des Finanzausschusses auf 500.000 S gesenkt wurden. Ich beantrage, den Anträgen des Finanzausschusses bezüglich Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! In dieses Kapitel fällt das Liegenschaftsvermögen und entnehmen wir aus den Erläuterungen, daß es sich um einen Realbesitz von 51 Objekten handelt. Es ist selbstverständlich, daß ein erheblicher Teil dieser Objekte dem Eigenbedarf des Landes dient, sei es für Ämter, sei es für Bedienstete.

Immerhin gibt aber ein so großer Hausbesitz doch ein gewisses Durchschnittsbild über die Ertragsmöglichkeiten, die dieses Vermögen des Landes bietet. Ich nehme nur die rohen Ziffern und da finden Sie auf der Einnahmenseite rund 500.000 S, auf der Ausgabenseite rund 1,200.000 S präliminiert. Es ist somit ein Abgang von 700.000 S zu verzeichnen. In den präliminierten Ziffern sind die Auswirkungen der letzten Mietengesetznovelle bereits berücksichtigt. Da die Instandhaltungen und Instandsetzungen zusammen mit 850.000 S präliminiert sind, ergibt sich, daß nur 150.000 S hievon aus den Einnahmen gedeckt werden könnten, also rund ein Fünftel. Ich werfe die Instandsetzungen mit den Instandhaltungen zusammen, weil wir diese selbst zu bezahlen haben werden und die Instandsetzungen nichts anderes sind, als in den letzten Jahren zwangsläufig versäumte Instandhaltungen. Also ein Fünftel der Kosten ist gedeckt. Die Folgerung, die sich wirtschaftlich daraus ziehen läßt, ist selbstverständlich.

Der Landesfinanzreferent hat in einer Replik auf die Äußerung eines Abgeordneten des VdU erklärt, daß rund 17 bis 25% der Einnahmen in Friedenszeiten zur Deckung des Mietenaufwandes verwendet wurden. Diese Erkenntnis kommt reichlich spät. Es ist immerhin zuzubilligen, daß dies selbstverständlich jetzt nicht verlangt werden kann, weil die Einnahmen, das Arbeitseinkommen des Einzelnen im Durchschnitte nicht so hoch sind, daß man ihm diese Belastung im allgemeinen zumuten könnte. Es ist aber ein immer noch unbefriedigender Zustand in Bezug auf das Entgelt für das Wohnen vorhanden, und zwar nicht vom Gesichtspunkte eines zinsenbringenden Ertrages, sondern eines Ertrages, welcher es ermöglicht, die Wohnobjekte zu erhalten. Es ist zu begrüßen, daß in dieser Hinsicht durch die letzte Mietennovelle ein beträchtlicher Fortschritt erzielt wurde.

Ich muß, ausgehend von den vielen Äußerungen, die bei dieser Besprechung des Landesbudgets im versöhnlichen Sinne gefallen sind, nicht um Ihnen vorzuhalten, daß Sie von Ihrer Linie abweichen, einiges Grundsätzliches dazu sagen. Ich weiß nicht, ob ich schon Gelegenheit gehabt hatte, in diesem Hohen Hause bei verschiedenen Zusammenhängen meine Befriedigung über zwei Vorfälle zum Ausdruck zu bringen. Es hat eine Festlichkeit anlässlich eines Jubiläums der Puchwerke stattgefunden, einer Fabrik, auf die Steiermark stolz sein kann. Da wurde eine Büste des Gründers Puch enthüllt und ich habe mich außerordentlich gefreut über diese Anerkennung der folgenden Generation gegenüber einem Unternehmer, dessen Schöpfergeist es war, der den Grundstein zu diesem Werke gelegt hat. Ich hatte im selben Jahre Gelegenheit, im Direktionszimmer der Elinwerke in Weiz eine längere Verhandlung zu führen und an der Stirnseite des Zimmers konnte ich das Gemälde des alten Ingenieurs Pichler erblicken. Es hat mich außerordentlich gefreut, zu sehen, welche Anerkennung die jetzige Generation dem

Schöpfer dieses Werkes gibt. Der Gedankensprung wird Ihnen zwar merkwürdig vorkommen, wenn Sie ihn aber durchdenken, werden Sie ihn mir zubilligen. 80% des Wohnraumes, den wir unbedingt und notwendig brauchen, damit wir die Menge nicht auf den Straßen schlafen lassen müssen, wurde vom gleichen Unternehmergeist geschaffen, dem Hausherrn. (Abg. Pölzl: „Das ist wohl ein schlechter Witz, Herr Doktor, aber nicht mehr!“) Derselbe Geist hat in Graz die Häuser entstehen lassen. Diese Leute haben ihr Geld angelegt, die Häuser nicht selbst benützt, dort hat man Wohnungen bezogen und dort wohnt noch immer ein großer Teil der Bevölkerung. Das wird nicht besonders anerkannt. Man muß schließlich doch anerkennen, daß der Unternehmergeist von damals Werte geschaffen hat, die heute noch nützlich sind und der gleiche Geist heute wieder ersteht, der erhält, was damals geschaffen worden ist, was notwendigerweise benützt werden soll. Ich begrüßte es, daß man da den Weg beschritten hat, der notwendig war, um diese Gebäude zu erhalten. Ich habe in Ziffern nachgewiesen, daß es noch immer nicht genügt, was wir im Durchschnitt für den Besitz des Landes Steiermark durch das jetzige erste Jahr dieser Regelung gewinnen, daß nur ein Fünftel der Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sind. Ich habe mich trotz vorgerückter Stunde zum Worte gemeldet, weil das Budget die Gelegenheit ist, um die im Laufe des Jahres immer wiederkehrende Debatte abzukürzen, in welchen wir grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß die öffentliche Hand nicht Realbesitz ohne besondere Notwendigkeit erwerben soll.

Es zeigt schließlich dieses Beispiel an Hand des Hausbesitzes des Landes Steiermark noch etwas weiteres. Das Land Steiermark als Hauseigentümer gottlob in der Lage, den Ausfall, der zufolge der geringen Zinseinnahme in der Erhaltung und Instandsetzung eintrat, aufzuholen. Und wir stimmen selbstverständlich diesem Aufwand zu, denn auch wir sind der Meinung, flüssige Mittel jetzt schon zu verwenden, um diese hohen Werte zu erhalten. Wir betrachten auch diese derzeit lastenfreien oder jedenfalls im wesentlichen lastenfrei erhaltenen Liegenschaftswerte des Hauses als eine willkommene Reserve für Zeiten, wo es uns vielleicht nicht so gut gehen wird. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Landesrat **Horvatek**: Hohes Haus! Ich glaube, die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaan über die Mietengesetzgebung würden eigentlich vor die Körperschaft des Bundes, also den Nationalrat, gehören. Es hat nur die Tatsache, daß das Land keinen unbeträchtlichen Hausbesitz hat, ihm Gelegenheit gegeben, darüber auch hier zu spechen.

Er geht dabei nur von einer falschen Voraussetzung aus. Wer sich erinnert an das sogenannten Mieterschutzgesetz, das nach den Zwanzigerjahren geschaffen wurde, der weiß auch, daß damals besondere Gründe vorhanden

waren, diesen Mietzinsschutz zu schaffen. Es trifft nämlich nicht zu, daß unsere Altvordern nur mit eigenen Mitteln die Häuser gebaut haben. Das Bauen in der Monarchie war gewöhnlich dann, wenn es sich um sogenannte Zinskasernen gehandelt hat, also um große Wohngebäude, die für Mieter bestimmt waren, vollkommen anderer Natur. Mit etwa 5% Eigenkapital war man in der Lage, 95% Sparkassengeld zu bekommen, denn damals war die Zeit des Sparwillens und der Geldflüssigkeit und mit diesen Spargeldern der kleinen Einleger wurden diese Zinsburgen errichtet. Und die Mieter, deren Spargroschen zur Errichtung dieser Häuser beitrug, erhielten oft sehr unzureichende Wohnungen. Als dann der erste Weltkrieg zum Zusammenbruch der Monarchie führte und die Geldentwertung eingetreten und die Moral immer tiefer abgesunken war, haben die Erbauer dieser Miethäuser, die seinerzeit mit 90 bis 95% Sparkassenmitteln gebaut hatten, mit einem Betrag, der zwar zahlenmäßig hoch war, aber oft nur den Kaufwert von einem Laib Brot hatte, diese Hypothek abgestattet und sind dann auf diese Weise sehr billig, aber unrechtmäßig in den Besitz eines zinsertragreichen Hauses gekommen. Dabei hat es sich oft nicht einmal um österreichische Staatsbürger gehandelt! Denn wir wissen, daß es sehr beliebt war in jenen Zeiten, sein Kapital in Häusern anzulegen, und zwar war es, angefangen von den Schlachtschützen bis zu den anderen Ausländern, so üblich, das zu tun. Wir hätten daher damals Menschen, die überhaupt nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten, ungeheure Kapitalien geschenkt. Das war also der Grund zu diesem Mieterschutzgesetz! Man wollte verhindern, daß der Nutznießer dieses Sparsinns sich ein großes Vermögen errafft in einer Zeit, in der der kleine Sparer alles verloren hat. Deshalb die Beschränkung des Mietzinses und deshalb die Folgen, die sich im Verlaufe der Zeit als ungut herausgestellt haben, die man aber damals nicht voraussehen konnte, denn es blieb der niedrige Mietzins, weil die österreichische Volkswirtschaft nicht in der Lage war, solche Gehälter und Löhne zu zahlen, daß die Mietzinse hätten erhöht werden können. Wir haben hier ein deutliches Beispiel einer Subventionierung, aber einer Subventionierung eines Kapitals, das dem Hausbesitzer ja nie gehört hat, das er sich entliehen und dann mit nichts zurückbezahlt hat. Man muß sich also schon an diese Vorgeschichte erinnern!

Ich habe hier im Hohen Haus schon einmal ein Beispiel erzählt. Ich kenne einen Schuhmachermeister, der von einer Witwe ein Haus gekauft hat. Um dieses Haus zu erwerben, hat er sich von der Sparkasse 30.000 Kronen ausborgt, die hat er der Witwe gegeben. Die Witwe hat, um für ihr Alter etwas zu besitzen, dieses Geld wieder in die Sparkasse eingelegt. Als dann die Geldentwertung kam, hat der Schuhmachermeister mit einem Wert von 2 Laib Brot dieses Darlehen zurückerstattet und die Witwe hat aber ebenfalls nur einen Wert von 2 Laib

Brot in der Sparkasse gehabt. Es ist eine Vermögensverschönerung vor sich gegangen, die man nur als amoralisch bezeichnen kann. Solche Beispiele gibt es aber tausende und abertausende in Österreich. Es ist natürlich bei einer solchen Gesetzgebung, die auch wieder nur systematisch vor sich gehen kann, unter Umständen auch möglich, daß einer, der sich mit seinen eigenen Erträgen und nicht aus Sparkassengeldern ein Haus erworben hat, mit zum Handkuß kam. Aber ihm ist wenigstens das Haus geblieben, den anderen ist gar nichts geblieben. Denn wie erging es jenen, die zum Beispiel eine Versicherung eingegangen waren und dabei alles verloren haben? Wir sehen eben, daß jeder verlorene Krieg mit seinen Nachwirkungen weitgehende Verschiebungen in den Vermögensverhältnissen hervorruft. Es ist ein Gebot der Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß nicht Neureiche entstehen, die sich keinen Verdienst auf ihren Reichtum erworben haben.

Die Frage, die nun akut geworden ist und die schließlich auch wieder mit einer Geldentwertung zusammenhängt, ist die, ob man mit dem auf Goldkronen umgerechneten Mietzins noch die Häuser instandhalten kann oder nicht. Es hat sich herausgestellt, daß das unmöglich ist und es ist daher ein wertvolles Gesetz jetzt geschaffen worden, das durch die neuen Mietzinserlöse wenigstens das sichert, daß die Wohnstätten, die noch aus früherer Zeit stammen, wieder in einen Zustand versetzt werden, der als menschenwürdig bezeichnet werden kann. Diesen Fortschritt begrüßen wir, die wir als Sozialistische Partei teilnahmen an dem Zustandekommen dieses Gesetzes.

Nun wieder zum Hausbesitz des Landes! Das ist ein Althausbesitz und wir müssen feststellen, daß dieser Hausbesitz, als ihm die Fachleute der mir unterstehenden Abteilung 10 im Jahre 1945 überprüften, teilweise geradezu im Verfall war. Das war zwar unnötig, denn das Land hätte immer die Mittel aufbringen müssen, diesen Althausbesitz zu pflegen. Ich habe daher gesagt, es ist selbstverständlich, daß das Land mit gutem Beispiel vorangehen muß und wir müssen trachten, diesen Hausbesitz in einigen Jahren wieder instanzzusetzen. Wir haben sehr böse Feststellungen machen müssen, wie Hauschwamm in Gebäuden, verrostete Dachrinnen, Fensterstöcke zum Herausfallen usw. Es kostete also die Instandsetzung dieser Häuser einige Jahre mehr als wir zuerst annahmen. Wir haben aber auch Dutzende von Jahren eingenommen, ohne etwas auszugeben. Es läßt sich ohne weiteres nachrechnen, daß der Hausbesitz an sich, wenn man nur an die reine Erhaltung denkt, den Aufwand hätte annähernd decken können. Eine genaue Überprüfung hat das ergeben.

Nun aber kommt ein zweites. Es hat schon das frühere Mietengesetz die Möglichkeit geboten, wenn große Instandsetzungen notwendig wurden und sich die Hausparteien nicht einigen konnten, einen Beitrag zu leisten, zur Mietenkommission zu gehen. In einigen Fällen habe

ich diesen Weg beschritten. Wenn in einem Haus ein Geschäftsinhaber wohnt, der einen lächerlichen Mietzins für einen guten Platz zahlt, dann können solche Leute bei einer größeren Instandsetzung bestimmt einen etwas größeren Beitrag zahlen als eine Witwe, die im selben Haus wohnt. Hier bin ich auf den schärfsten Widerstand gestoßen. Wir sind in einer Zwangslage und mit Hilfe der Mietenkommission mußten wir etwas nachhelfen. Ich glaube aber, daß die Absicht, den Gebäudebesitz wieder gut instanzzusetzen, keiner Kritik mehr begegnet und daß es ein erfreulicher Anblick ist, wenn man zum Beispiel in der Heinrichstraße diese ehemaligen Arbeiterhäuser heute ansieht, die wieder den Eindruck einer guten Behausung erwecken.

Ich will noch folgendes sagen, was im Finanzausschuß auch eine Rolle gespielt hat. Ich bin kein Freund der Erwerbung von neuen Objekten, wenn sie nicht irgendwie dem Lande besonders zweckdienlich sind. Das Haus in der Schmiedgasse haben wir gekauft, weil es an das Landhaus anschließt, einmal also in der Zukunft eine Bedeutung haben könnte. Wenn wir einen günstigen Grund kaufen können für eine bauliche Notwendigkeit, die für uns oder andere Bedeutung haben könnte, dann muß das Land zugreifen, es kann sich der Verpflichtung der Zukunft gegenüber nicht entziehen. Wenn das Land vor 100 Jahren der größte Grundbesitzer in Graz war, so ist es jetzt unerfreulich, festzustellen, daß keine Rede mehr davon sein kann, ja daß wir kaum verbaubare Gründe mehr besitzen.

Weil ich schon zur Gruppe 9 rede, will ich auf zwei Dinge aufmerksam machen. Der Gemeindebund hat den Wunsch geäußert, im Landtag einen Antrag einzubringen, daß die Landesumlage auf 15% herabgesetzt wird. Diesem Antrag haben wir keinenfalls Folge geben können nur aus dem Grunde, weil die Gemeinden erklärt haben, es gehe ihnen schlecht. Ich helfe ihnen als Finanzreferent für Steiermark insofern, als ich bei den Verhandlungen in Wien zugestimmt habe, daß das Land einen größeren Anteil an dem Bundesvorzugsanteil übernimmt und dadurch 9 Millionen Schilling den Gemeinden neu zur Verfügung gestellt werden. Es ist unbillig, daß das Land zweimal Opfer bringen soll, einmal beim Bundespräzipium und dann bei der Herabsetzung der Landesumlage. Die Landesumlage ist eine Steuer des Landes, die sich auf die Gebietskörperschaften und die Gemeinden erstreckt, dies deshalb, weil das Land auf wichtige Einnahmen, die es in der Ersten Republik hatte, verzichten mußte, auf die Grundsteuer, die Lohnsteuer, die ehemalige Fürsorgeabgabe und gewisse Anteile, die seinerzeit das Land an der allgemeinen Erwerbssteuer hatte. Einen Ersatz bildet nun die Landesumlage; die kann aber nicht durch Ermäßigungen beseitigt werden, sondern über Steuergerechtheitsmaßnahmen des Landes kann nur geredet werden in dem Sinne, daß diese Landesumlage nur durch ein anderes Steuerrecht des Landes ein-

getauscht wird. Ein Verzicht würde nicht nur den Interessen widersprechen, die ich zu vertreten habe, sondern auch der Auffassung der Herren der ÖVP, die meinen, daß dem Lande ein gewisses Steuerrecht vorbehalten bleiben muß. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Da kommen wir nicht zusammen, Herr Kollege!“) Es sind etwa 43,3 Millionen, die wir an eigenen Steuern haben, das sind über 12%, weil die Landesumlage eine echte Steuer des Landes ist und mitgerechnet werden muß. Von der Feuerschutzsteuer nehmen wir gewiß wenig ein, weil sie beträchtliche Mittel dem Feuerwehrewesen zur Verfügung stellt.

Ich möchte noch das Hohe Haus einladen, sich den Voranschlag Seite 82 anzusehen. Wenn man sich da die Entwicklung der Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben betrachtet, so kann man interessante Feststellungen machen. Ich habe schon in meiner Einbegleitung des Voranschlages darauf hingewiesen: wir sehen, daß am stärksten die Anteile an der Warenumsatzsteuer gestiegen sind, die keine direkte, sondern eine indirekte Steuer darstellt, die nächstwesentliche Zunahme bei der Lohnsteuer und als dritte die veranlagte Einkommensteuer. Dieses Wachstum erklärt sich nicht allein aus den Steuerbedingungen und der Wirtschaftslage, sondern auch aus einem zweiten Grunde, nämlich dem, daß bei der Lohnsteuer keine Möglichkeit besteht, sich der Steuer irgendwie zu entziehen, daß die veranlagte Einkommensteuer immerhin nicht immer auf einwandfreien und ehrlichen Bekenntnissen beruhen muß und daß schließlich bei der Umsatzsteuer, man kann sich da nur höflich ausdrücken, immer wieder der Versuch unternommen wird, sich ihr zu entziehen. Ich lade Sie ein, eine Woche lang, wenn Sie Einkäufe tätigen, sich zu überzeugen, ob bei der Registrierkasse der Betrag, den Sie bezahlt haben, bei Abtypen zum Vorschein kommt. Ich habe bei eigenen Einkäufen feststellen müssen, daß auf einmal 00 erscheint. Das nehme ich nicht zur Kenntnis, der Betrag 00 bedeutet eine Hinterziehung der Warenumsatzsteuer. (Doktor Illig: „Das ist uns schon beim Finanzreferenten passiert, daß ein 00 herauskommt.“ Heiterkeit.) Herr Landesrat, es freut mich immer, wenn Sie einen guten Witz machen, nur stimmt der Witz diesmal nicht. Wenn ich null und null und null tippe, habe ich kein Geld, da niemand ein Geld eingezahlt hätte. Die unberechtigte Feststellung, daß eine Einzahlung nicht stattgefunden habe, obwohl sie erfolgte, ist eine Steuerhinterziehung. Ich glaube, daß es unwürdig ist, wenn sich irgend jemand solcher Mittel bedient. Er entzieht dem Staate nicht die Steuer, die er aus seinem eigenen Einkommen leistet, sondern er entzieht dem Staate die Steuer, die er empfängt und weiterzugeben hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Geschäftsmann die Warenumsatzsteuer im Preis einkalkuliert. Ich komme auch auf eine Bemerkung, die während der Debatte gefallen ist, zu sprechen, daß es wünschenswert und für jedermann erstrebenswert wäre, mitzuwirken, daß die Steuer-

moral sich bessert (Abg. Scheer: „Jawohl, darauf kommt es an!“) und jeder bereit sei, die Leistungen, die die Öffentlichkeit verlangt, zu vollziehen. Dann wird der Zeitpunkt kommen, wo manche Steuerbelastung ermäßigt werden kann, die Voraussetzung ist aber eine ehrliche Einzahlung. Solange man fürchten muß, daß die Steuer nicht in voller Höhe eingeht, kommt es zur Einkalkulierung gewisser Risiken und der Erhöhung der Steuersätze, statt daß eine Ermäßigung möglich ist.

Im übrigen kann zur Gruppe Finanz- und Vermögensverwaltung gesagt werden, daß es jene Gruppe ist, die bedeutende Mehrerträge abzugeben hat und daß alle übrigen Gruppen von ihr abhängen und durch sie ihre Deckung finden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Pözl: Hohes Haus! Ich glaube, sowohl Pichler als auch Puch würden sich im Grab umdrehen, wenn sie hören könnten, wie sie hier heute mit Spekulanten verglichen werden, die aus dem Bau von Häusern und der Vermietung von Objekten an Leute, die den Zins kaum zahlen können, ein Geschäft machen. Sie würden sich schön bedanken dafür, daß sie mit solchen Leuten verglichen werden. Ich habe nicht die Ehre, in den Verdacht zu geraten, ein Freund der Kapitalisten zu sein (Abg. Scheer: „Ganz genau weiß man's nicht!“ — Heiterkeit), aber es ist immerhin ein Unterschied zwischen Kapitalisten und Kapitalisten und ein Industriepionier ist mit einem Spekulanten auf dem Gebiete des Baues von Mietzinshäusern noch lange nicht vergleichbar. Wenn wir uns diese Spekulationsbauten in Graz und in den Vororten von Graz ansehen in ihrer ganzen Häßlichkeit und Abscheulichkeit, muß man sagen, es gehört schon allerhand dazu, das als Verdienst jener Leute feiern zu wollen, die diese Häuser „verbrochen“ haben. (Abg. Dr. Kaan: „Aber gebaut wurden sie doch!“)

Der Herr Dr. Kaan ist schon wiederholt im Landtag aufgetreten, um eine Lanze für die Hausherrnrente zu brechen. Er kann es nicht erwarten, bis die letzten Reste des Mieterschutzes beseitigt werden.

Wir haben bei diesen Budgetberatungen auch von Seiten der ÖVP sehr viele wohlklingende soziale Reden gehört, ja man trieft sozusagen von sozialem Verständnis, aber sozialen Reden auch soziale Taten folgen zu lassen, damit hapert es. Meine Herren, dazu sind Sie nicht fähig! Wenn es drum und dran ankommt, dann fordern Sie vom Mieter, daß er ein Viertel seines Lohnes, wie in der guten alten Zeit, dem Hausherrn hintragen soll. (Landesrat Dr. Illig: „Ein arabischer Märchenerzähler!“)

Im Namen all derer, die aus dem Sparherdzimmer hervorgegangen und dort aufgewachsen sind, sage ich Ihnen, die Arbeiter und Angestellten werden sich nicht mehr zurückerpfechen lassen in ein Sparherdzimmer, sie melden ihren Anspruch an auf eine menschenwürdige Wohnung und wenn sie sich diese auch erkämpfen müßten.

Abg. Stöffler: Ich möchte zu einer Äußerung des Herrn Landesrates Horvatek Stellung nehmen, der die Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer gegenüber den Einnahmen der Lohnsteuer darauf zurückführt, daß — sehr nett gesagt — die Steuermoral daran schuld sei und man es hier also mit Steuerhinterziehungen zu tun habe, die selbst bei den Einkünften des Landes in die Millionen gehen. (Landesrat Horvatek: „Behaupten Sie nicht etwas, was ich nicht gesagt habe. Ich habe nämlich gesagt: „Die nicht immer auf vollkommen einwandfreien Unterlagen beruhen müssen!“) Ich verstehe schon richtig zu hören. Die Sache ist nämlich so. Die Einkommensteuer ist gegenüber dem Ertrag der Lohnsteuer deshalb in erster Linie zurückgegangen, weil die Einkommensverhältnisse in der gewerblichen Wirtschaft weit zurückgegangen sind. Wenn wir die gewerbliche Wirtschaft in der Steiermark in ihrer Struktur untersuchen, so finden wir, daß die Masse der Wirtschafttreibenden, als die Masse derer, die zu veranlagten haben, kleine Leute sind. Dort ist der Steuerdruck ungeheuerlich, er ist nämlich relativ noch viel höher als bei den Arbeitnehmern aus dem Grunde, weil der Arbeitgeber, das Mitglied der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, noch die Gewerbesteuer zu zahlen hat, die gerade in den unteren und mittleren Einkommensstufen ja mindestens so hoch ist wie die Einkommensteuer, ja meist ein Mehrfaches der Einkommensteuer beträgt. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Das sind genau die Worte des Herrn Abg. Strohmaier, nur wurden sie dort als Blödsinn deklariert.“) Es kommt darauf an, wie man über die Dinge redet! Ich verbiete mir, meine Ausführungen mit denen des Herrn Abg. Strohmaier zu vergleichen. Eine größere Beleidigung können Sie mir gar nicht antun. Hätten Sie doch ihn ausgebeßert, als er nicht wußte, wie man darüber redet. Es steht fest, daß die Einkommensverhältnisse in der gewerblichen Wirtschaft unter die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmerschaft herabgesunken sind und das ist die Hauptursache, warum wir bei der Einkommensteuer nicht mehr solche Erträge haben wie früher und daß sie kleiner geworden sind als die Erträge der Lohnsteuer. Aber auf diese Art die Pauschalverdächtigung auszusprechen, es würde dort zuviel geschwindelt, das muß ich zurückweisen.

Wenn jemand dabei entdeckt wird, daß er, ohne die Registrierkasse zu benutzen, Geld einnimmt und man daher der Anschauung sein muß, daß er die Umsatzsteuer hinterziehen will, dann kann man darüber wohl nicht schweigen, denn sonst kommt man zu leicht in den Verdacht, daß man etwas verhehlt, was ein anderer angeblich stiehlt. Eine solche Gelegenheit muß beim Schopf gepackt und angezeigt werden, aber nicht so darüber reden und damit eine ganze Schichte von fleißigen, betriebsamen Leuten, die dem Staat nur stets gegeben und nie genommen haben, diffamieren. (Beifall und Bravo-rufe bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Abg. Hofmann:** Ich verzichte.

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich schreite zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum

Außerordentlichen Landesvoranschlag und zu den Sondervoranschlägen.

Berichterstatter ist **Abg. Stöffler**, dem ich das Wort erteile.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Ich darf mir zunächst erlauben, über den außerordentlichen Voranschlag einiges zu sagen. Der außerordentliche Voranschlag ist mit Einnahmen von 33,909.000 S und mit Ausgaben von 81,875.000 S festgelegt, zeigt also einen Abgang von 48,066.000 S. Es ist schon in der Generaldebatte erwähnt worden, wie dieser Abgang zu werten ist. Es ist der außerordentliche Haushalt heuer wieder weitgehend beherrscht von den Ausgaben, die zur Durchführung bzw. Vollendung bereits begonnener Vorhaben notwendig sind. Die hierfür vorgesehenen Beträge zeigen noch immer eine Steigerung gegenüber den seinerzeitigen Ansätzen, jenen Ansätzen, die man gemacht hat, als man die Objekte ins Auge gefaßt hat. Es ist für das Jahr 1952 mit sehr viel Berechtigung zu hoffen, daß eine weitere Steigerung dieser Kosten nicht mehr erfolgen wird, denn es ist einerseits der Umfang der Bauvorhaben schon so weit geklärt und fortgeschritten, daß große Erweiterungen nicht mehr zu erwarten sind und wohl auch zu hoffen ist, daß eine Verteuerung der Kosten aus ähnlichen Gründen wie in der Vergangenheit nicht mehr eintritt.

Von den neuen Vorhaben sticht vor allen eines heraus, das ist das Vorhaben des weiteren Ausbaues der Wasserkräfte. Für dieses Vorhaben ist ein Betrag von 30 Millionen Schilling — zur Zeit noch unbedeckt — vorgesehen. Das Land wird also auf diesem Wege selbst den weiteren Ausbau von Wasserkraften in die Wege leiten, um zu verhindern, daß durch eine mangelnde Berücksichtigung der Steiermark auf diesem Gebiet für unsere Produktionsstätten Rückschläge entstehen, die schließlich doch von gesamtösterreichischer Bedeutung sein würden, sowie ja auch unsere Produktion von gesamtösterreichischer Bedeutung ist.

Ich darf mir nun erlauben, dem Hohen Haus die Annahme der im Voranschlag und in den entsprechenden Ergänzungen vorgeschlagenen Ansätze zu empfehlen.

Zu den Sondervoranschlägen darf ich berichten, daß der Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark mit einer Einnahmensumme von 10,315.000 S und derselben Ausgabe

aufscheint. Weiters der Fremdenverkehrsinvestitionsfonds mit einer Einnahme und Ausgabe von 2.450.000 S und die Tierseuchenkasse mit Einnahmen von 806.000 S und Ausgaben von 550.000 S.

Ich bitte namens des Finanzausschusses, auch den in den Sondervoranschlägen festgelegten Ansätzen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich schreite daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem außerordentlichen Voranschlag mit den Abänderungsanträgen des Finanzausschusses die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der außerordentliche Voranschlag ist damit angenommen.

Ich bitte die Abgeordneten, die den Sondervoranschlägen für den Wohnbauförderungsfonds, für den Fremdenverkehrs-Investitionsfonds und für die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark mit der vom Finanzausschuß beschlossenen Berichtigung des Sondervoranschlages für den Wohnbauförderungsfonds die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Dr. Allitsch:** Hoher Landtag! Im Dienstpostenplan für 1952 sind 9280 Dienstposten vorgesehen, sie verteilen sich mit 3492 auf die Beamten, 2021 auf die Vertragsbediensteten und 3777 auf Lohnbedienstete bzw. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II. Im Vergleich zu den Vorjahren können wir auf dem Sektor der Dienstnehmer eine rückläufige Tendenz beobachten, das ist deswegen erwähnenswert, weil der Initiative des Landes in breitester Form Rechnung getragen werden konnte. 1952 beträgt der finanzielle Aufwand im Personalsektor 30,73% gegenüber 1950 von 36,24% und gegenüber dem Voranschlag 1951 von 33,42%. Nach der Gliederung des Dienstpostenplanes sind im Abschnitt 1, Allgemeine Verwaltung, 2535 Dienstposten vorgesehen, dies ergibt gegenüber dem Jahre 1951 eine Vermehrung von 15 Dienstposten. Im Abschnitt 2, Landesanstalten, Schulen und Betriebe, sind 3014 Dienstposten vorgesehen, um 27 Dienstposten weniger als im Vorjahr. Das Erfordernis für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse für 1773 Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger einschließlich der außerordentlichen Versorgungsgenüßempfänger beträgt 24.476.900 S, gegenüber dem vorjährigen Aufwand eine Steigerung von 62,59%. Als Anhang zum Dienstpostenplan wurde auch der Dienstpostenplan für das landwirtschaftliche Schulwesen vorbehaltlich der gemäß § 6 Abs. 1 a

des Lehrerdienstrechtskompetenzgesetzes, BGBl. Nr. 86/1948, erforderlichen Zustimmung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erstellt. Die hiemit erforderlichen Zuschüsse sind im Sachaufwand, und zwar für das landwirtschaftliche Fachschulwesen unter Post 742,76 und für das bäuerliche Fortbildungsschulwesen unter Post 745,76 des Landesvoranschlages 1952 ausgewiesen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Personalaufwand zum Gesamtaufwand in einem nicht ungünstigen Verhältnis steht und daß die zahlenmäßige Gliederung der Landesbediensteten in Beamte, Vertragsbedienstete und Lohnbedienstete eine gesunde Schichtung aufweist. Ich beantrage, das Hohe Haus wolle dem vorliegenden Dienstpostenplan für das Jahr 1952 in der vom Finanzausschuß genehmigten Form seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu den Beschlußanträgen des Finanzausschusses, soweit sie nicht bei den einzelnen Gruppen bereits behandelt worden sind. Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. **Dr. Speck:** Hoher Landtag! Im Heft, Beilage 68, sind von Seite 13 an die Beschlußanträge zum Landesvoranschlag für 1952 enthalten. Ich darf die Frage stellen, ob es notwendig erscheint, sie vorzulesen oder ob, da diese Beilage in Händen aller Mitglieder des Hohen Hauses ist, über die darin enthaltenen Beschlußanträge ohne Vorlesung abgestimmt werden kann. Ich erwähne nochmals, die Anträge sind im Heft von Seite 13 bis 16 enthalten. Ich bitte, diesen Anträgen zuzustimmen.

Präsident: Ich frage die Mitglieder des Hohen Landtages, ob sie eine Vorlesung wünschen? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Ich ersuche die Abgeordneten, die den Beschlußanträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Beschlußanträge sind daher angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Text des Gesetzes über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für 1952. Ich habe hier ebenfalls die Frage zu stellen, ob eine Verlesung des Gesetzestextes vorgenommen oder davon Abstand genommen werden soll.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit einer Abstimmung ohne Verlesung des Gesetzestextes einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Wir schreiten also zur Abstimmung über den Gesetzestext. Ich bitte den Herrn Hauptberichterstatter, noch über einige Abänderungen Bericht zu erstatten.

Hauptberichterstatter Abg. **Dr. Speck**: Die Abänderungen auf Seite 17 des Heftes, Beilage Nr. 68, enthalten ein endgültiges Erfordernis für die ordentlichen Ausgaben von 581,056.800 S mit gleich hohen Einnahmen, das ist also ein ausgeglichener Voranschlag.

Der außerordentliche Landesvoranschlag enthält

Ausgaben von	81,975.000 S
Einnahmen von	33,909.000 S
also einen Abgang von	48,066.000 S

Für den § 7 des Gesetzes, der den Mitgliedern des Hohen Hauses gedruckt vorliegt, ist eine Abänderung nicht im Antragsheft eingetragen, so daß ich bitte, das Hohe Haus möge die Zahl im § 7, betreffend den Wohnbauförderungsfonds mit Einnahmen und Ausgaben von 10,815.000 S zur Kenntnis nehmen. Das sind 800.000 S mehr, um die diese Post erhöht wurde und deren Aufnahme im Antragsheft übersehen worden sind. Ich bitte das Hohe Haus, dem § 7 in dieser Abänderung zuzustimmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit dem § 7 in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der § 7 ist angenommen.

Damit ist der Landesvoranschlag für das nächste Jahr verabschiedet.

Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung: Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Gewährung einer Zulage zum Ruhegenuß des Kanzleidirektors i. R. Maria Stahl.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Sebastian**: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses ersuche ich Sie, der Vorlage der Landesregierung, Einl.-Zl. 212, betreffend die Gewährung einer Zulage an Kanzleidirektor Maria Stahl zuzustimmen. Der Antrag lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Kanzleidirektor i. R. Maria Stahl wird mit Wirksamkeit ab 1. Februar 1951 eine Zulage zum Ruhegenuß in Höhe des Unterschiedes auf jenen Ruhegenuß, der sich bei Zugrundelegung der dritten Gehaltstufe der Dienstpostengruppe V ergeben würde, bewilligt.“

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrage.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung: Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Bittschrift der Oberbibliothekarswitwe Paula Schuch um gnadenweise Erhöhung der Witwenpension.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Sebastian**: Hoher Landtag! In derselben Sitzung hat sich auch der Finanzausschuß mit der Einl.-Zl. 162, betreffend die Bittschrift der Oberbibliothekarswitwe Paula Schuch beschäftigt und ich ersuche, dem Antrag der Landesregierung die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit sind wir am Schlusse der Tagesordnung angelangt.

Während der Tagung des Landtages sind von einzelnen Gruppen des Landtages verschiedene Dankeskundgebungen dargebracht worden. Ich möchte zusammenfassend namens des Landtages dem Finanzreferenten und dem Finanzausschuß aufrichtigst für die Vorbereitung und die Arbeit für den Landesvoranschlag danken, aber auch den Mitgliedern des Hohen Hauses Dank sagen, die mit großer Sachlichkeit und mit großem Verständnis die umfangreichen Beratungen zum Voranschlag für das Jahr 1952 abgewickelt haben.

Wir stehen vor den Weihnachtsfeiertagen. Ich darf mir erlauben, Ihnen allen und Ihren Angehörigen und auch unseren Mitarbeitern die herzlichsten Weihnachtswünsche auszusprechen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dem Steiermärkischen Landtag möge es so wie im abgelaufenen Jahr gelingen, auch im kommenden Jahre 1952 ein wertvolles Glied in der Aufwärtsbewegung unserer Heimat Österreich zu sein. (Allgemein starker Beifall.)

Damit erkläre ich den Landtag für geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 15 Minuten.